

rote blätter 1

Christiane Reymann und Wolfgang Gehrcke (Hg.)

Linke und die Friedensfrage

Beiträge der Tagung

*Linke und die Friedensfrage. 100 Jahre nach der Zimmerwalder
Konferenz: Imperialismus heute – Differenzen verstehen,
Spaltungen überwinden*

Linke und die Friedensfrage Rote Blätter wiedergeboren

Dies ist die Ausgabe 1 der neuen *Roten Blätter*, ihr Inhalt ist die hochaktuelle Debatte zu Linke und die Friedensfrage heute. Dieses Zusammentreffen zeigt: Die politische Linke in Deutschland braucht mehr Wissen, mehr Austausch zu den brennenden Fragen der Gegenwart, und sie hat eine Geschichte – oder mehrere unterschiedliche Geschichten. Dazu gehören die *Roten Blätter*. Sie waren von 1971 bis Ende 1989 das Organ des Marxistischen Studentenbundes (MSB) SPARTAKUS, immer etwas aufmüpfiger, näher am Alltag, streitbarer als die befreundete Partei, das war damals die DKP. Die *Roten Blätter* des MSB waren ein Monatsmagazin, die neuen *Roten Blätter* als Plattform für streitbare und respektvolle Diskussion linker Strategie erscheinen nach Bedarf.

Dieses Heft umfasst Beiträge der Tagung Linke und die Friedensfrage. 100 Jahre nach der Zimmerwalder Konferenz: Imperialismus heute – Differenzen verstehen, Spaltungen überwinden, die ein Kreis von Einzelpersonlichkeiten aus linker Theorie und Praxis am 04. Oktober 2015 im Haus der Demokratie in Berlin veranstaltet hat. Alle Einladenden, Referierenden und das Programm finden sich im Anhang. Einige Autorinnen, Autoren haben ihre Debattenbeiträge aktualisiert, ein Autor, Kurt Steiniger, Chefredakteur des RotFuchs, konnte leider nicht an der Konferenz teilnehmen, er hat uns aber dankenswerter Weise einen Text zur Verfügung gestellt. Erhard Crome hat seinen Vortrag zu Imperialismus heute umfänglich konkretisiert und vertieft.

Die Konferenz hat vor dem 17. November stattgefunden, als die schrecklichen Anschläge in Paris eine Dynamik in Gang setzten, die den Krieg gegen den Terror um eine neue Dimension erweiterten: Jetzt gilt nicht mehr nur der NATO-Bündnisfall, sondern in Europa zusätzlich die Beistandsklausel aus dem Lissabon-Vertrag, er ist der Grundlagenvertrag der Europäischen Union, den Linke in allen Ländern der EU bekämpft haben. Die Bundeswehr ist jetzt Kriegspartei im Brennpunkt aller Kriege seit Ende der Systemkonkurrenz, im Nahen Osten, in Syrien, an der Grenze zu Israel. Die Bundesregierung begründet diesen Einsatz mit der Beistandsklausel, aus Sicht vieler Völkerrechtler und der LINKEN eine Fehlinterpretation. Faktisch aber ist das ein weiterer, tiefer Einschnitt nach der deutschen Beteiligung an den völkerrechtswidrigen Kriegen in Jugoslawien und Afghanistan. Die Friedensbewegung hat noch nicht (wieder) die Kraft gefunden, entsprechenden öffentlichen Protest zu organisieren, hörbar zu machen und damit den gesellschaftlichen Druck massiv zu steigern. Zur Zeit der Konferenz konnten wir die aktuelle Zuspitzung nicht vorhersehen, aber jene Kluft zwischen Krieg und Widerstand war Anlass und Gegenstand der Konferenz, und an ihren Inhalten haben die An-

schläge von Paris und ihre Folgen nichts geändert, denn die Beteiligten waren von der Erkenntnis ausgegangen: Es droht nicht ein großer Krieg, er findet schon statt und Deutschland ist dabei. Indem wir auch die Geschichte des Friedenskampfes der Arbeiter- und Arbeiterinnenbewegung einbeziehen, tragen wir mit dieser Publikation zu einem genaueren, tieferen Verständnis der heutigen Kriegsgründe und zur Aktualisierung der Strategie der Gegenkräfte bei.

Siegfried Ransch und Pascal Luig haben die Konferenz inhaltlich mit vorbereitet, Pascal auch das Layout dieser Broschüre entworfen, Jürgen Lutterkordt und das Team von RegenbogenTV haben Videos von der Konferenz produziert, Gina und Frauke Pietsch die Tagung berührend mit Liedern gegen den Krieg eröffnet, Marius van der Meer diese Broschüre feinsinnig lektoriert. Ihnen und allen Autorinnen und Autoren danken wir sehr für ihr Engagement und ihre Solidarität in der Zusammenarbeit.

Wolfgang Gehrcke und Christiane Reymann

Berlin im Januar 2016

Dieses Heft kostet 2 Euro. Bestellungen bitte an:
Wolfgang Gehrcke, Platz der Republik 1, 11011 Berlin,
Tel.: 030 22773184 oder Mail: wolfgang.gehrcke@bundestag.de.

Mehr Informationen und erwünschte Mitarbeit zum Frieden über:
info@zimmerwald-frieden.eu.

Die Texte dieses Heftes stehen online unter:
<http://www.wolfgang-gehrcke.de/de/topic/202.zimmerwald-frieden.html>.

Hier der Link zu einer Video-Kurzdokumentation der Konferenz:
<https://www.youtube.com/watch?v=RxTOPwa97sU#t=44>.
Die Links zu allen Videos sind, s.o., auf der Website von Wolfgang Gehrcke.

Inhaltsverzeichnis

Editorial	1
Beiträge zur Tagung	5
Linke und die Friedensfrage - 100 Jahre nach Zimmerwald: Kriegsursachen und Friedensstrategie <i>von Wolfgang Gehrcke und Christiane Reymann</i>	5
Krieg und Frieden - Sozialistische Positionen gestern und heute <i>von Prof. Kurt Pätzold</i>	14
Abwesend und doch dabei - Liebknecht, Luxemburg, Gramsci <i>von Sabine Kebir</i>	20
Imperialismus heute - Kann man Kriege verhindern? <i>von Erhard Crome</i>	24
Ist Russland imperialistisch? - Kritische Anmerkungen <i>von Rainer Rupp</i>	56
Wer sind unsere Gegner? - Ist Friedenskampf Klassenkampf? <i>von Klaus Hartmann</i>	58
Vom Dogma zur Analyse - Lenins Imperialismus-Schrift neu gelesen <i>von Volker Külow</i>	65
Acht Thesen für einen populären Antiimperialismus - Wege ins Alltagsbewusstsein <i>von Diether Dehm</i>	70
Das Problem mit der Staatsräson - Mitmachen um jeden Preis? <i>von Ellen Brombacher</i>	77
Wer Krieg sät ... erntet Chaos, Not und Elend <i>von Marianne Linke</i>	84
Ist die Friedenstaube rot? - Der gemeinsame Nenner <i>von Klaus Steiniger</i>	90
Die EU stiftet Unfrieden ... aber man kann ja austreten! <i>von Andreas Wehr</i>	92
Undemokratische Ambitionen der EU - Die Union delegitimieren <i>von Tobias Pflüger</i>	94
Wider die linke Sakralisierung der EU - Für einen Dritten Weg in der Debatte um die Zukunft der EU <i>von Peter Wahl</i>	97

Es droht über uns der blutrote Mond - Leben mit der Bombe <i>von Heidrun Hegewald</i>	102
Der Hauptfeind steht im eigenen Land - Zur Friedenspolitik der Partei DIE LINKE <i>von Tobias Pflüger</i>	107
Welche Friedensbewegung brauchen wir? <i>von Reiner Braun</i>	111
Anhang	116
Zimmerwalder Manifest	116
Vorschlag der Resolution (der Zimmerwalder Linken) über: Weltkrieg und die Aufgaben der Sozialdemokratie	120
Burgkrieg, nicht Burgfrieden! Karl Liebknecht, Brief an die »Internationale Sozialistische Konferenz Bern« in Zimmerwald	122
Rosa Luxemburg über die Zimmerwalder Konferenz <i>von Siegfried Ransch</i>	124
100 Jahre Berner internationale sozialistische Frauenkonferenz für den Frieden 26. bis 28. März 1915 <i>von Marga Voigt</i>	128
Grußbotschaft der Robert-Grimm-Gesellschaft an die Tagung „100 Jahre nach der Zimmerwalder Konferenz...“ <i>von Monika Wicki</i>	133
»Genug des Gemetzels!« - Die politische Lage 1915 <i>von Reiner Zilkenat</i>	134
Einladende und Programm der Tagung am 04.10.2015	140
Verzeichnis der Autorinnen und Autoren	144
Impressum	144

Linke und die Friedensfrage

100 Jahre nach Zimmerwald: Kriegsursachen und Friedensstrategie

von Wolfgang Gehrcke und Christiane Reymann

Es ist Krieg und die Friedensbewegung reagiert darauf nicht adäquat. Deutschland ist zurzeit an 19 militärischen Auslandseinsätzen beteiligt. Gäbe es eine Steigerungsform von Tabubruch, wäre die Beteiligung der Bundeswehr am Krieg in Syrien eben das, ein Tabubruch in Potenz: Jetzt operiert die deutsche Armee im Brennpunkt aller Kriege der letzten zwei Jahrzehnte, im Nahen Osten an der Grenze zu Israel. Und auf den Straßen hierzulande bleibt es nahezu ruhig. Wir befragen uns selbstkritisch: Ist diese Ruhe auch Resultat einer unzulänglichen Friedensstrategie der politischen Linken? Die wollen wir überprüfen, aktualisieren, konkretisieren. Dabei nehmen wir auch Bezug auf die Konferenzen von Bern im März 1915 und Zimmerwald, September 1915. Sie waren die Antwort darauf, dass nahezu alle sozialdemokratischen Parteien Europas in ihrer erdrückenden Mehrheit mit Beginn **des I. Weltkrieges auf den Kriegskurs „ihrer“ Herrschenden** eingeschwenkt waren. Die Berner war eine Konferenz der sozialistischen Fraueninternationale mit 25 Teilnehmerinnen aus acht Ländern, die im schweizerischen Bergdorf Zimmerwald hatte 28 Teilnehmende aus Deutschland, Frankreich, Italien, Russland, Polen, Rumänien, Bulgarien, Schweden und Norwegen, den Niederlanden und der Schweiz. Trotz der recht geringen Teilnehmerzahl kündigte sich in ihrem Bruch mit der **„Burgfriedenspolitik“ zugleich das Zeitalter von Revolutionen an. Beide Konferenzen** zeigten, dass sich im Meer der Verblendung, so die Bilanz von Marion Phillips, **Delegierte aus Großbritannien nach Bern, „der Geist und die Vernunft der Frauen und Männer über den Pulverdampf und das Getöse der Schlachtfelder zu erheben vermag“.** **Bern und Zimmerwald waren die ersten und für lange Zeit einzigen Friedenskonferenzen.** Und es waren Sozialistinnen und Sozialisten, die aus dem Menschenschlachthaus heraus Wege zum Frieden aufzeigten.

Eine Internationale des Friedens

In Bern und Zimmerwald waren „Partei“-Sozialistinnen und -Sozialisten zusammengekommen, bis auf die Bolschewiki gehörten sie zu Minderheiten in ihren Parteien, es waren keine Konferenzen von Bewegungen, wie sie erst in späteren Jahren möglich wurden. Eine weltumspannende Bewegung wurde dann der Kampf gegen den deutschen Faschismus. In internationalen Konferenzen der kommunistischen Parteien hat die Friedensfrage immer eine bedeutende Rolle gespielt, zugleich und parallel bildete sich nach 1945 eine Weltfriedensbewegung heraus - auch sie geriet freilich in die Blockspaltung des Kalten Krieges - mit eige-

nen Strukturen, Debatten und Widersprüchen. Heute fehlt beides. Es fehlt ein weltweiter Zusammenschluss linker, sozialistischer und kommunistischer Parteien mit einer globalen Friedensstrategie von links und es fehlen europa- und weltweite Treffen und Verabredungen der Friedensbewegung. Wichtige Ansätze dazu gibt es, etwa in der Initiative No to NATO, im weiter existierenden Weltfriedensrat, in den traditionsreichen und couragierten Organisationen wie IPPNW (Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs) oder IALANA (Juristinnen und Juristen gegen atomare, biologische und chemische Waffen), aber sie erfassen nur einige von möglichen Teilen und sie sind zu wenig miteinander verzahnt. Die (Welt-) Sozialforen haben sich um Fragen der sozialen Gerechtigkeit und nur am Rande um die des Friedens gruppiert. Gegen den Krieg, der weite Teile der Welt erfasst hat, ist eine weltweite Friedenskonferenz dringend notwendig: Eine Internationale des Friedens. Inhaltlich könnte sie sich aus vier Quellen speisen: Aus der Stärke des Rechts gegen das Recht des Stärkeren, aus der Idee der globalen sozialen Gerechtigkeit gegen Ausplünderung und himmelschreiende Ungerechtigkeit, aus Abrüstung einschließlich eines weltweiten Rüstungsexportverbots und einer umfassenden weltumspannenden Selbstbestimmung und Demokratisierung.

Volksfront gegen Faschismus und Krieg

Die Zimmerwalder Linke, insbesondere Lenin und die in Zimmerwald nicht anwesenden Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, sie war inhaftiert, er an der Front, verknüpften die Forderung nach Frieden mit der sozialistischen Revolution, erst sie könne Frieden schaffen und sichern. Arbeit, Brot und Frieden bildeten den politischen Kern der russischen Oktoberrevolution und der Novemberrevolution in Deutschland. Kurz vor und während der Herrschaft des Faschismus in Europa fanden die Parteien der Kommunistischen Internationale – mühsam – zur Strategie der Arbeitereinheitfront. Mit ihr sollte die unselige und so folgenschwere Gegner-, ja Feindschaft zwischen den (sozialdemokratischen und kommunistischen) Arbeiterparteien im gemeinsamen Kampf gegen den gemeinsamen Feind aufgehoben werden. Bert Brecht im *Solidaritätslied*: „**Und weil der Prolet ein Prolet ist/ hat er Stiefel im Gesicht nicht gern./ Er will unter sich keinen Sklaven seh'n/ und über sich keinen Herrn./ Drum links, zwei drei, drum links, zwei drei,/ wo dein Platz, Genosse, ist/ reih dich ein in die Arbeitereinheitfront,/ weil du auch ein Arbeiter bist.**“ Diesen Gedanken hat die Kommunistische Internationale, namentlich Georgi Dimitroff, zur Volksfront-Strategie weitergeführt, als mehr und mehr klar wurde, dass der Faschismus nicht eine allgemeine Form des Kapitalismus ist, die durch den Klassenkampf der Arbeiterklasse zu stürzen wäre, sondern im Unterschied zur Herrschaftsform der bürgerlichen Demokratie „**die terroristische Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals**“. **Der Faschismus, so Dimitroff auf dem VII. Weltkongress der KI 1935 in Moskau** weiter, könne nur von allen demokratischen Kräften gemeinsam besiegt werden. Die Volksfront war die Bewegungs-Entsprechung der späteren Anti-Hitler-

Koalition. Sie fand sich im Spanischen Bürgerkrieg zusammen zur Verteidigung der Republik, sie prägte die Partisanenbewegungen in ganz Europa, nach 1945 machte Palmiro Togliatti sie in Italien zum Programm der KPI, dort ging sie in Enrico Berlinguers, er war KPI-Generalsekretär von 1972 bis 1984, Konzept vom *historischen Kompromiss* ein. Zeitgleich gewann der Volksfront-Gedanke weltweite Ausstrahlung durch Salvador Allende und die Unidad Popular in Chile. Er war immer getragen vom Nein zu Faschismus und Rassismus, Nein zu Aufrüstung und Krieg, Abgrenzung gegen die Macht der Monopole, Ja zu einer umfassenden Demokratisierung. Der Philosoph Ernst Bloch, auch Schriftsteller wie Heinrich Mann haben die deutsche kommunistische Bewegung scharf kritisiert, weil sie das Kleinbürgertum kampflos dem Faschismus überlassen habe. Diesen Fehler muss man ja nicht wiederholen.



Die Idee der Volksfront wandelt sich, wie sich die materiellen gesellschaftlichen Verhältnisse wandeln. Heute wäre sie nicht nur die adäquate Antwort auf die Gefahr, dass sich die Menschheit mit der zehnfachen Overkillkapazität der angesammelten Atomwaffen auslöscht; sie wäre auch die angemessene Reaktion auf die

rasante Entwicklung der Produktivkräfte mit ihrer Kehrseite, dem stetigen Umschlag in Destruktivkräfte. Globale Katastrophen wie Kriege, Massenvernichtungswaffen, immer mehr ferngesteuerte oder automatisierte Tötungsmaschinen, Ausplünderung von Naturressourcen, die Klimakatastrophe, Hunger und Flucht in weiten Teilen der Welt gefährden das Überleben der Menschheit. Sie sind Folge eines ungebremsten imperialistischen Kapitalismus. Der hat auch eigene Produktionsverhältnisse hervorgebracht, Monopole und Staat sind auf Engste miteinander in quasi mafiosen Strukturen verstrickt. Sie finden nicht zuletzt im militärisch-industriellen Komplex einen angemessenen Begriff. Dieser MIK ist die jeweilige Durchdringung von Staat, Rüstungsproduktion, militärischen Strukturen und einem Denken (in Thinktanks, Wissenschaft und Forschung) in Kategorien von Gewalt und Vorherrschaft und deren verherrlichender Propagierung in den Medien. Historische Erfahrungen, die Entwicklung der Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse setzen also eine Volksfront als Teil der Überlebensstrategie der Menschheit auf die Tagesordnung.

Vorkrieg oder Krieg?

In ihrer Erzählung *Kassandra* schreibt Christa Wolf: "Wann Krieg beginnt, das kann man wissen, aber wann beginnt der Vorkrieg." Begann der I. Weltkrieg wirklich mit dem Attentat in Sarajevo am 28. Juli 1914 und der II. mit dem Überfall auf Polen am 1. September 1939? Nicht schon eher? Wann hat alles angefangen? Heute müssen wir die Warnzeichen erkennen, um gebührend reagieren zu können: Sind etwa Rüstungsexporte, Drohnen, regionale und Stellvertreterkriege, auch Gedankenwelten und eine Politik, denen Gewalt strukturell innewohnt, nur einzelne Erscheinungen, sind es Menetekel, dass der Vorkrieg angefangen hat oder dass er schon in Krieg übergegangen ist? Von drohenden Kriegen wird vielfach auch in der Friedensbewegung gesprochen, aber Kriege drohen nicht, vielmehr befinden sich die Welt und Europa schon inmitten von Kriegen.

Im Lärm und der Zerstörung, erzeugt von Bombardements des Libanon durch die israelische Luftwaffe, sagte 2006 die damalige US-amerikanische Außenministerin **Condoleezza Rice auf einer Pressekonferenz in Tel Aviv: „Was wir hier sehen, ist in gewisser Weise das Entstehen, die Geburtswehen des neuen Nahen Ostens.“** Dieser unglaubliche Zynismus erschließt sich auf dem Hintergrund der *kreativen Zerstörung*. Das ist ein Schlüsselbegriff der neoliberalen Modernisierer und Neocons. Regimes werden ausgetauscht, Hindernisse gesprengt, Gesellschaften kaputt gemacht, um den Einfluss der USA und „des Westens“ vom Nahen Osten aus über Afghanistan, Pakistan, Irak in den südlichen Gürtel Zentralasiens entlang der ehemaligen Sowjetrepubliken auszudehnen, Russland im Süden an seiner empfindlichsten Flanke einzukreisen und nach China vorzustoßen. Das alles sind die Kriegsregionen der Zeit nach der Systemkonkurrenz und sie werden gezielt ausgedehnt, und vielleicht ist die *kreative Zerstörung* schon in eine unkontrollierte, unbeherrschte Zerstörung übergegangen. Die Saat der Gewalt kommt diesen weiten Bogen zurück in Gestalt von Taliban, Al Qaida und IS, sie tobt sich in und über Syrien aus, durchquert den Mahgreb, zieht in den Süden nach Mali, über Zentralafrika, den Sudan ans Horn von Afrika und den Jemen. Tragen nicht auch die Kriege im ehemaligen Jugoslawien und jetzt in der Ukraine Züge jener *kreativen Zerstörung*? Die einzelnen Teile dieses großen Krieges haben unterschiedliche Akteure. Doch einer ist immer dabei: Die USA. Sie und die NATO haben nach den aufreibenden, kostenintensiven und nicht sehr erfolgreichen Kämpfen in Afghanistan und Irak ihre Kriegsführung verändert. Sie schicken nicht mehr ihre Soldatinnen, Soldaten samt Panzer, Lazaretten, Burger und Cola über den Atlantik und setzen sie der Gefahr aus, in Zinksärgen zurück zu kommen, nein, sie lassen vielmehr kämpfen. Sie bombardieren noch und wieder vermehrt vor allem in Syrien. Dabei kann es nicht schaden, sich an Libyen zu erinnern. Was dort **verharmlosend „Flugverbotszone“** genannt wurde, war tatsächlich ein veritabler, sieben Monate währender NATO-Krieg mit 26.500 Lufteinsätzen und 9.700 Bombardements. Die USA und NATO rüsten auf Drohnen um, sie morden vom heimischen Computerzentrum aus und brauchen

Ramstein als Schnittstelle für die Planung und Durchführung ihres Drohnenkrieges gegen mutmaßliche Terroristen in Afrika und dem Nahen und Mittleren Osten. Vor allem aber liefern sie Waffen und stellen Ausbilder, wie jetzt in Afghanistan und wie es die USA heute schon in der Ukraine und bald auch in Polen und den baltischen Staaten tun werden. Sie bestimmen weiter die Kriegsziele, dafür schicken sie aber andere ins Feuer. So wird die Hierarchie, die ohnehin dem Militär innewohnt, auch weltpolitisch auf die Spitze getrieben.

Deutschlands Rolle in der Welt

Deutschland sortiert seinen Platz in der Weltpolitik neu, das dauert an und es ist gefährlich. Bundespräsident Köhler musste 2010 noch gehen, weil er den Bundeswehreininsatz in Afghanistan mit deutschen Interessen, einschließlich Wirtschaftsinteressen, im Klartext in Verbindung gebracht hatte. Die jetzige Bundesregierung und Bundespräsident Gauck haben sich von militärischer Zurückhaltung verabschiedet, sie erheben Anspruch auf eine Weltgeltung Deutschlands. Das wird **umschrieben mit der Phrase, Deutschland sei eine „Mittelmacht im Werden“ oder, wie es Außenminister Steinmeier ausdrückte, „Deutschland ist eigentlich zu groß, um Weltpolitik nur von der Außenlinie zu kommentieren.“** Diese Ambitionen führen zu Aufrüstung, Willkür und Doppelmoral. Zugleich ist Deutschland, um bei Steinmeier, von der Leyen und Gauck zu bleiben, nicht groß und stark genug, um seine Machtinteressen allein auf sich gestellt durchsetzen zu können, schon gar nicht militärisch. Deutschland will Stärke gewinnen, indem es innerhalb der EU eine führende Stellung einnimmt und seinen Einfluss in internationalen Organisationen wie dem IWF, der Weltbank erhöht. Hinzu kommt: Die Bundesregierung, der Außenminister erwecken den Eindruck, an allen Brennpunkten des Weltgeschehens diplomatisch mitzureden, das erhöht zugleich den deutschen Einfluss in der UNO. **Diese Interessen einer „großen Macht“ – das Wort „Großmacht“ wird in der Sprache der Herrschenden tunlichst vermieden – vertritt die Bundesrepublik möglichst mit Frankreich zusammen, ohne dass die Konkurrenz der beiden Staaten um Vorherrschaft in EU obsolet geworden wäre.**

Terror der Ökonomie

Krieg, Terror, Flucht entstehen im Umfeld von schreiender Ungerechtigkeit und struktureller Gewalt. Den globalen Krieg, der schon jetzt stattfindet, entlarvt Georg Schramm mit seinem dankenswerten Zitat Warren Buffets als „Krieg der Reichen gegen die Armen“¹. Er wird nicht nur militärisch, sondern auch wirtschaftlich geführt. Auf der Erde verhungern täglich 57 000 Menschen; durch schlechte Wasser-

¹ Auf die Frage, was er für den zentralen Konflikt unserer Zeit hält, hat Warren Buffet mit grob geschätzten 50 Milliarden Dollar einer der ganz großen Oligarchen im Interview mit Ben Stein der *New York Times* am 26. 11. 2006 gesagt: „Der Klassenkampf natürlich, Reich gegen Arm, und meine Klasse, die Reichen, die gewinnen gerade.“

versorgung sterben jährlich weltweit über 100 000 Menschen an Cholera, 4,2 Millionen Menschen werden pro Jahr von vermeidbaren Durchfallerkrankungen dahingerafft. Als mörderische Waffen erweisen sich Geld, vor allem in Form von Schulden, und die Börse. Dort werden Leben und Lebensgrundlagen verzockt.

Auf diese veränderte Konfliktlage hat die NATO von 1999 an reagiert, als sie ihre Strategie änderte. Nicht Verteidigung ist seitdem Sinn und Zweck des Militärbündnisses, sondern der notfalls auch militärisch zu sichernde freie Zugang zu den Ressourcen, die die reichen Länder für sich beanspruchen. Und das ohne UNO-Mandat **und territorial über den Wendekreis des Krebses hinaus „out of areas“ mit der fortbestehenden Option des Ersteinsatzes von Atomwaffen.** Uranhaltige Munition ist übrigens bereits Alltag. Aus Sicht des Militärbündnisses sind an die Stelle **militärischer Bedrohungen jetzt andere getreten. Die NATO nennt sie „Risiken“, darunter** die dünner werdende Ozonschicht, Armut, Verelendung und Migrationsströme aus dem Süden, Engpässe im internationalen Nahrungsangebot, Energieknappheit oder organisiertes Verbrechen. Für all diese offensichtlich nicht militärischen Risiken erklärt sich die NATO zuständig, um ihnen mit militärischen Mitteln zu begegnen. Das ist so aussichtslos wie für alle Seiten ruinös. Umgekehrt aber geben diese **„Risiken“ Hinweise auf eine Friedensstrategie, die der Gefährdung der Welt in weit** aus größer werdendem Maß gerecht werden muss. Denn diese **„Risiken“ sind real** und sie werden sich in Kriegen entladen, wenn wir nicht beginnen, anders zu leben, zu produzieren und zu verteilen. Wir in der nördlichen Hemisphäre können nicht mehr auf Kosten der Menschen im Süden leben, die wir mit unserer Lebens- und Produktionsweise arm machen, ohne dass viele von uns das wollen und sich auch ehrlich eingestehen. Trotzdem landen ihre Nahrungsmittel in den Tanks unserer Autos, Kapitalgesellschaften rauben ihnen ihr Land, Pharmakonzerne stehlen ihr Wissen, patentieren ihre Pflanzen und Gene, die reichen Staaten ziehen die gebildeten Leute aus den armen Ländern ab. Selbst unter den syrischen Flüchtlingen sind Deutschland derzeit die Akademiker durchaus nicht unwillkommen.

Vom Umgang mit Differenzen

Frieden ist nicht ein Ding, das erkämpft werden kann und ansonsten bleibt alles beim Alten. Frieden ist vielmehr ein tiefgehender Prozess der Veränderung der Welt, der eigenen Gesellschaft und der Selbstveränderung der Individuen, beinhaltet er doch die Aufhebung von Beziehungen, die auf Beherrschen und Unterwerfen beruhen, jenem gemeinsamen Kennzeichen von Imperialismus, Militarismus und Patriarchat. Das heißt nicht, dass die Einzelnen, die etwas für den Frieden tun wollen, alle diese Implikationen teilen müssen. Die Friedensbewegung ist nicht links oder feministisch, christlich oder globalisierungskritisch, doch Linke, Feministinnen, Christen, globalisierungskritische Menschen bringen ihre je eigenen Sichtweisen ein. Und Gewerkschaften, Kirchen, Umweltverbände müssen aus ihrer Passivität dem Frieden gegenüber aufgerüttelt werden, sie sind wichtig für das gesell-

schaftspolitische Klima. Schließlich ist, wie Willy Brandt sagte, Frieden nicht alles, aber alles ist nichts ohne Frieden. Wie auch immer motiviert, ist heute jeder Schritt weg von Krieg und Kriegsvorbereitungen ein wichtiger Beitrag zur Rettung der **Welt. Daran darf nicht nur teilnehmen, wer die „richtige Kapitalismuskritik“ hat. Ein solches Aufnahmekriterium gibt es nicht.** Im vergangenen Jahr sind diese und andere tiefe Differenzen im Zusammenhang mit dem Friedenswinter aufgebrochen. Das hat zu Ausgrenzungen, Spaltungen, zeitweiligen Lähmungen geführt und zu persönlichen Diffamierungen und Verletzungen. Und hat unserem gemeinsamen Anliegen letztlich öffentlich geschadet und uns geschwächt.

Der Umgang mit Differenzen ist entscheidend für die Stärke (oder Schwäche) der Friedensbewegung. Sie war immer eine Bewegung mit Gemeinsamkeiten – und Differenzen! Nehmen wir die **große Bewegung der 80'er Jahre**: Sie hatte eine, durchaus strategische, Differenz zum Charakter der sowjetischen SS 20 in Osteuropa. Trotzdem haben wir gemeinsam zu Hunderttausenden gegen die Cruise Missiles und den NATO-Doppelbeschluss gekämpft.



Aktuell haben wir eine Differenz zur Frage: Frieden in Syrien unter Einbeziehung von Assad oder nur über Regime-Change? Wir sind auch unterschiedlicher Meinung zu der Frage, ob der Islamische Staat auch militärisch zu bekämpfen oder ob er einzig politisch zu isolieren sei. Trotzdem konnte die Friedensbewegung bislang mit einer militärischen Komponente umgehen, namentlich mit Waffen, gern auch in Frauenhand, eingesetzt von der kurdischen Peschmerga und/oder zur Verteidigung und Selbstverteidigung Rojawas. Muss eine unterschiedliche Einschätzung der russischen Luftangriffe in Syrien die Friedensbewegung jetzt spalten? Oder laufen wir bereits Gefahr, dass die deutsche Beteiligung am Syrien-Krieg als **„humanitäre Intervention“ Akzeptanz auch unter friedensbewegten Kräften gewinnt?**

Wir brauchen mehr Sorgfalt und Kraft bei der Suche nach Gemeinsamkeiten statt nach Differenzen. In der Friedensbewegung und in der LINKEN. Denn wenn die LINKE mit ein bisschen Krieg anfängt oder ein bisschen militärisch zu sichernden Grenzen zustimmt, ist sie schon auf der abschüssigen Bahn. Die ist bekanntlich mit

Schmierseife versiegelt, es gibt kein Halten. Eine linke Partei ist parlamentarisch und außerparlamentarisch eine Antikriegs-Linke oder sie ist nicht mehr links, sondern überflüssig.

Europäische Union und NATO machen Krieg

DIE LINKE will Teil und Partnerin der Friedensbewegung sein, sie kann aber auf keinen Fall die Friedensbewegung ersetzen. Vielleicht kann sie mit ihrer Politik, ihren Forderungen nützlich sein. Statt Ausweitung und Modernisierung der NATO, statt eines Raketenabwehrschildes in Europa tritt DIE LINKE für eine neue europäische Entspannungspolitik ein. Sicherheit in Europa ist Sicherheit mit und nicht gegen Russland. Schluss mit den Sanktionen. Russlands Sicherheitsbedürfnis ist ebenso legitim wie das Sicherheitsbedürfnis Deutschlands, Polens und jedes anderen Staates. Statt Ausdehnung der NATO nach Osten will die LINKE die Auflösung der NATO und ihre Ersetzung durch eine neue Sicherheitsarchitektur in Europa, in der die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit vitalisiert und ausgebaut und das Völkerrecht gestärkt und erneuert wird. Nicht eine "Armee im Einsatz", sondern die strukturelle Nichtangriffsfähigkeit und radikale Reduzierung der Bundeswehr ist ihr Ziel. Die in Deutschland stationierten US-amerikanischen Atomwaffen müssen abgezogen werden, atomwaffenfreie Zonen in Europa und im Nahen Osten, Lateinamerika ist dafür ein überzeugendes Beispiel, sind Schritte zu einer Welt frei von Atomwaffen.

Die Auflösung der NATO und eine grundlegende Reform der EU sind Zukunftsmusik, obwohl sie seit über 25 Jahren nach dem Ende des Kalten Krieges überfällig sind.

Realität hingegen ist, dass die NATO zu einem sich ausbreitenden Kriegsbandnis wurde und sich die Europäische Union im Zeitraffer militarisiert. Jetzt ist die Festung Europa errichtet, vor der Linke immer gewarnt haben. Was verniedlichend „Zäune“ zur Sicherung der EU-Außengrenzen genannt wird, entpuppt sich in Wirklichkeit als militärisch zu sicherndes Grenzregime. Denn was nützen „Zäune“, wenn sie nicht so gesichert werden, dass keiner durchkommt. Für die Friedensbewegung erhebt de facto damit neben und verwoben mit der NATO ein weiterer Gegner: Die EU. Ihr Charakter ist aber selbst unter Linken umstritten. Ist sie ein Mittel der Friedenssicherung in Europa oder selbst Faktor der Militarisierung? Ist sie reformierbar oder muss sie, wie die NATO, abgeschafft, überwunden werden? Dieser Meinungsstreit ist wichtig.

Große Taten: Verhandlungen, Zivile Konfliktlösungen

Immer, wenn sie einen Bundeswehreininsatz ablehnen, wird der Friedensbewegung und der LINKEN entgegengehalten: Keine Kommentare von der Seitenlinie aus, ihr dürft nicht wegschauen, nicht passiv bleiben angesichts von (wahlweise): Völkermord, Massenvergewaltigungen, Flucht und Vertreibung... Auf dem SPD-Parteitag

Dezember 2015 diffamierte Außenminister Frank-Walter Steinmeier die „Heuchler von der Linkspartei“, die „mit der Angst der Menschen spielen“; sie folgten einer „perfiden Logik“, wenn sie sich geschlossen gegen völker- und grundgesetzwidrige Kriege stellten. Doch die Verteidigung von Recht ist nicht Nichtstun, Engagement für zivile Konfliktlösungen ist aufwändiger und geht tiefer als Soldaten und Kriegsgeschütz zu verschicken. Hinzu kommt: Der Einsatz der Bundeswehr hat in den letzten Jahrzehnten keine Krisen und Konflikte gelöst. Das konnten die Anti-Hitler-Koalition mit dem militärischen Sieg über den Faschismus und die Befreiungskämpfe in Asien, wie Vietnam, in Afrika und in Lateinamerika noch für sich in Anspruch nehmen. Heute ist es ausgesprochen fraglich, ob es noch gerechte Kriege gibt. Die Unterstützung der Sowjetunion für die Linke in Afghanistan war politisch und moralisch gerechtfertigt, das Ergebnis eher deprimierend. Der bewaffnete Kampf der PLO war mit Sicherheit völkerrechtlich und moralisch gerechtfertigt, das Ergebnis allerdings nicht Befreiung. Auch die Guerilla-Bewegung in Lateinamerika hatte zu Recht zu den Waffen gegriffen, gesiegt hatte sie allerdings, mit Ausnahme Kubas, mit dem Stimmzettel, freilich immer nur vorübergehend, (noch) nicht auf Dauer.

In den letzten Jahren sind zwei Konflikte erfolgreich beendet oder deeskaliert worden – nicht durch Militär, sondern durch Verhandlungen: 2013 konnte fünf Minuten vor 12 der Angriff der USA auf Syrien durch das Abkommen über die Vernichtung der Chemiewaffen diplomatisch gestoppt werden. Durch das Atomabkommen konnte jüngst ein Krieg gegen den Iran verhindert werden. Die Zukunft wird zeigen, ob Minsk II eine zumindest vorübergehende Deeskalation des Ukraine-Krieges eingeleitet hat.

Die empirische Erfahrung lehrt: Nach Ende des Ost-West-Konflikts führen Militäreinsätze zu noch mehr Spannungen und Unsicherheit, Verhandlungen hingegen können Gewalt und Katastrophen zumindest stoppen.

In Deutschland gibt es unter der Bevölkerung eine stabile Anti-Kriegs-Mehrheit – als Meinungsmehrheit, nicht auf der Straße. Sie gerät in Gefahr, aufgeweicht zu werden ausgerechnet durch die Boten des Krieges, die in Form der Flüchtlinge zu uns kommen. 80 Prozent fliehen bekanntlich vor Krieg. Und schon geht die Demokratie ein weiteres Mal den Bach hinunter. Das Grund- und Menschenrecht auf Asyl geht in einer Stimmungsmache für eine „Begrenzung des Zuzugs“ unter. Soziale und demokratische Rechte werden – zunächst für Flüchtlinge – kurzerhand außer Kraft gesetzt. Die Boten des Krieges werden unser Land im Inneren gravierend verändern, eine Verschiebung der politischen Schwerpunkts nach rechts erscheint wahrscheinlich. Die Bewegung für Frieden wird, wenn sie auf die Straßen und Plätze zurück findet, auch dem Rassismus Grenzen setzen und eine weitere Rechtsentwicklung stoppen können.

Um mich nicht bei zeitraubenden Vorreden aufzuhalten und den Bogen über das Jahrhundert zu dem Ereignis zu schlagen, dessen Gedenken uns hier und heute zusammenführt: Bei der Zusammenkunft der Führer sozialistischer Parteien in dem Schweizer Ort Zimmerwald im Kanton Bern ging es um die Bestimmung einer Erfolg versprechenden Strategie und Taktik des Kampfes für den Frieden und eine Konferenz zur gleichen Thematik täte den Sozialisten ein Jahrhundert später nicht weniger not und gut. Denn es kann, schon ein Blick in die eigene Partei, beispielsweise die meine, bezeugt es, es kann von einer Übereinstimmung auf diesem Feld nicht die Rede sein.

Der erhebliche Unterschied der Situationen von einst und jetzt besteht aber darin, dass damals nach Inhalten, Zielen und Methoden des Friedenskampfes während eines europaweiten Krieges gesucht wurde und die Mehrheiten aller sozialdemokratischen Parteien in den kriegführenden Ländern auf die Positionen der Vaterlandsverteidigung übergelaufen waren. Der Krieg war 13 Monate alt und Deutschland hatte ihn verloren, wenn sich die militärische und zivile Führungsschicht des Kaiserreiches das wohl selbst auch noch nicht eingestehen wollte. Doch als die Marneschlacht im September 1914 nicht gewonnen wurde und Frankreich standhielt, der Bewegungs- in den Stellungskrieg überging, russische Armeen in Ostpreußen eindringen, war der modifizierte Schlieffenplan, mit dem das Kaiserheer in den Krieg gezogen war, erledigt. Ein Ersatzplan existierte nicht. Der Krieg würde sich nun verlängern und das Deutsche Reich über kurz oder lang die Überlegenheit derer anerkennen müssen, die es herausgefordert hatte.

Die Zimmerwalder wollten sich mit dieser Perspektive eines Jahre andauernden Völkermordens nicht abfinden. Geeint waren sie durch die Vorstellung und den Willen, den Krieg zu einem baldigen Ende zu führen. Was dafür zu tun war, das war ihre Frage und auf die gab es unter und zwischen ihnen keine übereinstimmenden Antworten. Die Meinungsunterschiede begannen mit der Frontstellung. Die gegen die Kriegstreiber und Kriegsinteressenten verstand sich gleichsam von selbst. Aber wie stand es mit denen, die an ihre Seite getreten waren, mit denen viele der Anwesenden doch nach wie vor in einer Partei waren? Musste der vollständige, also auch der organisatorische Bruch vollzogen werden? Mussten neue proletarische Organisationen gegründet, an die Stelle der offenkundig bankrotten II. eine neue III. Internationale gesetzt werden? Und weiter: Mit welchen Zielen sollte der Kampf gegen den Krieg geführt werden. Allein dem seiner raschen Beendigung und dem Verzicht auf Annexionen und Kontributionen in Friedensverträgen? Oder doch mit dem Bestreben, die gesellschaftlichen Zustände grundstürzend zu verändern und

denjenigen die Macht zu entziehen, die den August 1914 zu verantworten hatten. Und dann und ganz praktisch: Sollten die Millionen Soldaten die Gewehre nur **wegwerfen oder sollten sie die „umdrehen“ und aus dem Völkerkrieg Bürgerkriege machen?**

Das Manifest, auf das sich die Anwesenden nach ihren Beratungen vom 5. bis 8. September 1915 einigten, war ein Kompromiss. Die Autoren konstatierten, dass der Krieg aus dem Imperialismus hervorgegangen war, um Profite und den Besitz der Naturschätze des Erdballs geführt wurde und die Weltkarte nach den jeweiligen **Ausbeutungsinteressen neu gestaltet werden sollte. Und dann forderten sie, „das Ringen um den Frieden aufzunehmen“. Welchen? Einen nicht imperialistischen, der niemanden vergewaltigte und das Selbstbestimmungsrecht der Völker wiederherstellte und wahrte.** Auch die Minderheit der Anwesenden, die mit Lenin für ein ungleich weitergehendes Programm sich ausgesprochen hatte, aber mit ihrem Vorschlag unterlag, stimmte für diesen Text, ohne von dem eigenen Standpunkt abzugehen. Es ist die Formierung dieser Minderheit, die unter der Bezeichnung Zimmerwalder Linke in die Geschichte der europäischen Arbeiterbewegung eingegangen ist, die das Treffen vor allem denkwürdig macht. Von ihr führte ein gerader Weg zum totalen Bruch mit den Opportunisten und Nationalisten, zur Gründung eigener Zusammenschlüsse, in die III. Internationale, zu unterschiedenen Kampfformen gegen den Krieg bis hin zum Versuch seiner Umwandlung in den Bürgerkrieg, der einzig den Bolschewiki gelang.

Bei allen Verdiensten und den vielen Opfern, die insbesondere von jenen Linken gebracht wurden, den Abbruch, das Ende des Krieges haben nicht sie in erster Linie erzwungen. Er ging in Westeuropa 1918 zu Ende, als die Kräfte des deutschen Heeres aufs äußerste erschöpft, immer mehr Soldaten kampfmüde und kampfunwillig geworden waren, das Vordringen der Armeen der Entente in das Reichsgebiet bevorstand, und nun auch die Generalität um Paul von Hindenburg, dem Chef der Obersten Heeresleitung (OHL) nach der raschen Beendigung des Krieges durch Waffenstillstandsverhandlungen rief, bestimmt vom Gedanken, für die Zukunft zu retten, was für sie zu retten war.

Die Welt, wie sie heute beschaffen ist, entstand in weiten Teilen und mit ihren wesentlichen Charakteristika rund gerechnet vor einem Vierteljahrhundert, also etwa in den Jahren zwischen 1989 und 1991. Teile Mittel- und Osteuropas und der Norden Asiens bis an den Pazifik sind in konterrevolutionären Prozessen in kapitalistische Zustände zurückverwandelt worden. Damit wurde auch einer der politisch-militärischen Blöcke, der dem anderen viereinhalb Jahrzehnte gegenübergestanden hatte, Geschichte. Die Landfront des Kalten Krieges, die durch Mitteleuropa entlang der Grenze der beiden deutschen Staaten verlief, existierte nicht mehr. Die Truppen der Hauptmacht des Warschauer Vertrages begaben sich in ihr Land zurück.

Dass der Kalte Krieg der Geschichte angehörte, erschien vielen bei allem, was sie als verloren ansehen mussten, als Gewinn. Mehr noch: Geglaubt wurde, dass nicht nur eine lang währende akute Gefahr beendet wäre, sondern dass der alte Kontinent, wie kein anderer durch die Jahrhunderte von Kriegen, dem Dreißigjährigen, den Napoleonischen, dem Ersten, dann dem Zweiten Weltkrieg geplagt, für alle Zukunft Kriege hinter sich gelassen habe. Das war ein schöner Traum.



Ein leichtes Erwachen gab es, als die europäischen Großmächte den Krieg gegen Jugoslawien begannen und ihn gegen einen bis zur Hilflosigkeit unterlegenen Gegner brutal führten. Mit diesem Krieg verbindet sich nicht nur der bundesrepublikanische Sündenfall. Zum ersten Mal seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges war eine deutsche Armee, nicht in vorderster Reihe,

aber als Hilfskraft, wieder an einem Krieg beteiligt. Er war kurz und hat deutsche Gedächtnisse nicht lange strapaziert. Auch diese Teilnahme musste aber vorher von den Teilnehmenden begründet werden – wie alle so genannten modernen Kriege – vor allem vor der eigenen Bevölkerung. Da ist viel gelogen worden und wird es bis auf den heutigen Tag. Das Vaterland war zu verteidigen, seine Bürger zu schützen, dem feindlichen Angriff zuvorzukommen. Keine Lüge aber, welcher Vergleich auch immer herangezogen wird, war so unverfroren, ja so ungeheuerlich wie die des seinerzeitigen Bundesaußenministers, der die Bomben auf Serbien mit der Lüge rechtfertigte, es galt, ein zweites Auschwitz zu verhindern. Dass der Mann das überstand, war ein Zeichen dafür, was in Deutschland einig Vaterland möglich war.

Hier ist nicht Ort noch Zeit die Geschichte der Kriege und Bürgerkriege im 21. Jahrhundert zu verfolgen. Geographisch reichen sie von Afghanistan bis Libyen. Da bleiben noch die in Mittel- und Südafrika unbenannt. Da mochten die weitesten Teile Europas wieder erscheinen wie eine friedliche Insel. Und in der Tat konnten sich die Europäer weithin glücklich schätzen, fern von Kriegen zu leben. Wer würde nicht zu schätzen wissen, dass heute selbst die Siebzigjährigen Deutschen keinen Tag in einem Krieg gelebt haben. Das Problem besteht darin, dass sie das als selbstverständlich und als ein kostenloses Dauerabonnement ansehen. Und ein weiteres darin, dass diese Generationen sich in ihrer Mehrheit für die „Kriege der

anderen“ nicht interessieren. Der von Goethe beschriebene deutsche Spießbürger – „wenn drunten weit in der Türkei die Völker aufeinander schlagen“ – scheint unsterblich. Und er wird hierzulande erzogen und gepflegt. Unter der Losung „Jedem seine Chance“, die ohnehin verlogen ist, werden Individualisten erzogen, die sich nicht einmal um den eigenen Mitbürger scheren, geschweige denn um das Leben der Menschen weitab. Wie die neuesten Erfahrungen und Befragungen zeigen, funktioniert das bei etwa der Hälfte der Bundesbürger.

Dann kamen aber der Bürgerkrieg in der Ukraine und das Eingreifen Russlands. Das war den Deutschen aus historischen und geographischen Gründen näher und der Unfall von Tschernobyl, der aber inzwischen auch fast dreißig Jahre zurückliegt, hatte diese Nähe in besonderer Weise veranschaulicht. Die bundesdeutsche Propaganda, die bei der Erklärung von internationalen Zusammenhängen immer kurz und einprägsam Bösewichte markiert, Saddam Hussein, Assad, Muammar al-Gaddafi, präsentiert in dieser Rolle nun Putin. Wer in den heutigen Auseinandersetzungen um Krieg und Frieden einen Platz finden und einnehmen will, muss hingegen zu verstehen suchen, welche gesellschaftlichen Ursachen die Kriege von heute verursacht haben und ihre Fortdauer bewirken, welche Interessen in ihnen verfochten werden, wo Fronten verlaufen. Und das ist am gründlichsten verstanden, wenn man ihre Geschichte kennt.

Sie beginnt damit, dass zwar der Kalte Krieg der beiden Systeme 1990/1991 beendet war, die USA und ihre Verbündeten aber nicht willens waren, die NATO, die doch als Bündnis gegen den Sozialismus entstanden war, aufzulösen. Ja, sie begrenzten deren Einfluss- und Ausdehnungsbereich nicht einmal auf dem Stand des Jahres 1990, sondern rückten die sich erweiternde Militärkoalition ostwärts vor und an die Grenzen Russlands. Sie scheuen nicht zurück, vor diesen Grenzen mit ihren alten und neuen Verbündeten Militärmanöver abzuhalten. Zu welchem Zweck?

Das ist keine einfach zu beantwortende Frage. Offenkundig ist, dass sie sich mit der bloßen Tatsache, dass Russland ein kapitalistisches Land geworden war, nicht begnügen. Entweder Du beugst Dich der US-amerikanischen Führungsrolle oder es wird gesorgt, dass Du in Deinem Inneren von der Macht verdrängt und durch Kräfte ersetzt wird, die das tun. Was in Kiew gelang, ein in diesem Falle antirussisches Regime an die Macht zu putschen, sollte unter anderem Vorzeichen in Russland wiederholt werden. Der Maidan auf dem Kreml. Das hat nicht funktioniert. Doch die Absicht und die Perspektive war in greifbare Nähe gerückt, eine Ukraine zu schaffen, die Teil der NATO werden würde, so dass von Estland über Lettland, Litauen und Polen keine Lücke mehr im Aufmarsch des Bündnisses vor den europäischen Grenzen Russlands existierte, ausgenommen die finnische.

Was also kann in den Köpfen der US-amerikanischen Führungsschicht vor sich gehen, die diese Politik planen und praktizieren? Der Imperialismus, den sie repräsentieren, hat im 20. Jahrhundert drei große Siege errungen, die von 1918, von

1945 und von 1990/91. Die historischen Situationen unterschieden sich, offenbar aber nicht deren Wirkung. Sie haben zu einer Weltmachtmentalität geführt, die sich mit der kurzzeitigen der hitlerfaschistischen Imperialisten jedenfalls messen kann, ja sie übertrifft. Was diese Geistes- und Gemütshaltung in der Welt inzwischen angerichtet hat, ist zu besichtigten. Dazu muss man neuerdings nicht nach Afghanistan, Israel, Syrien und Libyen reisen. Die Opfer finden sich hierzulande ein und wir diskutieren darüber, wie viele von ihnen doch auch die Slowakei und die Tschechei aufnehmen müssten. Und wie steht es mit dem Verursacherprinzip? Warum sagt niemand, die USA sollen ihre Kriegs- und Handelsflotte in die Häfen von Libyen, des Libanon und der Türkei schicken und die Elenden in ihr Riesenland transportieren und sie in ihm aufnehmen?

Das führt zu der Frage, was Friedensbewegungen heute in Deutschland zu fordern und zu tun hätten, was sie tun können. Das erste ist und bleibt die Aufklärung über die Ursachen der Kriege und gefährdenden Spannungen. Und da kommt keine Friedensbewegung um die Kennzeichnung der Rolle des amerikanischen



Imperialismus herum und darum, sich durch die hirnlose Anklage, darin drücke sich Antiamerikanismus aus, nicht schrecken und disziplinieren zu lassen. Es muss klar ausgesprochen werden, mit wem die Bundesrepublik da verbündet ist und dass sie dieser ihrer Bündnisverpflichtung beispielsweise durch die provokatorischen Manöver nachkommt und mehr noch und fortlaufend durch ihr Schweigen zur Politik der Führungsmacht. Dabei ist es der Staatspropaganda gelungen, diese deutsche Republik als einen ewigen Friedenstifter darzustellen, personifiziert in einem Außenminister, der von Gespräch zu Gespräch eilt, von Konferenz zu Konferenz und überall erklärt, dass man sich doch vertragen müsse und dass dazu notwendig sei, miteinander zu reden. Die Frage von Krieg und Frieden wird ausschließlich zu einer Frage von gutem Willen von Politikern und zu einem Problem ihrer Fähigkeit erklärt, Krisen zu managen. Das hätte die von 1914 nicht gekonnt, und deshalb seien sie und die Menschen in einen Weltkrieg geraten. Die erste Aufgabe der Friedensbewegung besteht folglich daran, den Nebel zu lichten und zu beseitigen, der vor das Verständnis der Welt in ihrem gegenwärtigen Zustand gelegt wird. Das allein ist eine Berserkerarbeit.

Auf diesem Wege ist – damit eben verbunden, eine zweite Aufgabe in Angriff zu nehmen. Die Voraussetzungen von Erfolgen ist natürlich die Kombination der großen Zahl. Ohne Massen und deren Druck ist auf politische Entscheidungen kein Einfluss zu gewinnen. Das geht nicht ab, ohne dass vor allem mit den nachwachsenden Generationen über Humanität und Solidarität gesprochen und deren Erziehung zum Egoismus eine Alternative entgegengesetzt wird. Und es verlangt nicht weniger die Formulierung von überzeugenden und zugleich erreichbaren Zielen. Das beginnt, das war ein Prinzip von Friedensbewegungen zu allen Zeiten, mit dem Katalog von Forderungen mit Richtung auf das eigene Land. Wie wäre es, wenn es in der Bundesrepublik ein oder zwei Zeitungen gäbe, die Tag für Tag auf der ersten Seite einfach den Betrag angeben würde, den dieser Staat für die Bundeswehr, ihren Erhalt, ihre Ausrüstung und ihren Einsatz ausgibt? Woran die Frage zu knüpfen wäre: Wer bedroht uns eigentlich? Dann würden viele der täglichen Diskussionen über die Aufwendungen des Staates und die Verweigerung von Staatsausgaben einen lebendigeren Inhalt gewinnen.

Die Friedensbewegungen hierzulande könnten doch fragen: Warum schweigt diese Bundesregierung, die sich der Abschaffung der atomgetriebenen Elektrizitätswerke rühmt, statt sich international gegenüber den acht Staaten, die Atomwaffen besitzen, darunter mehrere ihrer Verbündeten, für eine konsequente atomare Abrüstung einzusetzen? Und dann ist da das weite Feld der deutschen Waffenproduktion und ihres Exports. Es gab in der Geschichte wiederholt Kriege, die nicht mit dem Sieg der einen oder anderen Seite endeten, sondern mit der Erschöpfung der einander Bekriegenden, ihrer Menschen und ihres Materials. Die Waffenlieferanten allein schon hätten die Möglichkeit, heutige Kriege zu verkürzen und gleichsam auszutrocknen. Es könnte eine Aufgabe der Friedensbewegung sein, die Waffenproduzenten und Kriegsgewinne, denn das sind sie doch, namhaft zu machen. Wandel zu schaffen ist da ohne Konversionsprogramm schwer genug, fürchten doch Arbeiter und Angestellte um ihre Arbeitsplätze und stellen sich so oder so auf die Seite der großen Profiteure, bisweilen sekundiert von einigen Gewerkschaftern.

Liebknecht, der als Gefangener in Zimmerwald nicht teilnehmen konnte, schrieb **den dort Versammelten einen Brief. Aus ihm stammt der auffordernde Satz: „Wie's zu kämpfen gilt, muss festgelegt werden.“** Das eben könnte unseren Debatten Wegweiser sein.

Da der unbeirrbarke Kriegsgegner Karl Liebknecht am Krieg teilnehmen musste, konnte er nicht an der Konferenz in Zimmerwald teilnehmen. Seine Briefbotschaft zeigt, dass er die Leninsche Position unterstützte: der Krieg zwischen Nationen sollte in einen Krieg gegen die kapitalistische Ordnung umgewandelt werden. Daher rührt auch die bei revolutionären Sozialisten damals nicht unübliche martialisch-militärische Ausdrucksweise:

„Abrechnung, unerbittliche Abrechnung mit den Fahnenflüchtigen und Überläufern der Internationale in Deutschland, England, Frankreich und anderwärts.

Gegenseitige Verständigung, Ermutigung, Anfeuerung der Fahmentreuen, die entschlossen sind, keinen Fussbreit vor dem internationalen Imperialismus zu weichen, mögen sie auch als Opfer fallen. Und Ordnung in den Reihen dieser zu schaffen, die auszuharren entschlossen sind; auszuharren und zu kämpfen, den Fuss fest **am Male des internationalen Sozialismus. ...**

Burgkrieg, nicht Burgfrieden!

Internationale Solidarität des Proletariats über, *gegen* pseudonationale, pseudopatriotische Klassenharmonie. Internationaler Klassenkampf über Staatenkrieg, gegen Staatenkrieg. Internationaler Klassenkampf für den Frieden, für die sozialistische **Revolution. ...“**



An Liebknechts Brief beeindruckt nicht nur dessen perspektivische Unbeirrbarkeit. Gerade aus heutiger Sicht fällt auch der internationalistische Geist ins Auge, den die Restbestände der II. Internationale aufbrachten und sich – wenigstens um das Kriegsende zu beschleunigen – trafen und Beschlüsse fassten.

Mir fällt auf, dass wir auf unserer heutigen Konferenz keinen einzigen ausländischen Gast begrüßen können, obwohl die Konferenz legal und das Reisen viel einfacher geworden ist. Ein Manifest, das mehrere europäische sozialistische Gruppierungen unterschreiben könnten, wäre womöglich

wesentlich schwerer zu verabschieden, da die Militäraktionen z. B. Frankreichs in afrikanischen Ländern von Sozialisten mit derselben Selbstverständlichkeit durchgeführt werden wie von den Rechten. Und selbst französische Linke halten sich mit Aktionen gegen diese Einsätze sehr zurück. Erinnerung sei daran, dass der KPF erst im fünften Jahr nach Ausbruch des algerischen Unabhängigkeitskampfes begann, französische Deserteure zu unterstützen.

Doch zurück zu Zimmerwald: Aus Rosa Luxemburgs bereits publizierter Junius-Broschüre geht hervor, dass sie die Ansichten Liebknechts und Lenins zum Krieg teilte. Auch sie konnte nicht teilnehmen, weil sie im Gefängnis war, wo sie keine Möglichkeit hatte, sich über Verlauf und Ergebnis der Konferenz zu informieren. In **einem Brief an Clara Zetkin bezeichnete sie sie als „zerquetschte Fehlgeburt“, weil sie „unter der Ägide des großen Ledebour“ gestanden hätte, der in ihren Augen ein gefährlicher Revisionist war.** An Leo Jogiches schrieb sie, sie halte die Konferenz **„für einen katastrophalen Fehler, der die weitere Entwicklung der Opposition und der Internationale von vornherein auf eine falsches Geleise geschoben hat“.** Ganz offensichtlich wusste sie nichts über die Dynamik, die sich in Zimmerwald entfaltet hatte. Auch Lenin hatte befürchtet, dass die Rechten in der Sozialdemokratie (Kautsky, Bernstein) mit der Konferenz nur auf die Kriegsmüdigkeit der Massen reagieren wollten, um sie von der revolutionären Aktion abzuhalten. Rosa Luxemburg wusste nicht, dass es ihm gelungen war, die revolutionäre Perspektive in das Manifest einzuschreiben.

Von Seiten der italienischen Sozialisten hatten Oddino Morgari und Angelica Balabanoff im Juli 1915 Kontakt mit russischen Revolutionären in Bern und waren in die Vorbereitung der Konferenz eingebunden. Italien war erst seit Mai 1915 Kriegsteilnehmer auf der Seite der Entente. Die Bevölkerung war keineswegs kriegsbegeistert, weshalb die Sozialisten den Krieg auch baldmöglichst beendet sehen wollten. Auch Giacinto Serrati, der damals Direktor des *Avanti-* der Tageszeitschrift der Sozialisten – war, konnte trotz der herrschenden Zensur das Zimmerwalder Manifest drucken, das den Krieg als einen imperialistischen bezeichnete und die sozialistischen Parteien kritisierte, die wegen des Krieges den Klassenkampf suspendiert hatten. Es rief zu Massenaktionen gegen den Krieg auf, der ohne Annexionen und Reparationen beendet werden sollte.

Antonio Gramsci war 1915 politisch noch zu unbedeutend, um an der Zimmerwalder Konferenz teilzunehmen. Sie bekam jedoch eine große Bedeutung für die Entwicklung seiner Haltungen. Es lohnt sich zunächst ein Rückgriff auf seine Position von 1914, als Italien vor der Entscheidung stand, an der Seite der damals noch verbündeten Mittelmächte in den Krieg einzutreten. Der junge Journalist Gramsci **wollte der von Filippo Turati für die Sozialisten ausgegebenen Richtschnur, „Den Krieg nicht unterstützen und nicht sabotieren“, etwas entgegensetzen.** Gramsci teilte nicht die auch unter italienischen Sozialisten verbreitete Auffassung, dass die

Volksmassen im kindlichen Status verblieben und noch nicht fähig seien, eine starke „**organizzazione spirituale**“ gegen den Krieg zustande zu bringen. „**Spirituale**“ steht bei ihm hier für „**bewusst**“, wobei der Schwerpunkt der Wortkombination auf „**Organisation**“ liegt.

Gegen Turatis Formel, die auf absolute Neutralität zielte, trat der damalige Direktor des *Avanti*, Benito Mussolini am 24. Oktober 1914 mit nebelhaften Formulierungen für „**relative und operative Neutralität**“ auf, womit er bei vielen Sozialisten harsche Kritik erntete. Der junge Journalist Gramsci stellte sich am 31. Oktober 1914 jedoch hinter Mussolini und gegen die Position der Reformisten, die wollten, dass das Proletariat unparteiischer Zuschauer der Ereignisse bliebe und den Krieg nicht zur „**Plattform für den Klassenkampf**“ umfunktioniere. Der Direktor des *Avanti* habe den Krieg nicht als Angelegenheit dargestellt, die gleichermaßen im Interesse aller Klassen läge, sondern deutlich als Sache des Bürgertums. Er habe nicht zur Klassenverbrüderung aufgerufen, sondern offen gelassen, ob das Proletariat, sobald es ein höheres Bewusstsein erlangt habe, nicht doch die „**Maschinerie sabotieren würde**“. Mussolini hätte die objektiv antagonistisch zum Kapitalismus stehende Position des Proletariats nicht preisgegeben, sondern die Perspektive eröffnet, dass es aus dem Handeln der Bourgeoisie lernen und selbst die Führung der öffentlichen Angelegenheiten übernehmen könne.

Sowohl für Mussolini als auch für Gramsci hatte die Sache Folgen. Gramsci entging nur knapp dem Rauswurf aus der Sozialistischen Partei, Mussolini musste sie verlassen. Dass sich Gramsci in der Einschätzung seiner Position getäuscht hatte, offenbarte sich schon am 15. November, als die von Mussolini neu gegründete Zeitung *Popolo d'Italia* zum ersten Mal erschien und offen für einen kriegsinterventionistischen Kurs warb. Erst dann wurde Gramsci klar, dass Mussolini damit seiner schon früher manifestierten Haltung folgte, wonach Italien nach Kolonien streben müsse und sich als angeblich „**proletarische Nation**“ auch innerhalb Europas einen höheren Rang erkämpfen müsse. Der *Popolo d'Italia* versuchte den Proletariern nun weiszumachen, dass ihr Gegner nicht im eigenen Land, sondern im Ausland zu suchen sei und deshalb eben Krieg geführt werden müsse – in und außerhalb Europas.

Konträr dazu sagte Gramsci schon während des ersten Weltkriegs die künftige Selbstbefreiung aller Kolonien von europäischer Herrschaft voraus. Diese antiimperialistische Position wird die KPI später schon in den Gründungsprozess der III. Internationale einbringen, während andere kommunistische Parteien, speziell die englische und die französische, noch jahrzehntelang meinten, die Kolonien Kolonien bleiben zu lassen und irgendwann gemeinsam mit den Mutterländern in den Kommunismus überführen zu können.

Durch die Informationen zur Zimmerwalder Konferenz lernte Gramsci zum ersten Mal Positionen Lenins kennen, dessen Wirken und Schriften er von nun an aufmerksam verfolgte. Oddino Morgaris Erfahrungen, der während der Revolution direkten Kontakt zu den Bolschewiki in Russland hatte, wertete er journalistisch aus. In der Hoffnung, eine ähnliche Revolution einleiten zu können, wurde er 1919 Führer der Turiner Rätebewegung. Allerdings erkannte er auch als einer der ersten europäischen Kommunisten, dass die im unterentwickelten Russland durchgeführte Revolution in den westeuropäischen Ländern nicht einfach nachgeahmt werden konnte.

Dass der Kampf gegen den Krieg nicht als eindimensionaler Kampf gegen den Krieg erfolgversprechend ist, dass der Erhalt des Friedens vielmehr eine breiter angelegte Frage des kulturellen Bewusstseins ist, blieb auch weiterhin die Grundlage von Gramscis politischer Haltung. Wird der Kampf



um Frieden und sozioökonomische Umwälzungen nur mit Friedensrhetorik und ökonomischen Argumenten geführt, entfaltet er auch heute nur begrenzte Wirkung. Das scheint mir auch der Grund zu sein, weshalb es den Kriegsgegnern in der Bundesrepublik (oder auch in ganz Europa) nicht gelingt, eine effektive Friedensbewegung zu stiften. Obwohl größere Mehrheiten denn je gegen jede Art von offensiver Kriegsführung sind, herrscht auch in diesen Mehrheiten Unklarheit über die vermeintliche Notwendigkeit von Regime-Change in sogenannten Diktaturen, von gewaltsamer Durchsetzung von Menschenrechten oder auch über die Frage, was heutzutage antisemitisch ist. Auch im Totalverlust eines Begriffs von struktureller Gewalt offenbart sich ein Defizit kultureller Vermittlung. Resultat ist gesellschaftliche Ohnmacht – auch in der Frage von Krieg und Frieden.

Das mir aufgegeben Thema lautet: „Imperialismus heute. Trägt der Kapitalismus den Krieg in sich wie die Wolke den Regen?“ Damit ist die Frage nach dem Imperialismus aufgeworfen. Taugen der Begriff und dahinter stehende wissenschaftliche und politische Konzepte zur Erklärung der Weltverhältnisse des 21. Jahrhunderts? Das steht zwar „erst“ in seinem zweiten Dezennium; aber von Anfang zu sprechen, ist gewiss nicht mehr angemessen. Darüber hinaus ist der Zusammenhang von Kapitalismus und Krieg aufgerufen.

„Differenzen verstehen“ ist die dritte Herausforderung, die im Grunde originär mit dem Stichwort Zimmerwald verbunden ist. Hier will ich an Heinz Petrak erinnern, der entschieden betonte: „Die Linke hat seit zwanzig Jahren eine Aversion gegen theoretische Arbeit. Mit der Wahrnehmung, mit dem realen Sozialismus habe die Theorie versagt, griff ein „Alles oder Nichts“ um



sich: entweder dogmatische Fortführung der alten Annahmen des Marxismus-Leninismus oder völliges Verwerfen. Antworten gibt es aber nur, wenn die Linke zur theoretischen Arbeit zurückkehrt. Die Theorielosigkeit ist nicht nur eine der Ursachen der 'Strömungen' in der Linkspartei, sie ist ein weltweites Problem. Ohne **neue theoretische Arbeit gibt es aber auch keinen politischen Neuanatz.**¹ Unsere heutige Konferenz will dazu beitragen, dem abzuhelpfen.

Verkürzung wird zur Verdrehung

Die Formulierung des Titels: „Trägt der Kapitalismus den Krieg in sich wie die Wolke den Regen?“ bezieht sich auf einen Satz des französischen Sozialisten und Friedenskämpfers Jean Jaurès. Ein Leserbriefschreiber namens Hans Peter Arenz hat im August dieses Jahres darauf hingewiesen, dass der Satz im Deutschen eine verkürzte Sichtweise auf das Verhältnis von Kapitalismus und Krieg suggeriert (www.jungewelt.de, 19.08.2015). Im französischen Original lautet er: „Le capitalisme porte en lui la guerre comme la nuée porte l'orage.“ La nuée ist die dicke,

1 Heinz Petrak: SMK-Theorie und gegenwärtige Weltwirtschaftskrise, in: *Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung*, Frankfurt am Main, Heft 100 (Dezember 2014), S. 59.

schwere Regenwolke, l'orage das Gewitter oder der Sturm. Damit müsste der Satz **auf Deutsch richtig lauten: „Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich wie die schwere Regenwolke das Gewitter.“**

Das bedeutet, Kapitalismus bringt nicht immer und zu jeder Zeit Krieg hervor, sondern nur unter bestimmten Bedingungen und Voraussetzungen: So, wie nicht jede Wolke eine Gewitterwolke ist und nicht jeder Regen ein Gewitter.

Dafür stand übrigens gerade Jean Jaurès. Er trat im Sommer 1914 für eine Verständigung mit Deutschland ein, weil er davon ausging, dass aus der Balkan- bzw. Julikrise eben nicht notwendig ein französisch-deutscher Krieg hervorgehen musste. Er hielt den Krieg für vermeidbar, oder besser: verhinderbar, und zwar im Parlament und außerparlamentarisch, und setzte sich dafür ein. Er wurde von einem französischen Nationalisten genau deshalb am 31. Juli 1914 ermordet.

Die Herausforderung des Themas ist deshalb: Die Friedensbewegung und die Linke brauchen zu jeder Zeit, in jeder historischen Situation ein genaues, vertieftes und begründetes Verständnis der aktuellen Kriegsgründe und der wirkenden Gegenkräfte und -tendenzen. Insofern ist das Verhältnis von Kapitalismus und Krieg zu fassen, wie Karl Marx und Friedrich Engels bei der Kapitalanalyse den **„tendenziellen Fall der Profitrate“ behandelt haben: Es gibt „das Gesetz als solches“ und „entgegenwirkende Ursachen“**.²

Zu denen wären mindestens zu zählen:

- Nicht alle Staaten sind überhaupt am Anzetteln und Führung von Kriegen interessiert, wie in Europa etwa seit dem 19. Jahrhundert die Schweiz und Schweden, seit Mitte des 20. Jahrhunderts auch Finnland und Österreich (die derzeitigen Verwandlungen im Gefolge der EU-Mitgliedschaft sind hier unberücksichtigt).
- Auch von den mehr oder weniger kriegsführungsfähigen Staaten ist nicht jeder zu jeder Zeit dazu willens oder bereit; die deutsche Nichtteilnahme den Kriegen der Willigen gegen Irak und Libyen zeugen davon ebenso, wie die Tatsache, dass an beiden Kriegen niemals alle NATO-Staaten teilgenommen haben.
- **Zugleich wird nach Joseph A. Schumpeter das „normale“ Funktionieren des modernen Kapitalismus durch Kriege – zumindest der großen kapitalistischen Mächte gegeneinander – eher gestört, denn befördert (dazu weiter unten). Hinzuzusetzen gilt: wenn nach Galtung verschiedene Gewaltformen zu unter-**

² Karl Marx: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Dritter Band, Dritter Abschnitt: Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate, in: Marx/ Engels: Werke (MEW), Bd. 25, Berlin: Karl Dietz Verlag, S. 221-277. (Die MEW-Bände, die früher im Dietz Verlag Berlin erschienen und nach der Wende im Karl Dietz Verlag, sind hinsichtlich des Seitenlaufs auch bei allen späteren Drucken identisch. Deshalb erübrigt sich eine Jahresangabe des entsprechenden Bandes.)

scheiden sind, direkte Gewalt als sichtbare Gestalt und strukturelle Gewalt sowie kulturelle Gewalt als unsichtbare Gestalten,³ so herrschen die maßgeblichen Kräfte des heutigen Kapitalismus lieber mit struktureller und kultureller Gewalt – EU-Troika nach Griechenland und in andere Staaten, die dort jenseits **von Verfassung und Gesetzen im Namen der „europäischen Idee“ das Land** durchherrscht, statt Kavallerie oder Wehrmacht.

- Wesentlich ist schließlich die innerpolitische Gegenbewegung: Parteien, die im Parlament auf eine politische Willensbildung gegen Krieg hinwirken, und vor allem eine breite außerparlamentarische Friedensbewegung, die den Kriegstreibern des **„eigenen“ Landes in den Arm fällt. Der erste Adressat ist immer die „eigene“ Regierung, wie in Deutschland schon August Bebel und Karl Liebknecht** wussten.

Die Analyse von Kriegsursachen und Friedensmöglichkeiten muss deshalb sowohl die Untersuchung der politischen und Klassenkräfteverhältnisse in den einzelnen Ländern als auch die der internationalen bzw. Staatenbeziehungen einschließen. In diesem Sinne sind auch Debatten um das erwünschte oder erwartete Ende des Kapitalismus und solche über die Möglichkeiten, Kriege zu verhindern und die Herrschenden sowie Regierenden zum Frieden zu zwingen, voneinander zu trennen. Kapitalismus-Analyse und Kriegsanalyse bzw. solche zum Zustand der internationalen Politik fallen nicht in eins, sondern sind sachlich, politisch, theoretisch und methodisch voneinander zu unterscheiden. Koalitionen für den Frieden und solche für den Sozialismus sind nie miteinander identisch, weil auch Menschen für den Frieden sind oder sein können, die gesellschaftspolitisch auf durchaus konservativen, liberalen bzw. pro-kapitalistischen Positionen stehen.

Der Rahmen für gesellschaftliche Entscheidungen ist nach wie vor durch die Verfasstheit der staatlich organisierten Gemeinschaften gesetzt. Der Staat und die Nation, die jeweilige Verfassungs- oder Rechtsordnung bieten den Rahmen für gesellschaftliche Entwicklung oder Veränderung. In diesem Sinne sind Debatten um Revolution, Reform oder Transformation stets auf eine konkrete Gesellschaft bezogen. Die Welt oder das kapitalistische Weltsystem sind hier Umfeld, das möglichst günstig für das jeweilige Land sein sollte. Von hier stellt sich die Frage der **„friedlichen Koexistenz“ von Staaten auch im 21. Jahrhundert wieder neu.**⁴

Zugleich gilt: Da es den „Weltstaat“ oder die „Welt-Sowjetrepublik“ nicht gibt und in absehbarer Zeit nicht geben wird, ist der einzelne (nationale oder national-

3 Johan Galtung: Der Preis der Modernisierung. Struktur und Kultur im Weltsystem, Wien: Promedia Verlag 1997, S. 171.

4 Ausführlicher dazu: Erhard Crome: Transformationsperspektive und die Frage der Gewalt, in: Michael Brie (Hrsg.): Futuring. Perspektiven der Transformation im Kapitalismus über ihn hinaus, Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot 2014.

staatlich verfasste) Staat auch der Baustein der internationalen Beziehungen. Diese Staaten sind die Subjekte der internationalen Beziehungen.

Als solche sind sie zugleich Träger von Interessen. Nur indem sie Interessen haben und diese artikulieren, nehmen sie an den internationalen Beziehungen teil; indem sie an den internationalen Beziehungen, die noch immer zuerst Staatenbeziehungen sind, teilnehmen, artikulieren sie ihre Interessen. Die innere Definitionsmacht darüber hängt vom innenpolitischen und Klassenkräfteverhältnis im jeweiligen Lande ab. Indem die in den Staaten und in der Staaten-Außenpolitik durchgesetzten Interessen als letzten Endes klassendeterminiert erkannt werden, verschwinden aber nicht staatliche Interessen als solche. Oder anders gesagt: je stärker die Linken und die Friedenskräfte im Lande, desto größer die Möglichkeiten, eine friedliche Außenpolitik zu erwirken. Das bedeutet praktisch, die Frage nach größerer Verantwortung Deutschlands in der internationalen Politik nicht zu verneinen, sondern sie von links politisch zu beantworten.

Kapitalismus und Krieg

Der Ausbruch der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 hatte die alte Fragestellung nach dem Zusammenhang nicht nur von Kapitalismus und Krise, sondern auch nach der Gefahr eines neuerlichen Krieges erneut aktuell werden lassen. Hier ist zunächst der Blick zurück in die Geschichte hilfreich. Nach dem ersten Weltkrieg und seinen verheerenden Folgen schien für die Linken ein unmittelbarer Zusammenhang von Kapitalismus, Krise und Krieg zu bestehen. Karl Ballod identifizierte in der Nachkriegsausgabe seines Buches *Der Zukunftsstaat. Produktion und Konsum im Sozialstaat* **den Weltkrieg mit der Krise: „Bürgerliche Nationalökonom**en wiesen mit besonderem Stolz darauf hin, dass die Wirtschaftskrisen nicht, wie Marx es erwartet hätte, immer schlimmer geworden wären, sondern dass sie im Gegenteil sich immer mehr abgeschwächt hätten. Ja doch – bis die aufgespeicherten, zur Krisis hindrängenden Kräfte sich in der furchtbarsten Krisis der Weltgeschichte, in dem Weltkrieg, Luft machten, der doch gerade von den bürgerlichen Nationalökonom^{en} als ein Wirtschaftskrieg im eigentlichen Sinne des Wortes hingestellt wird, und der weit, weit mehr Werte vernichtet hat als alle vorangehenden **Wirtschaftskrisen**.“⁵ Seine Folgerung war: der Weltkrieg als Weltkrise zeigt, der Kapitalismus ist an sein Ende gekommen, jetzt rückt der Sozialismus auf die Tagesordnung – dies auszuarbeiten, insbesondere die Vorzüge einer sozialistischen Wirtschaft auf großbetrieblicher Grundlage, war der erklärte Zweck des Buches. Wichtig ist jetzt nicht, dass die Sozialdemokratie Sozialismus in Deutschland schon damals weder realisie-

⁵ Karl Ballod: *Der Zukunftsstaat. Produktion und Konsum im Sozialstaat*, Stuttgart: Verlag J.H.W. Dietz 1919, S. 8. Das Buch war ursprünglich 1898 unter dem Pseudonym „Atlanticus“ erschienen, weil Ballod sich damals als Hochschullehrer nicht getraute, unter seinem bürgerlichen Namen bei den Sozialdemokraten zu publizieren.

ren wollte noch konnte, sondern dass das Krisenverständnis weit über die zuvor gewohnte ökonomische Betrachtung hinausreichte.

Die Analyse aus kommunistischer Sicht ging ebenfalls davon aus, dass dem kapitalistischen Privateigentum Konkurrenz entspringt und diese zu krisenhafter Entwicklung führt, die in Imperialismus und Krieg mündet. **„Der imperialistischen Politik, die die ‚Großmächte‘ führten, musste früher oder später der Zusammenstoß folgen. Es ist ganz klar, dass diese räuberische Politik aller ‚Großmächte‘ die Kriegursache war.“**⁶ Dieser Krieg **„musste ein Weltkrieg werden“, weil alle Mächte „miteinander durch die gemeinsame Weltwirtschaft verbunden“ waren.**⁷ So war **Konsequenz die Alternative: „Allgemeine Auflösung oder Kommunismus?** Die sich entwickelnde Revolution wird aus denselben Gründen zu einer *Weltrevolution*, aus welchen der imperialistische Krieg zum imperialistischen *Weltkrieg* wurde.“⁸

Die Geschichte des 20. Jahrhunderts ist anders verlaufen:

- Die Weltrevolution blieb aus, der reale Sozialismus blieb auf die Sowjetunion und nach 1945 weitere Teile Europas und Asiens (und Kuba?) beschränkt.
- Der Kapitalismus entwickelte sich weiter krisenhaft, blieb aber funktions- und in dem von ihm beherrschten Teil der Welt hegemoniefähig. Die tiefste Krise war dann die Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1933, die jedoch mit dem New Deal Roosevelts in den USA und der Errichtung der Hitlerdiktatur in Deutschland völlig unterschiedliche politische und wirtschaftspolitische Konsequenzen hatte.
- Der zweite Weltkrieg, den Deutschland 1939 vom Zaune brach, ließ sich nicht linear aus dem Kapitalismus und analog zum ersten erklären, aber auch nicht **vordergründig aus der „Systemkonkurrenz“ zwischen der Sowjetunion und der kapitalistischen Welt.** Er hatte seine Hauptursache darin, dass das deutsche Großkapital in seiner Mehrheit den Revanchekrieg zur Eroberung und Beherrschung Europas wollte und in Hitler die adäquate Gestalt gefunden hatte, die durch die Unterdrückung aller tatsächlichen oder potentiellen Gegenkräfte im Innern die Voraussetzungen dafür schuf. Da die Nazi-Ideologie extrem anti-kommunistisch, antisemitisch und rassistisch war, wurde der Krieg jedoch als **rassistischer Vernichtungskrieg geführt, der mit den „realpolitischen“ Kriegen eines Bismarck nicht zu vergleichen war.**

6 N. Bucharin, E. Preobraschensky: Das ABC des Kommunismus. Populäre Erläuterung des Programms der Kommunistischen Partei Russlands (Bolschewiki), Hamburg: Verlag der Kommunistischen Internationale 1921, S. 103.

7 Ebenda, S. 105.

8 Ebenda, S. 127. Alle Hervorhebungen im Original.

- Der reale Sozialismus brachte seine eigenen Kriege hervor. Selbst wenn man von der Beteiligung der Sowjetunion an der Zerschlagung Polens 1939 und dem sowjetisch-finnischen Krieg 1940 absieht, sind der Krieg zwischen der Sowjetunion und China 1970, der Krieg Chinas gegen Vietnam 1980 und der sowjetische Afghanistankrieg 1979 bis 1989 eindeutig aus inneren politischen **Dispositionen der beteiligten „sozialistischen“ Länder heraus zu erklären.**

Der Zusammenhang von Kapitalismus, Krise und Krieg war mit der Weltwirtschaftskrise von 2008 neu auf die Tagesordnung gerückt. Resultierte aus der Krise neue Kriegsgefahr? Der berühmte, damals bereits über 93 Jahre alte Historiker Eric Hobsbawm wurde aus aktuellem Anlass zur Weltwirtschaftskrise und ihren Folgen befragt. Ob er nun das Ende des Kapitalismus erleben werde, wurde er gefragt. **„Nein, ich glaube nicht“, antwortete Hobsbawm, „dass ich dieses Ende, über das ich mich freuen würde, noch erlebe.** Als Historiker weiß ich aber, dass es keine Dauerlösungen gibt. Auch der Kapitalismus, egal, wie zäh er ist und wie sehr er auch in den Köpfen der Menschen als etwas Unabänderliches erscheint, er wird **verschwinden, früher oder später.“** Dann verwies er auf die Weltwirtschaftskrise, die Große Depression Anfang der 1930er Jahre und den Tag, an dem die Lehman-Bank zusammenbrach.

Vor allem vor dem Hintergrund der Großen Depression und ihrer Folgen sei es **unfassbar, dass „die Ideologen der entfesselten Marktwirtschaft, deren Vorgänger schon einmal so eine fürchterliche Katastrophe, also Armut, Elend, Arbeitslosigkeit, letztendlich auch den Weltkrieg mitverursacht haben, in den späten Siebzigern, den 80er, 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts wieder das Sagen haben konnten.“** Einen der Gründe dafür sieht er in dem **unglaublich kurzen Gedächtnis der Menschen.** **„Wir Historiker schreiben die Verbrechen und den Wahnsinn der Menschheit auf. [...] Aber fast nichts wird aus der Geschichte gelernt. Das rächt sich nun. In den letzten 30, 40 Jahren wurde eine rationale Analyse des Kapitalismus systematisch verweigert.“** Er hätte auch sagen können: von interessierter Seite unterbunden. Die Aussage ist jedoch auch so klar genug. Auf den Hinweis, es gäbe doch jede Menge Wirtschaftswissenschaftler und Experten, entgegnete er, das seien **„vor allem Theologen des Marktes mit einem kindlich-kindischen Glauben, dass der Markt alles von allein regeln wird. Sie verschließen die Augen vor der Wirklichkeit, das macht sie so gefährlich für die Menschheit.“**

Vor diesem Hintergrund betonte Hobsbawm, weder Obama noch Merkel wüssten in der Krise, was sie tun. Die Politiker **eilen „aufgeschreckt wie Krankenschwestern [...] ans Bett des Kapitalismus und tun so, als ob sie etwas täten“.** Noch schlimmer: **„Wie ein blinder Mann, der durch ein Labyrinth zu gehen versucht, klopfen sie mit verschiedenen Stöcken die Wände ab, ganz verzweifelt, und sie hoffen, dass sie so irgendwann den Ausgang finden.“** Am Ende jedoch werde **„Blut fließen, viel Blut“**, und es werde auf einen großen Krieg zwischen den USA und China hinauslaufen.

(*Der Stern*, Hamburg, Nr. 20/2009.) Die Beschreibung der entstandenen wirtschaftlichen Lage in der Welt war plausibel und schlüssig. Die Ableitung des kommenden großen Krieges aber erfolgte unter einer rein theoretischen Perspektive. Was also ist zu erwarten?

Krieg nicht unausweichlich

Blicken wir zunächst auf das, was man den *Kapitalismus des 21. Jahrhunderts* nennen kann. Die auf Marx zurückgehende kommunistische Bewegung zielte auf die Errichtung einer anderen Gesellschaft, die nicht-kapitalistisch produziert und die soziale Frage löst. Das wurde in den realsozialistischen Ländern im Gefolge des ersten und zweiten Weltkrieges versucht. Es gelang jedoch nicht, tatsächlich eine neue Gesellschaft zu schaffen, aus der Logik des kapitalistischen Weltsystems auszutreten⁹ und eine attraktive gesellschaftliche Alternative zu schaffen. Ende der 1980er/ Anfang der 1990er Jahre verzichtete die kommunistische Nomenklatura in den osteuropäischen Ländern auf weitere staatssozialistische Vorhaben und übergab die Macht gewählten Regierungen, die sich allesamt in Richtung Westen orientierten.

Das Ende des Realsozialismus als weltgeschichtlicher Vorgang hatte weitreichende Folgen. Im Sinne der neoliberalen Ideologie und Politik sollten alle Zugeständnisse, die aus Furcht vor weiteren kommunistischen Versuchen sowie im Gefolge von Kompromissen zwischen den Unternehmern und den starken Organisationen der Arbeiterschaft in Westeuropa und z.T. darüber hinaus gemacht wurden, rückgängig gemacht werden: Abbau sozialer Rechte der Arbeiter und anderer abhängig Beschäftigter und sozialer Sicherungssysteme, Senkung der Arbeitseinkommen im Vergleich zu Einkommen aus Aktienbesitz, Demontage der öffentlichen Daseinsvorsorge und Privatisierung von deren Einrichtungen.

Zum Kapitalismus gehört, dass gesellschaftliche Zusammenhänge und Abläufe, die zuvor nicht marktgesteuert waren, den Charakter von Waren erhalten – nicht nur Handelsgeschäfte, auch Produktions-, Verteilungs- und Investitionsvorgänge. Einmal damit begonnen, versuchen die Kapitalisten, mehr und mehr Kapital zu akkumulieren und soziale Vorgänge zur Ware zu machen. Kein sozialer Vorgang ist dagegen gefeit. Kapitalismus ist ein Prozess, der sich nur nach eigenen Bedürfnissen richtet, und er drängt danach, alle Dinge in Waren zu verwandeln. Dieser Drang hat nach dem Ende des Staatssozialismus einen Sprung gemacht: Nicht nur die ehemals realsozialistischen Staaten standen ihm plötzlich und ungeschützt offen, alle Regionen der Welt und auch die inneren Winkel der Gesellschaften sehen sich ihm ausgesetzt. Auch wesentliche Lebensbereiche, die bisher nicht auf Profitmaximierung orientiert waren, wie Schule, Gesundheit, Sozialeinrichtungen,

⁹ Vgl. Immanuel Wallerstein: *Utopistik. Historische Alternativen des 21. Jahrhunderts*, Wien: Promedia Verlag 2002, S. 18.

Kommunikation, Verkehr, sollten – so die Bestrebungen des Neoliberalismus – ihr unterworfen werden. Der Kapitalismus als Weltsystem wurde nach dem Ende des Realsozialismus zu einem tatsächlich globalen System, das darauf ausgerichtet ist, die Welt nach seinem Bilde zu formen.

Die *Weltwirtschaftskrise*, die am 15. September 2008, als die Lehman-Bank in den USA zusammenbrach, begann, war die tiefste kapitalistische Krise seit der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1933. Die Versprechungen und Annahmen des Neoliberalismus, die seit den 1980er Jahren das ökonomische Denken und wirtschaftspolitische Handeln in den westlichen Ländern bestimmten, haben sich als falsch und verlogen erwiesen. Das bürgerliche Bewusstsein – siehe Ballod oben über das Denken vor dem ersten Weltkrieg – reproduziert immer wieder die Vorstellung von den nicht mehr kommenden großen Wirtschaftskrisen, die dem Wesen des Kapitalismus entspringen.

Die krisenhafte Entwicklung des Kapitalismus ist nicht außer Kraft zu setzen. Im Unterschied zu früheren Krisen – Mexiko-Krisen 1982 und 1994, Asien-Krise 1997, **argentinische „Tango-Krise“ 2002** – brach diese in den alten weltkapitalistischen Zentren, USA und EU, aus und breitete sich von hier aus in andere Teile der Welt aus. Der neoliberale Kapitalismus ist finanzmarktgetrieben; es herrschte die Illusion, **man könne Rendite aus reiner Finanzwirtschaft „erwirtschaften“, losgelöst von der „Realwirtschaft“.** Am Ende standen weltweit 200 Billionen Dollar Finanzvermögen einem globalen Bruttosozialprodukt von 55 Billionen Dollar pro Jahr gegenüber.

Tiefe, Dauer und weitere Verlaufsformen der Krise waren nicht vorherzusagen. Durch die Eingriffe der Regierungen und die **Formierung der „G 20“ anstelle der „G 7“ wurde ihr Verlauf beeinflusst und abgeschwächt. Zunächst wurden 50 Billionen Dollar „Werte“ vernichtet. Analytiker wiesen bereits Anfang 2009 darauf hin, dass der bestehende Markt der „Derivate“, die durch nichts gedeckt sind, noch immer einen beträchtlichen Umfang hatte.** Da die Regierungen sich am Ende nicht getrauten, eine wirksame globale Regulierung der Finanzmärkte durchzusetzen, **blähte sich dieser „Markt“ seither wieder auf und trägt die nächste Spekulationsblase** in sich. Die weltweite Nachfrage für die Realwirtschaft, von der auch die deutsche Wirtschaft profitiert, kommt vor allem aus China, Indien und den anderen BRICS-Staaten.¹⁰

Vor diesem Hintergrund ist die *Frage des Krieges* gestellt. Dass sie sich stellt, ist in der Sache selbst begründet. Ob man sie aber so beantworten muss, wie es Hobsbawm tat, bedarf genauerer Betrachtung. In den 1930er Jahren, nach der Weltwirtschaftskrise, wurde Kriegsproduktion genutzt, um zusätzlich Beschäftigung zu schaffen. Das hatte allerdings zur Voraussetzung, dass Finanzmittel dafür zur Ver-

10 BRICS ist Akronym aus: Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika.

fügung standen bzw. durch Kreditfinanzierung bereitgestellt und reale Beschäftigungseffekte erreicht wurden. Angesichts der Verdopplung der Rüstungsausgaben der USA unter Bush II in acht Jahren und einer Schuldenquote (Staatsverschuldung im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt) im Jahre 2015 von 105 Prozent¹¹ bestehen faktisch keine Spielräume für zusätzliche Rüstungsausgaben der USA, die ohnehin über ein Drittel der weltweiten Rüstungskosten ausmachen. Das Ende des Kalten Krieges hat keine Ära des Friedens gebracht, wie 1989/1990 viele erhofften **und die „Charta von Paris“ 1990 proklamierte. Die weltweiten Rüstungsausgaben** betragen im Jahre 2014 über 1.700 Milliarden US-Dollar.¹² Sie liegen damit um mehr als ein Drittel höher als am Ende der Blockkonfrontation. Über 60 Prozent entfallen auf die NATO. Die USA haben unter Präsident Barack Obama die Rüstungsprogramme auf qualitative Modernisierung getrimmt; deshalb sind die Ausgaben in den vergangenen Jahren in der Summe etwas abgesenkt worden, machen mit 610 Milliarden US-Dollar (2014) aber nach wie vor mehr als das Siebenfache der Ausgaben Russlands (84,5 Milliarden) und fast das Dreifache des Rüstungs-etats der Volksrepublik China aus (216 Milliarden).¹³ Angesichts der westlichen Kriegs- und Interventionspolitik der USA und der NATO geben China und Russland Jahr für Jahr mehr für die militärischen Rüstungen aus, obwohl sie eigentlich beide ein Wettrüsten, wie es die Sowjetunion ruinierte, vermeiden wollen. Hinzu kommt, dass moderne Rüstungsproduktion hochspezialisiert ist und je Million Dollar Investitionen weniger Menschen beschäftigt als andere Industriezweige oder Dienstleistungen.

Die USA sind nicht mehr die „unilaterale Supermacht“, wie viele Politiker, Politikwissenschaftler und Publizisten nach 1991 meinten. Die Frage aber, ob denn nun China als Super-Supermacht an die Stelle der USA tritt, wie sie viele dieser Analytiker und Medienexperten im Westen nun gern suggestiv stellen, ist falsch gestellt. An die Stelle der Bipolarität, wie sie bis 1991 bestand, tritt nach einer kurzen Phase mehr gefühlter als tatsächlicher Unipolarität der USA, die spätestens mit dem Fiasco im Irak-Krieg **beendet war, ein „Konzert der Mächte“, in dem mehrere mächtige** Zentren weltweit um Macht und Einfluss bzw. global um eine Neuverteilung der Macht ringen. Hier spielen China, Russland und Indien eine zentrale und zwar globale Rolle.

Im Untergrund dieser Veränderung, in den Tiefenschichten der Weltgeschichte vollzieht sich die gleichsam tektonische Verschiebung des weltwirtschaftlichen

11 <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/165786/umfrage/staatsverschuldung-der-usa-in-relation-zum-bruttoinlandsprodukt-bip/>.

12 <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/36397/umfrage/entwicklung-der-weltweiten-militaerausgaben/>.

13 <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/157935/umfrage/laender-mit-den-hoechsten-militaerausgaben/>.

Schwerpunkts vom nordatlantischen Raum nach Asien. Dazu zählen nicht nur China und Indien, sondern nach wie vor auch Japan, Südkorea und Taiwan sowie die ASEAN-Staaten und „mittlere“, regional bedeutsame Wirtschafts- und Militärmächte wie Pakistan, Vietnam und Indonesien. Die USA sind nach wie vor die für sich genommen größte Volkswirtschaft der Welt und sie verfügen über die unstreitig mächtigste Militärmaschinerie. Beides darf auch in den nächsten zehn oder mehr Jahren nicht unterschätzt werden. Aber weder die eine noch die andere versetzt sie in die Lage, der Welt nach Belieben ihren Willen aufzwingen zu können. Obama und seinen Nachfolgern ist objektiv die historische Aufgabe gestellt, diesen „Rückbau“ so zu managen, dass die Interessen der USA unter den unumkehrbar sich verschlechternden Bedingungen so weit wie möglich umgesetzt bzw. durchgesetzt werden können. Es ist aber zugleich dieser Abstiegsprozess, der auch immer wieder zu Fehlperzeptionen bei der Bewertung der internationalen Lage und der Möglichkeiten der USA führen kann.

Die Frage nach dem „großen Krieg“ der USA gegen China, wie sie Hobsbawm aufgeworfen hat, steht perspektivisch seit längerer Zeit.¹⁴ Betrachtet man den derzeitigen politischen Kontext, so zeigt sich: Beide Seiten sind sichtlich bemüht, eine direkte Interessenkollision, eine politisch-strategische bzw. militär-strategische Konfrontation nicht zuzulassen. Chinas Aufstieg braucht keinen Krieg. Und ob die USA in zehn Jahren noch über die finanziellen und materiellen Mittel verfügen werden, Kurs auf einen großen Krieg gegen China zu nehmen, ist eher unwahrscheinlich. Insofern greift Hobsbawms Warnung zu kurz: Chinas Kultur der Politik ist rückwärts wie vorwärts betrachtet eine, die in Jahrtausenden rechnet, während der westliche Spätkapitalismus nur das Heute kennt. China hat Zeit, sein Aufstieg ist unaufhaltsam wie das Aufgehen der Sonne, während der „Welt des weißen Mannes“ die Zeit unter den Fingern zerrinnt. Die entscheidende Frage der nächsten zehn Jahre ist daher: Zwingt China im Bündnis mit Russland und Indien die USA und die NATO, den großen Krieg nicht auszulösen? Oder zwingen USA und NATO die übrige Welt in einen neuen großen Krieg?

Es gab immer einen Zusammenhang zwischen Kapitalismus, Krise und Krieg. Der war jedoch niemals so linear, wie vor neunzig Jahren angenommen. Kriege waren zuweilen „Ausweg“ aus der Krise, um von inneren Problemen abzulenken oder durch Raub wirtschaftliche und soziale Probleme zu kaschieren. Aber Kapitalismus und Profit führen nicht automatisch zu Krieg. Krieg wird immer gemacht. Deshalb kann Kriegstreibern auch heute in den Arm gefallen werden.

14 Siehe dazu: Erhard Crome: Das Schicksal des US-Imperiums entscheidet sich in Ostasien, in: Ralph-M. Luedtke, Peter Strutynski (Hrsg.): Neue Kriege in Sicht. Menschenrechte, Konfliktherde, Interessen. Kasseler Schriften zur Friedenspolitik, Bd. 13, Kassel: Jenior Verlag 2006.

Imperialismustheoretisches I

Während des ersten Weltkrieges hatte auch Lenin ein baldiges Ende des Kapitalismus diagnostiziert, das er mit dem „Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ kommen sah.¹⁵ Mittlerweile ist die maßgeblich durch ihn initiierte Alternative dahingeshieden und das kapitalistische Weltsystem scheint stärker und zählebiger als vor 1989 angenommen wurde. Die Vorstellung am Beginn des 20. Jahrhunderts von einem „sterbenden Kapitalismus“ hat sich als falsch erwiesen. **Zugleich hatte Lenin fünf Merkmale des „Imperialismus“ ausgemacht. Bei denen wäre zu prüfen, wie sie bei der Analyse des kapitalistischen Weltsystems von heute hilfreich sein können – nicht als Merkmale eines sterbenden Kapitalismus als Gesellschaftssystem, sondern als Kennzeichen der Funktionsweise des Kapitalismus als Weltsystem:**

1. *Konzentration der Produktion und des Kapitals, Bildung von Monopolen.* Tatsächliche Mono-Pole sind heute eher nicht anzutreffen, Oligopole jedoch allemal, und der Konzentrationsprozess, denken wir nur an die verschiedenen Groß-Multis, setzt sich transnational, auf globalisierter Ebene weiter fort. Dabei ist zugleich zwischen der Konzentration in Gestalt immer größerer Firmen-Konglomerate und der von privatem Kapitaleigentum bzw. von Vermögen zu unterscheiden. So wird darauf verwiesen, dass heute 0,2 Prozent der Weltbevölkerung über die Hälfte des weltweit börsennotierten Kapitals halten und es 63.000 Personen gibt, deren Vermögen hundert Millionen Dollar übersteigt, weltweit addiert 40 Billionen Dollar.¹⁶

2. *Verschmelzung von Industrie- und Bankkapital zum Finanzkapital.* Seit etwa zwanzig Jahren hat sich eine weitgehende Verselbständigung der Finanzsphäre vollzogen; die frühere Unterstützungsrolle des Finanzkapitals für die Industrie ist drastisch reduziert. Herrscht doch die Vorstellung vor, in der Finanzsphäre ließe sich viel schneller viel mehr Gewinn machen als in der komplizierten, altmodischen „Realwirtschaft“. **Es ist eine virtuelle Finanz-Ökonomie entstanden, die sich nationaler staatlicher Kontrolle entzogen hat und vorhandene Ressourcen bedenkenlos abräumt, wenn dies Profit verspricht.** Nach dem zweiten Weltkrieg lag der Anteil des Finanzsektors in den USA bei etwa zehn Prozent der Unternehmensgewinne insgesamt, auf dem Gipfel der Finanzblase 2007 waren es 41 Prozent. Das Geschäftsvolumen der Banken im Euroraum war bis zu diesem Zeitpunkt auf 360 Prozent des Bruttoinlandsprodukts angeschwollen.¹⁷ **Dadurch werden Problemlagen in Gesellschaften der „Peripherie“ und in den Unterschichten der Gesellschaften der „Zentren“ bedenkenlos verstärkt.**

15 W.I.Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: Ders.: Werke (LW), Bd. 22, Berlin: Dietz Verlag 1971, S. 189ff.

16 Vgl. Hans Jürgen Krysmanski: 0,1 Prozent. Das Imperium der Milliardäre, Frankfurt am Main: Westend Verlag 2012, hier S. 184.

17 Vgl. Saha Wagenknecht: Freiheit statt Kapitalismus, Frankfurt am Main: Eichborn Verlag 2011, S. 34.

3. *Kapitalexport gewinnt gegenüber dem Warenexport vorrangige Bedeutung.* Charakteristisch für die Gegenwart ist Kapitalimport der USA. Das US-Außenhandelsdefizit liegt in den Jahren von 2004 bis 2014 bei durchschnittlich 789 Mrd. US-Dollar jährlich.¹⁸ Der Leistungsbilanzüberschuss der deutschen Exportwirtschaft dagegen betrug im Jahre 2014 etwa 285 Milliarden US-Dollar; das war mehr als der Leistungsbilanzüberschuss Chinas (etwa 150 Milliarden US-Dollar) und Saudi-Arabiens (100 Milliarden US-Dollar), die 2014 auf dem zweiten und dritten Platz in der internationalen Außenwirtschaftsstatistik lagen, zusammen gerechnet.¹⁹ Der Bestand deutscher Direktinvestitionen in den USA lag 2014 bei 224 Milliarden US-Dollar (der der USA in Deutschland 115 Milliarden).²⁰ Chinas Auslandsguthaben betragen trotz der volkswirtschaftlichen Probleme im laufenden Jahr im November 2015 immer noch 3.430 Milliarden US-Dollar.²¹ China ist der größte Inhaber US-amerikanischer Staatsanleihen, im Mai 2014 waren dies 1.270 Milliarden US-Dollar; China bzw. chinesische Banken hielten nach Angaben des US-Finanzministeriums 7,2 Prozent aller US-Staatsanleihen.²² Ein beträchtlicher Teil des ausländischen Kapitals fließt so in die Finanzierung der Importe der USA, in deren Rüstung und in den privaten Konsum in den USA. Insofern haben die Geldströme, die vielen Ländern der Welt Kapital für produktive Zwecke entziehen, im Grunde den Charakter eines imperialen Tributs: die Armut in den Ländern des Südens und die Arbeitslosigkeit in Westeuropa sind in gewissem Sinne die Kehrseite der wundersamen Profitvermehrung in den Finanzsphären der USA. Zugleich jedoch sind die Auslandsguthaben Chinas oder die Exportüberschüsse Deutschlands Waffen in der Auseinandersetzung mit den USA um die künftige Rolle in der Welt des 21. Jahrhunderts.

4. *Herausbildung internationaler Monopolistenverbände,* die Einfluss-Sphären und Märkte in der Welt unter sich aufteilen. Mit Weltbank, Internationalem Währungsfonds (IWF) und Welthandelsorganisation (WTO) sind internationale, weltweite **Organisationen entstanden, die die „Spielregeln“ der kapitalistischen Bewegung** global festlegen und kontrollieren. Die transpazifischen (TPP) und transatlantischen (TTIP) Freihandelsabkommen sind dabei neue Machtinstrumente, die den **Abstieg der nordatlantischen „Welt des weißen Mannes“ aufhalten** und den Aufstieg der BRICS-Staaten, vor allem Chinas behindern sollen. Man will die Normen und Regeln der Weltwirtschaft festschreiben, bevor der Aufstieg Chinas und Indiens eine Größenordnung erreicht hat, dass der alte Westen dies nicht mehr

18 Errechnet nach: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/15635/umfrage/handelsbilanz-der-usa/>.

19 *Die Welt*, 02.02.2015. <http://www.welt.de/wirtschaft/article137024573/Deutschland-hat-weltweit-groessten-Exportueberschuss.html>.

20 http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/USA/Bilateral_node.html.

21 <http://www.tradingeconomics.com/china/foreign-exchange-reserves>.

22 <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2014/08/18/chinas-heimliche-strategie-zur-abloesung-des-dollar-als-welt-waehrung/>.

vermag. Aus der Geschichte weiß man jedoch, dass die Regeln immer nach der Macht gingen und nicht umgekehrt.

5. *Die territoriale Aufteilung der Welt* unter die imperialistischen Großmächte ist abgeschlossen; der Kampf um die Neuaufteilung führt zu imperialistischen Kriegen. Das kapitalistische Weltsystem hat die Entkolonialisierung überstanden. Mit neuerlichen Kriegen zwischen den Zentren des internationalen Kapitalismus ist weder aus militärischen (niemand ist überlegen genug; das atomare Patt besteht weiter, und **jeder Versuch der USA, eine „Erstschlagsfähigkeit“ zu erreichen, wird von Russland, wenngleich „asymmetrisch“, adäquat beantwortet**) noch aus Profitgründen zu rechnen. **Hinter der „Globalisierung“ verbirgt sich jedoch eine erneute Re-Kolonialisierung der Welt außerhalb der kapitalistischen Zentren. Darum werden zunehmend auch wieder Kriege geführt, „an der Peripherie“ des Westens bzw. an den Bruchlinien zwischen den Einflusszonen.**

Hier sind insbesondere die Kriege des Westens gegen Jugoslawien, Afghanistan, Irak und Libyen einzuordnen, aber auch die Auseinandersetzungen um mehrere Inselgruppen im Ostchinesischen und im Südchinesischen Meer. Die haben sich verstärkt, seit es auch dort um Rohstoffvorkommen und damit um die Seegrenzen geht. Zwischen China, Taiwan und Vietnam bzw. auch den Philippinen und Japan sind die Inseln umstritten. Im November 2013 spitzten sich die Auseinandersetzungen um die Diaoyu-Inseln im Ostchinesischen Meer, gelegen zwischen China, Taiwan und Japan, zu. China geht davon aus, dass Japan gemäß Potsdamer Abkommen alle seit Beginn seiner Kolonialexpansion (Ende des 19. Jahrhunderts) eroberten Territorien zurückzugeben hatte, also auch die Diaoyu-Inseln, während Japan behauptet, diese stünden ihm noch zu. Im November 2013 kamen sich Kampfflugzeuge von China, Japan und den USA in diesem Gebiet gefährlich nahe.

Die Konflikte in der und um die Ukraine ordnen sich hier ebenfalls ein: die USA und die Europäische Union haben darauf gesetzt, die Ukraine aus dem Einflussbereich Russlands zu lösen und in den des Westens einzuordnen. Spätere Historiker werden festzustellen haben, die Periode nach dem Ende des Kalten Krieges endete am 18. März 2014. Das war der Tag, an dem in Moskau Präsident Wladimir Putin den Vertrag mit den Vertretern der Krim unterzeichnete über den Beitritt der Halbinsel zur Russischen Föderation. Die russische Antwort auf den Umsturz in Kiew war die Abtrennung der Krim von der Ukraine. Parallel dazu entwickelte sich der Konflikt in der und um die Ostukraine, der zum Teil mit militärischen Mitteln ausgetragen wird. Bis zum Herbst 2015 gab es etwa 8.000 Tote in diesen Konflikt, 17.000 Verwundete, eine Million Flüchtlinge, die nach Russland gingen, und 1,4 Millionen Flüchtlinge, die in andere Teile der Ukraine flohen. Mit den Vereinbarungen von **Minsk II (Februar 2015) wurde der Konflikt zu lösen versucht. Bisher ist er „eingefroren“.** Wenn alle Beteiligten, darunter insbesondere auch die Kiewer Regierung, die

Bestimmungen einhalten und umsetzen, kann daraus jedoch nach wie vor eine friedliche Lösung entstehen.

Der Krieg in und um Syrien hat eine weitere Eskalation erfahren. In ihm kämpfen die USA und ihre Verbündeten, Russland sowie Frankreich mit Unterstützung **Deutschlands angeblich gegen den sogenannten „Islamischen Staat“** kämpfen, tatsächlich jedoch, wie auch die Regionalmächte Saudi-Arabien, Türkei und Iran, gegeneinander um Macht und Einfluss. Die USA, Frankreich, die Türkei und Saudi-Arabien **haben den Bürgerkrieg in Syrien zum Anlass genommen, einen „Regime-Change“ zu erreichen**, nachdem westliche Länder, Saudi-Arabien und Katar in unterschiedlichen Gruppierungen dies bereits in Irak, Libyen und Jemen versucht und diese Länder ins Chaos gestürzt hatten. Russland dagegen will die syrische Regierung stärken, seine Positionen in Syrien halten und dem Westen zeigen, dass er **auch solche „Peripherie-Kriege“ nicht mehr siegreich zu führen imstande ist**. Iran steht ebenfalls auf dieser Seite, um der saudischen Expansion Einhalt zu gebieten. Es ist ein imperialistischer Krieg globaler und regionaler Mächte, dessen Opfer das syrische Volk ist. Die Kämpfe halten an, die Zahl der Toten, Verwundeten und der **Flüchtlinge nimmt zu**. **Nur wenn alle Mächte akzeptieren, dass es eine „militärische Lösung“ des Konflikts nicht gibt und das Programm, das im November 2015 in Wien beschlossen wurde, umsetzen, kann es eine politische Lösung auch dieses Konfliktes geben.**

Imperialismustheoretisches II

Vor diesem Hintergrund ist auch die Idee von Karl Kautsky, ebenfalls während des ersten Weltkrieges formuliert, neu in den Blick zu nehmen, der Kapitalismus werde **zu einem „Ultraimperialismus“ führen, so „dass die jetzige imperialistische Politik durch eine neue, ultraimperialistische verdrängt werde, die an Stelle des Kampfes der nationalen Finanzkapitale untereinander die gemeinsame Ausbeutung der Welt durch das international verbündete Finanzkapital setzte.“**²³ Und das ist es ja wohl, womit es die Völker der Welt seit 1945 in Bezug auf die „Welt des weißen Mannes“ zu tun haben, nach dem Ende des Staatssozialismus nun tatsächlich in globalem Maßstab. Die USA und EU-Europa sind die Hauptkomponenten dieses „Ultraimperialismus“, neben Japan, und ihr Verhältnis ist eines von Übereinstimmung der Interessen und Konkurrenz innerhalb des Gefüges. Die Asienkrise Ende der 1990er Jahre, als etliche der zuvor als „erfolgreich“ eingestuften asiatischen Schwellenländer in kurzer Zeit einen beträchtlichen Teil ihres erarbeiteten Wohlstands verloren, hat gezeigt, dass die Hauptprofiteure dieses Vorganges eben im nordatlantischen Raum, in der „Welt des weißen Mannes“ beheimatet waren.

23 Karl Kautsky: Zwei Schriften zum Umlernen, in: Die Neue Zeit, 2. Bd., 1915, S. 144.

Der berühmte Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler Joseph Schumpeter entwickelte im Gefolge des ersten Weltkrieges ebenfalls eine Imperialismus-Theorie. Er sah hier einen „Atavismus“, der seine Ursachen in vorkapitalistischen „Überbleibseln“ habe.²⁴ Er meinte, die kapitalistische Konkurrenzwirtschaft absorbiere „alle Kräfte der Majorität aller ökonomischen Schichten“. Daher sei „Energieüberschuss, der sich als Kriegs- und Eroberungslust äußern könnte, [...] da viel weniger vorhanden, als in jeder der vorkapitalistischen Welten. [...] Eroberungskriege, überhaupt die Abenteuer einer aktivistischen äußern Politik müssten als leidige Störung, als Zerstörung des Sinnes des Lebens, als Ablenkung von den gewohnten – daher ‚wahren‘ – Aufgaben empfunden werden. Eine rein kapitalistische Welt könnte daher kein Nährboden für imperialistische *Impulse* sein. Sie kann deshalb noch immer imperialistische Expansionsinteressen haben.“²⁵

Das war im Sinne eines tatsächlich rational funktionierenden Kapitalismus gedacht. Demgegenüber folgerte Schumpeter aus der Analyse des historischen Materials jedoch gleichzeitig: „So paradox es klingt, zahllose Kriege, vielleicht die Mehrzahl der Kriege sind ohne – nicht etwa vom moralischen Standpunkt, sondern vom Standpunkt verständigen und verständlichen Interesses – zureichenden ‚Grund‘ geführt worden“.²⁶ Hardt und Negri, deren Vorstellung von einem „Empire“²⁷ suggerieren wollte, das weltweite kapitalistische System habe mit der „Imperialität“ seinen imperialistischen Charakter verloren und die Macht habe nunmehr weder einen Ort noch ein Subjekt, stehen in dieser Schumpeterschen Denktradition, obwohl er in ihrem Literaturverzeichnis nicht vorkommt. In diesem Sinne gibt es denn auch kein Subjekt der Gesellschaftsveränderung mehr, sondern alles mündet in eine „Multitude“, in der die vielen Einzelnen handeln sollen. Warum und wie sie vereint oder gemeinsam handeln sollen, bleibt im Dunkel.²⁸ Der kommunistische Militante leistet „kreativen Widerstand gegen die imperiale Befehlsgewalt“, verweigert sich in Opposition zum Kapitalismus, indem er wie einst Franz von Assisi dem Gesang der Vögel auf dem Felde lauscht.²⁹ Das allerdings wird auf die Dauer nicht reichen, weder im Kampf für den Frieden noch bei einer Veränderung in Richtung nicht- oder antikapitalistischer Verhältnisse.

24 Joseph A. Schumpeter: Zur Soziologie der Imperialismen, in: Ders.: Aufsätze zur Soziologie, Tübingen: J.C.B. Mohr 1953, S. 119.

25 Ebenda, S. 122f. Hervorhebungen im Original.

26 Ebenda, S. 118.

27 Vgl. Michael Hardt, Antonio Negri: Empire. Die neue Weltordnung. Frankfurt am Main: Campus Verlag 2002.

28 Vgl. Michael Hardt, Antonio Negri: Multitude. Krieg und Demokratie im Empire. Frankfurt am Main: Campus Verlag 2004.

29 Michael Hardt, Antonio Negri: Empire, S. 419f.

Imperialismus im 21. Jahrhundert

Schumpeter hatte jedoch ein anderes historisches Phänomen ausgemacht, das uns hier weiter beschäftigen soll. Er fand es bereits im alten Ägypten, im 16. Jhd. v. Chr. Ägypten hatte sich von der Herrschaft der Hyksos befreit, das Land sich dabei militarisiert. Ein **„neuer Berufsstand von Soldaten“ war entstanden, auf den gestützt** der Pharaon das Reich zentralistisch reorganisiert, den örtlichen Adel niedergedrückt und eine Phase weiträumiger Eroberungen, bis zum Euphrat, eingeleitet **hatte. „Diese neue soziale und politische Organisation war eine Kriegsmaschine. [...]** Und so wurde denn Krieg der normale, den nunmehr vorhandenen Organen des sozialen Körpers allein zuträglich Zustand. Daher war das Ins-Feld-Ziehen selbstverständlich, *wofür man ins Feld zog, nebensächlich. Vom Krieg geschaffen, der sie brauchte, schuf die Maschine die Kriege, die sie brauchte.*³⁰ Es ist offenbar genau dies, was mit den USA im zweiten Weltkrieg und im kalten Krieg geschehen ist und was sie auch hernach veranlasst, am ständigen Ausbau der Kriegsmaschine und ihrem Einsatz, wann immer es passt, festzuhalten und sich die Konflikte, die mit dem Aufstieg Chinas und der BRICS-Staaten heraufkommen (können) stets und zuerst als militärisch auszutragende Konflikte zu suggerieren, für deren Bewältigung oder Austragung eine immer wieder neue Kriegsführungsfähigkeit der USA nötig sei.

In diesem Sinne spricht der US-amerikanische Autor Chalmers Johnson von einem **„neuen amerikanischen Imperium“, dessen Wurzeln bis zurück ins frühe 19. Jahrhundert reichen, sowie davon, dass dieses verbunden mit einem eigenen „Militarismus“ der USA ist.**³¹

Ziehen wir ein Fazit aus den verschiedenen imperialismustheoretischen Ansätzen, lässt sich zunächst folgendes feststellen: Die gegenwärtige Welt ist durch ein imperiales Gefüge im Zentrum geprägt, das die Peripherien wieder in deutliche Abhängigkeit gebracht hat. (Diese Vorstellung folgt dem analytischen Konzept von Wallerstein, wonach der Kapitalismus ein Weltsystem geschaffen hat, in dem sich Zentrum und Peripherie gegenseitig bedingen: der Reichtum im Zentrum hat die Armut der Peripherie zur Voraussetzung.³² Das Verhältnis von Zentrum und Peripherie besteht jedoch nicht nur im Weltsystem, sondern – wenngleich abgestuft – auch innerhalb der EU, der USA, Chinas, Russlands oder Indiens.) In diesem Gefüge

30 Joseph A. Schumpeter: Zur Soziologie der Imperialismen, a.a.O., S. 89.

31 Chalmers Johnson: Der Selbstmord der amerikanischen Demokratie, München: Karl Blessing Verlag 2003, S. 8 und 23.

32 Vgl. Immanuel Wallerstein: Das moderne Weltsystem: Kapitalistische Landwirtschaft und die Entstehung der europäischen Weltwirtschaft im 16. Jahrhundert, Frankfurt am Main: Syndikat Verlag 1986; Ders.: Das moderne Weltsystem II. Der Merkantilismus, Wien: Promedia Verlag 1998; Ders.: Das moderne Weltsystem III. Die große Expansion. Die Konsolidierung der Weltwirtschaft im langen 18. Jahrhundert, Wien: Promedia Verlag 2004; Ders.: Das moderne Weltsystem IV. Der Siegeszug des Liberalismus (1789-1914), Wien: Promedia Verlag 2012.

als Weltgefüge gibt es in Gestalt der USA eine imperiale militaristische Macht, die jedoch wirtschaftlich mit den anderen Mächten, vor allem der Europäischen Union und Japan, eng verflochten ist. Hier herrscht ein Spannungsverhältnis von Kooperation und Konkurrenz, das jedoch nicht nur eines unterschiedlicher Interessen, sondern auch eines um Mittel und Wege der Durchsetzung dieser Interessen ist.

Johnson geht noch weiter und betont zu Recht: „Meiner Meinung nach manifestiert sich der Imperialismus in mehreren verschiedenen und sich weiterentwickelnden Formen. Es gibt – mit Ausnahme des Militarismus – keine spezielle, das Phänomen als solches definierende Institution. [...] Dabei lassen sich mehrere Arten des Imperialismus unterscheiden, die nicht auf den Erwerb von Kolonien abzielen. Die kennzeichnende Institution des sogenannten Neokolonialismus ist der insgeheim von einer imperialistischen Macht unterstützte multinationale Konzern. Diese Form des Imperialismus erhält im ausgebeuteten Land eine Fassade der nominellen politischen Unabhängigkeit aufrecht und reduziert damit die politischen Kosten und Gefahren des Kolonialismus. [...] Der multinationale Konzern kopiert in gewisser Weise eine der frühesten Institutionen des Imperialismus: die Handelsgesellschaften. Mit dieser klassisch merkantilistischen Organisationsform gewährte ein imperialistisches Land einer privaten Gesellschaft das Recht, ein überseeisches Territorium auf Monopolbasis wirtschaftlich auszubeuten und gelegentlich auch zu regieren. Im Gegenzug wurden die daraus erzielten Profite zwischen Regierung und Privatinvestoren geteilt.“

Dies verweist darauf, dass in der heutigen globalen kapitalistischen Welt genau dieses Verhältnis bestimmend ist, allerdings nicht zwischen einer einzelnen staatlichen Macht und einer einzelnen Gesellschaft, sondern zwischen den Staaten des Gefüges im Zentrum – praktisch ausgedrückt den G 7 – und den multinationalen Konzernen insgesamt. In diesem Sinne ist die neoliberale Anti-Staats-Propaganda völlig verlogen. Sie will den Staat abbauen, wo er sozialstaatlich bzw. wohlfahrtsstaatlich ist. Zugleich jedoch braucht das Kapital den Staat zur Realisation eines möglichst hohen Profits. In diesem Sinne ist das Kapital des Westens für einen **„schwachen Staat“, etwa in den ehemaligen Kolonien, so in Irak, Libyen und Syrien**, wenn es sein muss auch mittels Krieg, und in seiner eigenen Peripherie, so in Griechenland oder Portugal, vor allem aber auch in China, Russland und Indien. Es braucht jedoch den **„starken Staat“ in seinen Zentren, in den USA und in der EU** und mittels internationaler Abkommen (WTO, TPP, TTIP), deren Bestimmungen den Einzelstaaten nicht mehr politisch zur Disposition stehen sollen.³³

Unter dieser Perspektive sind die USA militärische Garantiemacht letzter Instanz **der „neuen Weltordnung“, die US-Präsident Bush I nach dem kalten Krieg ausrief** und der der Westen noch immer nachzulaufen versucht. Dabei gilt zugleich eine

33 Vgl. Immanuel Wallerstein: Utopistik, S. 45, 56f.

Pluralität der Herrschaftsmittel bzw. -formen, nochmals nach Johnson: „**Weder der Kolonialismus der Handelsgesellschaften noch der Neokolonialismus der multinationalen Konzerne erschöpfen die institutionellen Möglichkeiten des Imperialismus. So muss etwa die neokoloniale Beherrschung keineswegs ökonomischer Natur sein. Sie kann auch auf einer Art internationalem Geschäft unter Protektion beruhen – gegenseitige Beistandsabkommen, militärische Berater und in anderen Ländern stationierte Streitkräfte zum ‚Schutz‘ gegen häufig kaum definierte, übertriebene oder gar nicht bestehende Gefahren. Daraus entstehen ‚Satelliten‘, dem Anschein nach unabhängige Staaten, deren auswärtige Beziehungen und militärische Kapazitäten von einer imperialistischen Macht bestimmt werden.**“³⁴ Politisch-militärische Abhängigkeiten haben ökonomische Konsequenzen und umgekehrt. **Im Kern geht es um die „freie Bahn“ für die multinationalen Konzerne, die von den respektiven Staaten ggf. freigeschossen wird.**

Der US-amerikanische Politikwissenschaftler Parag Khanna meint, es gäbe in der Welt drei imperiale Zentren: die USA, China und die EU. Die weitere Entwicklung in der Welt hänge davon ab, wie es diesen gelingt, die übrigen Teile der Welt an sich zu binden, sich Einflusszonen zu schaffen und diese dauerhaft zu dominieren.³⁵ **Das ist nur eine andere Gestalt der Idee, dass in der Welt von heute ein „Konzert der Mächte“ existiert. Hier wären dann mindestens Russland, Indien, Brasilien und Südafrika hinzuzurechnen, die in ihren respektiven Regionen ebenfalls mehr oder weniger nachdrücklich Einfluss ausüben. Alle fünf Ständigen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrates agieren unter der Voraussetzung, dass sie Atommächte sind, die Atomwaffen aber gegeneinander nicht zu rationalen Zwecken einsetzen können; die menschliche Zivilisation fände in einem thermo-nuklearen Weltkrieg ihr Ende. Die weltwirtschaftliche Verschiebung nach Asien hat daher die Chance, für sich genommen nicht zu größerer globaler Kriegsgefahr zu führen.**

Die Atommacht Indien ist ebenfalls dabei, strategische Relevanz zu erlangen. Die relative Schwäche Indiens im Vergleich zu China wird durch eine neue Kooperation mit den USA auszugleichen versucht. Innerhalb der Gruppe der BRICS-Staaten ist Südafrika das Land, das offensichtlich in der Zeit des Apartheid-Regimes ebenfalls eigene Atomwaffen besessen hatte, die aber wieder abgebaut bzw. beseitigt wurden. In Brasilien wurde immer mal wieder diskutiert, ob das Land nicht eigene Atomwaffen entwickeln sollte. Das ist bisher nicht erfolgt. Damit spielt innerhalb der BRICS-Gruppe die Frage des Atomwaffenbesitzes offenbar keine Rolle. Aber die Gruppe als Ganze handelt unter der Voraussetzung, dass global das atomare Patt bereits besteht (zwei der potentiellen Gegenmächte und Indien sind Teil der Gruppe) und sie daher in ihrem politischen Handeln durch die Atomwaffen der nordat-

34 Chalmers Johnson, a.a.O., S. 46f.

35 Vgl. Parag Khanna: Der Kampf um die Zweite Welt. Imperien und Einfluss in der neuen Weltordnung, Berlin: Berlin Verlag 2008.

lantischen Mächte nicht eingeschränkt ist. Die Zukunft der internationalen Beziehungen hängt in erheblichem Maße davon ab, wie die BRICS-Staaten weltweit abgestimmt konfliktdämpfend wirken und es den Mächten Asiens gelingt, ihre Interessenunterschiede und Konfliktfelder friedlich zu bearbeiten. Je kleiner die Konfliktpotentiale in Asien (zwischen China, Indien, Japan, den ASEAN-Staaten usw.) sind, desto geringer die Möglichkeiten der USA und des Westens, diese Konflikte auszubeuten.

Nimmt man die weltwirtschaftliche Verschiebung als die unterste Schicht des derzeitigen Weltgefüges und die militärisch-strategische Schicht der Kernwaffenpotentiale als die darüber liegende, so erhebt sich über dieser die der politisch-militärischen, wirtschaftspolitischen, ideologischen und politisch-diplomatischen Auseinandersetzungen. Der Libyen-Krieg war ein Punkt der Weltauseinandersetzungen, in dem alle diese Entwicklungen und Veränderungen zusammengelaufen sind und von dem sie weiter ausgehen. Das Aufbegehren – einige sagten eine **Zeitlang „die Revolution“** – in den arabischen Ländern ließ diese kurzzeitig als eigenständigen Akteur auf der Bühne der Weltgeschichte des 21. Jahrhunderts auftauchen. Alle großen Mächte der Welt bezogen sich auf sie. Am Ende wurde dies als Anlass genommen, auch die letzten, den USA und Saudi-Arabien missliebigen Regime in anderen arabischen Staaten zu liquidieren.

Der Libyen-Krieg des Westens zeigte jedoch darüber hinaus, der Übergang zu der **multipolaren Welt des 21. Jahrhunderts verläuft nicht „harmonisch“, sondern über** eine Abfolge von Auseinandersetzungen, Kämpfen, Krisen und Kriegen. Der relative Rückgang des weltpolitischen Einflusses der USA bringt nicht nur China, Indien, Brasilien, Südafrika und Russland auf den Plan, auch die alten europäischen Mächte agieren wieder eigenständig und versuchen in ihrem Umfeld geostrategisch Tatsachen auch mit militärischen Mitteln zu schaffen. Das trifft zunächst auf Frankreich und Großbritannien zu, die diesen Krieg unbedingt wollten und von denen man zuvor glaubte, sie wären nach der Niederlage im Suezkrieg 1956 als eigenständige militärisch-politische Akteure abgemeldet.

Die Analyse der Positionen der BRICS-Staaten in Bezug auf die Entscheidung im UNO-Sicherheitsrat über die Resolution 1973, die den Vorwand für den Libyen-Krieg lieferte, und der kritischen Stellungnahmen zu diesem Krieg in diesen Ländern nach dem Beschluss, hat interessante Aufschlüsse gegeben. Der wichtigste ist, dass alle fünf Regierungen in ihrer Entscheidung sich zunächst auf die USA bezogen und davon ausgingen, dass es deren Position sei, die Sicherheitsratsresolution, die den Krieg ermöglichte, zu beschließen (und nicht Frankreich und Großbritannien die treibenden Kräfte waren). Südafrika stimmte aus eigenen Gründen für die Resolution, die anderen vier – und Deutschland – enthielten sich; damit gaben Russland und China den Weg frei, den sie durch ein Veto hätten blockieren können.

Das bedeutet, dass der Phantomschmerz der Unipolarität noch fortwirkte, und die BRICS-Staaten in weltpolitischen Fragen noch nicht offen und unzweideutig ihre Interessen vertreten, gegenüber den USA taktieren. Bei Russland kam hinzu, dass **deren „Elite“ sich noch nicht schlüssig war, ob sie überhaupt alternativ zum Westen agieren will, oder lieber in die „euroatlantische Elite“ kooptiert werden möchte.** (Was wiederum nicht sie entscheidet, sondern die Kooptierenden. Nach der Ukraine-Krise und den westlichen Sanktionen hat Russland nun die Schaukelpolitik zwischen West und Ost aufgegeben und agiert gegenüber den USA, der NATO und der EU im Verbund mit China, aber auch auf der Grundlage der BRICS-Zusammenarbeit und der „Schanghai-Organisation“. **In diesem Gefüge ist Russland** jetzt oft der politisch-diplomatisch und militärisch aktivste Akteur gegenüber dem Westen, kann dies aber nur gestützt auf dieses tun.) Als klar war, dass nicht die USA, sondern hauptsächlich die alten europäischen Mächte agierten, gab es Bedauern, Verärgerung über die eigene Zustimmung zur Libyen-Resolution, die sich aber nicht mehr zurückholen ließ. Die gemeinsame Position, nun unter Einschluss Südafrikas, der BRICS-Staaten auf ihrem Treffen in Hainan (April 2011) war die Folge: Kritik am Krieg und gemeinsames Handeln in der Weltwirtschaft.

„Je mehr Schwierigkeiten wir uns gegenübersehen, desto mehr Selbstvertrauen müssen wir haben“, sagte der chinesische Präsident Xi Jinping auf dem siebenten Gipfeltreffen der BRICS-Staaten in der südwest-russischen Stadt Ufa am 9. Juli 2015. Bruce Jones, Direktor des außenpolitischen Programms der US-amerikanischen Denkfabrik „Brookings Institution“, **wiegelte ab: Die BRICS seien nur noch ein Schatten ihrer selbst, Russlands Wirtschaft schrumpfe im Ergebnis der westlichen Sanktionen und sinkender Ölpreise, Brasilien habe dieses Jahr ein „Negativwachstum“, Chinas Wirtschaftswachstum verlangsame sich drastisch, Indien müsse endlich dringend „Reformen“ durchführen und Südafrika leide unter einer hohen Arbeitslosigkeit.**

Im Verständnis der BRICS klingt das sehr anders. Sie kritisieren die westliche Wirtschaftspolitik, die weltweit Arbeitsplätze und Ökosysteme vernichtet, und betonen zugleich, dass es ihnen in den vergangenen Jahren gelungen ist, durch eine akzentuierte makroökonomische Politik, eine effektive Regulierung der eigenen Finanzmärkte und einen robusten Einsatz der eigenen Reserven mit den Risiken umzugehen und ein Überschwappen der weltwirtschaftlichen Probleme auf die eigene Entwicklung zu verhindern. Dazu hat die enge Zusammenarbeit der nationalen Entwicklungsbanken ebenso beigetragen, wie das gegenseitige Ausreichen von Krediten in den eigenen Währungen. Damit wurde die Abkopplung vom US-Dollar als Leitwährung mit all seinen negativen geökonomischen Effekten weiter voran gebracht.

Eines der **wichtigsten Ergebnisse des Gipfels war, dass die „Neue Entwicklungsbank“ der BRICS-Staaten sowie ihr gemeinsamer Reservefonds (BRICS Contingent**

Reserve Arrangement), um Währungs- und Zahlungsprobleme auszugleichen, 2016 die Arbeit aufnehmen. Beide sind nach dem Vorbild von Weltbank und Internationalem Währungsfonds (IWF) geformt. Letztere werden jedoch nach wie vor von den USA und der EU kontrolliert. Mit den BRICS-Banken stehen ab sofort Alternativinstitutionen zur Verfügung, die diesen Ländern selbst und allen Entwicklungs- sowie sogenannten Schwellenländern zur Verfügung stehen. Der Reservefonds ist auf 100 Milliarden US-Dollar vereinbart, in den die fünf Länder unterschiedlich einzahlen: China 42 Milliarden; Brasilien, Russland sowie Indien je 18 und Südafrika 5 Milliarden US-Dollar. Die Entwicklungsbank hat ein Startkapital von 50 Milliarden US-Dollar, das die fünf Gründungsstaaten zu gleichen Teilen zur Verfügung stellen, und ein genehmigtes Volumen von 100 Milliarden.

Auf einer Sitzung des Bankvorstandes in Moskau im Vorfeld des Gipfeltreffens wurde K. V. Kamath zum Präsidenten der Bank ernannt. Der 67-jährige Inder hat vierzig Jahre im Bankwesen gearbeitet, darunter für die Asiatische Entwicklungsbank, die 1965 auf Initiative der UN-Wirtschafts- und Sozialkommission für Asien und den Pazifik gegründet wurde, und zuletzt als Vorstandsvorsitzender der indischen Bank ICICI. Über das Verhältnis der BRICS-Entwicklungsbank zur Weltbank und zur Asiatischen Entwicklungsbank sagte Kamath, sie seien Partner und nicht **Feinde**. **„Weder die BRICS-Entwicklungsbank noch die anderen Finanzorganisationen können den Entwicklungsbedarf von allen Ländern und Regionen allein decken. Wir teilen einen Markt, der groß genug ist.“** Lou Jiwei, Finanzminister Chinas, betonte ebenfalls, die BRICS-Bank sei **„eine Ergänzung zu den bestehenden multilateralen Entwicklungsorganisationen“** und **„eine neue treibende Kraft zur Beschleunigung der Erholung der globalen Wirtschaft“**. Sitz der Bank wird übrigens in Shanghai sein.

Damit ist sowohl klar, dass die Schaffung der BRICS-Bank Teil der Entwicklung Shanghais zum Weltfinanzzentrum des 21. Jahrhunderts ist, als auch, wohin gegenwärtig die Blickrichtung geht. Der Westen hat Weltbank und IWF stets als Instrumente eigener globaler Machtausübung angesehen. Inzwischen musste man auch dem chinesischen Yuan konzedieren, eine der Reservewährungen im Weltbank-IWF-System zu werden. Und die BRICS-Bank ist trotz aller freundlichen Worte aus Shanghai eine Kampfansage. Die ist auch in der Deklaration des BRICS-Gipfels nachzulesen: Es geht um eine multipolare Welt, die auf friedlicher Koexistenz beruht. Das ist etwas anderes, als eine westlich dominierte Welt.

In dieses Bild passt, dass unmittelbar nach dem BRICS-Gipfel, am 9. und 10. Juli ebenfalls in Ufa, ein Gipfeltreffen der Shanghai Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) stattfand. Diese Organisation, 1996 in Shanghai gegründet, umfasste ursprünglich China, Russland sowie die zentralasiatischen Staaten Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan und Usbekistan. Sie sollte nach dem Zerfall der Sowjetunion zur Stabilisierung Zentralasiens beitragen. In den USA wurde sie von den Vorden-

kern der „unipolaren“ Vorherrschaft als rein gegen die USA gerichtet angesehen. Ufa hat gezeigt, sie ist gleichsam in Ergänzung zu den BRICS inzwischen eines der wichtigsten Instrumente zur Gestaltung der neuen Verhältnisse in Eurasien. Der Präsident Afghanistans, Ashraf Ghani, war auf den Gipfeltreffen, wie auch der des Iran, Hassan Ruhani. Nachdem der Westen in Afghanistan gescheitert ist, wollen die asiatischen Mächte die notwendige Stabilität herstellen. Und der Iran, nachdem die Verhandlungen zu seinem Atomprogramm nicht ohne Zutun Russlands und Chinas zu einem positiven Ergebnis geführt wurden, wird aktiv in die regionale Machtbalance eingeordnet.

Im Westen werden BRICS und SOZ meist unter einer russischen Perspektive betrachtet. Tatsächlich ist es komplizierter. Der chinesische Asienexperte Xia Yishan vom Chinesischen Institut für Internationale Studien meinte aus Anlass der Gipfel-ergebnisse, Russland habe der SOZ in der Vergangenheit verhältnismäßig wenig Aufmerksamkeit geschenkt, sei im Gefolge der Sanktionen der EU und der USA aber nun gezwungen, die SOZ zur Entwicklung seiner Wirtschaft zu nutzen. Das biete die Chance, in praktischen Fragen der Wirtschaftsintegration und der Gewährleistung der Sicherheit einheitlicher zu agieren.

Das gilt in anderem Sinne ähnlich für Indien. Jones, der Brookings-Mann, meinte, Indiens Engagement in den BRICS sei nur halbherzig, hatte Ministerpräsident **Narendra Modi doch Indien und die USA zu „natürlichen Verbündeten“ erklärt** und Präsident Obama zu einem historischen Staatsbesuch im Januar 2015 eingeladen. Tatsächlich hat Indien alles getan, um als Vollmitglied in die SOZ aufgenommen zu werden. Dies geschah in Ufa, und zwar zusammen mit Pakistan. Das trägt zur Entspannung mit Pakistan bei – in einem multilateralen Kontext lassen sich viele Streitfragen besser lösen als im rein bilateralen Gegenüber. Indien hat seit langem Interesse an der Nutzung iranischer Häfen und einer Gaspipeline von Iran nach Indien; das geht nur durch Pakistan. Insofern bieten das Ende des Afghanistankrieges und die Neujustierung der Beziehungen zum Iran Chancen, die Indien ungern China und Russland allein überlassen möchte. Das betrifft übrigens auch die Verbindungslinien zu Russland, durch Afghanistan und Zentralasien. Im inner-eurasischen Kräfteverhältnis hofft Indien, eine stärkere Rolle dadurch spielen zu können, dass es gute Beziehungen nicht nur in der BRICS-Gruppe und der SOZ hat, sondern auch zu den USA und zur EU. Gleichsam in Zeiten der Spannungen eine Brückenfunktion zu übernehmen und dadurch die eigenen Interessen deutlicher durchsetzen zu können. So machen nicht die USA Politik mit Indien, sondern Indien mit den USA.

Die BRICS-Staaten stellen nicht nur ein wirtschaftliches und politisch-militärisches Gegengewicht zur nordatlantischen Machtkonfiguration dar, sondern verkörpern auch ein andere Politikkonzept: internationale Streitfragen in erster Linie nicht mit militärischen Mitteln zu lösen. Die Welt des 21. Jahrhunderts soll nicht aus Gewalt und Krieg hervorgehen.

Deutschland als Macht im System des Imperialismus

Bei dem oben erwähnten Analysestrang, dem zufolge mit der Globalisierung und der weltweiten Kapitalverflechtung eine globalisierte Klasse von Kapitalisten entstanden sei, die die nordatlantische „Welt des weißen Mannes“ oder gar die Welt beherrsche, lautet die Pointe, es sei nicht mehr sinnvoll, Machtkomplexe auf einzelne Staaten zu beziehen.

Unstrittig gilt, dass EU-Europa – auch wenn es tendenziell und relativ auf das Welt-system bezogen schwächer wird – nach wie vor ein maßgeblicher Spieler in diesem Konzert ist; immerhin ist die EU bei Parag Khanna einer der drei wichtigsten globalen Akteure. Spätestens hier ist auch über Deutschland zu reden. Nach der vollständigen Niederlage Hitlerdeutschlands und der Befreiung der Völker Europas, darunter des deutschen Volkes, vom Faschismus am 8. Mai 1945 schien die Geschichte deutscher Machtpolitik in Europa beendet. Siebzig Jahre später stellt sich das anders dar. Ein Vierteljahrhundert nach der deutschen Vereinigung diskutieren konservative bürgerliche Kreise in diesem Lande, dass Deutschland inzwischen zum Hegemon EU-Europas aufgestiegen ist, und welche Außenpolitik seine Regierung deshalb machen sollte.

Globalisierung als Daseinsweise des kapitalistischen Weltsystems im 21. Jahrhundert ist mit Kapitalverflechtung verbunden, die weltweit und europaweit zunimmt.³⁶ Sie braucht zugleich Machtknoten, die das Netz zusammenhalten. Das sind nicht nur Börsen und Bankzentralen, sondern auch weiterhin Nationalstaaten, **national organisierte „staatsmonopolistische Komplexe“ der Macht: Das deutsche Kapital und die deutsche Regierung, das französische Kapital und die französische Regierung, das britische Kapital und die britische Regierung (mit den Sonderinteressen in Sachen „Finanzplatz“ London) sind auch innerhalb der EU weiter identifizierbar**, jeweils mit korrespondierenden Kapitalinteressen einerseits und dem Handeln der respektiven Regierung innerhalb der Institutionen der EU und darüber hinaus andererseits. In diesem Sinne ist einerseits davon auszugehen, dass die Institutionalisierung der EU und die Vergemeinschaftung ihrer Politik voranschreiten, andererseits aber Machtverschiebungen vor sich gehen, die den Nationalstaaten zugerechnet werden müssen. Es ist deshalb analytisch auch unter der

36 Zur „Finanzialisierung“ im derzeitigen globalisierten Kapitalismus vgl. Lutz Brangsch, Judith Dellheim, Joachim H. Spangenberg, Frieder Otto Wolf: Den Krisen entkommen. Sozialökologische Transformation, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe **Manuskripte: 99**, Berlin: Karl Dietz Verlag 2012, S. 73ff.

Voraussetzung der EU-Integration angezeigt, von deutscher Hegemonie zu sprechen.³⁷ EU-Integration und Euro sind nicht mehr Ziel deutscher Politik an und für sich, sondern Grundlage dafür, dass Deutschland als geo-ökonomische Macht mit globalen Interessen agieren kann. Die tiefe Kluft zwischen Zentrum und Peripherie in der EU stört nicht, sofern sie die globale Ausrichtung nicht behindert. Das **deutsche Kapital hat „seine historische Position in der Weltwirtschaft im Zuge der Restauration der deutschen Vorrangstellung in Europa, die es mit dem zweiten Weltkrieg verloren hatte, wieder gewonnen“. Seine Exportoffensive hat Deutschland „weltweit zu einem der größten Exporteure gemacht“. Der Umsatz deutscher Tochterfirmen im Ausland müsse noch hinzugerechnet werden und der Handelsbilanzüberschuss liegt über dem Chinas. „Der damit verbundene Kapitalzufluss wurde größtenteils in den USA und anderen überseeischen Ländern angelegt.“**³⁸ Nicht nur beim Waren- und Dienstleistungsexport, auch beim Kapitalexport findet eine Verlagerung der Gewichte deutscher Interessenwahrnehmung, gestützt auf die Positionen in der EU, auf eine globale Ebene statt.

Hier ist auf die imperialen Zentren zurückzukommen. Der Politikwissenschaftler **Herfried Münkler machte bereits vor zehn Jahren geltend, Imperien sollten „als eine Form von Problembearbeitung neben der des Staates und anderer Organisationsformen des Politischen angesehen“ werden.**³⁹ Die Europäische Union müsse **nach außen als Imperium agieren, sich zu den „übermächtigen USA“ ins Verhältnis setzen und zugleich den Herausforderungen ihrer Umgebung begegnen. „Europa muss sich gegenüber den USA als ein Subzentrum des imperialen Raumes behaupten und darauf achten, dass sich zwischen den USA und ihm kein Zentrum-Peripherie-Gefälle herausbildet. Auf der anderen Seite müssen die Europäer sich aber auch um ihre instabile Peripherie im Osten und Südosten kümmern, wo es gilt, Zusammenbrüche und Kriege zu verhindern, ohne dabei in eine Spirale der Expansion hineingezogen zu werden, die das verfasste Europa in seiner gegenwärtigen Gestalt überfordern würde.“**⁴⁰ Der Zwang zum gemeinsamen Handeln der EU komme von außen und die innere Entwicklung müsse ihm folgen. Es gelte, an der europäischen Peripherie stabilisierend zu wirken. Dabei geht es nicht nur um den **Balkan, „sondern um einen Bogen, der von Weißrussland und der Ukraine über den**

37 Ausführlich dazu: Erhard Crome: Deutschland in Europa. Eine neue Hegemonie, in: Erhard Crome, Raimund Krämer (Hrsg.): Hegemonie und Multipolarität. Weltordnungen im 21. Jahrhundert, Potsdamer Textbücher, Bd. 20, Potsdam: Verlag WeltTrends 2013.

38 Kees van der Pijl, Otto Holman: Transnationale Verflechtung und Stellung des deutschen Kapitals in der EU, in: *Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung*, Frankfurt am Main, Heft 93, März 2013, S. 95, 106.

39 Herfried Münkler: Imperien. Die Logik der Weltherrschaft – vom Alten Rom bis zu den Vereinigten Staaten, Berlin: Rowohlt Verlag 2005, S. 10.

40 Ebenda, S. 247.

Kaukasus in den Nahen und Mittleren Osten reicht und sich von da über die afrikanische Mittelmeerküste bis nach Marokko erstreckt“. Das „imperiale Ordnungsmodell“ biete sich zur Stabilisierung der verschiedenen Grenzl意思 an. Es gelte, „die europäischen Außengrenzen stabil und elastisch zu machen. Das schließt Einflussnahmen auf die Peripherie ein, die eher imperialen als zwischenstaatlichen Vorgaben ähneln. Europas Zukunft wird darum ohne Anleihen beim Ordnungsmodell der Imperien nicht auskommen.“⁴¹

Da es zu den „Vereinigten Staaten von Europa“ jedoch nicht gekommen ist und in absehbarer Zeit nicht kommen wird, muss ein gemeinsames EU-europäisches Handeln auf andere Weise hergestellt werden. Hier sieht Münkler nun „eine der großen Aufgaben, die sich für die Macht in der Mitte stellen“. Es sei Aufgabe Deutschlands, „die



Europäer auf eine gemeinsame Linie zu bringen und für eine gesamteuropäische Solidarität gegenüber den Mitgliedstaaten zu sorgen, die den Bedrohungen aus der Peripherie in besonderer Weise ausgesetzt sind. Nur wenn das gelingt, wird die Europäische Union als regionale Ordnungsmacht auftreten können.“⁴² Zum Wie betont Münkler: „Die Zentralmacht Europas muss den gemeinsamen Willensbildungsprozess der EU-Mitgliedsländer moderieren, sie muss dafür Sorge tragen, dass am Schluss möglichst alle der beschlossenen Linie folgen [...]. Das schließt nicht grundsätzlich aus, dass die Zentralmacht Europas Entscheidungsprozesse auch einmal forcieren kann und auf entschiedenes Auftreten drängen muss. [...] Deutschland muss in Europa führen, aber es muss dies in einer umsichtigen, auf möglichst breite und nachhaltige Unterstützung bedachten Art und Weise tun.“⁴³

41 Ebenda, S. 250, 254.

42 Herfried Münkler: Macht in der Mitte. Die neuen Aufgaben Deutschlands in Europa, Hamburg: edition Körber Stiftung 2015, S. 11.

43 Ebenda, S. 163.

Hier ist methodisch der Wesensunterschied von Hegemonie und Imperium von **Bedeutung**. „**Hegemonie kommt aus dem Griechischen und meint 'Führung'**. Imperium stammt aus dem Lateinischen und meint 'Herrschaft'. Führung setzt Gefolgschaft voraus und beinhaltet ein Element von Akzeptanz und Freiwilligkeit. Der Gegenbegriff zu 'Herrschaft' lautet 'Knechtschaft', setzt also ein Zwangsverhältnis voraus, das auf Befehl und Gehorsam beruht.“⁴⁴

Auch Frank Deppe, der die neue deutsche imperiale Politik unter der Perspektive linker Alternativen kritisiert, kommt in seiner Analyse zu dem Befund, dass Deutschlands Positionierung und Politik auf eine globale Rolle zielt, jedoch nur **dann eine Chance hat, „als 'Global Player' respektiert zu werden, wenn es seine Führungsposition in der EU hält und ausbaut“**. Das hat zur Folge, „dass deutsche imperiale Politik nur dann Aussicht auf Erfolg hat, wenn sie in die Ökonomie und **die institutionelle und Verfassungsstruktur der EU eingebettet ist“**. So ist deutsche Politik in der EU darauf angewiesen, „**Mehrheitsentscheidungen oder Voten des Rates durch Kompromissbereitschaft und stabile Bündnisbeziehungen mit Partnern herzustellen**“.⁴⁵ Anders gesagt: Als imperiale Macht in der Welt soll aus Sicht ihrer herrschenden Kräfte die EU agieren, während sie im Innern hegemonial strukturiert ist, mit Deutschland als Machtzentrum.

Deutschland ist wieder ein erstrangiger politischer Einflussfaktor in Europa und eine weltwirtschaftliche Macht mit globalen Interessen. Grundlage dieser gewandelten geopolitischen Position ist Deutschlands Wirtschaftskraft, die sich in einem hohen technologischen Niveau wichtiger Exportgüter in Bereichen wie Fahrzeugbau, Maschinenbau und Chemieindustrie sowie in einem traditionell hohen Exportüberschuss ausdrückt. Das deutsche Exportmodell hat mehrere Grundlagen. So **argumentiert etwa der Arbeitsmarktforscher Steffen Lehndorff: „A und O der wirtschaftlichen Erfolge Deutschlands ist die Stärke seiner Exportindustrie**. Es würde in die Irre führen zu behaupten, die wirtschaftlichen Ungleichgewichte in Europa seien primär auf deutsches 'Lohndumping' zurückzuführen. Der Exporterfolg der deutschen Industrie hat seine stärksten Fundamente in der hohen Spezialisierung und Produktqualität, der Dienstleistungsorientierung der Unternehmen und der Flexibilität und Qualifikation der Beschäftigten. Das Problem liegt aber darin, dass diese auf produktbezogenen Fundamenten beruhende Wettbewerbsfähigkeit im zurückliegenden Jahrzehnt durch eine Senkung der Lohnstückkosten im Verhältnis

44 Ulrich Menzel: Internationale öffentliche Güter und die Kontrolle der globalen Allmenden, in: Erhard Crome/ Raimund Krämer (Hrsg.): Hegemonie und Multipolarität. Weltordnungen im 21. Jahrhundert, Potsdam: Verlag WeltTrends 2013, S. 10.

45 Frank Deppe: Imperialer Realismus. Deutsche Außenpolitik: Führungsmacht in „neuer Verantwortung“, Hamburg: VSA Verlag 2014, S. 34 f.

zu den übrigen EU-Ländern *ergänzt* werden konnte, weil die durchschnittlichen Löhne in Deutschland stagnierten und teilweise sogar sanken, während die Arbeitsproduktivität ungefähr im EU-**Durchschnitt anstieg**.⁴⁶

Die Krise seit 2008 hat den Graben zwischen dem Zentrum und der Peripherie weiter vertieft. Das produktive Kapital, aber auch die Finanzkonglomerate in Deutschland wurden durch die Krise gestärkt, und zwar sowohl innerhalb der EU als auch gegenüber der Konkurrenz in Asien und Nordamerika. Dabei besteht eine Allianz zwischen dominanten exportorientierten produktiven Kapitalfraktionen in Deutschland mit Kapitalgruppen, die an Finanzialisierungsprozessen beteiligt sind. Die neoliberalen Austeritätsmaßnahmen, die über die europäische Kommission **bzw. die „Troika“ in den Peripherieländern durchgesetzt werden und dort die Einkommensverhältnisse** der privaten Haushalte und der öffentlichen Einrichtungen reduzieren, stehen damit nicht in Gegensatz zu den Interessen der deutschen exportorientierten Kapitalfraktionen, sondern sind einander kompatibel und ergänzen sich. Im europäischen Maßstab werden die Positionen der Lohnabhängigen und die Sozialstaatlichkeit geschwächt. Zugleich aber auch kleinere, weniger konkurrenzfähige Kapitale, was zu einer weiteren Konzentration des Kapitals innerhalb der EU führt, und damit wiederum tendenziell zur Stärkung des deutschen Kapitals beiträgt.

Es besteht eine faktische Grundvereinbarung zwischen den Kapitalgruppen der Euro-Länder und ihren Regierungen über die Erhaltung des Euro, die wiederum über Wahlen abgesichert ist. (Das wurde auch durch den Sieg von Syriza in Griechenland nicht in Frage **gestellt und mit dem dritten „Hilfspaket“ bekräftigt**.) Die Bourgeoisien der anderen EU- bzw. Euro-Länder haben sich damit – die einen mehr, die anderen (noch) weniger – **in gewissem Sinne in „Kompradoren“** der deutschen Bourgeoisie verwandelt. Das Interesse, an den Gesamtpositionen der EU in der Weltwirtschaft zu partizipieren, dürfte auf absehbare Zeit größer sein, als sich auf sich allein gestellt den Unwägbarkeiten der globalen Wirtschaftsentwicklungen auszusetzen. Zudem wird dies durch die sicherheitspolitische Einordnung in die NATO überwölbt, unabhängig davon, ob der starke Euro auch im Interesse der USA liegt oder nicht.

Die Frage allerdings ist, ob die EU als Integrationsverbund das Auseinanderklaffen zwischen Zentrum und Peripherie auf die Dauer **verkräftet**. Die **„deutsche Frage“** steht so wieder neu. Deutschland ist Hauptnutznießler der Euro-Einführung, es wäre auch der Hauptleidtragende seines Zusammenbruchs. Insofern ließe sich etwas verkürzt argumentieren: Die Lösung des Problems erfordert am Ende nicht

46 Steffen Lehndorff: Soll Europa wirklich „Deutsch lernen“? Zur neuen Karriere des „Modells Deutschland“. In: *transform! Europäische Zeitschrift für kritisches Denken und politischen Dialog* 11/2012, S. 34 (Hervorhebung im Original).

Hegemonie, sondern Kooperation. Tatsächlich jedoch sind beide eng verwoben. Der Soziologe Ulrich Beck machte darauf aufmerksam, mit der Machtkonstellation des deutschen Europas werde sichtbar, dass die Europäisierung zwei unterschiedliche Formen annehmen kann, zwei Arten der Integration und Kooperation: gleichberechtigte Teilhabe (Reziprozität) oder hierarchische Abhängigkeit (Hegemonie). **Allerdings zeigte sich: „Der angebliche Sachzwang der von Deutschland verordneten Sparpolitik hat dazu geführt, dass die Norm der gleichberechtigten Teilhabe unter der Hand beiseitegeschoben und immer häufiger durch Formen hierarchischer Abhängigkeit ersetzt wurde.“**⁴⁷

So sind denn Hegemonie und Kooperation keine Gegensätze, sondern die Hegemonie wird in der bzw. mittels Kooperation durchgesetzt, indem sie zu den Konditionen erfolgt, die der Hegemon bestimmt. Und das tut er nicht durch repressive Maßnahmen, sondern durch submissive Mechanismen, die über die Institutionen der EU umgesetzt werden – **Troika-Beamte statt „Kavallerie“** – mit den willigen Vollstreckern in den EU-Direktionen und den Kompradoren in den betroffenen Ländern an der Seite. Der Hegemon ersetzt nicht die Netzwerke durch eine Befehlszentrale, sondern setzt sich über sie durch, indem er die Knotenpunkte der Netzwerke kontrolliert. Am besten funktioniert es, wenn der Hegemon gar nicht **mehr als solcher sichtbar ist, sondern nur noch der „Sachzwang“ öffentlich sichtbar** wird. Und so kann das EU-Europa weiter als imperiales Zentrum in der Welt agieren, als Verbund als Wirtschaftsmacht, mit London und Frankfurt am Main als Finanzmacht und die einzelnen Staaten – voran Frankreich und Großbritannien, verstärkt auch Deutschland – sowie gestützt auf USA und NATO als Militärmacht.

Imperialismus als System

Aktuelle politische Kämpfe werden oft in geborgten historischen Kleidern ausgetragen. Bekannt ist Marx' Einstieg in seinen berühmten Text zur Analyse der Errichtung der Herrschaft von Napoleon III. nach der französischen Revolution von 1848: **„Die Menschen machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen.** Die Tradition aller toten Geschlechter lastet wie ein Alp auf dem Gehirne der Lebenden. Und wenn sie eben damit beschäftigt scheinen, sich und die Dinge umzuwälzen, noch nicht Dagewesenes zu schaffen, gerade in solchen Epochen revolutionärer Krise beschwören sie ängstlich die Geister der Vergangenheit zu ihrem Dienste herauf, entlehnen ihnen Namen, Schlachtparole, Kostüm, um in dieser althehrwürdigen Verkleidung und mit dieser erborgten Sprache die neue Weltgeschichtsszene aufzuführen. So maskierte sich Luther als Apos-

⁴⁷ Ulrich Beck: Das deutsche Europa. Neue Machtlandschaften im Zeichen der Krise. Berlin: Suhrkamp Verlag 2012, S. 56.

tel Paulus, die Revolution von 1789-1814 drapierte sich abwechselnd als römische Republik und als römisches Kaisertum, und die Revolution von 1848 wusste nichts Besseres zu tun, als hier 1789, dort die revolutionäre Überlieferung von 1793-1795 **zu parodieren.**⁴⁸

Die russische Revolution von 1917 bedurfte ebenfalls der Kostümierung. Die Revolution von 1905 hatte die zaristische Selbstherrschaft erschüttert, die war aber nicht gestürzt. Mit brutalen Mitteln waren die Macht gesichert und das Land wieder unter Kontrolle genommen worden. 1914 fühlten sich der Zar und die Regierung schon wieder stark genug, sich an dem Großen Krieg der Mächte zu beteiligen, der dann als der erste Weltkrieg in die Geschichte einging. Die Hoffnung im Volk auf eine epochale Veränderung aber blieb. Und mit den riesigen Verlusten an der Front nahm die Unzufriedenheit im Lande schließlich systemsprengende Formen an.

Der Marxismus war nach 1872 mit Marx' „Kapital“ nach Russland gekommen. Seit her war unter russischen Intellektuellen und Revolutionären verbreitet, dass die grundlegende Veränderung der Gesellschaft auf der Grundlage wissenschaftlicher Analyse kommen musste.⁴⁹ Wladimir Iljitsch Lenin, der seit Ende des 19. Jahrhunderts voller Tatkraft an der Entwicklung einer revolutionären Partei zum Sturz der alten Ordnung in Russland gearbeitet hatte, als die dann die Partei der Bolschewiki agierte, war zugleich sein eigener erster Theoretiker. Bereits 1913 hatte er postuliert: **„Die Lehre von Marx ist allmächtig, weil sie wahr ist.“**⁵⁰ Damit ging es fortan nur darum, was die richtige Lehre ist – es gibt immer nur eine richtige und andere falsche. Und der eine, der über die richtige verfügt, ist der Allmächtige und die anderen sind Verräter.

Im Weltkrieg befand sich Lenin in der Emigration in der Schweiz, das heißt außerhalb Russlands und der Kriegsschauplätze und unter Bedingungen, da er relativ unbehelligt theoretisch und politisch arbeiten konnte. Zu dieser Zeit entwickelte er in mehreren Schritten seine Konzeption von der Revolution. Der erste Schritt war der Aufruf an die Arbeiterklasse aller kriegsführenden Mächte, den Lenin bereits **kurz nach Kriegsausbruch, im Herbst 1914 formulierte: „Die Umwandlung des gegenwärtigen imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg ist die einzig richtige proletarische Losung. Das zeigt die Erfahrung der Kommune, das ist im Basler Manifest (1912) vorgesehen, und das ergibt sich aus den ganzen Bedingungen des imperialistischen Krieges zwischen den hochentwickelten bürgerlichen Ländern.“**⁵¹

48 Karl Marx: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, in: MEW, Bd. 8, S. 115.

49 Orlando Figes: Die Tragödie eines Volkes. Die Epoche der russischen Revolution 1891 bis 1924, Berlin: Berlin Verlag 2008, S. 152ff.

50 W. I. Lenin: Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus, in: LW, Bd. 19, Berlin: Dietz Verlag 1968, S. 3.

51 Ders.: Der Krieg und die russische Sozialdemokratie, in: LW, Bd. 21, Berlin: Dietz Verlag 1972, S. 20.

Die Erfahrungen der Pariser Kommune von 1871 waren seit Marx immer wieder als Erfahrung der ersten sozialistischen Revolution diskutiert worden.⁵² Mit dem Basler Manifest ist das Friedensmanifest des Internationalen Sozialistenkongresses der Zweiten Internationale gemeint, der am 24. und 25. November 1912 in Basel getagt hatte. Der Kongress hatte für das internationale Proletariat die Ablehnung des kommenden Krieges bekundet und die Verpflichtung erklärt, sollte er dennoch ausbrechen, alles für seine rasche Beendigung und den Sturz der kapitalistischen Klassenherrschaft zu tun. Deshalb war die Unterstützung der Kriegspolitik der respektiven Regierungen durch die Sozialdemokratie der meisten kriegsführenden Staaten ein Bruch mit den 1912 eingegangenen Verpflichtungen und wurde von den revolutionären Sozialisten, darunter Lenin, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg als Verrat geächtet.

Lenins zweiter Schritt war die Charakterisierung des Imperialismus nicht einfach als eines kapitalistischen Weltsystems, das auf kolonialer Ausbeutung großer Teile der Welt und ihrer Bevölkerung durch die Bourgeoisie einiger entwickelter Länder vor allem Europas beruht, sondern als „**höchstes Stadium des Kapitalismus**“, als „**parasitärer**“, „**in Fäulnis begriffener Kapitalismus**“, „**als sterbender Kapitalismus**“.⁵³ Verstärkt durch den allgemeinen Ruin, den der Krieg hervorgerufen hatte, diagnostizierte er eine „**weltweite revolutionäre Krise**“, die nicht anders enden könne „**als mit der proletarischen Revolution und deren Sieg**“.⁵⁴ Der dritte Schritt war deshalb: Die „**Ungleichmäßigkeit der ökonomischen und politischen Entwicklung ist ein unbedingtes Gesetz des Kapitalismus**“. Hieraus folgt, dass der Sieg des Sozialismus zunächst in wenigen kapitalistischen Ländern oder sogar in einem einzelnen genommenen Land möglich ist.“⁵⁵ Lenin war – um Marxens Charakterisierung Luthers aufzunehmen – als der Marx des 20. Jahrhunderts maskiert und die russische Revolution von 1917 als Beginn der proletarischen Weltrevolution proklamiert.

Die Frage, dass Russland dafür dem Grunde nach nicht reif war, wurde ausgeklammert, obwohl Lenin das wusste und in verschiedenen Texten auch eingeräumt hatte. Der Zusammenbruch des Kapitalismus war aus dem Weltzustand, wie er im Weltkrieg zum Ausdruck kam, nicht aus einer Hochentwicklung kapitalistischer Verhältnisse in Russland abgeleitet. Das Ausbleiben der Revolution in den meisten

52 Vgl. Marx, Karl: Der Bürgerkrieg in Frankreich, in: MEW, Bd. 17, S. 313-362.

53 Lenin, W. I.: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: LW, Bd. 22, Berlin: Dietz Verlag 1971, S. 305, 307.

54 Ebenda, S. 196.

55 Ders.: Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa, in: LW, Bd. 21, Berlin: Dietz Verlag 1972, S. 342.

anderen Ländern war damit nicht ein objektiv bedingter Vorgang, der den inneren Kräfteverhältnissen geschuldet war, sondern wurde – **Lenin hatte ja die „Reife“ des gesamten weltkapitalistischen Systems für den Sozialismus diagnostiziert** – als subjektiv verursacht interpretiert und in Verrats-Begriffen verhandelt.

Eine rein russische Revolution, historisch eingeordnet: als nachholende der französischen von 1789, hätte eine solche Wirkung niemals erreicht. Insofern ist die Frage, ob denn die von Lenin geführte Revolution die im Sinne der Marxschen Lehre **„richtige“ war, ist völlig verfehlt. Sie war eine wirkungsvolle Verkleidung für die tatsächlich 1917 gemachte.** Unter dieser Voraussetzung wurde die Sowjetunion jahrzehntelang in aller Welt als Gegenmacht zu der des Imperialismus unterstützt. Sie hat bleibende Veränderungen im Weltsystem bewirkt. Dazu gehören insbesondere:

- Der maßgebliche Anteil am Sieg über den Hitlerfaschismus im zweiten Weltkrieg.
- Die industrielle Modernisierung Russlands, ohne die die Sowjetunion diesen Sieg nicht hätte erringen können. (Der wesentliche Grund für die Unterlegenheit Russlands gegenüber Deutschland im ersten Weltkrieg war der wirtschaftlichen und zivilisatorischen Rückständigkeit geschuldet.)
- Die zentrale Rolle bei der Schaffung eines Völkerrechts in Gestalt der **UNO-Charta, das auf dem Prinzip des Friedens beruht und ein „Recht auf Krieg“ ablehnt.**
- **Die indirekte Wirkung des „Arbeiterstaates“ auf die westlichen Länder, ohne die der moderne Wohlfahrtsstaat nicht hätte erkämpft werden können.**
- Die direkte Unterstützung des Kampfes der kolonial unterdrückten Völker zur Zerschlagung des Kolonialjochs.

Die Rücknahme der Revolution in ein kapitalistisches Russland nach dem Ende der Sowjetunion, das einige Attribute des westlichen Parlamentarismus und die Wahl des Präsidenten übernommen hat, macht deutlich, dass Russland von 1917 bis 1991 am Ende den längstmöglichen Weg des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus zurückgelegt hat. Ohne die Verkleidung hätten die Revolutionäre von 1917 aber wohl nicht die Kraft und nicht das Selbstvertrauen gehabt, die alte Ordnung mit solcher Entschlossenheit zu stürzen.

Bei der Charakterisierung des kapitalistischen Weltsystems als ein imperialistisches Weltsystem am Beginn des 20. Jahrhunderts hatte Lenin die moderne Industrie als Eigenheit des deutschen Imperialismus ausgemacht, während er den britischen einen **„Kolonialimperialismus“** und den französischen **„Wucherimperialismus“**

nannte.⁵⁶ An anderer Stelle kennzeichnete er die sechs wichtigsten imperialistischen Staaten in ihren Unterschieden: **Wir finden unter ihnen „einerseits junge kapitalistische Länder, die ungewöhnlich rasch vorangeschritten sind (Amerika, Deutschland, Japan); andererseits Länder alter kapitalistischer Entwicklung, die sich in letzter Zeit viel langsamer entwickelt haben als die ersten (Frankreich und England); und schließlich ein Land, das in ökonomischer Hinsicht am meisten zurückgeblieben ist (Russland), in dem der moderne kapitalistische Imperialismus sozusagen mit einem besonders dichten Netz vorkapitalistischer Verhältnisse überzogen ist.“**⁵⁷

In Anlehnung an Lenin kann daher resümiert werden: Nach dem Ende der Sowjetunion und des Realsozialismus im Osten Europas befinden wir uns wieder in einer Epoche des Imperialismus, in einem weltweiten imperialistischen System. Das gilt ungeachtet dessen, welche Länder historisch im Aufschwung oder historisch im Abschwung sind, auf Krieg und Militär oder eher auf Frieden bei Aufrechterhaltung des atomaren Patts setzen. Das macht einen Unterschied aufs Ganze, wenn es um die Friedensfrage geht. Es macht keinen Unterschied hinsichtlich dessen, dass sie alle Akteure in diesem globalen imperialistischen System sind. Dabei handelt es sich auch nicht nur um die Konkurrenz von Mächten um Macht und Einfluss, sondern auch um Konkurrenz unterschiedlicher kapitalistischer Systeme, mit mehr privatem Finanzkapitalismus in den USA und der EU und mehr Staat und Staatseigentum – wenngleich je unterschiedlich ausgeformt – in China, Russland und Indien. Für die Charakterisierung des Weltsystems nach dem Realsozialismus als imperialistisches Welt ist das irrelevant. Aber die Menschheitsprobleme wachsen, die Ressourcen sind endlich. Am Ende wird es nur eine Lösung geben können, die kooperativ und nicht-imperialistisch ist. **Im Idealfall „Sozialismus“.** Aber der kommt nicht aus der Himmelsmechanik eherner historischer Gesetze, sondern nur aus den Kämpfen der bisher Herrschaftsunterworfenen.

56 W.I. Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, a.a.O., S. 247.

57 Ebenda, S. 263.

Ich habe drei Punkte zu den Ausführungen von Erhard Crome:

1. Russland ist ein kapitalistischer Staat

Das stimmt schon, aber was Sie anschließend gesagt haben, dass die Konzentration des Kapitals in Russland noch höher sei und noch schlimmer als in den USA, das stimmt so nicht.

Selbst die Amerikaner behaupten das nicht. In den Vereinigten Staaten ist es absolut höher. Wenn Sie glauben, die höchste Konzentration sei in Russland gegeben, dann müsste man natürlich den Anteil des Staates an den Konzernen mitrechnen. Die sehr hohe Konzentration des Kapitals in den Händen weniger Oligarchen hat es unter Jelzin gegeben, aber seit Putin ist das zurückgedreht worden und zwar auf eine ganz dramatische Weise:

Alle strategisch wichtigen Rohstoffe sind heute Staatseigentum und die Gewinne daraus, die werden nicht unter privaten Leuten verteilt. Die gehen in den Staatshaushalt und daraus wird etwas finanziert, was bei uns in den westlichen, kapitalistischen, neoliberalen Staaten gerade gegenläufig ist. Hier haben wir den Sozialabbau, Reallöhne gehen runter. Russland dagegen ist eines der wenigen kapitalistischen Länder, in denen die Situation der Arbeiterklasse sich von Jahr zu Jahr verbessert. Dieses Jahr ist



das vielleicht aufgrund der Sanktionen nicht der Fall gewesen, aber das steht außerhalb des Willens und der Richtung der russischen Regierung. Ich könnte eine ganze lange Liste sozialer Verbesserungen in Russland vorlegen. Die hatte ich mal gemacht, ausgerechnet für einen Vortrag vor einem Landesverband der Kommunistischen Partei. Dort waren sie nämlich alle persönlich beleidigt, dass Russland

nicht mehr kommunistisch ist und daher sei dort alles böse und schlecht. Und daher musste man ihnen mal im Einzelnen vorzeigen, was in Russland alles an positiven Entwicklungen abläuft.

2. Russland leistet militärische Hilfe an die rechtmäßige Regierung in Syrien – schließlich ist es die Assad-Regierung, die in der UNO das Land repräsentiert. Russland greift dort auch nicht in einen Bürgerkrieg ein. In Syrien gibt es keinen Bürgerkrieg, sondern einen vom Ausland gesteuerten Krieg. Ich kann Ihnen sogar einen Aufsatz von einem amerikanischen Dozenten an einem Militär-College, ein Offiziersschule zeigen, in dem es heißt, dass nach außen der Konflikt als Bürgerkrieg dargestellt wird, er aber in Wirklichkeit ein von außen in das Land hineingetragener Krieg ist. Und dabei geht es nicht um irgendwelche Freiheiten sondern um Geld.

Die Strategie hinter dem russischen Eingreifen ist ganz klar: Da wird nicht einfach nur gebombt, sondern die russischen Luftangriffe unterstützen die Bodenoffensive der syrischen Regierungstruppen, unterstützt von massiver Hilfe von Hisbollah Einheiten und jetzt auch iranischen Truppen. Und zur selben Zeit – soweit ich weiß – werden demnächst auch vor der syrischen Küste chinesische Schiffe auftauchen. **Das heißt also, hier wird dem großen Hegemon ganz klar eine „Rote Linie“ gezeigt: „Soweit und nicht weiter!“ Und deshalb haben die kleinen europäischen Hegemonen, die sich sonst an der Seite des großen immer so rasch nach vorne gedrängt haben, jetzt schon „kalte Füße“ bekommen. Und das sieht man. Das ist für mich eine sehr, sehr positive Entwicklung, die ich mir schon lange herbeigewünscht habe.**

3. Der letzte Punkt betrifft die Ausführungen zur EU und zum Euro: dass man sie von Innen reformieren könne:

Die sind nicht reformierbar, die sind schon als „Missgeburt“ zur Welt gekommen. Zumindest der Euro, die Europäische Union auch! Ich habe nie etwas gegen die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft EWG gehabt, die fand ich immer gut, nicht aber die Europäische Union, das politische Element des Monopolkapitals, das ganz Europa übergestülpt wurde. Man sieht es ja, schauen Sie sich an: was ist mit Griechenland? Und glauben Sie, das wird in den anderen Ländern besser werden bei entsprechenden Problemen? Und antidemokratisch! Wie wollen Sie denn die 6000 Konzern-Lobbyisten aus Brüssel herausholen? Wie wollen Sie denn das demokratisch reformieren, wenn da nur drei oder vier Gewerkschafts-Lobbyisten überhaupt da sind. Und was ist mit den anderen gesellschaftlichen Organisationen, die ohnehin wenig Geld haben, die können sich nicht einmal einen Lobbyisten vor Ort leisten, der dann die entsprechenden Herrschaften zu teuren Essen in ein schönes belgisches Fress-Lokal einlädt. Ich gehörte schließlich auch mal dazu, ich weiß, wie das da abgeht.

Erinnerungen an Zimmerwald dienen nicht in erster Linie dem Gedenken, sondern dem Prüfen, was wir aus dem Erinnern für heute gewinnen:

1. Aus der Geschichte lernen – **ja sicher, „aber bitte nicht das Falsche!“, möchte ich** manchmal hinzufügen. Denn heute glauben manche Linke an die Zimmerwalder Erkenntnis, dass man sich in der aktuellen Weltkriegs-Vorbereitungssituation nicht genau entscheiden könne für den Aggressor oder gegen den Aggressor, weil die Zimmerwalder Konferenz ja damals bereits erkannt habe, dass es nicht anginge, **sich hinter „eine von zwei falschen Seiten“ zu stellen. Sie empfehlen, sich „mit keiner Seite“ gemein zu machen und nicht sein Heil auf einer von zwei falschen Seiten zu suchen.**

Das wäre „das Falsche“ gelernt, weil es „Zimmerwald“ auf den Kopf stellt! Es wird damit unterschlagen, dass damals der imperialistische Weltkrieg bereits in vollem Gange war, dass er nicht verhindert werden konnte, weil die Arbeiterparteien nicht dagegen waren, wie sie in den Friedenskongressen zuvor geschworen hatten. In Zimmerwald versammelten sich Oppositionelle derjenigen sozialdemokratischen Parteien in Europa, die zuvor mehrheitlich dem **Krieg „ihrer“ Imperialisten** zugestimmt hatten. Sich hinter den imperialistischen Krieg zu stellen, ist selbstverständlich immer die falsche Seite.

Aber die Situation heute ist die: es sind nicht alle Katzen grau, es gibt jene, die völkerrechtswidrige Kriege begehen, und es gibt Opfer dieser völkerrechtswidrigen Kriege. Man kann sehr wohl zwischen dem Aggressor und seinen Opfern unterscheiden. Nicht Partei zu ergreifen bedeutet in der aktuellen Situation, den Aggressor gewähren und den Angegriffenen ohne Beistand zu lassen. Das ist Defätismus, **nicht Internationalismus. „Zimmerwald“ aber fordert auf, den Aggressoren in den Arm zu fallen!** Die Aggressoren, die USA und die NATO, sind bekannt, die Opfer auch: Jugoslawien, Afghanistan, Irak, Libyen, aktuell Syrien und die Ukraine. Unsere Aufgabe ist, Widerstand gegen völkerrechtswidrige Kriege zu entwickeln, das Völkerrecht zu verteidigen, also die Aggressoren zu identifizieren, anzuklagen, anzugreifen – sowie, die andere Seite der Medaille: unbedingte Solidarität mit den Angegriffenen zu propagieren und zu praktizieren, ihren Widerstand gegen die Aggressoren zu unterstützen.

Um ihre defätistische Konsequenz zu bemängeln, verweisen solche ‚linken‘ Ratgeber auf die „Zimmerwalder Linke“ und Lenin mit der Orientierung, den imperialistischen Krieg in einen Bürgerkrieg gegen die jeweils ‚eigene‘ Bourgeoisie zu verwandeln. Die Situation ist aber grundverschieden: In Zimmerwald traf man sich,

weil es nicht gelungen war, den Weltkrieg zu verhindern. Heute geht es darum, den 3. imperialistischen Weltkrieg zu verhindern.



2. Erhard Crome hat hier über Kriegsgründe und Chancen der Kriegsverhinderung gesprochen, er hat zu Recht vor mechanistischen Vorstellungen gewarnt und Differenzierungen angemahnt. Doch dann kommt er auf Russland heute zu sprechen, und führt uns einen neuen Dressurakt mit grauen **Katzen vor: „Russland ist heute ein kapitalistisches Land, wie alle anderen. Übrigens ist der Konzentrationsgrad des Kapitals in Russland sogar noch höher als in den USA oder in Deutschland, also die Oligarchen verfügen über einen größeren Teil des Nationaleinkommens und des Volksvermögens (in Anführungszeichen) als in Westeuropa oder Nordamerika heute.“ Und auf dieser Grundlage lässt Crome ein „neues imperialistisches Zeitalter“ entstehen.**

Diese Wertung des zweifellos kapitalistischen Russland als „Akteur in einem imperialistischen System“ ist falsch, ökonomisch nicht begründbar und im Ergebnis fatal. Ökonomisch bleibt diese Diagnose beim Jahr 2000 stehen und ignoriert oder fehlinterpretiert die entscheidenden Grundlagen der heutigen Ökonomie Russlands. Seit Beginn der Präsidentschaft Putins wurde der Kurs auf Privatisierung gestoppt und umgekehrt. Die Schlüsselindustrien, die Bodenschätze, Infrastruktur und Verkehrswege, die Banken sind wieder in staatlicher Hand bzw. unter staatlicher Kontrollmehrheit. Genau deshalb avancierte Putin ja aus westlicher Sicht zum ‚Feind‘.

Die drei größten Unternehmen des Landes, Gazprom, Rosneft und die Sber-Bank (Rang 17, 59 und 61 der Forbes-Liste) sind ganz oder mehrheitlich (wieder) in staatlicher Hand, von den fünfzehn größten Unternehmen sind es neun. Nach Angaben des Welt-Investment-Reports 2013 der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (Unctad) hält der russische Staat Anteile im Wert von 62% der Unternehmen. Eine Rentiers-Schicht, Kennzeichen des Parasitismus im Imperialismus, fehlt in Russland. Lenins Definition des Imperialismus als „Weltsystem kolonialer Unterdrückung und finanzieller Erdrosselung der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung der Erde durch eine Handvoll ‚fortgeschrittener‘ Länder“ trifft auf Russland nicht zu.

In ihrem Bericht „Global Trends 2025“ vom November 2008 schätzen die Geheimdienste der USA die BRICS-Staaten ein: »Zum großen Teil folgen China, Indien und Russland nicht dem westlichen liberalen Entwicklungsmodell, sondern benutzen stattdessen ein anderes Modell: ‚Staatskapitalismus‘“. Im britischen *Economist* über

»State Capitalism« vom 21. Januar 2012 schreibt Adrian Woolridge über die „durch und durch russische Form des Staatskapitalismus“: „Russland hat im vergangenen Jahrzehnt eine bemerkenswerte Stärkung des Staates erlebt, (...) im Ergebnis kontrolliert der russische Staat wieder die Kommandohöhen der Wirtschaft – nur diesmal durch Aktieneigentum statt direkt.“ **Woolridges Fazit „Der entscheidende Kampf des 21. Jahrhunderts spielt sich nicht zwischen Kapitalismus und Sozialismus ab, sondern zwischen verschiedenen Versionen von Kapitalismus.“**

In diesem Sinne bewertet die Studie der „Informationsstelle Militarisierung“ (IMI) vom Oktober 2014 das Projekt TTIP als Versuch der „Neuformierung und Stärkung des westlichen Machtblocks gegen Rivalen wie China oder Russland“, um durch TTIP „neoliberale globale Standards zu setzen und zu stärken, um so das eigene Ordnungsmodell gegenüber dem angeblich grassierenden ‚Staatskapitalismus‘ besser in Stellung zu bringen.“ Ohne Kenntnisnahme dieser Entwicklungen werden Linke keinen dialektischen Begriff der weltgeschichtlichen Situation entwickeln können, der auch für einen erfolgreichen Friedenskampf unverzichtbar ist. In diesem Kampf stehen Russland und die BRICS-Staaten auf der Seite des Friedens und gegen den Imperialismus.

3. In Zimmerwald ging es angesichts des Verrats der Parteiführungen der II. Internationale um die Aufgabe, was der chauvinistischen Kriegspropaganda entgegensetzt ist, mit der die sozialdemokratischen Parteien die arbeitenden Massen ideologisch entwaffnet und der Bourgeoisie ausgeliefert hatten.

Das ist die Aufgabe, der wir uns heute gleichermaßen stellen müssen. Die erste Schlussfolgerung liegt auf der Hand: Prinzipiell und bedingungslos gegen jeden **Krieg, auch wenn er heute „Auslandseinsatz der Bundeswehr“ genannt wird. Wer hier öffentlich über Ausnahmen nachdenkt, leistet einen Beitrag zur Zersetzung des Antimilitarismus, wer „unter bestimmten Bedingungen“ zustimmen will, setzt die Frage auf die Tagesordnung, welche wirklich antimilitaristische Kraft an die Stelle von Versagern und Opportunisten treten muss.**

Die zweite Schlussfolgerung: Der psychologischen Kriegsvorbereitung durch Politiker und Medien muss prinzipiell und offensiv entgeggetreten werden. Das **beginnt bei Tarnwörtern wie „Einsätze“ für Kriege und „Luftschläge“ für Bombenangriffe. Die Kriegszweck-Lügen müssen enttarnt werden. Kriege „für Menschenrechte“, die daraus abgeleitete „Schutzverantwortung“ und „humanitäre Intervention“ sollen die wirklichen geopolitischen Interessen, zwecks „freiem Zugang zu Märkten und Rohstoffen“ incl. „freiem Kapitalverkehr“ verschleiern. Gleiches gilt für die unmittelbar kriegsauslösenden Vorwände, wie Scharpings legendäres „KZ in Pristina“ oder das „Massaker von Racak“, die 9-11-Anschläge, für die nicht ein einziges Al-Qaida-Mitglied angeklagt wurde, die „Massvernichtungswaffen“ im Irak,**

den „Giftgaskrieg“ in Syrien, in der Ukraine die unaufgeklärten Schüsse auf dem Maidan, den Abschuss der MH 17, das Massaker im Gewerkschaftshaus von Odessa – **alles neuere Varianten des „Überfalls auf den Sender Gleiwitz“.**

Dazu gehört, die medialen Mittel zu entlarven, mit denen völkerrechtswidrige Angriffskriege vorbereitet werden. Die Diffamierung von Staats- und Regierungschefs **als „Diktatoren“, „Schlächter“, „Tyrannen“, „neuer Hitler“** – ob auf Slobodan Milosevic, Saddam Hussein, Muammar al-Gaddafi, Baschar al-Assad oder Wladimir Putin gemünzt – **dienen dazu, die Betroffenen als „vogelfrei“ zu erklären und zum Abschuss freizugeben.** In den Hirnen soll sich die Idee festsetzen, dass für diese Länder der Schutz des Völkerrechts am besten gar nicht mehr gilt. Dazu ein weiterer Trick: Kriegsgegner werden immer von "Regimes" repräsentiert, während Länder der westlichen Werte von einer "Regierung" gesegnet sind – oder wer hat schon mal vom Merkel-Regime gehört?

Bei völkerrechtswidrigen Kriegen muss die Friedensbewegung auf der Seite der Verteidiger des Völkerrechts, also solidarisch auf der Seite der Angegriffenen und des Widerstandes stehen. Erörterungen über Vor- und Nachteile der politischen Systeme haben in der Positionierung für Krieg oder Frieden keinen Platz.

4. Die Zimmerwalder Konferenz versammelte die Opposition der Parteien der II. Internationale, und die Einsicht einiger Teilnehmer vom Bankrott der II. Internationale mündete nach Ende des 1. Weltkriegs in die Gründung der Kommunistischen Internationale 1919. Wenn man aus der Geschichte lernen will, wie Kriege zu verhindern sind, sollte man nach Zimmerwald auch die Konferenz betrachten, die am 2. August 1935 stattfand: den VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale mit seiner Analyse der Fehler, die zum Machtantritt des Faschismus führten.

Dieses Scheitern war diesmal nicht dem Verrat geschuldet, sondern dem Unvermögen, eine breite Einheitsfront gegen die faschistische Gefahr zu mobilisieren. Als Ursachen für den Sieg des Faschismus sah Dimitroff sowohl die Spaltung der **Arbeiterbewegung durch eine „Politik der Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie, die von den Führern der Sozialdemokratie betrieben wurde“,** aber er nannte **ebenso eine „Reihe von Fehlern der kommunistischen Parteien“,** u.a. **„eine unzulässige Unterschätzung der faschistischen Gefahr“.**

Das Bedeutsame am VII. Weltkongress war und ist, dass er eine Analyse der Interessen vornahm, die hinter dem imperialistischen Krieg und hinter dem Faschismus **stehen. Dimitroff analysierte den „Klassencharakter des Faschismus“ als „schränkenlose politische Monopolherrschaft“, „die Macht des Finanzkapitals selbst“ und als „Hauptansteller des imperialistischen Krieges“.** Damit wird erinnert, dass auch wir alle Kräfte, die nicht Träger dieser Interessen sind, also auch alle nicht dem

monopolistischen Finanzkapital zugehörigen Schichten, Klassen – inklusive Mittelschicht und Kapitalisten - für die Bemühungen für den Frieden und gegen Faschismus gewinnen müssen.

Friedensbewegung heute muss es verstehen, diese Breite bewusst anzusprechen und versuchen, sie tatsächlich zu mobilisieren. Friedensbewegung ist zwar ein zentrales Anliegen der Linken, ist aber naturgemäß von viel breiterem gesellschaftlichen Interesse. **Eine Eingrenzung auf eine „linke“ Friedensbewegung wäre daher ein Verhängnis.** Um diese Breite selbst bis hin zur herrschenden Klasse zu erreichen, riet schon Dimitroff: **„Die Arbeiterklasse muss es verstehen, die Gegensätze und Konflikte im Lager der Bourgeoisie auszunutzen“.**

Überflüssig ist nicht die „neue“ Friedensbewegung, sondern die Trennung in „alte“ und „neue“ Friedensbewegung. Wir arbeiten in der Friedensbewegung mit allen zusammen, die auf der unteilbaren Position „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!“ stehen. Das ist für uns eine Lehre aus der Geschichte, auch aus der jüngeren Geschichte: Gegen die neuen NATO-Atomraketen entstand ab 1980 eine mächtige Bewegung, und auch die wurde damals allenthalben **„die neue Friedensbewegung“ genannt. Niemand der „Ohne mich“-oder der Bewegung gegen den Atomtod, der Ostermarschierer oder der Gegner des Vietnam-Kriegs** fühlte sich provoziert, verspürten Abgrenzungsbedürfnis. Genauso brauchen wir das heute wieder.

Es mangelt nicht an Angeboten, inhaltlich absolut klaren Angeboten: Da gibt es schon ein paar Jahre den **„Ramsteiner Apell“, für den weiter Unterschriften gesammelt werden, es gibt den Aufruf „Syrien-Sanktionen beenden“** – nicht zuletzt in der Flüchtlingsdiskussion von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Es gibt, mitinitiiert vom Deutschen Freidenker-Verband, den Aufruf **„Sagt NEIN, ächtet Aggressionen, bannt die Weltkriegsgefahr!“**, mit der zentralen Forderung **„Deutschland raus aus der NATO – NATO raus aus Deutschland“**, unterstützt von mittlerweile 60 Organisationen und Gruppen der Friedensbewegung. Und es gibt jetzt den vielversprechenden Beginn einer breiten und längerfristigen Kampagne **„Stopp Ramstein“.** Lasst uns eine Kampagne wie **„Stopp Ramstein“** zum Kristallisationspunkt einer Friedensbewegung machen, die wieder auf die Straße geht, so dass sie nicht mehr ignoriert werden kann.

5. Die Erkenntnis des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, dass der Widerstand gegen Faschismus und Krieg in allen nichtmonopolistischen Klassen und Schichten seine soziale Basis haben muss, bedeutet nicht, dass der Arbeiterklasse in diesem Kampf keine besondere Bedeutung und Aufgabe zukäme. Als Nichteigentümerin an Produktionsmitteln hat sie objektiv keine gemeinsamen Interessen mit dem Ausbeutersystem. Subjektiv ist die Interessenlage vielfach unerkannt, durch vielfältige Maßnahmen der Korruption und ideologischen Verwirrung verschüttet. Hier beginnt die Aufgabe der Linken, parteimäßig organisiert oder nicht. Und deshalb hat die Linke spezifische Aufgaben bei der Entwicklung

der Friedensbewegung, nicht für eine strikt linke, **„revolutionäre‘ Ausrichtung**, sondern darin, breiteste Schichten, auch die Arbeiterklasse, für den Friedenskampf zu mobilisieren und in Bewegung zu bringen.

Dazu muss sich unsere Aufmerksamkeit besonders auch auf die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterbewegung richten, da diese Organisiertheit Anknüpfungspunkte auch im Kampf für die Bewahrung des Friedens bietet. Aber wie ist die Gewerkschaftsbewegung zu dieser Thematik aufgestellt?

Es ist hier nicht möglich, einen historischen Abriss zur Entwicklung gewerkschaftlicher Positionen in der Frage von Krieg und Frieden zu geben. Aber: Von der Gegnerschaft zur Remilitarisierung 1952 führte ein steil abschüssiger Weg bis 1999, als der DGB-Vorsitzende Dieter Schulte ohne Konsultation der Einzelgewerkschaften seine Zustimmung zum ersten deutschen Angriffskrieg gegen Jugoslawien nach **1945 verkündete. Rolf Becker nannte dies das zweite „Ja“ der deutschen Gewerkschaften zum Krieg**, nach der Bewilligung der Kriegskredite 1914.

Auch in den beiden größten Einzelgewerkschaften haben es Rüstungskritiker schwer. **Der von Gewerkschaftern unterstützten Kampagne „Kein Werben fürs Sterben“ widersprach ver.di-Vorsitzender Bsirske: er betrachte die Werbung für den Eintritt in die Bundeswehr für „selbstverständlich“.** **IG Metall-Funktionäre haben sich wiederholt gegen Kürzungen am Wehretat, also für „arbeitsplatzsichernde“** Rüstungsprojekte und in jüngster Zeit sogar wiederholt gegen restriktivere Vorschriften bei Waffenexporten gewandt. Einen traurigen Höhepunkt stellte die 2013 unter DGB-Chef **Michael Sommer vollzogene demonstrative sogenannte „Aussöhnung der Arbeiterbewegung mit der Bundeswehr“** dar, als der Kriegsminister **de Maizière die Bundeswehr wie die Gewerkschaften zum „Teil der Friedensbewegung“ erklären konnte.** Gegen diese Tendenzen anzugehen, die Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben und gewerkschaftlichen Gremien gegen dieses Strammstehen zu mobilisieren, ist ein unabdingbarer Beitrag von Linken zur Friedensbewegung zur Erkenntnis der Interessengegensätze.

Aufgabe der Gewerkschaften ist objektiv nicht die Sicherstellung des „sozialen Friedens“ mit dem Kapital, sondern Sicherung des Friedens, notfalls mit Mitteln des politischen Generalstreiks. Ein „Schulterschluss“ mit der Bundeswehr ist dem diametral entgegengesetzt, denn diese Institution würde bei einem „erklärten Notstand“ zur Niederschlagung der „Unruhen“ eingesetzt. Innerhalb der Bundeswehr müssen Gewerkschaften dafür wirken, dass im Falle dieses Falles Soldaten den Schießbefehl verweigern.

Gewerkschaften müssen nach Marx „Sammelpunkte des Widerstands gegen die Gewalttaten des Kapitals“ sein und lernen, „bewusst als organisierende Zentren der Arbeiterklasse zu handeln, im großen Interesse ihrer vollständigen Emanzipation“. In den letzten Jahrzehnten aber wurde die Arbeiterklasse immer weiter

fragmentiert. Heute ist selbst im gleichen Betrieb die Spaltung der Belegschaften zu beobachten – in die relativ geschützten Kernbelegschaften, für die der Flächentarifvertrag gilt, in Zeitarbeitskräfte, in outgesourcete ehemalige Belegschaftsteile mit z. T. erheblich schlechteren Bedingungen, sowie die **weitgehend rechtlosen Leiharbeiter, an denen noch ein moderner "Sklavenhalter"** verdient. Während sich die Gewerkschaften heute fast ausschließlich auf die Kerne **der Belegschaft stützen, meinte Marx: "Sie müssen sich sorgfältig um die Interessen der am schlechtesten bezahlten Gewerbe kümmern, (...) die durch besonders ungünstige Umstände ohnmächtig sind."** **Mit einem Wort: Aufgabe von Gewerkschaften ist die Aufhebung der „Konkurrenz unter den Arbeitern selbst.“** Dieses Ziel erfordert heute eigentlich oft gänzlich fehlende, gezielte Aktionen gegen die Entsolidarisierung, gerade auch der Gewerkschaften, aber auch der Linken.

Wenn die Gewerkschaftsbewegung heute eher für Klassenharmonie als für Klassenkampf steht, so haben diese Erscheinungen eine längere Geschichte, die mit unserem heutigen Thema eng verwandt ist: **"Burgfriedenspolitik"** hieß sie in jener Zeit der Zimmerwalder Konferenz, als der Kaiser "keine Parteien mehr, sondern nur noch Deutsche" kennen wollte. Anfang der 1930er Jahre zurück, als Reichskanzler Kurt von Schleicher eine Querfront¹ propagierte, um dem autoritären Präsidialregime mehr politischen Rückhalt zu verschaffen - bestehend aus Reichswehr, Gewerkschaften und dem ‚linken‘ Flügel der NSDAP. „Politik der Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie“ nannte es Dimitroff. Querfront im historischen Sinn entspricht also nicht der heute im Umlauf befindlichen Diffamierungsvokabel. In Zeiten der ersten Großen Koalition mit SPD-Wirtschaftsminister Karl Schiller Anfang der 1970er Jahre, nannte man "Konzertierte Aktion", was unter Bundeskanzler Ludwig Erhard zuvor unverblümt "Sozialpartnerschaft" hieß.

Um auch Gewerkschaften zu einem wirkungsvollen und stabilen Faktor in der Friedensbewegung zu machen, muss also viel grundsätzlicher, bei einer konsequenten Interessenvertretungspolitik, der Entwicklung von verschüttetem Klassenbewusstsein angesetzt werden. Das bedeutet auch hier nicht nur Abwarten, sondern Themen, die Erkenntnisfortschritt und Aktionsbereitschaft fördern können, auch durch die Friedenskräfte. Gegen die Standortideologie in der Rüstungsproduktion müssen wir am besten gemeinsam mit den vielen betroffenen Kolleginnen und Kollegen praktikable Modelle der Rüstungskonversion entwickeln, und an den bekannten Stationierungsstandorten müssen wir vor allem auch mit der Bevölkerung vor Ort aktiver für Demilitarisierung werben.

¹ <https://www.antifainfoblatt.de/artikel/der-begriff-querfront-eine-historische-betrachtung>

Sein 1986 in deutscher Sprache erschienenes und bis heute anregendes Buch „Der Marxismus-Leninismus. Elemente einer Kritik“ beginnt der französische Philosoph Georges Labica im ersten Kapitel mit folgender Feststellung: „Der Marxismus-Leninismus ist zunächst der Korpus einer Lehre.“ In den folgenden 12 Kapiteln analysiert er dann die Entstehung, besser gesagt die gezielte Konstruktion dieser zum staatlichen Doktrinegebäude erstarrten Ideologie.

Die Grundsteinlegung für die Schaffung des Leninismus beginnt schon im Frühjahr 1923 auf dem 12. Parteitag der KP; der wegen Krankheit abwesende, aber noch lebende Lenin, wird bereits wie ein Heiliger verehrt. Der Begriff selbst ist wenige Monate danach schon allseits gebräuchlich. Im Kampf der Diadochen setzt sich nach Lenins Tod am 21. Januar 1924 bekanntlich Stalin durch, der frühzeitig mit seinen Vorlesungen an der Swerdlow-Universität über die Grundlagen des Leninismus, abgedruckt in der Prawda im April/Mai 1924, zum wichtigsten Verkünder der neuen Lehre avanciert. Stalin wird in kurzer Zeit zu ihrem Garanten und einzigen autorisierten Sprecher – sowohl in der Sowjetunion als auch in der kommunistischen Weltbewegung. Die beiden Schlüsselsätze Stalins lauten: „Der Leninismus ist der Marxismus der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution. Genauer: Der Leninismus ist die Theorie und Taktik der proletarischen Revolution im allgemeinen, die Theorie und Praxis der Diktatur des Proletariats im Besonderen.“

Labica stellt fest, dass sich der marxistisch-leninistische Korpus auf einer durchgehenden Achse, den Werken von Marx, Engels, Lenin und Stalin als „ein geschlossenes Ganzes“ konstituierte, wobei sich Stalin hinter Lenin bezüglich der Namensgebung unsichtbar machte. Labica sagt mit Dumas: der wichtigste von den Drei Musikern ist der vierte.

Schaut man sich Stalins Argumentation genauer an, wird klar, dass Lenins Schrift „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ im neuen Höherentwicklungsdogma eine Schlüsselstellung einnimmt. Gleich einem Katechismus werden von ihm zahlreiche Thesen Lenins aneinander gereiht und kanonisiert. Das Werk wird quasi in den neu geschaffenen ML „eingesperrt“. Weiterentwicklungen oder die Kritik einzelner Thesen werden ab Mitte der 20er Jahre immer schwieriger, alsbald nahezu unmöglich. Neue Theorieansätze wie beispielsweise von Kondratieff mit seinen langen Wellen im Jahr 1926 sind per se verdächtig. Der „Imperialismus“ erscheint zunehmend als ein unerreichter Monolith, als einzig mögliche Fortsetzung von Marx „Kapital“, völlig abgekoppelt vom zeitgenössischen marxistischen Imperialismuskurs in der II. Internationale. Nicht nur eine gezielte theo-

riegeschichtliche Spurenverwischung im großen Stil ist für diese Darstellung zwingend erforderlich. Auch die Ende der 20er Jahre erfolgte Titelländerung - ursprünglich hieß das Werk bekanntlich **„Der Imperialismus als jüngste Etappe des Kapitalismus“** - gehört dazu. Im Jahr 1932 wird der vorläufige Höhepunkt der schon fast kultischen Vergötzung der Schrift - die gleichsam wie ihr Erzeuger einbalsamiert wird - **durch Anatoli Lunatscharski erreicht. Der „Kurze Lehrgang“ von 1938 wirft seinen Schatten unheilvoll voraus, wenn er schreibt: „Die Leninsche Theorie des Imperialismus gestattet es, sich unfehlbar in allen wichtigen Erscheinungen des politischen Lebens im kapitalistischen Westen zu orientieren. Die fünfzehn Jahre, die seit der Niederschrift [...] verfließen sind, haben die Richtigkeit seiner Prognose mit aller Kraft bestätigt und das Bild der Fäulnis der imperialistischen Wirtschaft umfassend entwickelt.“**

Angesichts dieses Ballasts hat es Lenins Werk 100 Jahre nach seiner Entstehung wie kaum ein zweiter seiner Texte verdient, von langjähriger Kanonisierung und Dogmatisierung **„befreit“ und neu gelesen zu werden. Der letzteren Herausforderung** muss sich naturgemäß jeder Leser und jede Leserin zunächst persönlich stellen. Eine unverzichtbare Hilfestellung für eine zeitgemäße Rezeption der Schrift sind aber neue editionswissenschaftliche Rahmenbedingungen. Wladislaw Hedeler und ich möchten gemeinsam mit dem Verlag 8. Mai in einer modernen Neuausgabe des Textes im nächsten Frühjahr dafür einen entsprechenden Beitrag leisten. Die folgenden Bemerkungen verstehen sich als ein Kurzbericht aus unserer Editionsworkstatt und erzeugen bei Euch hoffentlich auch etwas Neugier auf das geplante Buch.

Aufgrund des knappen Zeitbudgets kann ich nur zu zwei ausgewählten Aspekten jeweils einige Bemerkungen machen. 1. zur marxistischen Imperialismusdebatte in **der II. Internationale** und 2. zu **Lenins Materialstudium in Gestalt seiner 21 „Hefte zum Imperialismus“**. Beide Themenkreise zielen darauf ab, die bisherige theoriegeschichtliche Einordnung von Lenins Schrift und deren Entstehungsbedingungen in nicht unerheblicher Weise zu differenzieren und zu vertiefen.

1. Lenin ist mit seiner Arbeit von 1916 der letzte führende Revolutionär in der internationalen Arbeiterbewegung, der sich mit dem Imperialismus beschäftigt. Spätestens ab Ende der 1890er Jahre gab es in der II. Internationale eine lebhaftere Theoriedebatte zu zentralen zeitgenössischen Phänomenen wie chronische Überproduktion, wachsende Rüstungspolitik, koloniale Expansion usw. Zu den Autorinnen und Autoren, die kritisch-analytische Beiträge zur **„Weltpolitik“ und zum Weltmarkt** - der Begriff Imperialismus war um 1900 noch nicht Allgemeingut - vorlegten, zählten u.a. Max Beer, Heinrich Cunow, Alexander Helphand (Parvus), Karl Kautsky, Rosa Luxemburg, Julian Marchlewski-Karski und Franz Mehring; später stießen Otto Bauer, Rudolf Hilferding, Karl Radek und andere dazu. Diese Wortmeldungen beschränkten sich keinesfalls nur auf deutsche Verfasser, wenngleich das

Gros der Imperialismustheorien vor 1914 in der deutschen Sozialdemokratie entstand, weil die SPD die weitgehend unangefochtene theoretische Vormachtstellung innerhalb der II. Internationale innehatte. Zu den internationalen Stimmen in der Imperialismusdebatte schon vor 1900 zählten beispielsweise in Großbritannien Ernest Belfort Bax, Keir Hardie und William Morris sowie in Frankreich Paul Louis. Diese Imperialismuskonversation in der II. Internationale währte bis in die ersten Jahre des Ersten Weltkrieges und führte zur Herausbildung wesentlicher Elemente klassischer marxistischer Imperialismustheorien. Der Mainzer Parteitag der SPD 1900 war dabei ein erster Höhepunkt. Am weitesten in der Debatte ging seinerzeit **Georg Ledebour, als er konstatierte, dass „wir es mit welthistorischen Erscheinungen im letzten Stadium des Kapitalismus zu thun haben“.**

Im Jahr 1912 verabschiedete der Chemnitzer Parteitag der SPD explizit anknüpfend **an Mainz unter der Überschrift „Der Imperialismus“ nahezu einstimmig eine Resolution.** Der kurze Text benannte fast alle wesentlichen Merkmale des Imperialismus und forderte angesichts der **„Gefahr eines verheerenden Weltkrieges“ die Mitgliedschaft unmissverständlich auf, „mit verstärkter Wucht den gewalttätigen Imperialismus zu bekämpfen, bis er niedergedrungen ist“.** Die Resolution endete mit der **Feststellung: „Ist es doch die Aufgabe des Proletariats, den auf die höchste Stufenleiter gebrachten Kapitalismus in die sozialistische Gesellschaft zu überführen und so den Frieden, die Selbständigkeit und die Freiheit der Völker dauernd zu sichern.“**

2. Als Lenin im Herbst 1914 unmittelbar mit seinen Imperialismusstudien begann **und das erste seiner insgesamt 21 „Hefte zum Imperialismus“ anlegte, konnte er an diese rund 15jährige Debatte in der II. Internationale nahtlos anknüpfen,** die im Basler Manifest vom Herbst 1912 einen vorläufigen Höhepunkt gefunden hatte. Während viele Marxisten von ihren einstigen Erkenntnissen abschwören, bewahrte Lenin den enormen Erkenntnisreichtum der bis dahin geführten Imperialismusdebatte; insofern ist seine Schrift von 1916 auch eine geniale Kompilation und damit im weiteren Sinne eine Kollektivleistung des zeitgenössischen Marxismus. Sie ist es auch im engeren Sinne, denn parallel und teilweise sogar schon vor Lenin begannen sich unter den verschärften Bedingungen des Ersten Weltkrieges u.a. Bucharin und Sinowjew mit dem Imperialismus intensiver zu beschäftigen. Beiden Revolutionären verdankte Lenin für seine Imperialismusstudien eine Vielzahl von inhaltlichen Anregungen, bibliografischen Hinweisen und konkreten Unterstützungsleistungen wie z.B. Buchbesorgungen. Weitere externe Anstöße erhielt Lenin beispielsweise vom niederländischen Rätekommunisten Herman Gorter.

Zu Lenins zentralen Quellen für seine stark von den zaristischen Zensurbestimmungen und den Anforderungen des Verlages geprägten Schrift gehörte nicht nur der plurale marxistische Diskussionsstrang in der internationalen Arbeiterbewegung. Fast noch wichtiger waren für ihn bürgerliche Autoren. In seinem Anfang Juli 1920 verfassten Vorwort zur deutschen und französischen Ausgabe betonte Lenin

deshalb **ganz dezidiert nochmals die Hautaufgabe des Buches**, nämlich „an Hand von zusammenfassenden Daten unbestrittener bürgerlicher Statistiken und von Zeugnissen bürgerlicher Gelehrter aller Länder zu zeigen, wie zu Beginn des 20. Jahrhunderts, am Vorabend des ersten imperialistischen Weltkriegs, das *Gesamtbild* der kapitalistischen Weltwirtschaft in ihren internationalen Wechselbeziehungen war.“

Lenins Schrift ist damit zunächst eine ökonomische Arbeit. Von seinen diesbezüglichen Quellen ist fast nur John Hobson mit **seinem „Imperialismus“ von 1902** bis heute bekannt geblieben. Dieses Werk wurde übrigens nicht nur von Hilferding und Luxemburg konsequent ignoriert, obwohl es den parasitären Charakter des Imperialismus begründete. Der vertiefte Blick in Lenins umfangreiche Materialsammlung zum Imperialismus, seine zwischen Herbst 1914 bis Februar 1917 angelegten 21 „**Hefte zum Imperialismus**“, of-



fenbaren eine Vielzahl erstaunlicher theoriegeschichtlicher Entdeckungen; vorausgesetzt, man zieht zugleich Hilferdings 1910 erschienenenes, aber bereits 1906 weitgehend fertig gestelltes Buch „Das Finanzkapital“ und Bucharins 1915 veröffentlichten Aufsatz „Weltwirtschaft und Imperialismus“ hinzu, den Lenin für den Druck in der Zeitschrift *Kommunist* vorher redaktionell stark bearbeitet hatte.

Das wichtigste Hilfsmittel zur Entdeckung derartiger, bislang zumeist verdeckter theoriegeschichtlicher Zusammenhänge sowie zur Bewältigung weiterer editionswissenschaftlicher Herausforderungen ist das von uns erstmals erarbeitete Gesamtverzeichnis der von Lenin im „Imperialismus“ und den „Heften zum Imperialismus“ zitierten, exzerptierten bzw. bibliografisch erfassten Quellen und Literatur. Nur auf diesem Wege lässt sich zumindest partiell die innere Logik von Lenins Forschungsprozess rekonstruieren, der zweifellos enzyklopädischen Charakter trug, auf die Totalität der ökonomischen, politischen und geistig-ideologischen Aspekte des Imperialismus und damit auf weit mehr als die Erarbeitung einiger Artikel bzw. einer einzelnen Broschüre ausgerichtet war, in der es erklärtermaßen um das ökonomische Wesen des Imperialismus ging.

Lenin exzerptierte viele Autoren, die bereits von Hilferding und Bucharin verarbeitet worden waren. Hilferding stützte sich beispielsweise auf mehr als ein halbes Dutzend führender deutscher Nationalökonominnen und Bankfachleute (u.a. Hans Gideon Heymann, Otto Jeidels, Hermann Levy, Robert Liefmann, Jacob Riesser, Gerhard von Schulze-Gaevernitz, August Sartorius von Waltershausen), die später auch Lenin ausführlich studierte **und im „Imperialismus“ zitierte. Noch stärker profitierte Lenin von der Lektüre Bucharins. Während der redaktionellen Bearbeitung von dessen Artikel „Weltwirtschaft und Imperialismus“ übernahm Lenin immerhin 24 der 72 von Bucharin ausgewerteten Bücher in seine eigene Imperialismusstudie.** Zu den von ihm später zitierten Quellen zählten neben berühmten Autoren wie Hilferding, Karl Kautsky und Werner Sombart viele heute kaum noch bekannte, seinerzeit aber ausgewiesene Verfasser wie beispielsweise Bernhard Harms, Fritz Kestner, Siegmund Schilder und Siegfried Tschierschky, die in der Theoriegeschichte ihres jeweiligen Fachgebietes bis in die Gegenwart einen anerkannten Platz innehaben.

Ich habe meinen Beitrag mit einem Philosophen aus Paris begonnen und möchte ihn mit einem Philosophen aus Klein-Paris - ich bitte um Nachsicht für diese Prise Leipziger Lokalpatriotismus – beenden. Sieben Jahre nach Labicas Buch erschien in *DIE ZEIT* im Jahr 1993 die Serie „Denker des 20. Jahrhunderts“. In dieser Artikelreihe veröffentlichte Christoph Türcke eine bemerkenswerte Hommage auf Lenins Imperialismusanalyse. Sein Text, der heute noch aktueller wirkt als vor 22 Jahren, endete mit folgenden Gedanken: Lenins Imperialismusschrift ist aller Erinnerung wert. Sie redet Tacheles, wo inzwischen der Mantel weltweiter Sprachregelungen wallt. **Sie gibt einen Grundbegriff dessen, was man heute „unsere Weltwirtschaftsordnung“ nennt, einen Gradmesser für alles, was sich seither am Imperialismus verändert hat, einen Eindruck von der Härte und Übermacht der gesellschaftlichen Verhältnisse, mit denen der Sozialismus um die Jahrhundertwende den Kampf aufnahm – und eine Ahnung davon, dass die russische Revolution nicht, wie Marx meinte, eine der „Lokomotiven der Geschichte“ sein würde, sondern wie Walter Benjamin formulierte, ein „Griff des in diesem Zuge reisenden Menschengeschlechts nach der Notbremse“.**

Acht Thesen für einen populären Antiimperialismus

Wege ins Alltagsbewusstsein

von Diether Dehm

"Die Bourgeoisie hat... die Produktion und Konsumtion aller Länder kosmopolitisch gestaltet... durch Industrien, die nicht mehr einheimische Rohstoffe, sondern den entlegensten Zonen angehörige Rohstoffe verarbeiten und deren Fabrikate nicht nur im Land selbst, sondern in allen Weltteilen zugleich verbraucht werden... Die geistigen Erzeugnisse der einzelnen Nationen werden Gemeingut... Obgleich nicht dem Inhalt, ist der Form nach der Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie zunächst ein nationaler.... Mit dem Gegensatz der Klassen im Inneren der Nation fällt die feindliche Stellung der Nationen gegeneinander."

(Kommunistisches Manifest, MEW Bd. 4 Seite 466,473, 479)

1. Imperialistischer Monopolkapitalismus bedroht alle demokratischen Ererungenschaften

Imperialismus bezeichnet die gesellschaftliche Formation, in der das Monopolkapital einen dauerhaften Extraprofit¹ erzielen kann, indem es mit der Hilfe des Staatsapparats in einem Prozess der Umverteilung sich fremde Ressourcen anzueignen vermag. Krieg und Freihandel sind dabei die zwei Seiten des transnationalen Agierens des Imperialismus.

Der dem Monopolkapital innewohnende Drang zur Enteignung durchbricht nationale Grenzen,

- um sich im Ausland Rohstoffe zu sichern und dortige industrielle Reservearmeen als Lohnbrecher zu erschließen,
- um mit der Schwächung von Nationalstaaten die in deren Rechtsmatrix hineingekämpften sozialstaatlichen Rechte aufzulösen,
- um monopolkapitalistische Konkurrenten international niederzuringen und nichtmonopolistisches Kapital dort zu resorbieren.

Dies alles gelingt nur durch mittelbaren Zugriff auf militärische Macht und auf die staatliche Repressionsmaschinerie sowie auf Ideologieapparate. Die imperialistischen Staaten formieren sich - etwa als NATO und EU - als Blöcke. Immer offener unterwirft das Monopolkapital seinen jeweiligen Nationalstaat, weil dessen Binnensystem zumindest von Rudimenten der sozialen Umverteilung geprägt bleiben muss, um innerhalb des Staatswesens extreme soziale Spreizungen in Grenzen zu halten. Die Widersprüche innerhalb der "staatlichen Apparate" (Poulantzas, Althus-

¹ Dieser Extraprofit ist, als eine formationsspezifische Zugabe des „Enteignungsverhältnisses monopolisierten Kapitals“, dem tendenziellen Fall der weltweiten Durchschnittsprofitrate entgegenwirkend, in Krisen besonders resistent und in Aufschwüngen besonders ansteigend.

ser), zwischen Sozialstaat und staatlicher Repressionsmaschine, treten dabei immer offener zutage und bieten Antiimperialisten neue Anknüpfungspunkte.

2. Imperialismus verbreitert links ansprechbare Potenziale

Die Klassen, Schichten und Gruppen, die für antiimperialistische Politik tendenziell gewinnbar sind, werden täglich stärker. Hierzu gehören:

- das weltweit wachsende Proletariat;
- die überall anschwellenden Reservearmeen der Teilzeit-, prekär oder gar nicht Beschäftigten;
- die weiterhin vielen Hungrigen, die Nahrungsüberproduktion erleben;
- die Landwirte, die von Agrarkonzernen ausgeplündert werden;
- die Handwerker und Kleingewerbetreibenden, die von den hochakkumulierten Logistikketten abgehängt werden;
- Die Kulturschaffenden, die ihrem Publikum näher sein wollen als milliarden-schweren Unterhaltungskonzernen.

Und vor allem aber: Alle Menschen, die sich nach Frieden und Abrüstung sehnen.

3. Populisten erreichen diejenigen, die der Antiimperialismus vernachlässigt

Die nicht enden wollenden Krisen des internationalen politischen Systems und ganzer Nationalstaaten führen zu wachsender Destabilisierung und schaffen neben sozialen Verwerfungen auch ständig neue politische Unzufriedenheiten, die von Rechtspopulisten ausgenutzt werden, die aber auch von einer populären Linken angesprochen werden können.

Das mediale Spiel mit Populismen wird durch die Nachlässigkeiten antiimperialistischer Kräfte und einen „progressiven“ Snobismus gegenüber "Bildungsferne" erleichtert. Wer aber die unzufriedenen Menschen populär und nicht populistisch ansprechen will, national und nicht nationalistisch, mit Reformideen und nicht reformistisch, der hat es schwer genug, gegen die demobilisierenden konsumistischen Mainstreamkonzerne und rechte Sozialdemagogie anzukommen. Er sollte es sich selbst nicht noch schwerer machen, etwa durch sektiererische, antipopuläre Umerziehungsdiktate. Und wo antiimperialistische Kräfte diese Menschen kampflos den gemieteten Intellektuellen und Sozialdemagogen des Monopolkapitals überlassen, entsteht zunächst ein kulturelles Vakuum, in dem bald die passenden Populismen zur Stelle sind. Das Alltagsbewusstsein mit seinen oft verschütteten Emanzipationskeimen politischen Klassenbewusstseins wird daher zum zentralen Kampfplatz.

Bürgerliche Wahlkämpfe und Parlamente, in denen inszeniertes Charisma und Eloquenz proletarische Persönlichkeiten überstrahlen, sind oft ein fremdes Parkett für die Arbeiterbewegung. Im Vergleich zum fragmentierten Wohnumfeld ist die innerbetriebliche Kommunikation der Sache der Lohnarbeit und der unmittelbaren trade-unionistischen Interessensvertretung weiterhin näher. Die europäische Linke hat sich aber aus diesem, ihrem originären Aktionsfeld, dem Betrieb, abdrängen lassen, den ein populärer Antiimperialismus zurückerobern muss, denn Lohnarbeit bildet seine emotionale Intelligenz und sein materielles Herzstück.

4. Antifaschismus ist links - "Political Correctness" ist sein Gegenkonstrukt

20 Jahre nach dem Untergang des "Realsozialismus" kann niemand erwarten, dass es ein nahtloses Anknüpfen an linkes Bewusstsein gibt. Dem so traditionsgeborenen Alltagsbewusstsein "von oben" mit den Methoden der Mainstreammedien mit erziehungsdiktatorischen Methoden aus dem Arsenal des "political correctness" begegnen zu wollen, ist nicht geeignet, das nichtmonopolistische soziale Lager zu stärken; zumal, wenn die Kriterienkataloge der "political correctness" zwar voller Phobie-Phobien sind, aber des kulturellen Kampfs gegen Antikommunismus, Gewerkschaftsfeindlichkeit und Gentrifizierung von Arbeiterquartieren entbehren, und zumal auch, wenn die Phobie-Phobien in elitären Riten "von oben" eingeschliffen werden.



Der antifaschistische Kampf um das Alltagsbewusstsein hingegen ist ein lernendes Lehren, das nur verbunden mit sozialen Kämpfen von "unten nach oben" erfolgreich sein kann. Wenn die Gesellschaft von links in Bewegung kommt, erhöht das die Frischluft für die Kräfte der Aufklärung, selbst für Linke in halblinken Organisationen, während Stillstand den Stickstoff in der Zivilgesellschaft vermehrt.

Diese kulturellen und sozialen Mobilisierungsmühen, zu denen Gramsci ebenso aufrief, wie Althusser, Abendroth, Poulantzas und Bourdieu, müssen aber auch an Traditionen der Sozialstaatlichkeit, der demokratischen Rechtsstaatlichkeit und der humanistischen Kulturen anknüpfen, diese verteidigend und mehr davon fordernd.

5. Antiimperialistische Hauptforderungen brauchen neue, breite Bündnisse

Der Imperialismus entnationalisiert, weil er entrechtet. Er sucht Organisationen der Arbeit zu zerschlagen, indem er aufkeimende, plebejische Philosophien im Zentrum seiner Gegner zerstört.

Für die antiimperialistischen Kräfte heißt das, offen zu bleiben für die stets neuen Potenziale der antimonopolistischen Unzufriedenheit. Politisch "unkorrekte" Vorstellungen und Phantasien in deren Alltagsbewusstsein heißt es, nicht zurückzustößen nach rechts, sondern im Eintreten für Demokratie, Sozialstaat und Frieden schrittweise zu überwinden.

In der pluralen Geschichte der Linken hat es bereits schwerere Zeiten als heute gegeben, und es lohnt sich, ihrer sich heute wieder zu erinnern und aus den damals gegebenen Antworten zu lernen:

Das "Nationalkomitee Freies Deutschland" agitierte Wehrmachtssoldaten mit Hilfe bedeutender Künstler und Politiker. Mit heimatbezogenen Argumenten wurden sie an den Kriegsfrenten zur Desertation bzw. zur Kapitulation aufgefordert.

Der "historische Kompromiss" in Italien, unter Einschluss von Teilen der Christdemokraten und Konservativen, zielte auf einen Block gegen Faschisten und "CIA/Gladio"-Verschwörung. In Nicaragua regieren seit Jahren frühere Sandinisten Ortega gemeinsam mit ihren früheren Bürgerkriegsfeinden. In Bolivien beruft sich Evo Morales auf indigene Traditionen, die anderswo durchaus für ethnoesotherisch angesehen werden können.

In Griechenland regiert Syriza gemeinsam mit der kleinbürgerlich-nationalen ParteiANEL.

Überall aber sind diese antiimperialistischen Konstellationen dem jeweiligen Alltagsbewusstsein und dem sich daraus ergebenden Kräfteverhältnis geschuldet. Linke in anderen Zeiten und an anderen Orten sollten solches weder vorschnell adaptieren noch reflexhaft verdammen, gerade weil der Imperialismus in seinen divergenten Maskeraden durch Ausnutzung dieser Widersprüche die antiimperialistischen Bewegungen und Bemühungen gerne spalten und gegeneinander treiben will.

6. Antiimperialismus muss um das Alltagsbewusstsein ringen

Der Faschismus als terroristischste Formation des Imperialismus versuchte stets mit besonderer Raffinesse, populäre Traditionen von rechts her zu vereinnahmen und gleichzeitig die Linke dort auszuschließen. In Deutschland gab er sich gleich drei Lügen im Namen: "National - Sozialistische Arbeiterpartei (NSDAP)". Er nahm der

gespaltenen Arbeiterbewegung die rote Fahne, den 1. Mai und viele ihrer Lieder. Der Faschismus besetzte Gewerkschaftshäuser so wie Begriffe. Viele kluge Antifaschisten haben darum gerungen, ihm dies alles nicht kampflos zu überlassen.

Weil wir den Faschismus als Propagierung von Massenmord für ein Verbrechen halten, das sich auf Meinungsfreiheit nicht berufen darf, streiten wir auch für sein Verbot. Mit anderen "Rechtsabweichungen" gehen wir aber anders um und sollten uns - auch angesichts der pluralen Geschichte der Linken - vorschneller Verbotsforderungen enthalten.

Das Alltagsbewusstsein mit all seinen Ambivalenzen und Offenheiten spiegelt auch die Kampfverläufe wieder. Die herrschenden Medien versuchen demagogisch daran anzuknüpfen. Es gibt kulturelle Multiplikatoren in trivialer Unterhaltung, in Parteipolitik und Journalismus, deren Geschäftsmodell dieses "nach links und rechts" offene Alltagsbewusstsein ist. Bourdieu nannte diese Schreibagenten "Trojaner des Neoliberalismus". Aber heißt das für Linke, dass sie das Alltagsbewusstsein "rechts liegen lassen" dürfen, auch wenn imperialistische Propagandisten dort vorübergehend siegreich sind? Eine antiimperialistische Palästinenserorganisation, die Netanjahu nicht "antisemitisch" nennt, wird sich kaum finden lassen. Ein Kritiker der Austeritätspolitik der Troika, den Juncker nicht als "antieuropäisch" abkanzelt, ist schwer vorstellbar. Einen Rapper gegen die NATO, dessen Freiheitsentwurf die Unterhaltungschefs des Springerkonzerns spontan überzeugt hätte, hat es ebenfalls bislang noch nicht gegeben.

Gerade gemeinsam mit humanistischen Künstlern, die sich damit nicht abfinden wollen, hatte die Arbeiterbewegung hier stets ihre zweite und dritte Chance gesucht.

7. Fremdenfeindlichkeiten in sozialen Kämpfen überwinden

Um die antiimperialistische Ansprache rechtspopulistischer infizierter Potenziale, auf die der organisierte Faschismus setzt, zu verhindern, hat die Mainstreampropaganda nicht nur die „Totalitarismus-Doktrin“ aufgestellt, wonach die Ansprache "bildungsferner Schichten" mit "Annäherung zwischen rechts und links" gleichzusetzen sei. Eingeschüchtert werden sollen die antiimperialistischen Kräfte auch mit Verballhornungen psychologischer Grundannahmen, wonach vergangenheitsfixierte Ideen wie Heimatstolz, Familienliebe, Fremdeln mit Ungewohntem u. ä. mit einem inneren Automatismus ausgestattet seien, automatisch als von rechts besetzt angesehen werden zu müssen. Dies widerspricht aller modernen, materialistischen Erkenntnistheorie seit Leontjew, Wygotski, Luria und Holzkamp, wonach einzelne Ideen in den historischen Kommunikationen operationalisierbar formatiert werden, welche bekanntlich „alle Geschichte der Klassenkämpfe sind“ (Marx).

Doch wieviel „Xenophobien“ wurden in sozialen Kämpfen, etwa beim gemeinsamen Streikposten-Stehen von Einheimischen und Zugewanderten, aufgehoben?! Den gemeinsamen Kampf zu scheuen, weil auch Rechtspopulisten mitmischen könnten, hieße aber, den Betriebskampf und auch den komplizierteren im Wohngebiet kampfflos dem Feind zu überlassen.

Und: welcher hoffnungslos Vereinzelte erlaubt seinem Hirn, Gedanken gegen mächtigen Druck zu entwickeln? Da werden Chiffren zu Ausweichmanövern. Solche **„Ausweich-Chiffren unter Druck“ sind dem Alltagsbewusstsein bis ins Intimleben inhärent.** Und da der Prozess der Kapitalverwertung nur schwierig zu durchschauen ist und daher fremd ist, bietet sich der Krisenangst geradezu jedweder Argwohn gegen



Fremdes, insbesondere in traditioneller Vorgestanztheit, an. Wollen wir aber Krisenangst für Kapitalkritik öffnen und dem Fremdenhass entziehen, so müssen wir a) die hoffnungslose Vereinzeltung und den herrschenden Druck verringern, b) der Krisenangst so realistisch wie populär mit der Aufzeigung von Ursachen und Zusammenhängen begegnen und c) die Fremdheit entfremden. Dies alles geht besser in sozialen Bewegungen, als mit Büchern und Anstandsunterricht von oben. Das Beste für Demokratie ist und bleibt daher demokratische Bewegung!

8. Wir brauchen mehr antiimperialistische Zuspitzung, populäre Breite und sinnliche Tiefe

Populärer Antiimperialismus ist der talentierte Gegenentwurf zum demagogischen Konstrukt der Populismus. Eine einfache Sprache auch für ein wissenschaftlich komplexes Ergebnis ist die Mühe des Populären. Das den geschichtlichen Zusammenhang spiegelnde Beispiel ist hierbei hilfreich.

Hingegen: mit einer trivialen Parole eine wissenschaftliche Erkenntnis zu verdrängen, beschreibt die **„Leichtigkeit“ des Populismus; das Zusammenhänge zerschneidende Vorurteil ist sein Elixier.** Wer aber nachhaltigen Raum in der Geschichte einnehmen will, der braucht neben der hier angesprochenen Breite der Bündnispolitik auch die Höhe der Wissenschaft. Aber auch dies bliebe nur zweidimensional. Der geschichtliche Raum bedarf zudem auch der Tiefe von Sinnlichkeit. Der

wissenschaftliche Begriff nämlich spiegelt sich so in der ästhetischen Metapher, wie den beiden Hirnhälften ihre Annäherung an die materielle Welt nur korrespondierend gelingt.

Wissenschaft und Ästhetik verringern *gemeinsam* in der menschlichen Widerspiegelung die Abweichungen von der objektiven Realität. Der Sozialismus will diese Abweichungen verringern, der Imperialismus sie vermehren.

Der Imperialismus verleiht so im Hier und Jetzt Triumphgefühle: Des Stärkeren über den Schwächeren, der Nationen gegen- und übereinander und des Trittbrettfahrens beim Regieren in Wirtschaft und Politik.

Dagegen kann eine auf ein anderes Morgenrot orientierende Linke, will sie nicht nur als Verlierer dastehen und – wie Brecht ulkte – **„den Hungernden die Speisekarte vorhalten“**, die Triumphgefühle im Kampf, im gemeinsamen Schöpfen und Erkennen und auch im Schlussapplaus der Kunst geben. Darauf zielte die Arbeiterbewegung als Kulturbewegung und schlussendlich Gramscis **„kulturelle Hegemonie“**: **Triumpfe auch in Oppositionszeiten, die ohne Kunst meist unterkühlt oder schrill zu werden drohen; zumal das dogmatische Fixiertsein auf den „Triumph des Mitregierens“ gerade in jüngster Zeit kaum nachhaltige Erfolge hinterlassen hat.**

So wie Martin Luther mit seinem **„Nein von Worms“** und seiner Übersetzung der Bibel eine kulturelle Hegemonie einläutete, müssen die antiimperialistischen Kräfte heute widerständig gegen Militarismus und Monopolkapital bleiben und ihre Hauptziele aus dem "Latein" ihrer Hör- und Plenarsäle für das Alltagsbewusstsein übersetzbar machen. Offen dabei für Kulturschaffende und andere talentierte Multiplikatoren, die damit bereits erfolgreich begonnen haben und mit der geduldigen **Aufklärung, die Brecht in der „Grabrede“ für den Sohn Pelagea Wlassowas so formulierte:**

„Selbst die auf ihn schossen/ waren nicht andere als er/ und nicht ewig auch/ unbelehrbar.“

Das Problem mit der Staatsräson* Mitmachen um jeden Preis? von Ellen Brombacher

Seit dem 26. November ist es de facto entschieden: Die Bundeswehr wird mit »Tornado«-Kampfflugzeugen am Krieg über Syrien teilnehmen, dort Tankflugzeuge einsetzen, Satellitenaufklärung betreiben, und auch die Bundesmarine wird sich an dem Konflikt beteiligen. Darüber hinaus werden deutlich mehr deutsche Soldaten nach Mali und in den Irak geschickt werden. Einzig die Partei DIE LINKE spricht sich unter allen Umständen gegen ein Engagement der Bundeswehr aus.

So erklärte es Sahra Wagenknecht am 26. November in der ARD, und Wolfgang Gehrcke, stellvertretender Fraktionsvorsitzender, lehnte ein solches Vorgehen strikt ab, auch für den Fall, dass »die völkerrechtlichen Bedenken ausgeräumt werden könnten, was derzeit nicht der Fall ist«.



Dieses klare politische Verhalten der LINKEN entspricht den in der Parteibasis fest verankerten Grundüberzeugungen und unserem Parteiprogramm.

Dass das so bleibt, ist die wichtigste Verpflichtung unserer Partei gegenüber ihren Wählerinnen und Wählern und darüber hinaus gegenüber allen Menschen in diesem Land, die Krieg als Mittel zur Lösung von Problemen ablehnen.

Dass die Grünen hingegen Zustimmung zu den erwähnten Regierungsbeschlüssen signalisieren, versteht sich schon fast von selbst. Am 18. September 2015 veranstaltete die Bundestagsfraktion der Grünen in Berlin einen Kongress unter dem Motto »Friedenspolitik in einer unfriedlichen Zeit«. Vertreter der Friedensbewegung such-

* Dieser Text entstammt einer Veröffentlichung in der Tageszeitung *junge Welt* am 04.12.2015 als stark gekürzte Fassung eines Referats auf der Bundeskonferenz der Kommunistischen Plattform (KPF) in der Linkspartei am 29.11.2015 in Berlin, der in voller Länge im Mitteilungsblatt der KPF erschien. (siehe: <https://www.jungewelt.de/2015/12-04/051.php>)

te man in dem Programmheft vergeblich. Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt gab zu Beginn der Veranstaltung das Ziel aus, präventiv zu handeln. Aber auch militärische Einsätze schloss sie nicht aus. Der Völkermord in Srebrenica vor 20 Jahren habe gezeigt, so Göring-Eckardt, dass man sich auch durch ein Nichthandeln schuldig machen kann. Damit spielte sie auf das Konzept der sogenannten Schutzverantwortung an. Demnach kann eine Intervention in einem Staat völkerrechtlich legitimiert sein, wenn dort schwere Menschenrechtsverletzungen drohen. Dieser Position folgten offenbar die anwesenden Diskutanten, darunter Wolfgang Ischinger, Chef der NATO-»Sicherheitskonferenz«.

Mit Zustimmung der Grünen fand 1999 die nicht einmal vom UN-Sicherheitsrat legitimierte Aggression gegen Jugoslawien statt. Immerhin lagen zwischen dem zweiten Golfkrieg (dem ersten Irakkrieg) und der Bombardierung Jugoslawiens noch acht Jahre. Nach dem Attentat auf das World Trade Center am 11. September 2001 aber folgten Kriege und militärische Konflikte Schlag auf Schlag. Es gehört heutzutage zur politischen Normalität, eben mal andere Länder zu bombardieren, Kommandoaktionen durchzuführen oder Drohnen zum Mord an politischen Gegnern einzusetzen. Die staatliche Souveränität gilt nur noch für die Staaten, deren militärische Stärke zur Abschreckung ausreicht. Ist das nicht der Fall, bombt nach Herzenslust, wem immer danach ist. Denken wir nur an das Morden der Saudis im bitterarmen Jemen. Mehr als 5.000 Menschen mussten dort bisher daran glauben. Es interessiert kaum jemanden.

Deutschland spielt in dieser Situation eine zwiespältige Rolle. Einerseits setzt es seine Position als stärkste Macht in der EU ziemlich rücksichtslos durch; denken wir nur an Griechenland. Und seit mehr als eineinhalb Jahrzehnten ist die Maxime obsolet: Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen! Andererseits ist die deutsche Außenpolitik vernunftorientierter als die manch anderer europäischer NATO-Staaten, von den USA ganz zu schweigen. So beteiligte sich die BRD, sieht man von indirekten Faktoren ab, nicht am Irak-Krieg. Gemeinsam mit Russland und China enthielt sich die BRD im UN-Sicherheitsrat der Stimme, als es um die Einrichtung einer sogenannten Flugverbotszone über Libyen ging, die den Ausgangspunkt dafür bildete, die Ghaddafi-Regierung durch die totale Anarchie zu ersetzen. Und auch hinsichtlich des Ukraine-Konfliktes setzte die BRD – nachdem sie freilich ihren Anteil an der Destabilisierung des Landes geleistet hatte – primär auf Verhandlungen. Das passt den Falken in den USA und der NATO nicht und den ihnen hörigen Medienvertretern deutscher Zunge ebenso wenig. Erinnerung sei nur an das mediale Hetzfeuerwerk nach der Stimmenthaltung in der Libyen-Frage.

Es ist heute nicht unsere Aufgabe, zu analysieren, welches die Hauptgründe dafür sind, dass die BRD sich der Rolle des totalen Vasallen der USA widersetzt. Nehmen wir die Tatsache, dass SPD-Minister Sigmar Gabriel im Zusammenhang mit dem Abschuss des russischen Kampffjets äußerte, der Zwischenfall zeige, »dass wir einen

Spieler dabei haben«, der »unkalkulierbar« sei: »Das ist die Türkei und damit nicht die Russen«, so Gabriel wörtlich. Barack Obama hingegen unterstützte die Türkei. Bei der Bewertung solcher Differenzen bringt auch Moralisieren nicht weiter. Ein Grund für das Verhalten maßgeblicher Teile der BRD-Oberen wird sicherlich sein, dass bisher 60 bis 70 Prozent der deutschen Bevölkerung dagegen sind, Konflikte in der Welt militärisch zu lösen. Gegenwärtig bröckelt diese Position. Eine Woche nach den Terroranschlägen in Paris sprachen sich in Umfragen 42 Prozent für einen Einsatz der Bundeswehr in Syrien und 51 Prozent dagegen aus. Und wären zu diesem Zeitpunkt Bundestagswahlen gewesen, hätten mehr als zehn Prozent die AfD gewählt. Da ist ein untrennbarer Zusammenhang. Die Terroranschläge werden genutzt, um Kriegsbereitschaft in der Bevölkerung zu erzeugen und das »Verständnis« dafür, zukünftig die Bundeswehr auch im Innern einzusetzen. Und die faschistoide Rechte, sekundiert von einem Teil der Konservativen, von *Bild*, *RTL* und anderen »Qualitätsmedien«, instrumentalisiert mit völkischem Geschrei diese Anschläge für jenen widerwärtigen und brandgefährlichen Rassismus, den wir alltäglich erleben. Der Zusammenhang zwischen Militarismus und Rechtsentwicklung offenbart sich in fast klassischer Form.

Aber noch ist die Mehrheit der Bevölkerung für diese zutiefst reaktionären Tendenzen nicht zu haben. Dennoch gehen nicht einmal zehn Prozent für diese Haltung auf die Straße, und doch ist es ein nicht zu ignorierender Faktor, dass über die Hälfte der Menschen hierzulande keinen Krieg will. Denn diese Menschen sind auch Wähler. Wer aber artikuliert diesen Willen? In den Parlamenten jedenfalls nur eine Partei: DIE LINKE.

Damit sie Friedenspartei bleibt und dieses entscheidende Charakteristikum nicht dem Bestreben mancher geopfert wird, 2017 in eine rot-rot-grüne Bundesregierung zu gelangen, gilt es, aus den Erfahrungen der Grünen zu lernen, ihren Weg nicht zu gehen. Worum geht es da? Wenn in einer Partei Stimmen laut werden, die dafür plädieren, eine Regierungsbeteiligung im Bund anzustreben, so ist das identisch damit, billigend in Kauf zu nehmen, dass diese Partei ihre strikten Antikriegspositionen aufgibt. Niemand in dieser BRD ist koalitionsfähig, der Probleme mit der Staatsräson, also mit den Bündnisverpflichtungen in EU und NATO hat. Die LINKE hat Probleme mit der Staatsräson, indem sie Auslandseinsätze der Bundeswehr ablehnt und eine ebenso ablehnende Haltung zur NATO und den militärischen Strukturen der EU einnimmt. In dieser Frage kann es keine Kompromisse geben, wenn die Partei ihrer Verantwortung gerecht werden will.

Somit sind manche Bemerkungen von Protagonisten der Partei, die auf eine Regierungsbeteiligung zielen, hochproblematisch. Erinnerung sei stellvertretend an die Äußerungen Gregor Gysis auf dem Bielefelder Parteitag im Juni dieses Jahres. Er sagte: »Es gibt bei uns viele, die eine Regierungsverantwortung anstreben, und es gibt solche, die sie nicht wollen. Letztere können das aber nicht zugeben und wer-

den nur für sehr viele rote Haltelinien streiten, die man auf gar keinen Fall überschreiten dürfe, in der Hoffnung, dass SPD und Grüne schon an der zweiten Haltelinie scheitern. Wir können und sollten auch auf Bundesebene regieren wollen, und zwar selbstbewusst, mit Kompromissen, aber ohne falsche Zugeständnisse.« Ist nach diesen Worten Gregor Gysi die Akzeptanz der bundesrepublikanischen Staatsräson ein zulässiger Kompromiss und demzufolge kein falsches Zugeständnis? Das hätte mit unserem Parteiprogramm nichts mehr zu tun. Die KPF hat nach Bielefeld klar formuliert: »Wir geben unumwunden zu, dass wir aus den genannten Gründen gegen eine Regierungsbeteiligung auf Bundesebene sind. Wir stehen nicht für die friedenspolitischen Grundsätze der Partei DIE LINKE ein, weil wir damit eine Regierungsbeteiligung blockieren wollen, sondern wir wollen die Blockade, weil nur so die friedenspolitischen Grundsätze bewahrt werden können.« Wie notwendig diese Position ist, verdeutlicht auch eine Rezension von Michael Brie im *ND* vom 23. Oktober 2015. Der Autor Albrecht von Lucke befürchtet in seinem Buch »Die schwarze Republik und das Versagen der deutschen Linken«, dass DIE LINKE eine linke Regierungsbildung in Deutschland blockiert. Und Michael Brie schreibt in diesem Zusammenhang: »Liest man das Buch gründlich, so wird eine ernsthafte strategische Frage aufgeworfen: Liefert Die Linke mit ihrer Absage an mögliche Einsätze der Bundeswehr – auch mit UN-Mandat und unter UN-Regie – nicht SPD und Grünen den Grund oder Anlass dafür, gar nicht erst nach einer linken Agenda zu suchen?« Brie weiter: »Wenn Tsipras mit seinem Vorstoß der Richtungsänderung der Politik der EU scheiterte, weil Schäuble und nicht Gysi Finanzminister der BRD ist, dann stellt sich die Frage schon, wie man SPD und Grüne ernsthaft unter Druck setzen kann, ihren Kurs zu verändern.« Ihm geht es offensichtlich nicht nur für den Fall einer Regierungsbeteiligung um die Akzeptanz der bundesrepublikanischen Staatsräson. Er konstatiert: »Die Frage, ob tatsächlich die absolute und bedingungslose Verweigerung für Einsätze der Bundeswehr außerhalb der NATO in der Linkspartei Bestand haben sollte, steht ganz unabhängig von der Regierungsfrage.«

Es sei zu prüfen, so Brie, »ob eine wirklich linke Regierung tatsächlich unmöglich ist«. Wir stellen die Frage mit umgekehrtem Vorzeichen: Ist eine linke Bundesregierung tatsächlich möglich, mit dieser SPD und diesen Grünen? Wir sind überzeugt, eine solche Koalition würde alles mögliche verkörpern, nur nichts Linkes. SPD und Grüne – folgte man Michael Brie – veränderten DIE LINKE und nicht sich selbst. Und genau diese Veränderungsrichtung machte uns überflüssig. Und noch etwas zu Bries Argumentationslinie. Wer Kriegseinsätze ablehnt, so wirft er nicht nur uns faktisch vor, macht sich schuldig, dass es in Europa keinen linken Fortschritt geben wird. Wer Bundeswehr-Einsätze ablehnt, lässt einen wie Alexis Tsipras oder irgendwann einen wie Jeremy Corbyn oder andere europäische Linke scheitern. Das hatten wir noch nicht. Man hat uns vorgehalten, dass wir unsere Partei behinderten, eine Partei des Völkerrechts zu sein, weil man es sich nicht aussuchen könne,

welche Artikel der UN-Charta man akzeptiere und welche nicht. Es sei nicht akzeptabel, dass wir Artikel VII der Charta nicht vorbehaltlos unterstützten.

Diese moralischen Druck ausübende Argumentation könnte glatt zu der Annahme verleiten, DIE LINKE säße im UN-Sicherheitsrat und würde sich den Abstimmungen entziehen. DIE LINKE hat aber nur über Auslandseinsätze der Bundeswehr im deutschen Parlament abzustimmen und ist gegen diese, ob mit oder ohne UN-Mandat. Wir sind nicht der UN-Charta verpflichtet, sondern dem Parteiprogramm. Dies hätte auch volle Gültigkeit, wenn der UN-Sicherheitsrat gemeinsame Maßnahmen nach Kapitel VII für Syrien beschließen würde. Die Tatsache, dass wir aus guten Gründen nach wie vor die Äquidistanz ablehnen, ist nicht gleichbedeutend damit, dass wir Bundeswehr-Auslandseinsätze befürworteten, wenn irgendwo Russland im Spiel ist.

Man hat uns in den neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts besonders im Zusammenhang mit Osttimor und Ruanda vorgehalten, uns stünden irgendwelche abstrakten Prinzipien höher als die Menschenrechte. Wir wissen, auf wessen Konto das Gros der weltweiten Menschenrechtsverletzungen geht, und wir wissen vor allem, dass Kriege in unserer Zeit keine Menschenrechte bringen. Das beweisen nicht zuletzt Afghanistan, der Irak, Libyen, Syrien, der Jemen, Nigeria, Mali und andere Länder, die hier alle aufzuführen zu weit ginge. Und meist hatten USA und NATO von Anfang an die Hände mit im Spiel. Aber dass wir jetzt auch noch dafür herhalten sollen, dass die Linken in Europa schwach sind, weil sie keine Perspektive hätten, und dies, weil unsere Partei sich unter dem bremsenden Einfluss der Verteidiger des Parteiprogramms befände, das ist der Gipfel. Soweit zu Michael Brie.

Wenn jemand in unserer Partei im Vorfeld der Bundestagswahlen 2017 behauptete, dass man sich mit der SPD in außenpolitischen Fragen eher einigen könne als in solchen der Umverteilung, dann wäre das im besten Falle Ausdruck naivster Illusionen, wahrscheinlicher aber Täuschung. Und es gibt in diese Richtung gehende Äußerungen in unserer Partei schon jetzt. Entweder die friedenspolitischen Grundsätze werden bewahrt, oder man geht in die Regierung.

Zur NATO. Ist die Position zu diesem Pakt in unserer Partei unumstritten? Grammatisch schon. Aber in praxi? Erinnern wir uns an den Umgang mit dem offenen Brief an Michail S. Gorbatschow, den Delegierte des Bielefelder Parteitags verfasst und als Antrag vorgelegt haben. Seine Quintessenz besteht in der Ablehnung der Äquidistanz. Genau dafür wurde er auch kritisiert, so in einem Papier aus Baden-Württemberg, in dem es heißt: »Dennoch gehört zu einer Analyse der Situation, dass NATO und Russland auch mit politischen und militärischen Mitteln um Macht und Einfluss in Osteuropa streiten und dass wir beides gleichermaßen kritisieren.« Genau gegen dieses »Gleichermaßen« wandte sich der Brief an Gorbatschow. Die Hauptverantwortung für die gefährliche Lage in der Welt, geht aus dem Brief hervor, trägt die NATO mit den USA an der Spitze. Das gilt auch dann,

wenn wir an die Bombardements der russischen Luftwaffe in Syrien denken. Nicht Russland verantwortet die Destabilisierung ganzer Staaten im Nahen Osten und in Afrika. Doch weiter mit dem Brief an Gorbatschow, in dem es wörtlich heißt: »Bitte unterstützen Sie unsere Forderung, dass Schluss gemacht wird mit der Praxis der USA und der NATO, überall in der Welt, wo es das Kräfteverhältnis zulässt und es ihren imperialen Interessen entspricht, zu bomben, mittels Drohnen zu morden und Soldaten zu schicken. Es muss Schluss gemacht werden mit der Destabilisierung ganzer Staaten zum Zwecke ihrer besseren Beherrschung. Rechtliche Normen dürfen nicht länger durch willkürliche Interpretationen außer Kraft gesetzt werden.«

Solche Formulierungen sind nicht im Sinne der Staatsräson. Wohl deshalb sollte über den Brief auf dem Bielefelder Parteitag nicht abgestimmt werden. Hätte eine Mehrheit der Delegierten für ihn gestimmt, so hätten die Medien uns mit dem Vorwurf konfrontiert, DIE LINKE habe einen antiamerikanischen und dafür Russland verstehenden Beschluss gefasst, in dem NATO und EU in Misskredit gebracht werden. Natürlich ist eine Partei, die so etwas beschließt, weder politik- noch regierungsfähig. Andererseits wäre es schwer geworden, der Parteibasis eine Ablehnung des offenen Briefes zu erklären. Denn die dort formulierten Positionen entsprechen den Überzeugungen einer großen Mehrheit der Partei. Was also sollten die Gegner des offenen Briefes tun? Sie drängten auf Nichtbehandlung und sie setzten sich durch.

Immer wenn davon die Rede ist, dass Menschenrechte mit militärischen Mitteln zu verteidigen sind, müssen wir diejenigen sein, die nach den Interessen von Militäreinsätzen fragen. Das Argument, Kriege würden keine Menschenrechte bringen, sondern die Lage von Menschen immer noch weiter verschlechtern, ist im Großen und Ganzen richtig. Außerdem unterstellt der Verweis auf Menschenrechte, dass diejenigen, die Bomben und Soldaten schicken, dies aus humanitären Gründen tun, aber eine etwas naive Sicht auf die Ergebnisse ihres Wirkens hätten. Man muss statt der NATO Gutmenschentum zu unterstellen einfach auf die möglichen strategischen Interessen bei sogenannten humanitären Interventionen schauen.

Worauf gründet unsere Hoffnung, dass sich die Parteibasis der LINKEN nicht für die Zustimmung zu sogenannten humanitären Interventionen gewinnen lässt? Sie gründet auch auf der 25jährigen Geschichte unserer Partei. 1996 scheiterte auf dem Magdeburger PDS-Parteitag der erste Versuch, die Partei auf das Prinzip der Einzelfallprüfung festzulegen, also die strikte Ablehnung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr dadurch zu ersetzen, dass die PDS-Bundestagsfraktion ihr Stimmverhalten in jedem einzelnen Falle prüfen solle. In Münster scheiterte die Vorstandsmeinung im Jahr 2000 mit der gleichen Absicht. 2003 wurde in Chemnitz ein neues Parteiprogramm angenommen. Auch hier setzten sich diejenigen durch, die das Prinzip der Einzelfallprüfung ablehnen. Gleiches geschah bei der Beschlussfas-

sung über die programmatischen Eckpunkte im Rahmen der Fusion von WASG und PDS/Linkspartei zur Partei Die Linke. Und auch im Erfurter Programm von 2011 sind die in unserer Partei von Anbeginn geltenden friedenspolitischen Prinzipien durch die Delegiertenmehrheit bewahrt worden.

Ein wesentlicher Grund für das in dieser Frage stabile Abstimmungsverhalten auf den genannten Parteitag ist die Mehrheitsstimmung an der Parteibasis. Es ist die marxistische Bildung vieler Genossinnen und Genossen, und zwar in West wie in Ost. Marxisten haben gelernt zu fragen, wie Kriege entstehen und in wessen Interesse sie geführt werden. Sie wissen, dass es um Profite geht und dass die mit Menschenrechten wenig bis gar nichts zu tun haben. Sie glauben nicht daran, dass man in Kriege schlafwandelt. Ein weiterer, nicht vom zuvor Gesagten zu trennender Grund sind die Geschichtskennnisse vieler Genossinnen und Genossen. Sie haben das Umfallen der deutschen Sozialdemokratie 1914 nicht vergessen. Sie sind bereit, die Fehler der deutschen Kommunisten aufzuzeigen, die diese vor dem Machtantritt der deutschen Faschisten begingen. Aber sie wissen auch um die Rolle der sozialdemokratischen Führer in der Novemberrevolution und der Weimarer Republik. Sie haben nicht vergessen, wer für die Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts verantwortlich zeichnete. Sie haben auch den strikten, bis heute ungebrochenen Antikommunismus der SPD nach 1945 nicht vergessen und natürlich nicht deren Umfallen in puncto Friedenspolitik schon im Zusammenhang mit der Gründung der Bundeswehr und dem Eintritt in die NATO. Mit anderen Worten: Zumindest die älteren, aber auch viele junge Mitglieder unserer Partei verbinden mit der SPD keine übermäßigen Illusionen. Und mit den Grünen schon gar nicht. Und noch etwas, auch wenn einige in unserer Partei das nicht gerne hören: Für die in der DDR Sozialisierten ist die Überzeugung, dass von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen darf, bis 1990 Staatsräson gewesen. So etwas prägt. Es dürfte also alles in allem schwer sein, Genossinnen und Genossen davon zu überzeugen, dass es gute Gründe gäbe, unsere friedenspolitischen Grundsätze über Bord zu werfen. Auf dieses Vertrauen in die Basis unserer Partei bauen wir.

1. Wir wollen, dass kein Mensch mehr vor Kriegen flüchten muss, deshalb müssen wir zuerst die Ursachen und die Profiteure von Kriegen eindeutig benennen. Im Manifest der Zimmerwalder Konferenz werden die sichtbaren Auswirkungen des 1. Weltkrieges und seiner Ursachen sehr klar und mit hoher – fast zeitloser - Gültigkeit für heutige bewaffnete Konflikte treffend benannt:

„Der Krieg, der dieses Chaos erzeugte, ist die Folge des Imperialismus, des Strebens der kapitalistischen Klassen jeder Nation, ihre Profitgier durch die Ausbeutung der menschlichen Arbeit und der Naturschätze des ganzen Erdballs zu nähren...“²

Zur aktuellen politischen Situation und deren Ursachen äußert sich immer wieder Papst Franziskus:

„...Ich glaube, wir sind in einem Weltwirtschaftssystem, das nicht gut ist... Wir haben das Geld in den Mittelpunkt gestellt, den Geldgott. Wir sind in den Götzendienst des Geldes verfallen... Wir schließen eine ganze Generation aus, um ein Wirtschaftssystem aufrecht zu erhalten, das nicht mehr zu ertragen ist. Ein System, das Krieg führen muss, um zu überleben... Aber weil man keinen Dritten Weltkrieg führen kann, führt man eben regionale Kriege. Und was bedeutet das? Dass Waffen produziert und verkauft werden, und dadurch sanieren sich die ... großen Weltwirtschaften...“³

Aufgabe aller friedliebenden Menschen sollte es sein, immer wieder diese wahren Gründe zu nennen und sie nicht hinter blumigen Begriffen wie „Vaterlandsliebe“ oder „Vaterlandsverteidigung“ - so vor 100 Jahren in Deutschland und Europa - zu bemänteln. Heute bevorzugen die Kriegsbefürworter und Kriegsführer Begriffe wie „Kampf um Demokratie“, „Schutzverantwortung“ oder die „Durchsetzung von Menschenrechten“. Das ist ebenfalls nur eine moderne Form der Verschleierung und eine zutiefst heuchlerische Rechtfertigung von Aggression und Gewalt.

2. Um klar die Ursachen für Kriege und Flüchtlingswellen benennen zu können, sollten wir erkennen, dass die „Dämonisierung“ bzw. die „Heroisierung“ von Staaten bzw. deren Repräsentanten eine beliebte Methode zur Ablenkung von den

¹ Alle Zitate von Jürgen Todenhöfer finden sich unter www.juergentodenhoefer.de

² Die Zimmerwalder Bewegung. Protokolle und Korrespondenz, Hrsg. Horst Lademacher, Bd. 1,S.166-169, Protokolle, 1967 Mouton

³ www.domradio.de, 13.06.2014

eigentlichen Kriegszielen und deren Ursachen ist. Das Personalisieren der Konfliktgegner dient seit Jahrzehnten immer wieder dazu, rechtswidrige Gewaltanwendung vorzubereiten und zu rechtfertigen.

Todenhöfer schreibt dazu:

„...Doppelte Moral ist die Lieblings-Moral des Westens. Die so genannte „Achse des Guten“ legt an andere Kulturen stets strengere Maßstäbe an als an sich selbst. Der „Rest der Welt“ - immerhin 90 % der Bevölkerung – wird das auf Dauer nicht hinnehmen. ...“

An anderer Stelle schreibt er:

„... westliche Waffenlieferungen und Kriege haben im Mittleren Osten einen Flüchtlings-Tsunami und hunderttausendfachen Terrorismus verursacht...“

...Der Westen muss dazu als erstes auf seine verdammten Kriege im Mittleren Osten verzichten. Und versuchen, durch ernsthafte, konkrete Verhandlungen in Syrien, im Irak, in Libyen und in Afghanistan Frieden zu schaffen....Frieden ist möglich - siehe Irankonflikt. Die Menschen im Mittleren Osten sehnen sich danach - und nicht nach unseren Bombern, die bisher nirgendwo Frieden geschaffen haben. Im Mittleren Osten kämpft zur Zeit - mit kräftiger Unterstützung des Westens - jeder gegen jeden. Erst wenn der Westen mithilft, dieses böse Spiel zu beenden, werden die **Flüchtlingsströme versiegen.“**

3. Die Beendigung dieses bösen Spiels setzt die Anerkennung und das Einhalten von Regeln voraus. Im internationalen Maßstab also das Völkerrecht, die Anerkennung der Autorität der UNO und die Anerkennung der Souveränität der Staaten. Präsident Putin ist in seiner jüngsten Rede vor der UNO auf diese Fragen eingegangen und kommt zu dem Schluss, sollte das in Frage gestellt oder aufgegeben werden...

„ ...würde wirklich nichts mehr übrig bleiben als das Recht des Stärkeren.“

Weiter führt er aus:

„Denn was ist staatliche Souveränität? Sie ist vor allem eine Frage der Freiheit, des Rechts des Menschen, jedes Volkes und jedes Staates, sein Schicksal selbst in die Hände zunehmen.“⁴

Immer wieder merken wir, dass gerade westliche Medien und Politiker sich gern **über diese Prinzipien hinwegsetzen, mit Berichten über die „Bösewichte“ Putin, Gaddafi, Hussein oder Assad uns zu manipulieren und so vom Kern der Auseinandersetzungen abzulenken suchen.**

⁴ W. Putin am 28.09.2015 vor der UN-Vollversammlung.

„...der machtbesessene Putin kann ja die Krim nur annektiert haben...“ heißt es vielfach direkt oder indirekt. Schnell vergessen sind dann die Vorgänge im ehemaligen Jugoslawien., namentlich die zügige Anerkennung des Kosovo durch Großbritannien, Frankreich, die USA und dann auch Deutschland, obgleich das offensichtlich eine Verletzung des Völkerrechts darstellte, zumal die Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrates vom Juni 1999 das Kosovo nach der NATO-Intervention unter die Hoheitsgewalt der UN gestellt hatte, um die Integrität der serbischen Grenzen zu schützen. Russland hatte damals protestiert, und wohl zu Recht.

„**Waren ... - Referendum, Sezession, Beitrittserklärung - völkerrechtswidrig? Nein.** Schon auf den ersten Blick ungereimt ist die von der amerikanischen Regierung ausgegebene Behauptung, bereits das Referendum habe gegen das Völkerrecht **verstoßen. ... Auch die Sezessionserklärung selbst verletzt keine völkerrechtliche Norm** und könnte dies gar nicht. Sezessionskonflikte sind eine Angelegenheit innerstaatlichen, nicht internationalen Rechts. Diesen Status quo des Völkerrechts hat der Internationale Gerichtshof vor vier Jahren in seinem Rechtsgutachten für die UN-Generalversammlung zur Sezession des Kosovo bestätigt.⁵“

Insofern vollzog sich nach überwiegender Auffassung der tatsächliche Ablauf des Beitritts der Krim zu Russland eben nach diesen völkerrechtlichen Grundsätzen⁶: Erklärung (1) der Unabhängigkeit durch das Krimparlament am 11. März 2014 und Beschluss (2), den Beitritt zur Russischen Föderation zu beantragen, sofern das für den 16. März angesetzt; Referendum den Wunsch der Bevölkerung zum Beitritt ausdrücken sollte; Referendum der Bevölkerung (3); Antrag der Krim (4), Annahme durch Russland (5), Beitritt der Krim (6).

Fraglich bleibt in Debatten dennoch, ob ein Referendum mit dem Ziel eines Staatenwechsels rechtmäßig sein kann⁷, sofern die Verfassung des eigenen Staates das ausschließt. Für das Kosovo wurde dies durch den Internationalen Gerichtshof trotz der oben zitierten UN-Resolution bejaht. Für Russland nun lehnen das die oben genannten Staaten ab.

Da wird dann doch mit zweierlei Maß gemessen. Reinhard Merkel (Forschungsgebiete Rechtsphilosophie und Völkerstrafrecht) schrieb dazu in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*⁸:

“**....Dass dabei die Rollen vertauscht sind**, mag man als kühle Ironie einer Weltgeschichte verbuchen, die noch immer den Maximen der politischen Macht weit eher folgt als den Normen des Völkerrechts....

⁵ Nachlesbar bei R. Merkel, „Die Krim und das Völkerrecht“, F.A.Z. vom 07.04.2014.

⁶ siehe Fußnote 5

⁷ Norman Paech: Wem gehört die Krim? In: Ein Spiel mit dem Feuer (Hrsg. P. Srutynski). Papyrossa Verlag, Köln

⁸ siehe Fußnote 5

Das ist bedauerlich, aber vorderhand nicht zu ändern. Und das wäre vielleicht ein Grund, die völkerrechtliche Kirche im politischen Dorf zu lassen und immerhin rhetorisch ein wenig abzurüsten. Russland hat völkerrechtswidrig gehandelt, in mäßig dramatischem Modus und politisch keineswegs wie ein hasardierender Gangster. Der nun entstandene Zustand war für die Krim langfristig wohl ohnehin unumgänglich. Und die Form, in der er nun herbeigeführt wurde, mag bei all ihrer Unerfreulichkeit gravierendere Konflikte vermieden haben. Annexionen zwischen Staaten sind dagegen typischerweise Kriegsgründe.

Wer heute mit Blick auf die Krim so redet, verwirrt nicht nur die völkerrechtlichen Grundbegriffe, sondern mobilisiert deren Legitimationspotential auf eine gefährliche Weise. Wenn nicht alle Zeichen trügen, ist der Westen soeben dabei, sich für eine verfehlte Außenpolitik die Quittung einer welthistorischen Blamage zuzuziehen. Er sollte deren Kollateralschäden nicht allzu weit in die Sphäre des **Völkerrechts ausdehnen.**“

Bei Politikern und auch in den Medien herrscht bei der Verwendung von Begriffen wie der Darstellungen von Zusammenhängen also offensichtlich reichlich Willkür. Wir erleben eine Eskalation von Fehlanwendungen bzw. eine Unbestimmtheit von Begriffen, mit dem Ziel, andere zu brandmarken, Missgunst und Ablehnung zu erzeugen, um schließlich eigene politische Aktionen (oder die der Bündnispartner) zu kaschieren (Irak, Libyen oder Afghanistan) bzw. zu rechtfertigen.

4. Was sollten wir konkret einfordern bzw. selbst tun:

- Jeder Staat sollte gehalten sein, sich an die gemeinschaftlich beschlossenen (also das Völkerrecht) bzw. die selbst gesetzten Regeln zu halten – für die Bundesrepublik heißt das vor allem, das Grundgesetz als Leitfaden eigenen politischen Handelns zu beherzigen.
- Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wurde 1949 in dem Konsens aller Beteiligten: Nie wieder dürfe von deutschem Boden Krieg ausgehen, verabschiedet. Diese Übereinstimmung hat nicht zuletzt dank der deutschen Zweistaatlichkeit über vierzig Jahre gehalten. Mit der Teilnahme am Jugoslawienkrieg wurde durch eine SPD-geführte Bundesregierung dieser Konsens nach dem 2. Weltkrieg erstmals aufgekündigt. Lassen Sie mich angesichts der jüngsten und inzwischen mehrfach erhobenen Forderungen des Bundespräsidenten Gauck⁹ nach größerer Bereitschaft Deutschlands zu Militäreinsätzen Kant¹⁰ zitieren: **„Das Recht muss nie der Politik, wohl aber die Politik jederzeit dem Rechte angepasst werden.“**

⁹ Spiegel-Online, 31.01.2014; DIE WELT 14.06.2014; FOCUS 16.06.2015; F.A.Z. 10.02.2015.

¹⁰ Immanuel Kant (1798): Im Streit der Facultäten.

- Das Grundgesetz¹¹ sieht keine Auslandseinsätze der Bundeswehr vor. Das sollten wir angesichts der Ziele und der Effekte, die Kriege in dieser Welt haben, immer wieder herausstellen.
- Frieden schaffen ohne Waffen – sollte weiterhin eine für Deutschland logische politische Konsequenz sein. Gegenwärtig laufen im Deutschen Bundestag die Haushaltsdebatten. Die Ausgaben für Verteidigung haben sich im Verhältnis zum Gesamthaushalt seit 2006 wie folgt entwickelt:

	Verteidigung	Gesamthaushalt
2006	27,9 Mrd. Euro	261,6 Mrd. Euro
2016	34,4 Mrd. Euro	312,0 Mrd. Euro
Steigerung	23 %	19 %

Angesichts dieser Entwicklung sollten unsere politischen Forderungen lauten:

- Militärausgaben drastisch reduzieren,
- Der Export von Waffen und Rüstungsgütern (Schiffe, Waffen produzierende Fabriken...) sollte in Deutschland verboten werden.
- Militärbündnisse gehören aufgelöst. Zunächst sollte vom Bundestag ein Moratorium zu deren weiterer Ausdehnung beschlossen werden.
- Die Nachkriegsforderung: Nie wieder dürfe von deutschem Boden Krieg ausgehen - muss auch Nato-Stützpunkte auf deutschem Territorium umfassen (wie Ramstein und andere).
- Im gleichen Zuge sollten wir uns dafür einsetzen, dass:
 - Es zu keiner Verschärfung des Asylrechts in Deutschland bzw. in der EU kommt.
 - Der Beitrag Deutschlands für die Entwicklungshilfe deutlich erhöht wird. Das Ziel von 0,7 % des BIP – wird immer noch nicht erreicht.
 - Menschen in ihrem Land eine Perspektive haben.
 - Menschen, die hier sind, sollten wir als Menschen aufnehmen und nicht „behandeln“. **Wir wollen sie in unseren Alltag einbeziehen, mit ihnen kommunizieren, damit sie hier eine neue Lebensperspektive finden können.**

Frieden hat immer zwei Aspekte:

Den „Frieden nach Außen“ – wichtige Gesichtspunkte wurden bereits erwähnt. So **bedeutsam wie der „Frieden nach Außen“ ist aber auch der „Frieden nach Innen“** und die dafür wesentlichste Voraussetzung: Die soziale Gerechtigkeit.

¹¹ s. Artikel 24, 25, 26; Artikel 115a – f Grundgesetz; s. Auch BVerwG 2WD 12.04//TDG N 1 VL 24/03.

- Hier denke ich an den Artikel 1 des Grundgesetzes, aber auch an die Wechselwirkung zwischen dem Artikel 14 I (Freiheit des Eigentums) und dem Artikel 14 II (Sozialbindung des Eigentums). Es wäre angesichts der Lage in Deutschland nur gerecht, würde endlich der Spitzensteuersatz wieder auf das Niveau von 1998 gesetzt, um die großen sozialen Aufgaben, vor denen der Staat steht, bewältigen zu können.
- Dem Verbot, Rüstungsgüter zu exportieren, muss das Verbot ihrer Produktion im Inland vorausgehen. Die in der Rüstungsindustrie Beschäftigten brauchen eine Perspektive in nichtmilitärischen Bereichen, denn derartige Verbote sollen mit Hilfe der Beschäftigten und der Gewerkschaften und nicht gegen deren Interessen umgesetzt werden. Die frei werdenden Gelder der Rüstungsindustrie, des Verteidigungshaushaltes könnten dann in die Schaffung nichtmilitärischer Arbeitsplätze fließen.
- Der Staat und die Wirtschaft müssen dafür Sorge tragen, dass junge Menschen in zivilen Berufen eine Perspektive finden. Alle Menschen benötigen für ihre Entfaltung, für ihren Lebensunterhalt eine Arbeit mit gerechter Entlohnung. Flüchtlinge dürfen nicht als qualifizierte, aber unterbezahlte Arbeitskräfte eingesetzt werden. Das führt zu einer Entsolidarisierung in der Gesellschaft und schürt Ablehnung.
- Das Bildungswesen ist insgesamt zu stärken, wobei der Integration aller Kinder durch kleinere Klassenverbände und der besseren Entlohnung der Pädagogen noch größeres Augenmerk geschenkt werden muss.
- **Das Projekt „Soziale Stadt“ mit bezahlbaren Wohnungen, vielfältigen kulturellen und sozialen Einrichtungen für alle Menschen des Landes ist zu fördern.**
- Das Gesundheitswesen sollte künftig für alle offen und wieder zuzahlungsfrei sein. Hier sollte der ursprüngliche Grundsatz der Parität in der Gesetzlichen Krankenversicherung wieder politisch umgesetzt werden, d. h. die Arbeitgeberbeiträge (gegenwärtig bei 7,3 % eingefroren) sind wieder in gleicher Höhe wie die Beiträge der Versicherten zu entrichten.

In dem Maße, wie es nach den Erfahrungen des 20. Jahrhunderts der Bundesrepublik Deutschland und ihren politisch Verbündeten gelingt bzw. nicht gelingt, dauerhaft zum äußeren und inneren Frieden mit politischen Mitteln beizutragen, wird sich die Frage nach „Zäunen“ und „Zwietracht“ bzw. „Krieg“ und „Flucht“ auf unserer Erde entweder erledigen oder immer wieder neu stellen.

In mehr als 66jähriger Zugehörigkeit zur kommunistischen Bewegung habe ich gelernt: Wer Prinzipienfestigkeit mit sektiererischer Enge und Einigelung im eigenen Bau verwechselt und unfähig ist, das weitgespannte politische Spektrum in all seinen Nuancen zu erfassen, isoliert sich selbst. Vor allem muß man lernen, Dinge, die völlig unterschiedlicher Natur sind, nicht in ein und denselben Topf zu werfen. Bundesgenossen, mit denen man in wichtigen, aber keineswegs allen Fragen übereinstimmt, sollte man weder überfordern noch für sich vereinnahmen wollen. Es gibt entschlossene Kämpfer, die den ganzen Weg mit uns zu gehen bereit sind, aber auch ehrenhafte Menschen, die nur ein Teilstück gemeinsam zurücklegen wollen. Schließlich begegnen wir redlichen Andersdenkenden, die keineswegs dem Lager unserer Feinde zuzuordnen sind.

Die Marxisten unter uns haben im Sinne des Dreigestirns der Klassiker das Ziel eindeutig definiert: Ihnen geht es um die revolutionäre Überwindung des auf **kapitalistischer Ausbeutung beruhenden „Wertesystems“ der Bourgeoisie**, wobei sie sich von den gesellschaftlichen Realitäten, nicht aber von Wunschträumen leiten lassen.

In der DDR wurden nicht selten recht kleine Brötchen gebacken, aber eines vermag ihr niemand abzusprechen: dass sie dem Kapital und dessen Erfüllungsgehilfen vier Jahrzehnte lang in einem Drittel Deutschlands die politische Macht und das ausbeuterische Eigentum auf revolutionärem Wege entzogen hat. Das war der Kern aller ihrer Errungenschaften.

Zugleich aber stand dieses kleine, großartige Land für den Frieden in Europa und der Welt. Das war sein Markenzeichen Nr. 1. Nach dem Wegfall des Warschauer Vertragssystems sehen wir uns der latenten Gefahr eines dritten Weltkrieges gegenüber. Dabei gibt es zwei Gegenpole: den NATO-Kriegspakt mit den USA im Zentrum und das wieder zur Weltmacht aufgestiegene, zwar nicht mehr sozialistische, aber dem Imperialismus die Zähne zeigende Russland, das heute so bedeutende Staatsmänner wie Putin und Lawrow würdig repräsentieren. Die Tatsache, dass nüchterne Planer in Washington die neue Weltmacht China mit ihrer Milliardenbevölkerung als Gegenkraft und möglichen Verbündeten Russlands im Falle eines militärischen Konflikts in ihre strategischen Kalkulationen einbeziehen müssen, könnte zur Abkühlung überhitzter Gemüter beitragen. Die Anwesenheit des chinesischen Partei- und Staatschefs Xi Jinping und die demonstrative Teilnahme

¹ In Anlehnung an einen Artikel in der Monatszeitschrift RotFuchs 209 – Juni 2015:
<http://www.rotfuchs.net/rotfuchs-lesen/der-gemeinsame-nenner.html>

eines Kontingents der Volksbefreiungsarmee des Riesenlandes an der Freunde wie Feinde frappierenden Militärparade in Moskau zum Tag des Sieges waren ein Akt von höchster Bedeutung.

Heute brennt die Welt an allen Ecken und Enden. Besonders die Region des Nahen und Mittleren Ostens wird von einem Blutbad in das nächste gestürzt und ohne Unterlass destabilisiert. Der Imperialismus hat in Gestalt des pseudoreligiösen Fanatismus von der Art des dem Zauberlehrling gleichenden IS einen neuen Faktor extremer Friedensgefährdung hervorgebracht. Teile Zentralasiens und Afrikas, aber auch Regionen Europas erleben Orgien brutalster Gewalt.

Unter diesen Bedingungen ist die Wiederherstellung oder Behauptung des Friedens die wichtigste aller Fragen. Die Stärkung der weitgefächerten Bewegung zu seiner Verteidigung besitzt dabei Bedeutung. Es handelt sich keineswegs, wie einige offenbar voraussetzen, um eine Allianz ausschließlich linker Kräfte. Kommunisten und Sozialisten sind deshalb die konsequentesten Kämpfer in ihren Reihen, weil sie hinter die Kulissen der Kriegemacher zu blicken und die Verursacher des Blutvergießens beim Namen zu nennen vermögen. Wer aber die Friedensbewegung – die breiteste und vielschichtigste Kraft zur Rettung der Menschheit – für sich vereinnahmen oder auf Ziele orientieren will, die weit über deren selbstgewählten Rahmen hinausgehen, verprellt nicht nur potentielle Verbündete, sondern sät auch am eigenen Ast. Um es offen zu sagen: Wir müssen bereit sein, in der Allianz gegen den Krieg Menschen und Strömungen neben uns zu akzeptieren, die – wie beispielsweise „Friedenswinter“, den manche zu undifferenziert betrachten –, nicht aus der traditionellen Antikriegsbewegung hervorgegangen sind. Dass wir dabei nicht auf Leute wie Jürgen Elsässer abheben, versteht sich von selbst. **Übrigens liegt es auf der Hand, dass professionelle „Fischer“ ihre Netze auch unter Friedensfreunden ausgeworfen haben dürften.**

Jene aber, welche glauben, sie könnten die Spannweite der Friedenstaube dadurch ausdehnen, dass sie ihr rote Flügel verleihen, erreichen das Gegenteil des von ihnen Angestrebten und landen im politischen Ghetto. Man darf die Bewegung gegen den Krieg, um deren maximale Einheit gerungen werden muß, weil mehrere parallele Strömungen mit gleicher oder ähnlicher Zielsetzung stets weniger als eine sind, nicht mit der revolutionären Arbeiterbewegung oder der politischen Linken verwechseln, wobei Faschisten der Kampf angesagt werden muß.

Nach dem frühen Tod der Mutter bin ich bei meinem Vater aufgewachsen. Er gehörte von 1950 bis zu seinem Lebensende im Mai 1980 dem zunächst von Frédéric Joliot-Curie und später durch Romesh Chandra geleiteten Weltfriedensrat an. Von ihm weiß ich, dass Marxisten immer ein weites Herz für Menschen besitzen sollten, mit denen sie in erstrangigen Fragen übereinstimmen.

Ich möchte mit einem Zitat beginnen. Es handelt sich um einen Auszug aus der Rede des ehemaligen Französischen Ministerpräsidenten Pierre Mendés-France in der französischen Nationalversammlung aus Anlass der Ratifizierung der **Römischen Verträge vom 18. Januar 1957. Er sagte damals: „Um schließlich zum Kern zu kommen, das Projekt des Gemeinsamen Marktes, so wie es uns vorgestellt wird, oder wenigstens, so wie man es uns wissen lässt, ist auf den klassischen Liberalismus des 19. Jahrhunderts gegründet, nachdem die Konkurrenz ohne Wenn und Aber alle Probleme löst.“** Damit ist eigentlich schon alles über die Europäische Union gesagt.

Pierre Mendés-France war keineswegs Marxist. Er gehörte den Radikalsozialisten an. Dies war eine französische Partei, die – trotz ihres entschlossenen Namens – als sozialliberal eingeschätzt wird. Sie ist in den 70er Jahren zerfallen. Pierre Mendés-France galt als einer der ersten französischen Keynesianisten. Er leitete die französische Delegation bei den Verhandlungen in Bretton Woods 1944. Er wusste daher sehr genau, gegen wen sich die Römischen Verträge richteten. Sie zielten auf die Arbeiterklassen der Mitgliedsstaaten. Genauer gesagt: Gegen ihre Siege und gegen ihre Geländegewinne, die sie am Ausgang des 2. Weltkriegs in den antifaschistischen Kämpfen gegen das Europaprojekt des deutschen Kapitals errungen hatten.

Bevor ich auf die mir **gestellte Frage „Ist das reformierbar?“ eine Antwort gebe, möchte ich kurz über das „das“ reden. Also: Was ist die EU? Ich kann mich hier nur auf wenige Dinge beschränken, denn über die EU kann man natürlich unendlich lange reden.**

Die EU, das ist ein Vertragswerk von Staaten, gegenwärtig besteht sie aus 28 Mitgliedstaaten. Sie können in sie eintreten, und sie können auch wieder aus ihr austreten. **Das Vertragswerk besteht aus zwei Texten: Dem „Vertrag über die Europäische Union (EU-Vertrag)“ und dem „Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union“ (AEUV).**

Der EU-Vertrag wurde 1992 mit dem Vertrag von Maastricht geschaffen. Er ist ein relativ kurzer Text, in dem die Institutionen der EU und die wichtigsten Inhalte ihrer Politik beschrieben sind. Wichtiger, umfangreicher und detaillierter ist der AEUV. Er bestimmt die Politik der EU. Es handelt sich hier um den ursprünglichen Vertrag über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, beschlossen in Rom 1957. Dieser Vertrag wurde mehrfach geändert und dabei auch mehr als einmal umbenannt. Aber es handelt sich beim AEUV eben in seinem Kern weiterhin um jenen Vertrag, über den Mendés-France **bereits 1957 sprach, als er ihn „auf den klassischen Liberalismus des 19. Jahrhunderts gegründet“ bezeichnete.**

Und im Sinne des „klassischen Liberalismus des 19. Jahrhunderts“ beruht das Vertragswerk auf dem „Binnenmarkt“ (erst Gemeinsamer Markt genannt), der als „Raum ohne Binnengrenzen“ definiert ist. In diesem „Raum ohne Binnengrenzen“ wird „der freie Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital“ gewährleistet. Es gilt also: „No Border – No Nation“, der Schlachtruf des Liberalismus sowie des heutigen Neoliberalismus.

Hier als Beispiel, welche und wessen Freiheit damit gemeint sind, die Bestimmungen des freien Kapitalverkehrs. Artikel 63 AEUV lautet: „Im Rahmen der Bestimmungen dieses Kapitels sind alle Beschränkungen des Kapitalverkehrs zwischen den Mitgliedstaaten sowie zwischen den Mitgliedstaaten und dritten Ländern verboten“. Auf dieser Grundlage kann natürlich kein EU-Mitgliedsland eine nachhaltige soziale Politik etwa mit Hilfe der Steuerpolitik oder Konjunkturprogrammen betreiben oder gar eine Entwicklung in Richtung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung einschlagen. Das auch nur ein wenig stärker belastete Kapital würde sofort über die Landesgrenzen fliehen.

Der von der Union garantierte „freie Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital“ wird auch als die „vier Grundfreiheiten“ der EU bezeichnet. Diese „vier Grundfreiheiten“ gelten als die eigentliche Verfassung der EU (daher auch Kritik am Verfassungsprozess nach 2001). Um diese „Grundfreiheiten“ ist die ganze EU herum aufgebaut. Jeder ihrer Politikbereiche gehorcht ihren Prinzipien. Ohne diese „Grundfreiheiten“ ist sie nichts.

Es ist daher eine merkwürdige Vorstellung, die EU zu einer „sozialen, demokratischen, ökologischen“ (und gelegentlichen auch feministischen) Union weiterentwickeln oder reformieren zu wollen, ohne sie zugleich aufzuheben. Überhaupt ist es nicht vorstellbar, auf der Basis von 28 kapitalistischen und darunter sogar einigen imperialistischen Ländern eine soziale und demokratische Union quasi als Überbau über unsozialen und undemokratischen kapitalistischen Nationalstaaten errichten zu können.

Übrigens benötigt man für jede Vertragsänderung die Zustimmung jedes einzelnen Mitgliedslandes. Allein aufgrund dieser Tatsache kann die Frage nach der „Reformierbarkeit der EU“ in einem fortschrittlichen Sinne bereits als beantwortet angesehen werden. Man kann sie nicht reformieren. Man kann sie nur als Ergebnis grundlegender sozialistischer Veränderungen in den wichtigsten Mitgliedsländern obsolet werden lassen. Anschließend können dann diese Staaten eine neue europäische Zusammenarbeit aufbauen (wobei eventuell einige Bruchstücke, etwa Agenturen, dabei Wiederverwendung finden könnten).

Doch das liegt in der Zukunft, wahrscheinlich sogar in einer fernen Zukunft. Bis dahin kann man immerhin aus der EU austreten. Dieses Recht besteht nach Art. 50 EUV.

Undemokratische Ambitionen der EU

Die Union delegitimieren

von Tobias Pflüger

Die Europäische Union ist wiederum dabei, sich zu verändern. Die Zeit falscher Bescheidenheit ist vorbei, offensiv formulieren die Verantwortlichen in der EU und den Mitgliedsstaaten inzwischen den Anspruch, in den Kreis der Großmächte aufsteigen zu wollen – ökonomisch, aber auch militärisch. Ein tiefer Einschnitt ist dabei der 17. November 2015, als sich die französische Regierung nach den Terroranschlägen in Paris auf die Beistandsklausel von Artikel 42, Absatz 7 des Lissabon-Vertrages beruft und Deutschland und die anderen EU-Mitglieder ihr folgen. Kritikerinnen, Kritiker des gescheiterten EU-Verfassungsvertragsentwurfes und des späteren Lissabon-Vertrags hatten vor über 15 Jahren nachgewiesen, dass eine in die Breite und Tiefe gehende Militarisierung der Europäischen Union in ihren grundlegenden Vertrag eingeschrieben sei. Doch ihre Argumente wurden von Befürwortern des Vertrages als vollkommen überzogen zurückgewiesen.

Es ist ein wiederkehrendes Problem, dass grundsätzliche Kritik an der Politik der EU-Institutionen Gefahr läuft, pauschal als antieuropäisch disqualifiziert zu werden. So trieben die bürgerlichen Medien die Partei DIE LINKE anlässlich ihres Europaparteitages im Februar 2014 regelrecht vor sich her, hieß es doch in der dort zu verabschiedenden Präambel zum Programm zur Europawahl im Mai 2014, die EU sei "zu einer neoliberalen, militaristischen und weithin undemokratischen Macht" geworden. Dieser Satz ist und bleibt richtig, auch wenn damit der linke Flügel auf diesem Parteitag dem Reformflügel unterlag. Die Formulierung wurde verworfen mit dem Argument, sie sei sinngemäß an anderen Stellen des Programms enthalten.

Es ist wichtig, die Institutionen der EU klar als das zu benennen, was sie sind. Es handelt sich um Institutionen, die parallel zu den Regierungen der 28 Mitgliedstaaten eingerichtet wurden, um eine neoliberale und militaristische Politik durchzusetzen. Sie sind noch undemokratischer als die entsprechenden Institutionen im einzelstaatlichen Kontext, was man jüngst bei der personellen Besetzung der EU-Kommission erleben konnte. Die Kommissare sind nicht aufgrund ihrer Kompetenz für die jeweiligen Politikbereiche berufen worden, sondern um die jeweiligen Interessen einzelner Mitgliedstaaten in der EU-Kommission durchzusetzen.

Als EU-Parlamentarier machte ich die Erfahrung, im Parlament zwar debattieren zu können, das jedoch jenseits politisch wichtiger Entscheidungen, die in Kommission und Rat getroffen werden. Das hat zum Teil dazu geführt, dass den Parlamentarierinnen und Parlamentariern trotz Anfrage nicht einmal die für einen bestimmten Politikbereich zuständigen Beamten genannt wurden. Zum Beispiel wurde den Europa-Parlamentariern die Information vorenthalten, wer die Militärmission der Europäischen Union im Tschad plane. Parlament und Europäischer Gerichtshof seien in der Außen- und Militärpolitik explizit nicht zuständig. Die Abgeordneten

werden lediglich informiert oder auch nicht, können aber nichts durchsetzen. So hatte der Innenausschuss des Europäischen Parlaments den damaligen Chef von Frontex vorgeladen, doch dieser zog es vor, nicht zu kommen, steht er doch einer Agentur der EU-Kommission vor und ist dem Parlament gegenüber nicht rechen-schaftspflichtig. Der zweiten Vorladung kam er zwar nach, hat aber die Antwort auf bestimmte Fragen schlicht verweigert.

Das bedeutet, dass eine parlamentarische Kontrolle der EU-Institutionen nicht stattfindet, sondern lediglich eine parlamentarische Begleitung. Zudem wird in den EU-Institutionen verfahren wie in einer großen Koalition. In der Kommission sitzen Vertreter der Konservativen, der Sozialdemokraten, der Liberalen und der Rechts-konservativen. Diese große Koalition zieht sich quer durch die gesamten EU-Institutionen, wo Entscheidungen insbesondere zwischen Konservativen und Sozi-aldemokraten als auch Liberalen ausgehandelt werden. Über diese Schiene nehmen auch die Regierungen der einzelnen Mitgliedsstaaten Einfluss auf die Politik der EU, was für die Bundesregierung insbesondere gilt.

Die EU ist nicht reformierbar

Wenn man sieht, wie die Haushaltsmittel verteilt werden, zeigt sich die EU-Strukturen sind nicht demokratisierbar. Also geht es darum, diese EU-Strukturen von links zu delegitimieren. Wichtig ist dabei, genau zu unterscheiden zwischen **der Institution EU und „Europa“ (was ja ein geographischer Begriff ist). Diese Nutzung des positiven „Europa“-Begriffes für die neoliberalen und militaristischen Strukturen der EU schafft häufig Akzeptanz für diese Institutionen und die EU.** Es ist **eine genuine Aufgabe der Linken, die „Friedensnobelpreisträgerin Europäische Union“ anhand konkreter Politikbereiche, wie zum Beispiel ihrer mörderischen Flüchtlingspolitik, zu kritisieren, um offene Grenzen für Menschen (in Not) zu fordern.** Tatsächlich läuft diese Flüchtlingspolitik darauf hinaus, sich die EU-verantwortlichen in den Institutionen und den Mitgliedstaaten die Hochqualifizierten unter den Migrantinnen und Migranten herauszusuchen und damit auch noch von der Ausbildungsleistung der Herkunftsländer profitieren, während die anderen erbärmlich an den Zäunen und Mauern der Europäischen Union verrecken.

Wenn Entscheidungen auf EU-Ebene verschoben werden, dann vor allem in Richtung Kommission und Rat, weniger in Richtung Parlament und natürlich noch viel weniger in Richtung Bevölkerung. Auf die Ebene der Nationalstaaten zurückzukehren, macht wenig Sinn, so ist etwa ein Deutschland ohne EU ebenso unkontrollierbar wie mit EU. Die Institutionen der Europäischen Union sind nicht dazu geeignet, fortschrittliche Politik durchzusetzen. Es kommt auf die Inhalte an und nicht darauf, ob sie auf der Ebene des Nationalstaates oder der EU umgesetzt werden. Die Inhalte der EU-Politik sind neoliberal und militaristisch. Diesen Inhalten ist gemeinsamer Widerstand und Protest entgegensustellen.

Genen die EU-Austeritätspolitik

Das trifft auch auf die Austeritätspolitik zu, die unter dem Diktat Deutschlands und

verschiedener EU-Institutionen die Infrastruktur vor allem der südlichen Mitgliedstaaten der Europäischen Union zerstört. Die Kaputtsparpolitik, die durch ein Diktat der deutschen Regierung und der EU-Institutionen entstand, muss klar kritisiert und benannt werden. Der Widerstand, der vor allem in den südlichen EU-Staaten geleistet wird, muss gestärkt werden. Keinesfalls darf man der Illusion frönen, dass die EU-Institutionen oder die durch sie agierenden Regierungen das Problem der Austeritätspolitik lösen. Die EU-Institutionen sind Teil des Problems. Wir sollten uns als Antikriegs- und Friedensbewegung, als LINKE unser Verhältnis zur EU als Institution überdenken. Diese EU ist nicht mehr veränderbar. Nicht nur die Politik der EU ist falsch, sondern auch die EU als Institutionelle Konstruktion. Leider gibt es neben dieser emanzipatorischen, progressiven, linken Kritik an der EU eine nationalistische von denen, die entweder offen oder verdeckt nur die Rolle der Nationalstaaten stärken wollen. Die Kritik ist rückwärtsgewandt und nicht unsere. Wir als InternationalistInnen sind immer europäisch orientiert, doch die EU nach dem Lissabon-Vertrag ist eine Pervertierung des europäischen Gedankens.

In der Bundesrepublik befindet man sich demgegenüber, bildlich gesprochen, im Auge des Orkans. Die trügerische Ruhe dieser Gesellschaft täuscht darüber hinweg, daß die soziale Spaltung immer weiter vorangetrieben wird. Zwar gibt es Kritik im Detail, aber insgesamt wird diese Entwicklung von einem Gutteil der Bevölkerung mitgetragen, die meint, von der führenden Position Deutschlands in der EU profitieren zu können. Es gibt so etwas wie einen sozialdemokratischen Virus, der ist nicht nur für Parteien gefährlich, sondern lähmt auch die Gewerkschaften. Obwohl es sich um die mitgliederstärksten Organisationen der Republik handelt, setzen sie sich politisch viel zu wenig ein und scheuen erst recht vor grundsätzlicher Kritik an den herrschenden Verhältnissen – insbesondere wenn es um die EU geht - zurück. Der sozialdemokratische Reformismus ist nicht nur in ihrer Führung verbreitet, sondern hat sich auch in den Köpfen vieler Gewerkschaftsmitglieder festgesetzt. Nur wenn man dort aktiv wird, kommt man auch in diesem Land, in dem sich so wenig Widerstand regt, weiter. Gerade weil Deutschland eine Führungsfunktion in der EU innehat, ist es wichtig, den sozialen Protest auch hierzulande zu organisieren. Die Partei DIE LINKE muss sich an diesen Kämpfen beteiligen, notwendig ist aber die Schaffung einer breiten Oppositionsbewegung.

Ein „Europa von unten“ ist konkret machbar, dieses „Europa von unten“ sind die gemeinsamen politischen Kämpfe, Europa von unten ist Protest und Widerstand, der konkret lebt und an einer ganzen Reihe von Themen zu verwirklichen ist. Die Perspektive ist eine Linke, die sich in ihrer grundsätzlichen Kritik an der EU nicht von totalitarismustheoretischen Gleichsetzungen wie denen des SPD-Chefs Sigmar Gabriel beeindrucken lässt, wenn dieser auf dem Europaparteitag seiner Partei, an die Adresse der Linkspartei gerichtet, tönte: "Links- und Rechtspopulisten setzen die EU aufs Spiel" (zit.n.: taz v.24.1.2014). Da waren Regierungspolitiker der SPD längst damit beschäftigt, in der Ukraine das Feld für den Aufstieg neofaschistischer Kräfte zu bestellen.

Wider die linke Sakralisierung der EU Für einen Dritten Weg in der Debatte um die Zukunft der EU von Peter Wahl

Die Präambel der EU-Verträge sieht die Schaffung „*einer immer engeren Union der Völker Europas*“ vor. **Das Endziel (die Finalität) des Integrationsprozesses soll in einer politischen Union, einem föderalen Bundesstaat enden, im Idealfall so etwas wie die *Vereinigten Staaten von Europa*.**

Derzeit liegt dieses Ziel in unerreichbarer Ferne. In ihrer gegenwärtigen Verfassung ist die EU ein historisch und staatstheoretisch einmaliges Hybridgebilde aus Staatenbund und supranationalen Komponenten. Letztere sind u.a. der Binnenmarkt, vergemeinschaftete Politikfelder, wie Handel, Landwirtschaft u.a.



Unter dem Druck multipler Krisen dominieren heute die zentrifugalen Tendenzen. Bruchlinien, wie die zwischen Eurozone und Nicht-Euroländern, zwischen Ost- und Westeuropa, zwischen Nord und Süd bzw. Schuldner- und Gläubigerländern, zwischen armen und reichen Mitgliedsstaaten, zwischen Großbritannien und dem Rest, zwischen der deutsch-französischen Achse und den anderen

vertiefen sich. Dazu kommen Konflikte an den Außengrenzen, an deren Entstehung die EU oder wichtige Mitgliedsstaaten beteiligt sind, wie der Bürgerkrieg in der Ukraine oder die Kriege in der arabischen Welt, die in Form von Migration und Terrorismus wiederum massive Rückwirkung auf die EU erzeugen.

Die EU verfügt allerdings nicht über die Problemlösungskapazität, diese Krisen in den Griff zu bekommen. Sie wird daher weiter erodieren, solange die wesentlichen ökonomischen, rechtlichen, institutionellen etc. Instrumente fehlen, um damit fertig zu werden. Über das notwendige Instrumentarium dafür verfügen – wenigstens halbwegs – noch die größeren Nationalstaaten. Das gilt auch für die Eurozone **und ist kein Bekenntnis zur Ideologie des Nationalismus', sondern eine Tatsache**, so wie schlechtes Wetter, das nicht dadurch besser wird, dass man es nicht mag.

Bereits das Management der Finanzkrise fand daher im Wesentlichen auf national-staatlicher Ebene statt. Die daraus entstandene Staatsschuldenkrise wurde vorwiegend intergouvernemental bearbeitet, also nicht supranational durch die EU, sondern wie in einem von EU-Regeln freien Raum internationaler Vertragsverhältnisse.

Die linke Sakralisierung der EU

Die Brüsseler Institutionen wollen die Krise durch mehr Integration lösen. Der jüngste *Bericht der Fünf Präsidenten* ist ein Beispiel dafür. Unterstützung finden sie vor allem bei Sozialdemokratie und Grünen und einem großen Teil der gesellschaftlichen Linken.

Der Mainstream der Linken übt zwar vehement Kritik an zahlreichen Einzelpolitiken der EU, wie z.B. TTIP oder der Austeritätspolitik. In der Finalitätsfrage hängt er jedoch der eingangs dargestellten Vision an. Er hält die neoliberalen Politiken der EU für Abweichungen von einem im Kern emanzipatorischen Friedens- und internationalistischen Projekt. Die Abweichungen seien durch Reformen, für die es nur **entsprechender Mehrheiten bedürfe, zu korrigieren: „Mehr Europa, aber anders.“** Das „Andere“ ist die Hoffnung auf eine soziale und demokratische EU.

Diese Strategie ist seit ihrer Erfindung durch Jacques Delors vor mehr als 25 Jahren erfolglos. Die einstmaligen sozialen Komponenten, die vor allem dem skandinavischen und westeuropäischen Sozialstaatsmodell in den Nachkriegsjahrzehnten eigen waren, wurden und werden zwar nicht ausschließlich, aber doch auch in hohem Maß mithilfe der EU kontinuierlich abgebaut.

Dieser Prozess soll irreversibel gemacht werden, indem der Neoliberalismus quasi verfassungsmäßig in den Verträgen verankert wird. Der Stabilitätspakt mit seiner **verfassungsmäßigen Verankerung einer „Schuldenbremse“** oder **das Mandat der EZB** sind nur zwei Beispiele aus der Vielzahl von Regelungen eines Systems, das man als *neoliberalen Konstitutionalismus* bezeichnen kann.

Dieser neoliberale Konstitutionalismus wäre – wenn man sich an die Verträge hält – nur aufzubrechen, wenn es synchron in allen Mitgliedsländern entsprechende Mehrheiten dafür gäbe, da die Verträge nur einstimmig geändert werden können. Die Chancen, dass eine solche Konstellation jemals eintritt, liegen bei Null. Daher wird eine linke Alternative zur neoliberalisierten EU nur durch den Bruch mit den Europäischen Verträgen möglich sein.

Da nun ein positives Zukunftsbild fehlt, schrumpft die linke Rechtfertigung für das Festhalten an einer Vertiefung der Integration darauf zusammen, dramatische Konsequenzen an die Wand zu malen, wenn man von diesem Kurs abrücken würde: der Rückfall in die Welt der Nationalstaaten des 19./20. Jahrhunderts mit all

deren desaströsen Konsequenzen, incl. deutschem Hegemonialstreben. Dazu ruft man Grundwerte an, wie *Internationalismus* und *Frieden*, die emotional tief in linker Identität verankert sind.

Kritik an der grundsätzlichen europapolitischen Orientierung wird in einer derart binären Logik dagegen unter den Verdacht gestellt, nationalistisch, rückwärtsgerichtet, Querfront o.ä. zu sein.

Integration durch Globalisierung

Allerdings ist die Rückkehr zum Nationalstaat des 19./20. Jahrhunderts illusionär, selbst wenn man sie wollte. Denn die Dichte und Tiefe der ökonomischen, rechtlichen, kommunikativen und kulturellen Verflechtungen ist irreversibel. Sie ist nicht nur Resultat der europäischen Integration, sondern diese wird inzwischen durch einen anderen Integrationsprozess überlagert und überformt: die Globalisierung. Auch diese hat den Nationalstaat nicht abgeschafft, aber unter den Bedingungen der Globalisierung wäre Abschottung eines Nationalstaates von transnationalen Finanzmärkten, Güter- und Dienstleistungsströmen und Internet nur noch zum Preis einer Nordkoreanisierung zu haben.

Supermacht Europa – die neue Rechtfertigung für Vertiefung der Integration

Gleichzeitig ließe eine weitere Vertiefung der Integration nicht nur auf irreversible Verankerung des Neoliberalismus hinaus. Vor dem Hintergrund der Umbrüche des internationalen Systems hin zu einer polyzentrischen Welt und dem Ende der 500-jährigen Dominanz Europas und seines nordamerikanischen Ablegers über den „Rest der Welt“ wird Angst vor der neuen Weltordnung geschürt.

Uralte Topoi, wie der *Untergang des Abendlandes*, Russenangst oder die *Gelbe Gefahr*, tauchen in zeitgenössischem Gewand wieder auf: wenn „WIR“ in der neuen Weltordnung nicht untergebuttert werden wollen, muss „Europa“ sich zusammenschließen. Da kommt die Idee eines europäischen Superstaates als Supermacht in der neuen Weltordnung durch die Hintertür wieder herein. Dieses Mal auch ziemlich unverhüllt mit der militärischen Komponente. Das Argument entfaltet Anziehungskraft bis in linke Kreise hinein.

Das ist weder ein internationalistisches noch friedenspolitisches Projekt. Vielmehr erzeugt es neue Ausschließungen und ersetzt den Nationalismus der Deutschen, Franzosen etc. durch einen neuen Europatriotismus. Da könnten auch deutsche **Linke, die sich zu Recht jedes Nationalismus' enthalten, wieder stolz auf ein Großkollektiv sein.** Das Programm des Internationalismus heißt aber bekanntlich nicht „*Proletarier der Eurozone, vereinigt Euch!*“

Da hinter dem angestrebten Staatswesen das Potential einer halben Milliarde Einwohner und eine enorme technologische und ökonomische Macht stünde, hätten wir es tatsächlich mit einer Supermacht zu tun. Da es in der EU ohnehin von abge-

halfterten Weltmächten nur so wimmelt, verwundert es nicht, wenn die Funktionseliten auf diesem Wege eine „europäische“ Kompensation für den verlorenen Status anstreben.

Zwar besteht derzeit keine Gefahr, dass die Supermacht EU so schnell Wirklichkeit werden könnte. Die klügeren Anhänger einer vertieften Integration wären schon froh, wenn ihnen der Laden nicht um die Ohren fliegt. Dennoch ist die Linke gefordert, sich zu diesem neuen Narrativ zu verhalten.

Wider die binäre Logik

Gegenüber der Scheinalternative der Rückkehr ins 19./20. Jhdt. und der negativen Utopie der *Vereinigten Staaten von Europa* sollte sich die Linke einen Dritten Weg zu eigen machen. Dessen wesentliche Elemente wären:

- a. Flexibilisierung nach innen
- b. Öffnung nach außen
- c. Variable Geometrie der Zusammenarbeit.

Flexibilisierung nach innen bedeutet: selektiver Rückbau der Integration, z.B. in der Währungsfrage und selektive Vertiefung in anderen Fragen, z.B. nachhaltige Energiepolitik. Sie bedeutet auch Stärkung von Dezentralisierung, Regionalisierung, Subsidiarität und Pluralität von ökonomischen und gesellschaftspolitischen Modellen.

Öffnung nach außen heißt: Ersetzung der geopolitisch motivierten Assoziierungsabkommen (Ukraine!) und Erweiterungspolitik durch echte Partnerschaft mit Nachbarregionen wie Nordafrika, Türkei, Russland und der Eurasische Union, sowie die Akzeptanz des Grundfaktums, dass die EU ein Staatenbündnis und kein Bundesstaat ist.

All dies könnte in wechselnden Koalitionen, in einer variablen Geometrie, wie es im Jargon heißt, stattfinden. Wer Austeritätspolitik ablehnt, soll nicht dazu gezwungen werden. Wer Sanktionen gegen Russland nicht gut findet, muss nicht mitmachen. Das Verfahren der sog. *Vertieften Zusammenarbeit (Enhanced Cooperation Procedure)* sieht solche Möglichkeit schon jetzt vor, allerdings unter zu restriktiven Auflagen. Die Finanztransaktionssteuer wird derzeit in diesem Rahmen von elf Ländern implementiert.

Wie realistisch ist das?

Die Vision der immer engeren Union als „*soziales und demokratisches Europa*“ ist unter realpolitischer Perspektive unerreichbar. Wie aber steht es mit dem hier skizzierten Dritten Weg? Linke Positionen sind gegenwärtig, egal bei welchem Thema,

nicht durchsetzbar. Insofern wird dieser Vorschlag die Linke nicht aus ihrem generellen Elend erlösen. Aber immerhin könnte man:

- a. diskursive Gegenmachtpositionen in der Europadebatte aufbauen,
- b. aus dem Schatten von Grünen und SPD heraustreten,
- c. das diffuse Unbehagen der Bevölkerung von links her aufnehmen,
- d. der Rechten die prinzipielle EU-Kritik streitig machen.

Zudem sind die Funktionseleiten in dieser Sache gespalten (s. Brexit, also Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union). Die Kräfteverhältnisse sind daher machtpolitisch nicht völlig hoffnungslos.

Für den Fall, dass linke Regierungen in mehreren Ländern gleichzeitig regieren, könnte eine kritische Masse an Gegen- oder zumindest Blockademacht entstehen. Freilich müssten diese Regierungen und die sie unterstützenden gesellschaftlichen Kräfte zu dem bereit sein, was ohnehin schon lange und ständig von Regierungen und EU-Institutionen gemacht wird: den Bruch mit den Verträgen wagen.

Dass ein solcher Bruch etwas bewirkt, zeigen die vertragswidrige Blockadehaltung Osteuropas in der Flüchtlingspolitik – in der Sache reaktionär – oder die Isolierung Deutschlands im EZB-Rat bei der statutenwidrigen Staatsfinanzierung der Krisenländer – in der Sache vernünftig.

Dieser Ansatz, natürlich mit linken Inhalten kombiniert, würde neue politische Perspektiven für die Linke und womöglich auch eher Erfolgsaussichten eröffnen als **das seit einer ganzen Generation wirkungslose „Mehr Europa, aber anders!“**

Vor allem aber ist eine gesteuerte und kooperative Flexibilisierung der EU besser, als eine chaotische Explosion oder ein Durchmarsch der Rechtspopulisten.

Es droht über uns der blutrote Mond¹

Leben mit der Bombe

von Heidrun Hegewald

über jede Vorgefälligkeit. Dort atmet sich Utrius, Eia und Zälgäz. Abwasgägnäus – an sehr konserviertes bewußtes Leben. Nun mehr als immer schon.

21. Oktober 2009

Geburtstage wels. Wie viele – ungewiß!

Geburtstage wieder – noch einer und dessen nachtschwarzer Bruder, der Sterbetag, kommt nah. Das nun ist mit jedem Geburtstag mehr und mehr gewiß. Das zunehmende Gewiß gibt eine unruhliche Gedankenkette zu:

Wann – wie lange noch?

Wie leicht – wie verächtlich?

Wie lieblich – und lieber zu gehen als noch bleiben zu müssen?

Und so zum Anfang – ohne Antwort.

Eine besondere Disziplin des Wartens.

Frau K. trifft Frau H. – dienstags. Ein Selbstgespräch

Die eine sagt es der anderen. Und die andere der einen:

Frau K.: Was haben wir wohl alles ins Bild genommen! Gaben Sie doch zu. Wir glaubten zu bewegen und zu treffen – Bender und Gebändele. Wir waren doch geradezu besessen von der tatsächlichen Wirkweise der Künste. Wir waren taufächte Friedensaktivisten. Weltverbessere. Die Kunst war uns recht zu schreie für unser Engagement. Wir besetzten sie thematisch und damit eine ganze Nation, die DDR. Messerwerkern, was bewiesen ist. Wir glaubten an eine friedliche Mission. Wir taten die Grenze, aber die Welt ist uns.

Frau H.: So war es! Wir glaubten an unsere Mittel und gaben ihnen einen Zweck. Die sechziger und achtziger Jahre waren ädägnäde Anlaß durch den nuklear aufgeheizten Kältekrieg.

98

Frau K.: Was ist passiert, Frau H.? Daß nach soviel verhandelt und demonstrierter Erkenntnis die Gleichgültigkeit die Sinne der Menschen besetzt und Glos ab von Gironn beißt. Angesichts des atomaren Kältepotentials, das schon lange mehrheitlich ausreicht, den blauen Planeten mit seiner Menschheit auszustatten. Ein Potential, das einen apokalyptischen Charakter überschreitet. «Die Atomombe trifft auch das, was sie anrichtet», sagt Günther Anders in «Die Antiquarität der Menschheit» (1953, S. 104–105).

Frau H.: Was kann man dabei noch Forschtitt für Vernichtungseffekte in der Waffenproduktion fänden? Die Gebungsgras für Forschtitt ist doch hier ausgeföhren.

Frau K.: Aber es wirkt auch hier die Fortschrittswahn wie bei allen Industriebewegen.

Frau H.: Denn die Liquidation ist nun mal das Ziel einer Produktion. Konzentren von Wäßen ist Krieg. Zerbomben ist waffengerechtigt.

Frau K.: Günther Anders nennt die Menschen dabei «Konsumenten des Todes».

Frau H.: Jetzt sind wir beifert angekommen. Frau K! Aber die Gedankenrippe, die Sie in unser Gespräch gelegt haben, nimmt mich sehr für diese Richtung ein. 1990 habe ich mich über So leidig gemacht, weil Sie immer wieder auf den «Ruhe mit dem Rücken zur Wäßen»-Scharstan So bin und –den Meider des letzten Wortes.

Frau K.: Das stimmt. Ich vermute, daß der Meider Ihnen jetzt nicht mehr so fern ist und in Freier weniger eine Einführung einblenden ist. Ich komme auf ihn zurück, weil ich bei mir selbst schon eine Genehmigung an diesen unerträglichen Zustand feststelle. Das liegen will ich sein.

99

¹ Quelle: Heidrun Hegewald: Ich bin, was mir geschieht, Berlin 2011.

Frau H.: Ja. Im Angesicht dessen, daß die atomare Gefahr nicht verringert ist, sondern wächst. Anders nennt die russische Bombentest dieser Erde den «blühenden Mond».

Frau K.: Der «blühende Mond» ist über uns, auch wenn er seine Irrgeister, verheerliche, terroristisch beabsichtigte Bestimmung noch nicht erfahren hat. Sein Vorhandensein allein ist die Bestrafung. Und da ist der radioaktive Apokalypse-Feier, dessen Entzerrung schon apokalyptisch ist.

Frau H.: Ich habe in dem Buch «Die Antiquiertheit des Menschen» gelesen. Gefunden habe ich treffende Aussagen: Zum Beispiel: Daß wir Menschen «apokalyptisch» und «Anaphoristen der Angst» sind. So gilt: «Die Zukunft kommt nicht mehr – wir machen sie.»

Frau K.: Mächtig wäre noch nicht das größte Verhängnis, aber das. WIE Sie über die Katastrophe von Anders. Nicht weit von dieser steht im Buch: «Die Menschheit als ganze ist tot» – Dem steht er gegenüber, daß der «richtige» Tod so etwas wie ein Friedens-Lust» wäre.

Frau H.: Wenn ich bedenke, daß die USA als atomar gerüstete Großmacht sich anmaßen, anderen selbstbestimmten Nationen, vorzuschreiben, ob sie Plutonium besitzen und atomar rüsten, ist das eine Groteske. (Die USA haben die atomare Drohhölle doch erfunden und in die mörderische Tat umgesetzt. Was wundert's, wenn andere Staaten zum Selbstschutz auch die Drohhölle haben wollen und brauchen. Das ist der teuflische Kreislauf.)

Frau K.: Ja, das ist die verhängnisvolle Spirale. Die spiraliert unweigerlich immer weiter, immer weiter ins Verhängnis. Der blühende Mond fliebt über uns. Diese Spirale läßt sich nicht parieren, sondern nur als ganze zurückziehen. Über die zu verhängende Vernunft.

100



Die Vernunft und die Kind 1987

Wie intensiv haben wir in Ost und auch in West das Thema der Angst und Besinnung gelebt. Als Ausweg die Vernunft beschworen.

Frau H.: Mein Gott, wie hilflos dieser Begriff da steht. Vernunft. Ohne Kraft, weil sie nicht zwingt und nicht schlagen will. Ich erinnere mich, daß Sie mal gesagt haben – in der Bedrückung einer Weltspitze: «Wir müssen, wenn möglich, für unsere Bitter Metaphern der Vernunft erfunden.»

Frau K.: Ja, das kann ich heute noch gut finden. Als Absicht. Unwissen Mitteln sind zwar die Zwecke nicht ausgeglichen, aber das Mittel Zweck-Prinzipial kann angstabbauende Effekte liefern. Denn die Wahrheitsbeobachtung in der Platinwirtschaft der Angsterwege.

101

nung wiederum die Offensivität von Verhängnis in kolossale Abgründe. Aus der Wirklichkeit vertrieben.

Frau H.: Günter Anders sagt: «Die Bombe ist kein Mittel» – ich denke: – von einem Mittel zu reden wäre also nur dann sinnvoll, wenn jemand in wirklich heretischer Absicht auf das Ende aller Dinge abzielt. ... Was streiten würde, wäre nicht, daß der Weg im Ziel bzw. das Mittel im Zweck aufginge, sondern umgekehrt, daß der Zweck in der Wirkung des angebotenen Mittels sein Ende fände.»

Frau K.: Meine Haut schauert. Frau H.: Das macht Sie zwingende Logik des Gedankens. Lesen wir weiter, denn finden wir: «Geschworen kann man die Bombe nicht. Sie ist ontologisch ein Unikum und das macht ihrem sprachlichen Charakter aus. ... Sie ist die oberste wesentliche Abart. ... In Unwissen tritt uns in Atem. Das Wesen der Günter-Anders-Traite ist, wesentlich dem Unwissen nahe zu kommen. Um die Lähmung aufzubauen, nicht die durch Angst, sondern die Lähmung der Angst, die die Menschen als kurzweilige Betäubung tragen.»

Frau H.: Und das ist so unglaublich schwer. Kein einziger Mann ist noch nötig, um das Nennschiff anzu zu lassen. Vor lauter Getöse kommt die Drohung der Katastrophe nicht zu Wort. Das BCS wird zum Makarsachen von etwas Herdebbarem oder Ähnlichem. Nichts und auch gar nichts kann uns von der Apokalypse-Angst losagen. Die Zerstörung der Welt geht viele Wege. Die Zerstörung der Umwelt wird aus derselben Dummheit gemacht. Umkehr wäre die Frage von Angst, die als Impuls des Bewahrens und Beschützens sein sollte. 1965 – seit Hiroshima und Nagasaki – ist das nukleare Drohpotential in die politische Diplomatie, in die Theorie verlagert worden. Und die Gnade der Ereignislosigkeit – in der Praxis – erzeugt Gleichgültigkeit, und die Gefahr scheint marginal. Die Bedrohung durch die Bombe hat mit der Veränderung des

Kuban Krieges ihre konkreten Theorien und meßbare Maßnahmen verloren.

Frau K.: Ohne daß die Monroe in ihrem Unwissen verringert worden wären. Sie sind nur belanglos und schwerer zu bändigen, weil das Ausmaß des möglichen Zugriffs unkontrollierbar wurde und nach Möglichkeit terroristische Begende ausgewirkt ist. Eine Frage wäre: Welche akte? Wie zäh? – und darf das – zu den drohenden Mächten? Wer übergriffe ihnen (sic) Verantwortung? Und was sagen wir an diesem Punkt, liebe Frau H.? Die (bitter)kritischen Argumente, mit zweiseitiger Wahrheit befüllt formuliert, sind ganz und gar keine herdensichernde Waffen.

Frau H.: Warum, Frau K., haben Sie es so martialisch formuliert?

Frau K.: Ich wollte körperlich Zorn ausdrücken, in beschämter Hilfslosigkeit. Bei Ständje lese ich: «Wer hingegen den Zorn hat, fänden ist der beste Zeit vorüber. ... Der glückliche Angriff weiß, wohn er will. Der in Höchstform Zerstörung führt in die Welt, wie die Kugel in die Schicht» – Er bezieht sich hier auf Herrsch Mann und dessen Napoleon-Essay von 1925.

Für eine Massenbewegung der Vermögenden besuchte es eine übermäßige Anbahn. Bei Ständje klingt es gut, wenn er die «Thymenierung» nennt, eine «Zornüberbildung». Aber die Aktion und die Züchtung sind weit schwerer herzustellen als die beeindruckende Flugüberbildung. Noch dazu von Dankentuzern, die zur Teil aus ihren Dörfern ne herauskriegen. Aber danken Sie, Frau H., auf die (aktive) politische Weise haben wir Redatoren unsere vängfälligen Mäke in die Welt gestellt. Zornig rufe – verweisen in überzogener Absicht. Doch wollen wir nicht Heikidan, Haltung bravog zu haben. Das tun wir bis zum Ende. Aber die ungeheure professionale Verantwortlichkeit in dieser Welt, die mit einem selbstbestimmten Vorschlag nicht zu tun haben will, macht die Thesen-Ausatz zu Waffen stumpf. Augen Tidenörter trägt: «Weser Unfähigkeit vermag eine Demo-

Inter? Zum Beispiel in einen Krieg einbezogen zu sein, einen Krieg, den man in kriegerischen Deutschland nicht so nennen darf.

Frau H.: Ja eben – und dabei ist es Einmischung wider das Völkerrecht, Bevormundete, denen in zweifelloser Verheißung Demokratie versprochen wird. Als wäre diese in jedem Chaos einfach zu installieren. Die USA führen Krieg in Afghanistan und Irak wie einst in Korea und Vietnam, Blutig wird die Zivilisation zerstört. Das löst die Böden der Pandora von ihrem Deckel nur noch inkonsequent, Krieg mit gelogener Legitimation, um Machtdemonstrata einseitig zu begünstigen. Mit welcher Schamlosigkeit der Westen in fremde Kulturkreise und religiöse Kulturen eindringt. Mit dem Kampfplatz, Freiheit und Sicherheit – auch Deutschlands, wie behauptet wird – in Nato-Hörigkeit am Hindukusch zu verknüpfen. Das möchten uns die herrschenden Volkervertreter anküstem – mit mir haben sie da ein vernunftbedingtes Vermittlungsproblem.

Frau K.: Man vergißt aber weiß es nicht, Taliban sind nicht gleich Taliban. Eine der drei sehr unterschiedlichen Gruppen sind die „gekauften amerikanischen Taliban“, die mit mörderischen Anschlügen auch gegen Zivilisten der USA den Vorwand liefern, in Afghanistan zu bleiben. Es ist falsch und gefährlich zu glauben, daß unsere Sicherheit am Hindukusch verknüpft wird. Es wächst nur die Gefahr des Revanche-Terrorismus. Der Internationale Terrorismus, der sich einst in Afghanistan, in Tora Bora zentralisierte, ist längst globalisiert und dezentralisiert. Er ist unter uns. Machen sie uns furchen. Weiß man's denn. Und Al Qaida ist keine afghanische, sondern eine saudi-arabische Organisation.

Peter Scheff-Latour spricht über Nato-Einsatz am Hindukusch jeden Sinn ab. Jedenfalls jeden vorgegebenen, schließlich stimmt immer noch, was die Courage sagt: »Der Krieg ist nie als die Geschichte und statt mit Kiste ist's mit Blut.« Scheff-Latour sagt, eine Nato-Kontrolle über Afghanistan könne es nicht geben.

Frau H.: Frau H., kennen Sie die Ballade, die Theodor Fontane 1859 schreibt? Das Trauerspiel von Afghanistan? Kennen Sie. Seit Alexander dem Großen gibt es in der Geschichtsbetrachtung die Formulierung: »Afghanistan, die Perle der Imperien«. Fontane beschreibt, wie 1640 eine Garnison Ihre Majestät von England, dreizehnhundert Krieger und deren Familien, in den Schluchten des Hindukusch von Stammeskriegern niedergemetzelt wurde. Ein einziger Mensch, ein Militärarzt, kehrt zurück. Die letzten Zeilen der Ballade: »Mit dreizehnhundert die Zug begann, einer kam heim aus Afghanistan.« Die Frage, was die Engländer dort zu suchen hatten, wird von Fontane nicht formuliert, aber sie springt mich an.

Frau K.: Ich sehe eine historische Karte der Einmischung. Denken Sie an die von Boudinski gestiftete Fala mit den in Pakistan mit amerikanischen Geld trainierten Taliban, in die die sowjetische Führung ihre Truppen gehen ließ, als die Afghanen von Babbar Kamal überfallen wurde. In den Medien der westlichen Welt ein Aggressor – und zurück kamen die Särgen der Soldaten. Zehn Jahre währte der Versuch, die Taliban in den Schluchten und Höhlen zu finden und zu besiegen. Der Zerstörungskrieg zerstörte die Sowjetunion, und die Rechnung ging auf und die Fala schlug zu. 1988. Wäre das nicht eine warn-erleucht Erfahrung? Die Panzerdivision lagen gespenstisch in der Landschaft und markieren scharf eine Niederlage. Aber die Sowjetunion hat das Warschauer Bündnis nicht in Anspruch genommen. Die NVA der DDR wurde zu keiner Beteiligung verpflichtet. Amerikaner Partner auch nicht. Am Hindukusch wird es keinen Sieg der Nato geben, und Bundeswehrsoldaten verbluten dort auf Fughet vor dem Freund ihrer Regierung.

Der afghanische Krieg sollte man nicht ohne Aufmerksamkeit auf Pakistan (auch) Pakistan in zunehmender Destabilisierung – ein Land, das über nukleare Waffen verfügt, deren Kontrolle immer fraglicher wird. Pakistan ist ein Land, in dem die Selbstverordneten bestimmen.

Frau H.: Frau K., haben Sie nicht auch zwischendurch gedacht, daß wir ein Männergespräch führen?

Frau K.: Nein! Unsere Gene geben uns sogar geeigneteren Input, als traditionelle Überenkunft zu beschreiben. Also geht uns das alles 'was an. Unterschätzen wir nicht völkerechtlichen Zorn, Terroristischen Zorn, die Wut der Hoffungsbeiden. Und vergessen wir nicht: Es droht über uns der blutende Mond. Die Bombe ist da. Immer.

Frau H.: Ich habe einen hintergründigen traditionellen Aystilingsgedanken. Nach Waterloo weiß Wellington im Angesicht der auf dem Feld Geschichtstoten nicht, was besser ist: in der Schlacht zu siegen oder zu verlieren.

Frau K.: Aber keiner kann von Konsequenzen berichten. Eine vorübergehende kurze Zeit – vierzig Jahre – hat sich die DDR mit ihrer Bevölkerung an die Lehren aus der Geschichte gehalten: kein Krieg!

Zum Schluß nehmen wir noch 'mal WASKANNKUNST in unsere Überlegungen. Nichts ändert sich daran: Talent hält die Mittel bereit. Aber der Zweck vernachlässigt die Effektivität. Der Zweck verläugert sich. Die Mittel ermüden.

Heute den dramatischen Ernst gegen den dokumentierten Spass zu stellen provoziert Ausschluß im Affekt. 60 Jahre. 60 Bilder. Wir osteuropäischen Mittel, die – Sie und ich – wir, die den Ernst der Zeit hinter noch ernst nehmen, sehen in ihm keinen Anlaß zur Vermarktung. Wir kriegen ihn auch nicht bunt genug. Ein Laster.

Wir, Sie, ich und hoch erige, sind die Clowns. So wie der eine bei Kerkagaard, der dem Publikum den Brand hinter der Bühne meldet und spenden Bettel erntet.

Der Hauptfeind steht im eigenen Land

Zur Friedenspolitik der Partei DIE LINKE

von Tobias Pflüger

Am 4. Dezember 2015 wurde im Bundestag beschlossen, dass bis zu 1.200 Soldatinnen und Soldaten in einen Einsatz um Syrien geschickt werden. Es ist der dritte direkte Angriffseinsatz der Bundeswehr, nach der Teilnahme Deutschlands am NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien 1999 und dem Start des sogenannten Krieges gegen den Terror 2001 unter anderem mit der Stationierung der Bundeswehr in Afghanistan. Dieser Syrien-Einsatz der Bundeswehr ist ein erneuter grundlegender Einschnitt in der deutschen Außenpolitik. Deutschland befindet sich damit abermals im Krieg. Und wiederum, wie schon 1999 und 2001, soll der Einsatz nicht Krieg genannt werden. Die Regierungsfractionen CDU/CSU und SPD begehen manche Pirouette, um dem Wort Krieg auszuweichen. Wenn man sich die Begründungen für diesen neuen Kriegseinsatz anhört, fühlt man sich zeitlich zurückversetzt, als vor 14 Jahren die Regierung Schröder/Fischer nach den Anschlägen von New York und Washington am 11. September 2001 die deutsche Kriegsteilnahme mit der Formulierung der »uneingeschränkten Solidarität« (Schröder) am »ewig dauernden« »Krieg gegen den Terror« (Georg W. Bush) ausrief. Diesmal ist es die angebliche »Solidarität mit Frankreich« nach den terroristischen Aktionen in Paris vom 13. November 2015, dem nun Solidarität gezollt werden soll.

Hier macht die Bundesregierung drei ganz offensichtliche und bewusste Fehler: Erstens werden die terroristischen Anschläge in Paris so interpretiert, als ob es sich um militärische Angriffe gehandelt habe



und deshalb eine militärische Reaktion notwendig sei. Zweitens werden die Anschläge als »von außen organisiert« interpretiert und damit die Begründung geliefert, warum nun Syrien bombardiert werden müsse. Drittens wird gesagt, man müsse mit dem Staat Frankreich solidarisch sein und deshalb die Bitte auf militärischen Beistand gegenüber Frankreich umsetzen. Alle drei Begründungen sind falsch: Es war kein militärischer Angriff am 13. November in Paris, auf terroristische Anschläge muss mit polizeilichen, nicht mit militärischen Mitteln reagiert werden. Es waren auch keine Anschläge »von außen«, die Attentäter waren französische

oder belgische Staatsbürger. Und drittens, Solidarität brauchen die Opfer der Attentate, nicht das Land, in dem sie lebten.

Zu den 1.200 Soldatinnen und Soldaten im Syrien-Einsatz kommt nun eine Erhöhung der Anzahl der Soldatinnen und Soldaten im Mali-Einsatz, und parallel wird der Afghanistan-Einsatz, der eigentlich 2014 beendet werden sollte, wieder aufgestockt und wieder zu einem eindeutigen Kampf- (und Ausbildungs-)Einsatz hochgestuft. Die Einsätze in Mali und Afghanistan sind auch eindeutig militärische Kompensationen und Entlastungen unter anderem für Frankreich (und die USA), dass diese den Krieg gegen den IS (Islamischer Staat) oder »Daesch« intensiver führen können.

Interessant ist, dass die französische Regierung sich nicht – wie von vielen zuerst erwartet – auf den NATO-Bündnisfall (Artikel 5) berufen hat, sondern sich bei der Einforderung militärischer Solidarität auf Artikel 42.7 des Lissabon-Vertrages der Europäischen Union bezog. (Auch wenn es nur eine Deklaration der EU-Gremien und keinen förmlichen Beschluss dazu gab und die eigentliche Solidaritätsklausel [Artikel 222] des EU-Vertrages gar nicht in Anspruch genommen wurde.) Das hat mehrere Gründe: Erstens ist der NATO-Bündnisfall nach 9/11 immer noch in Kraft (und insofern kann darauf immer rekurriert werden), und zweitens ist damit ein weiterer institutioneller Rahmen (EU) für Militäreinsätze »aufgemacht« worden.

Zu den bisher genannten Bundeswehreinrätzen kommen derzeit weitere 16 Einsätze der Bundeswehr weltweit mit über 3.000 Soldaten dazu.

Geopolitisch ist offensichtlich, dass Deutschland (wieder) »mitspielen« will. Es gibt wesentliche geopolitische Entwicklungen: das Agieren der türkischen Regierung im eigenen Land und im benachbarten (vor allem in den mehrheitlich kurdisch bewohnten Regionen von) Syrien und das Bomben der russischen Regierung in Syrien, das rechtlich anders, aber moralisch und politisch ähnlich wie die anderen Bombardierungen (der USA, Frankreichs, Saudi-Arabiens etc.) zu bewerten ist. Und zudem sind die Aufrüstung der NATO und ihre umfangreichen Manöver gegen Russland im Kontext der Ukraine Krise nicht zu Ende.

Was bedeutet diese Situation nun für uns (als LINKE)?

1. Die bundesdeutsche Gesellschaft wird wieder mehr geprägt sein von Krieg und der Auseinandersetzung um Krieg: Krieg wird zwar »außen« geführt, muss aber »innen« durchgesetzt und legitimiert werden. Das heißt, es ist mit mehr Präsenz von Militär vor Ort und in den Medien zu rechnen; mehr Manöver, mehr Kriegsberichte und mehr Kriegspropaganda. Der Syrien-Einsatz ist offensichtlich nicht beliebt in der Bevölkerung, erste Umfragen zeigen eine gesplante Gesellschaft bezüglich der Zustimmung oder sogar mehrheitliche Ablehnung. Für uns LINKE bedeutet das, dass wir bei allen (sozialen) Auseinandersetzungen das Thema Krieg mit benennen müssen. Kürzungen im Militärbereich wird es so schnell nicht geben.

Hier wird die »Schwarze Null« des eisernen Sparens nicht gelten, in sozialen Bereichen aber schon. Und wir müssen der Medienberichterstattung, die kriegstreibend ist, Gegeninformationen entgegensetzen. Auch hat DIE LINKE eine besondere Aufgabe bei der Kritik der Kriegspolitik, im Gegensatz zur hoffentlich wieder aufkommenden Friedensbewegung werden die Stimmen der Partei und Bundestagsfraktion wenigstens in den Massenmedien manches Mal wiedergegeben. Das heißt dann auch, dass die LINKE Partei auf allen Ebenen sich für den Wiederaufbau einer starken Friedensbewegung (bundesweit und vor Ort) einsetzen muss. (Das schnelle Agieren in Berlin und überall im Land gegen den Beschluss des Syrien-Einsatzes zeigt, dass die LINKE Partei hier durchaus gut aufgestellt ist.)

2. Krieg geht einher mit der Einschränkung von Grundrechten. Dass zum Beispiel in Frankreich linke Klima-Aktivisten während des Klimagipfels in Paris Hausarrest erteilt wurde, zeigt, dass gegen diejenigen vorgegangen wurde, die sich gegen die Einschränkung von Grundrechten im Zeichen des Krieges wehren. Auch andere Grundrechte wurden nach den Anschlägen von Paris einfach suspendiert. Wir müssen in Deutschland solche (weiteren) Grundrechtseinschränkungen (gemeinsam mit der Demokratiebewegung) verhindern. Die Vorratsdatenspeicherung ist leider beschlossen, sie wird angewandt werden – auch gegen Linke. Der Einsatz der Bundeswehr im Innern ist inzwischen – nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts – möglich, bisher wollen die Innenminister diesen Einsatz (noch) nicht. (Weitere) Einschränkungen des Demonstrationsrechts dürfen nicht sein.

3. Die bundesdeutsche Gesellschaft ist seit der Zunahme von zu uns kommenden Flüchtlingen deutlich polarisierter. Einerseits gibt es immer mehr Übergriffe auf Flüchtlinge



und ihre Unterkünfte, es gibt immer mehr im Kern rassistische Demonstrationen, ob von Pegida oder von der AFD organisiert. Andererseits engagieren sich sehr viele Menschen für Flüchtlinge. Dies geschieht trotz oder auch wegen des offensichtlichen Staatsversagens (Stichwort Lageso in Berlin und vieles andere mehr). Die Bundesregierung verschärft die Asylgesetze weiter, selbst Afghanistan gilt als »sicherer Herkunftsstaat«, bei Syrerinnen und Syrern werden wieder die Einzelfälle genauestens geprüft, und die Abschiebemaschinerie zuerst in die Balkanländer läuft an. Unsere zentrale Aufgabe ist es hier, die Flüchtlingsfrage mit der Kriegsfrage zu verbinden: Warum fliehen die Menschen? Das hat etwas mit Krieg zu tun. Das hat auch damit zu tun, dass Krieg in ihren Ländern geführt wird, dass

Deutschland Krieg führt und Waffen liefert. Es ist doch zynisch Bundeswehrmissionen im Kosovo oder in Afghanistan und nun Syrien zu haben und zugleich diese Länder als »sichere Herkunftsländer« einzustufen und dorthin Menschen abzuschicken. DIE LINKE ist und muss es bleiben: die Partei, die Flüchtlingen politisch und direkt hilft, die Abschiebemaschinerie stoppt und deutlich macht: Krieg ist ein wesentlicher Fluchtgrund. Auch deshalb ist eine Kriegsteilnahme Deutschlands falsch.

4. Der Krieg beginnt hier. Kriege können nur geführt werden, wenn die entsprechenden Soldaten und ihre Waffen ins Kriegsgebiet gelangen. Unsere Aufgabe ist es auch, darauf hinzuweisen, wo die Bundeswehrstandorte sind, von denen Krieg geführt wird: Tornados sind zum Beispiel in Jagel oder Büchel (da, wo auch die Atomwaffen lagern) stationiert. Das geplante Kriegsschiff der Marine hat einen Heimathafen. Zugleich tritt die Bundeswehr mit einer neuen Werbekampagne in der Gesellschaft auf, die Bundeswehr »muss« für ihre Einsätze Menschen rekrutieren. Nach wie vor ist es richtig, sich gegen die Bundeswehr an Schulen zu wehren. Auch die US-amerikanische Armee hat in Deutschland Schlüsselstandorte wie Ramstein, Spangdahlem, das Africom oder das Eucom oder die Einrichtungen in Wiesbaden, ohne die (Drohnen-) Krieg nicht möglich wäre. Aktionen vor diesen Orten der Kriegsunterstützung sind richtig und notwendig. Alle Bundeswehrstandorte eignen sich dafür. Ein Krieg ohne den Export und die Produktion von Waffen ist unmöglich, also sollten wir uns weiterhin für einen Stopp aller Rüstungsexporte einsetzen und die Orte der Rüstungsproduktion klar benennen. Auch dort sind Aktionen Ort sinnvoll. DIE LINKE ist für eine Umwandlung militärischer in zivile Produktionen. Für eine Reihe von Bundesländern gibt es inzwischen »Rüstungsatlanten«.

Der Syrien-Einsatz der Bundeswehr verschärft die Situation in Fragen von Krieg und Frieden für das Jahr 2016 erheblich. Insgesamt gilt es – 101 Jahre nach der Kriegsablehnung Karl Liebknechts im Reichstag –, dass wir uns besonders mit der deutschen Rolle kritisch auseinandersetzen müssen.

Welche Friedensbewegung brauchen wir?

von Reiner Braun

Frieden braucht Bewegung

Das größte Manko der Friedensbewegung ist zur Zeit ihre mangelnde Mobilisierungsfähigkeit. Wir brauchen Ramstein 100fach! Wir waren vor Ende September 1.500 Demonstrierende in Ramstein, die größte Protestaktion in Ramstein in den letzten 20 Jahren - in einer fantastisch-solidarischen Atmosphäre des Aufbruchs - und wir brauchen dieses Ramstein hundertfach, und eigentlich an jedem Ort dieser Republik. Wir brauchen eine Friedensbewegung in Aktion, die als zentralen Punkt hat, dass von deutschem Boden kein Krieg ausgehen darf und alles verhindert werden muss, was Kriege möglich macht.

Damit steht auch die NATO zur Disposition, damit ist die Ablehnung aller Atomwaffen ein Schwerpunkt der Aktionen, und damit steht, dass jegliche weitere Aufrüstung in diesem Lande verhindert werden muss. Also: Abrüstung und mehr Geld für Soziales, Bildung, Gesundheit und internationalen Klimaschutz.

Friedensbewegung ist eine Bewegung ohne Ausgrenzung

Diese Friedensbewegung muss alle einschließen, die sich gegen Krieg, für Frieden engagieren. Ohne Ausgrenzung, ohne Gesinnungsprüfung. Die, die bereit sind, mit **uns diesen Weg zu gehen, gehören dazu. Und: „gegen Krieg“ ist kein Nazi, weil in der Nazi-Ideologie Gewalt und Krieg untrennbare Bestandteile sind.** Deswegen ist Engagement gegen Krieg – und dafür treten wir ein – prinzipiell und grundsätzlich antifaschistisch. Taktische Versuche der Rechtsradikalen, sich als friedlich zu tarnen, müssen immer entlarvt werden. Sie sind verlogen und widerlich. Die Rechtsradikalen und Faschisten haben mit uns nichts zu tun. Dieses Anwanzen von rechts außen ist aber auch nichts Neues und wurde von der Friedensbewegung immer souverän mit Ausschluss beantwortet. Für Hysterie besteht kein Grund, wohl aber zur



Betonung der eigenen Friedenspositionen und damit auch immer der Solidarität mit den Flüchtenden und Asylanten.

Angemerkt sei aber auch noch – die auch in die Linke hineinwirkende – scheinbar „linke“ kriegstreibende Propaganda der

neuen Neocons „die Antideutschen“, die oft wider besseren Wissens diffamierend und verleumdend gegen die Friedensbewegung wirken.

Wir wollen aber – und das ist mein letzter Punkt in der Einführung –, dass diese Friedensbewegung ihr Gesicht total verjüngt. Und dafür sind wir, die Älteren, mitverantwortlich. Wir müssen helfen, dass eine neo-liberal erzogene oder beeinflusste Jugend, Grundgedanken der Solidarität, des Interessenkampfes, des Eintretens und des Engagements wieder anerkennt und damit Individualismus und Ellbogenmentalität überwindet. Das „Überwinden“ neoliberaler Stereotypen ist kein Einstiegsticket für individuelles Engagement, aber wir müssen mit den Grundgedanken der Solidarität gegen den Zeitgeist für kontinuierliches Engagement werben. Deshalb heißt 100 Jahre nach Zimmerwald, ähnlich wie in Zimmerwald 1915: **So wie damals aus einer „kleinen Bewegung“ aus 38 Verschworenen**, Ausgegrenzten eine große europäische Massenbewegung wurde, die Regierungen und überlebte Systeme stürzte, haben wir auch heute unter ganz anderen – vielleicht aber bei der Grundposition der Neuaufteilung der Welt doch nicht so anderen – Bedingungen die Herausforderung, eine Friedensbewegung als weltweite Massenbewegung in unserem Land mit zu entwickeln. Wir wollen nicht so weit gehen, dass wir die Systeme stürzen. Aber wir wollen eine Gegenmacht sein, die den Frieden aufbaut und mindestens dazu beiträgt, die Institution Krieg zu bannen. Das ist unsere strategische Herausforderung.

Rolle der Partei Die LINKE

Die LINKE ist ein unverzichtbarer Bestandteil der überparteilichen Friedensbewegung und eine Errungenschaft für dieses Land. Die LINKE muss in den Parlamenten als Anti-Kriegspartei gestärkt werden. Das Auftreten der LINKEN im Parlament ist für die Friedensbewegung und für eine Öffentlichkeit gegen Krieg unverzichtbar, und die Zusammenarbeit sollte ausgebaut werden. Dabei hat eine politische Partei und eine Bewegung unterschiedliche Funktionen und Aufgabenstellungen, sie **„ticken auch unterschiedlich“ das sollte bei der Zusammenarbeit beachtet werden**, so dass keine Seite überfordert wird. Da können wir sicher auch noch vieles von Bewegungen/ Parteien wie Podemos, Syriza, etc. lernen.

Ich könnte mir viele ihrer Beiträge im Parlament zugespitzter und klarer vorstellen, aber diese Beiträge sind unverzichtbar in einem Parlament, das jeden Kriegeinsatz mit großer Mehrheit absegnet! Meine Kritik ist eigentlich die Kritik, die die LINKE selbst in ihrem eigenen Parteiprogramm schreibt: Die LINKE ist Teil der außerparlamentarischen, sozialen Bewegung in diesem Land, die sie entscheidend für gesellschaftliche Veränderungen hält. Und dort in den außerparlamentarischen Auseinandersetzungen vermisste ich die LINKE – jetzt will ich gerne streiten – oft oder manchmal. Ich stelle eine Parlamentarisierung der Partei Die LINKE fest, wobei Parlamentarisierung für mich Überbetonung des bürgerlichen Parlamentarismus mit seinen strukturellen Einbindungen meint. Und – mal zugespitzt zu Berlin – sehe

ich sie viel zu oft sogar auf der falschen Seite. Was ich mir wünsche ist, dass nicht nur ihr, die Mitglieder der LINKEN hier in diesem Raum, die ich alle als aktive Friedenskämpferinnen und Friedenskämpfer kenne, weiterhin aktiv seid, sondern, dass die LINKE als Gesamtorganisation und in den vielen Einzelstrukturen wieder Impulse gibt, jede und jeder in seinem Umfeld. Gibt es in dem Arbeitsgebiet der Basisorganisation auch eine Friedensinitiative? Kann ich sie mitgründen? Kann ich bei dieser Entwicklung mithelfen? Wie kann ich die Ressourcen über die die LINKE und ihr Umfeld – und damit meine ich auch die Rosa-Luxemburg-Stiftung – für die Friedensbewegung, für Aktionen und Aktivitäten verfügen, in viel größerem Umfang auch für Bildungsarbeit einsetzen? Ich plädiere, über folgendes nachzudenken: Überlegt bitte, wie in der jetzigen Situation, wo die Frage nach Krieg und Frieden so zugespitzt steht, wieder stärker Aktivitäten von unten, mit Hilfe der LINKEN und Mitglieder der LINKEN entwickelt werden können.

Ein letzter Gedanke: Eine Partei Die LINKE, die keine Anti-Kriegs-Partei ist, macht sich meiner Meinung nach sofort und ganz schnell überflüssig.

Zu den Aktionen der Friedensbewegung: der Friedenswinter 2014/2015 und die Perspektive der Friedensbewegung

Ich will noch einmal etwas zur Debatte über die oder über verschiedene Teile einer Friedensbewegung sagen. Ich bin, glaube ich, einer der am meisten Geprügelten in den Diskussionen und Aktionen um den Friedenswinter. Und was wir hier auf diesem Podium als zugespitzte Kontroverse erleben, das spiegelt eine Realität wieder, mit der wir uns auseinander setzen müssen. Und wir müssen uns überlegen, wie wir mit dieser Realität umgehen. Der erste Punkt zum Umgang mit dieser Realität ist, diese zu erkennen und zu versuchen, eine Form der Solidarität in dieser Auseinandersetzung wieder zu entwickeln – wie wir sie schon einmal gehabt haben. Jetzt müssen wir uns angesichts der Kriegsgefahr überlegen – und wir diskutieren nicht in einem luftleeren Raum oder weil es so schön ist oder weil wir nichts Besseres zu tun haben, sondern wir sind hier, weil wir um den Frieden in dieser Welt fürchten und wissen was Krieg bedeutet – wie wir mit dieser Position umgehen und was wir entwickeln können, um Schritte aus dieser Konfrontation herauszuziehen. Unterbleiben sollten Diffamierungen, online und offline. Diffamierungen kommen – und so sollte es wieder werden – nur vom Gegner, von den Kriegsbeifürwortern, den politischen oder die diese Politik beschreibenden sogenannten Qualitätsmedien.

Und dann will ich mal drei Punkte sagen, die für mich nicht in Fragen kommen:

1. Für mich kommt erstens nicht in Frage, die sich etabliert habenden, in neuen Strukturen zusammen arbeitenden Reste/ Aktiven der ehemaligen Montagsmahnwachen vom Frühjahr 2014, weil irgendwann sie irgendwer als Grenzgänger bezeichnet hat, auszugrenzen. Das kommt für mich nicht in Frage. Sie

sind ein aktiver, junger Teil der Friedensbewegung und gehören zu uns und haben spätestens in Ramstein vor einer Woche bewiesen, was sie mit bewegen können – auf friedenspolitischer Grundlage. Ich spreche bewusst von ehemaliger Mahnwachen-Bewegung, nicht nur weil sie zur Zeit auch keine große Anzahl von Menschen mobilisieren kann, sondern weil ihre spontanen dezentralen Strukturen vom März/Mai 2014 sich entwickelt haben. Lokale Gruppen änderten ihren Namen, mehrere bundesweite Vernetzungen entstanden. Dabei **ist sicher der sich um „Wanfried“ (Tagungsort) gebildete der größte** und uns am nächsten stehender Zusammenschluss. Wesentliche friedenspolitische Grundaussagen sind zu mindestens kompatibel. Sie sind ein aktiver Partner in den Aktionen gegen Ramstein. Interessant ist aber auch der, u.a. von den Freidenkern initiierte Zusammenschluss aus Teilen der alten Friedensbewegung und Teilen aus den alten Mahnwachen-Strukturen, die sich die Kritik und Abschaffung der NATO als wesentliches Aufgabengebiet gestellt haben. Bundesweite Zusammenschlüsse, wie Friedensfusion, endgame (lokal sehr unterschiedlich) sind sich in vielen Punkten zu kritisieren, aber Diskussionen mit ihnen (mindestens mit Menschen, die dort aktiv sind) würde ich ungern abbrechen. Diese Vielfalt **führt bei mir dazu, den Begriff der „Montagsmahnwachen“ kaum und wenn,** dann nur in gedachten Anführungszeichen zu verwenden. Die Zeit hat auch hier einiges wenn nicht vieles verändert. Es ist bezeichnend, dass die Kritiker dies nicht zur Kenntnis nehmen.

2. Für mich kommt als Zweites nicht in Frage: Auf die Friedensbewegung, wie sie sich in den letzten 20 Jahren entwickelt hat, in der scharfen Auseinandersetzung mit den Kriegsbefürwortern im Jugoslawien-Krieg, zu verzichten. Das Nein zum Krieg – wie verlogen, demagogisch er auch immer begründet wird – ist eigentlich die Grundlage dieser Friedensbewegung, wie sie heute noch existiert. Diese Friedensbewegte haben nämlich Mut bewiesen, als Sozialdemokraten und Grüne ins Kriegslager übergelaufen sind und wir alleine standen. Wir haben damals viele, auch gute FreundInnen verloren – sei es auch nur in die Passivität. Die geschwächte, ja teilweise gespaltene, auch demotivierte Friedensbewegung ist auf die Straße gegangen und hat die Stimme immer wieder gegen den Krieg erhoben. Sie arbeitet aktiv bis heute. Sie hat eine hohe Kompetenz. Sie hat eine gute Infrastruktur. Sie ist nicht besonders mobilisierungsfähig. Sie ist ein bisschen gealtert, auch ein bisschen verkrustet und ein bisschen nach innen gerichtet, aber sie ist wichtig. Wir brauchen sie, wenn wir etwas Neues entwickeln wollen. Wir brauchen sie, um weiter zu kommen.
3. Was sind denn drittens Punkte, auf welche wir uns verständigen können? Dabei müssen beide Seiten, die sich in dem Friedenswinter scheinbar antagonistisch gegenüberstanden, ein bisschen springen. Verständigen können wir uns, **glaube ich, auf weitere Aktionen: „Von deutschen Boden darf kein Krieg ausgehen“.** Dies kann ein einigender Kristallisationspunkt sein. Jetzt dürfen wir beide Sei-

ten, die ich versucht habe zu skizzieren, nicht überfordern. Wir müssen versuchen, über kluge Bündnisse, über Personen und Organisationen für Sach-Friedens-Angelegenheiten zu gemeinsamen Aktionen zu kommen. Mir scheint, **dass das, was wir in Ramstein mit dem „Personen und Unterstützer-Aufruf“** entwickelt haben, eine gute Grundlage ist. Und das sollten wir ausbauen und wir sollten auch überlegen, wie wir das entwickeln können für Kalkar, für Grafenwöhr, für Büchel, für die vielen anderen Orte in diesem Lande, wo es um Krieg und Frieden geht. Keinen überfordern, sondern Gemeinsamkeiten suchen und darum ringen, dass sich diese in Aktionen zum Ausdruck bringen. Und wir haben in Ramstein vor 14 Tagen bewiesen, dass es geht. Noch nicht mit allen, aber mit mehr als in der Vergangenheit. Und in diese Richtung möchte ich plädieren, in Anerkennung des Grundkonflikts, den wir nicht sofort überwinden werden, weiter zu gehen und nächste Schritte zu suchen. Und mit einer neuen Ausstrahlungskraft, die ein solches Bündnis erreichen kann, kommen wir dann auch weiter in Richtung, Partner bei Gewerkschaften, Kirchen und Umweltorganisationen zu finden. Nur eine eigenständig aktionsfähige Friedensbewegung gewinnt Partnerinnen und Partner.

Fazit ist für mich: wir müssen den so schwierigen Versuch des Brückenbauens wagen, in einer Situation, die ich selber - auch emotional - als so festgefahren und als so kompliziert überwindbar empfinde wie selten zuvor in den mehr als 30 Jahren, die ich dabei bin. Ich wende



mich an alle, auf diesem komplizierten Weg des Wieder-Aufeinander-Zugehens mitzuhelfen, ohne den Anderen oder die Andere zu überfordern, die nächsten Schritte zu machen und dann wirklich zu weiteren großen Aktionen zu kommen, die wir so dringend brauchen, wie irgendetwas. Und jede gemeinsame große Aktion und größere Aktion erhöht natürlich die Attraktivität und die Gemeinsamkeit für weitere Schritte: Diesen Weg müssen wir gehen. Das ist der einzige, der mir einfällt, damit das halbwegs erfolgreich funktionieren kann.

Vom 05. bis 08. September 1915 kam in dem Schweizer Dorf Zimmerwald bei Bern die erste sozialistische Konferenz von Internationalistinnen und Internationalisten gegen den Krieg zusammen. An ihr nahmen 38 Delegierte aus 12 Delegationen aus Ländern und Regionen teil. Einstimmig verabschiedeten sie das Zimmerwalder Manifest, nachdem der Resolutionsentwurf der „Zimmerwalder Linken“ mit 19 zu 12 Stimmen abgelehnt worden war. Doch gelang es, wie Lenin später schrieb, im Manifest, das an „Inkonsequenz und Halbheit“ leide, „eine Reihe grundlegender Gedanken des revolutionären Marxismus durchzusetzen.“ (Lenin Werke Bd. 21, S. 390).

Zimmerwalder Manifest

Proletarier Europas! Mehr als ein Jahr dauert der Krieg. Millionen von Leichen bedecken die Schlachtfelder, Millionen von Menschen wurden für ihr ganzes Leben zu Krüppeln gemacht.

Europa gleicht einem gigantischen Menschenschlachthaus. Die ganze, durch die Arbeit vieler Generationen geschaffene Kultur ist der Verwüstung geweiht. Die wildeste Barbarei feiert heute ihren Triumph über alles, was bis jetzt den Stolz der Menschheit ausmachte.

Welches auch immer die Wahrheit über die unmittelbare Verantwortung für den Ausbruch dieses Krieges sei – das eine steht fest: Der Krieg, der dieses Chaos erzeugte, ist die Folge des Imperialismus, des Strebens der kapitalistischen Klassen jeder Nation, ihre Profitgier durch die Ausbeutung der menschlichen Arbeit und der Naturschätze des ganzen Erdballs zu nähren.

Wirtschaftlich rückständige oder politisch schwache Nationen fallen dabei der Unterjochung durch die Großmächte anheim, die in diesem Kriege versuchen, die Weltkarte ihrem Ausbeutungsinteresse entsprechend mit Blut und Eisen neu zu gestalten.

So droht ganzen Völkern und Ländern, wie Belgien, Polen, den Balkanstaaten, Armenien, das Geschick, als Beutestücke im Spiel der Kompensationen, ganz oder in Teile zerrissen, annektiert zu werden.

Die treibenden Kräfte des Krieges treten in seinem Verlauf in ihrer ganzen Niedertracht hervor. Fetzen um Fetzen jenes Schleiers fällt, mit dem der Sinn dieser Weltkatastrophe vor dem Bewusstsein der Völker verhüllt wurde.

Die Kapitalisten aller Länder, die aus dem vergossenen Blut des Volkes das rote Gold der Kriegsgewinne münzen, behaupten, der Krieg diene der Verteidigung des

Vaterlandes, der Demokratie, der Befreiung unterdrückter Völker.

Sie lügen. In Tat und Wahrheit begraben sie auf den Stätten der Verwüstung die Freiheit des eigenen Volkes mitsamt der Unabhängigkeit anderer Nationen.

Neue Fesseln, neue Ketten, neue Lasten entstehen, und das Proletariat aller Länder, der siegreichen wie der besiegten, wird sie zu tragen haben. Hebung des Wohlstandes ward beim Ausbruch des Krieges verkündet – Not und Entbehrung, Arbeitslosigkeit und Teuerung, Unterernährung und Volksseuchen sind das wirkliche Ergebnis.

Auf Jahrzehnte hinaus werden die Kriegskosten die besten Kräfte der Völker verzehren, die Errungenschaften der sozialen Reformen gefährden und jeden Schritt nach vorwärts verhindern.

Kulturelle Verödung, wirtschaftlicher Niedergang, politische Reaktion – das sind die Segnungen dieses gräuervollen Völkerringens.

So enthüllt der Krieg die nackte Gestalt des modernen Kapitalismus, der nicht nur mit den Interessen der Arbeitermassen, nicht nur mit den Bedürfnissen der geschichtlichen Entwicklung, sondern mit den elementaren Bedingungen der menschlichen Gemeinschaft unvereinbar geworden ist.

Die herrschenden Gewalten der kapitalistischen Gesellschaft, in deren Händen das Geschick der Völker ruhte, die monarchischen wie die republikanischen Regierungen, die Geheimdiplomatie, die mächtigen Unternehmerorganisationen, die bürgerlichen Parteien, die kapitalistische Presse, die Kirche – sie alle tragen das volle Gewicht der Verantwortung für diesen Krieg, welcher aus der sie nährenden und von ihnen geschützten Gesellschaftsordnung entstanden ist und für ihre Interessen geführt wird.

Arbeiter! Ausgebeutet, entrechtet, missachtet nannte man euch beim Ausbruch des Krieges, als es galt, euch auf die Schlachtbank, dem Tode entgegenzuführen, Brüder und Kameraden. Und jetzt, da euch der Militarismus verkrüppelt, zerfleischt, erniedrigt und vernichtet, fordern die Herrschenden von euch die Preisgabe eurer Interessen, eurer Ziele, eurer Ideale, mit einem Wort: die sklavische Unterordnung unter den Burgfrieden.

Man beraubt euch der Möglichkeit, eure Ansichten, eure Gefühle, euren Schmerz zu äußern, man verwehrt es euch, eure Forderungen zu erheben und sie zu vertreten.

Die Presse geknebelt, die politischen Rechte und Freiheiten mit Füßen getreten – so herrscht heute Militärdiktatur mit eiserner Faust.

Diesem Zustand, der die gesamte Zukunft Europas und der Menschheit bedroht, können und dürfen wir nicht weiter tatenlos gegenüberstehen. Jahrzehntelang hat das sozialistische Proletariat den Kampf gegen den Militarismus geführt. Mit wach-

sender Besorgnis beschäftigten sich seine Vertreter auf ihren nationalen und internationalen Tagungen mit der aus dem Imperialismus immer bedrohlicher hervorgehenden Kriegsgefahr.

Zu Stuttgart (1907), zu Kopenhagen (1910), zu Basel (1912) haben die internationalen sozialistischen Kongresse den Weg gezeichnet, den das Proletariat zu betreten hat.

Sozialistische Parteien und Arbeiterorganisationen verschiedener Länder, die diesen Weg mitbestimmten, haben die daraus fließenden Verpflichtungen seit Beginn des Krieges missachtet. Ihre Vertreter haben die Arbeiterschaft zur Einstellung des Klassenkampfes, des einzig möglichen und wirksamen Mittels der proletarischen Emanzipation, aufgefordert.

Sie haben den herrschenden Klassen die Kredite zur Kriegsführung bewilligt, sie haben sich den Regierungen zu den verschiedensten Diensten zur Verfügung gestellt, sie haben durch ihre Presse und ihre Sendboten die Neutralen für die Regierungspolitik ihrer Länder zu gewinnen versucht, sie haben den Regierungen sozialistische Minister als Geiseln zur Wahrung des Burgfriedens ausgeliefert,

und damit haben sie vor der Arbeiterklasse, vor ihrer Gegenwart und ihrer Zukunft die Verantwortung für diesen Krieg, für seine Ziele und Methoden übernommen. Und wie die einzelnen Parteien, so versagte die berufenste Vertretung der Sozialisten aller Länder: das internationale sozialistische Büro.

Diese Tatsachen haben es mitverschuldet, dass die internationale Arbeiterklasse, die der nationalen Panik der ersten Kriegsperiode nicht anheimfiel oder sich davon befreite, noch bis jetzt, im zweiten Jahre des Völkermordens, keine Mittel und Wege fand, um den tatkräftigen Kampf für den Frieden gleichzeitig in allen Ländern aufzunehmen.

In dieser unerträglichen Lage haben wir, die Vertreter der sozialistischen Parteien, Gewerkschaften und ihrer Minderheiten, wir Deutsche, Franzosen, Italiener, Russen, Polen, Letten, Rumänen, Bulgaren, Schweden, Norweger, Holländer und Schweizer, wir, die nicht auf dem Boden der nationalen Solidarität mit der Ausbeuterklasse, sondern auf dem Boden der internationalen Solidarität des Proletariats und des Klassenkampfes stehen, uns zusammengefunden, um die zerrissenen Fäden der internationalen Beziehungen neu zu knüpfen und die Arbeiterklasse zur Selbstbesinnung und zum Kampfe für den Frieden aufzurufen.

Dieser Kampf ist der Kampf für die Freiheit, für die Völkerverbrüderung, für den Sozialismus. Es gilt, dieses Ringen um den Frieden aufzunehmen, für einen Frieden ohne Annexionen und Kriegsentschädigungen.

Ein solcher Friede aber ist nur möglich unter Verurteilung jedes Gedankens an eine Vergewaltigung der Rechte und Freiheiten der Völker. Weder die Besetzung von

ganzen Ländern noch von einzelnen Landesteilen darf zu ihrer gewaltsamen Einverleibung führen.

Keine Annexion, weder eine offene, noch eine maskierte, auch keine zwangsweise wirtschaftliche Angliederung, die durch politische Entrechtung nur noch unerträglicher gemacht wird.

Das Selbstbestimmungsrecht der Völker muss unerschütterlicher Grundsatz in der Ordnung der nationalen Verhältnisse sein.

Proletarier! Seit Ausbruch des Krieges habt ihr eure Tatkraft, euren Mut, eure Ausdauer in den Dienst der herrschenden Klassen gestellt. Nun gilt es, für die eigene Sache, für die heiligen Ziele des Sozialismus, für die Erlösung der unterdrückten Völker wie der geknechteten Klassen einzutreten durch den unversöhnlichen proletarischen Klassenkampf.

Aufgabe und Pflicht der Sozialisten der kriegführenden Länder ist es, diesen Kampf mit voller Wucht aufzunehmen, Aufgabe und Pflicht der Sozialisten der neutralen Staaten, ihre Brüder in diesem Ringen gegen die blutige Barbarei mit allen wirksamen Mitteln zu unterstützen.

Niemals in der Weltgeschichte gab es eine dringendere, eine höhere, eine erhabener Aufgabe, deren Erfüllung unser gemeinsames Werk sein soll. Kein Opfer zu groß, keine Last zu schwer, um dieses Ziel: den Frieden unter den Völkern zu erreichen.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Mütter und Väter! Witwen und Waisen! Verwundete und Verkrüppelte! Euch allen, die ihr vom Kriege und durch den Krieg leidet, rufen wir zu: Über die Grenzen, über die dampfenden Schlachtfelder, über die zerstörten Städte und Dörfer hinweg,

Proletarier aller Länder vereinigt euch!

Zimmerwald (Schweiz), im September 1915

Im Namen der internationalen sozialistischen Konferenz:

Für die deutsche Delegation: Georg Ledebour, Adolf Hoffmann;

für die französische Delegation: A. Bourderon, A. Merrheim;

für die italienische Delegation: G.E. Modigliani, Constantino Lazzari;

für die russische Delegation: N. Lenin, Paul Axelrod, M. Bobrow;

für die polnische Delegation: St. Lapinski, A. Warski, Cz. Hanecki;

für die interbalkanische sozialistische Föderation: im Namen der rumänischen Delegation: C. Rakowski, im Namen der bulgarischen Delegation: Wassil Kolarow;

für die schwedische und norwegische Delegation: Z. Höglund, Ture Nerman;

für die holländische Delegation: H. Roland-Holst;

für die schweizerische Delegation: Robert Grimm, Charles Name

Vorschlag der Resolution (der Zimmerwalder Linken) über: Weltkrieg und die Aufgaben der Sozialdemokratie¹

Der Weltkrieg, der seit einem Jahre Europa verwüstet, ist ein imperialistischer Krieg, der um die politische und ökonomische Ausbeutung der Welt, um Absatzmärkte, Rohstoffquellen, Kapitalanlagegebiete usw. geführt wird. Er ist ein Produkt der kapitalistischen Entwicklung, die gleichzeitig die ganze Welt zur Weltwirtschaft verknüpft und selbständige, national-staatliche Kapitalistengruppen mit gegensätzlichen Interessen bestehen lässt.

Wenn die Bourgeoisie und die Regierungen diesen Charakter des Weltkrieges zu verhüllen suchen, indem sie behaupten, es handle sich um einen aufgedrungenen Kampf um die nationale Unabhängigkeit, so ist das eine Irreführung des Proletariats, da der Krieg eben um die Unterdrückung fremder Völker und Länder geführt wird. Ebenso lügnerisch sind die Legenden über die Verteidigung der Demokratie in diesem Kriege, da der Imperialismus die rücksichtsloseste Herrschaft des Großkapitals und die politische Reaktion bedeutet.

Die Überwindung des Imperialismus ist nur durch die Auflösung der Gegensätze möglich, die ihn erzeugt haben, das heißt durch die sozialistische Organisation des kapitalistischen Kulturkreises, wozu die objektiven Verhältnisse schon reif sind.

Beim Ausbruch des Krieges hatte die Mehrheit der Arbeiterführer diese einzig mögliche Losung dem Imperialismus nicht gegenübergestellt. Vom Nationalismus befangen, vom Opportunismus zerfressen, hat sie im Moment des Weltkrieges das Proletariat dem Imperialismus ausgeliefert, die Grundsätze des Sozialismus und damit den wirklichen Kampf um die Interessen des Proletariats preisgegeben.

Der Sozialpatriotismus und Sozialimperialismus, auf deren Standpunkt in Deutschland sowohl die offen patriotische Mehrheit der früheren sozialdemokratischen Führer, wie auch das sich oppositionell gebärdende Zentrum der Partei um Kautsky, stehen, zu dem in Frankreich und Österreich die Mehrheit, in England und Russland ein Teil der Führer (Hyndman, die Fabier, die Trade-Unionisten, Plechanow, Rubanowicz, die Gruppe Nasche Djelo) sich bekennen, ist für das Proletariat ein gefährlicherer Feind als die bürgerlichen Apostel des Imperialismus, da er,

¹ Nach *Vorbote*, Heft 1 (Januar 1916), S. 5 f. Diese Resolution wurde auf der Zimmerwalder Internationalen Konferenz von den Vertretern des Zentralkomitees der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands, des Landesvorstandes der Sozialdemokratie Russisch-Polens, des Zentralkomitees der sozialdemokratischen Partei Lettlands, des schwedisch-norwegischen Ungdomverbandes, einem deutschen und einem schweizerischen Delegierten eingebracht. Nach der Konferenz erklärten die «Internationalen Sozialisten Deutschlands» (ISD) und die Sozialdemokratische Partei Hollands (SDP – «Tribunisten»), dass sie auf dem Boden der Resolution stehen. Der Soz. Rev. Verband in Holland hat sich auf Anregung der Genossin Roland Holst der Resolution angeschlossen.

Siehe auch: Die Zimmerwalder Bewegung, Protokolle und Korrespondenz, Hrsg. Horst Lademacher, Mouton, Den Haag, Paris 1967, Band 1: Protokolle, S. 117-123.

die Flagge des Sozialismus missbrauchend, die unaufgeklärte Arbeiterschaft irreführen kann. Der rücksichtslose Kampf gegen den Sozialimperialismus bildet die erste Vorbedingung zur revolutionären Mobilisation des Proletariats und der Wiederaufrichtung der Internationalen.

Es ist die Aufgabe der sozialistischen Parteien wie der sozialistischen Oppositionen in den nunmehr sozialimperialistischen Parteien, die Arbeitermassen zum revolutionären Kampfe gegen die kapitalistischen Regierungen um die Eroberung der politischen Macht, zwecks sozialistischer Organisation der Gesellschaft, zu rufen und zu führen.

Ohne den Kampf um jeden Fuß Boden im Rahmen des Kapitalismus, um jede das Proletariat stärkende Reform aufzugeben, ohne auf irgendwelche Mittel der Organisation und Aufrüttelung zu verzichten, haben umgekehrt die revolutionären Sozialdemokraten alle die Kämpfe, alle von unserm Minimalprogramm geforderten Reformen auszunützen, um diese Kriegskrise wie jede soziale und politische Krise des Kapitalismus zu verschärfen, zu einer Attacke auf seine Grundlagen zu erweitern. Indem dieser Kampf unter der Losung des Sozialismus geführt wird, wird er die Arbeitermassen unzugänglich machen für die Losungen der Unterdrückung eines Volkes durch das andere, wie sie in der Aufrechterhaltung der Herrschaft einer Nation über die andere, in dem Schrei nach neuen Annexionen zum Ausdruck kommen, wird er sie taub machen für die Lockungen der nationalen Solidarität, die die Proletarier auf die Schlachtfelder geführt hat.

Den Auftakt zu diesem Kampf bildet der Kampf gegen den Weltkrieg, für die schleunige Beendigung des Völkergemetzels. Dieser Kampf erfordert die Ablehnung der Kriegskredite, den Austritt aus den Ministerien, die Denunzierung des kapitalistisch-antisozialistischen Charakters des Krieges von den Tribünen der Parlamente, in den Spalten der legalen und, wo nötig, illegalen Presse, die schroffste Bekämpfung des Sozialpatriotismus und die Ausnutzung jeder durch die Kriegsfolgen (Not, große Verluste usw.) verursachten Bewegungen des Volkes zur Organisation von Straßendemonstrationen gegen die Regierungen, die Propaganda der internationalen Solidarität in den Schützengräben, die Förderung der ökonomischen Streiks, das Bestreben, sie bei günstigen Bedingungen in politische zu verwandeln. «Burgkrieg, nicht Burgfriede ist die Losung!»²

Gegenüber allen Illusionen, dass es möglich wäre, durch irgendwelche Beschlüsse der Diplomatie und der Regierungen die Grundlagen eines dauernden Friedens, den Beginn der Abrüstung herbeizuführen, haben die revolutionären Sozialdemokraten den Volksmassen immer wieder zu sagen, dass nur die soziale Revolution den dauernden Frieden wie die Befreiung der Menschheit verwirklichen kann.

² Diese Worte sind dem Briefe eines hervorragenden Führers der deutschen Opposition an die Zimmerwalder Konferenz entnommen.

Burgkrieg, nicht Burgfrieden!
**Karl Liebknecht, Brief an die »Internationale Sozialistische
Konferenz Bern« in Zimmerwald¹**

Liebe Genossen!

2.9.15

Verzeiht wenige, eilige Zeilen.

Ich bin vom Militarismus gefangen, gefesselt. So kann ich nicht zu Euch kommen. Mein Herz, mein Kopf, meine ganze Seele ist dennoch bei Euch.

Ihr habt zwei ernste Aufgaben. Eine harte der rauhen Pflicht und eine heilige der enthusiastischen Begeisterung und Hoffnung.

Abrechnung, unerbittliche Abrechnung mit den Fahnenflüchtigen und Überläufern der Internationale in Deutschland, England, Frankreich und anderwärts.

Gegenseitige Verständigung, Ermutigung, Anfeuerung der Fahmentreuen, die entschlossen sind, keinen Fußbreit vor dem internationalen Imperialismus zu weichen, mögen sie auch als Opfer fallen. Und Ordnung in den Reihen dieser zu schaffen, die auszuharren entschlossen sind, auszuharren und zu kämpfen – den Fuß fest am Male des internationalen Sozialismus.

Die Prinzipien unserer Stellung zum Weltkrieg, als Spezialfall der Prinzipien unsrer **Stellung zur kapitalistischen Gesellschaftsordnung, gilt's kurz zu klären: kurz** – so hoffe ich! Denn hier sind wir alle, seid ihr alle einig, müssen wir uns einig sein.

Die taktischen Folgerungen aus diesen Prinzipien gilt's vor allem zu ziehen – rücksichtslos, für alle Länder!

Burgkrieg, nicht Burgfrieden!

Internationale Solidarität des Proletariats über, gegen pseudonationale, pseudopatriotische Klassenharmonie; internationaler Klassenkampf über Staatenkrieg, gegen Staatenkrieg. Internationaler Klassenkampf für den Frieden, für die sozialistische Revolution.

Wie's zu kämpfen gilt, muss festgelegt werden. Nur im Zusammenwirken, nur in der Wechselwirkung von einem Land zum andern sich gegenseitig steigernd, können die möglichsten Kräfte entfaltet, die erreichbaren Erfolge erzielt werden.

Die Freunde jedes Landes haben die Hoffnungen und Aussichten der jedes andern Landes mit in der Hand. Ihr französischen und Ihr deutschen Sozialisten vor allem seid einander Schicksal. Ihr französischen Freunde, ich beschwöre Euch, lasst

¹ Quelle: Die Zimmerwalder Bewegung. Protokolle und Korrespondenz, Hrsg. Horst Lademacher, Bd. 1, Protokolle, 1967 Mouton, Den Haag, Paris, S. 55f

Euch nicht von der Phrase der nationalen Einmütigkeit – dagegen seid Ihr gefeilt! –, aber auch nicht von der ebenso gefährlichen der Parteienmütigkeit fangen. Jeder Protest dagegen, jede Kundgebung Eurer Ablehnung der regierungsoffiziösen Politik, jedes kühne Bekenntnis zum Klassenkampf, zur Solidarität mit uns, zum proletarischen Friedenswillen, stärkt unsern Kampfgeist, verzehnfacht unsere Kraft, im gleichen Sinn in Deutschland zu wirken, für das Proletariat der Welt, für seine ökonomische und politische Befreiung, für seine Befreiung aus den Fesseln des Kapitalismus, aber auch aus den Ketten des Zarismus, des Kaisertums, des Junkertums, des Militarismus, des nicht minder internationalen Militarismus; zu kämpfen in Deutschland für die politische und soziale Erlösung des deutschen Volkes, gegen die Macht- und Ländergier der deutschen Imperialisten – für einen baldigen Frieden ohne Eroberungen und Vergewaltigung, für einen Frieden, der auch das unglückselige Belgien, die Nische der Länder, frei und unabhängig wiederherstellt und Frankreich dem französischen Volk zurückgibt.

Französische Brüder – wir kennen die besonderen Schwierigkeiten Eurer tragischen Lage und bluten mit Euch wie mit der gepeinigten und gesteinigten Masse aller Völker. Euer Unglück ist unser Unglück, wie wir wissen, dass unser Schmerz Euer Schmerz ist.

Lasst unsren Kampf Euren Kampf sein. Helft uns, wie wir Euch zu helfen geloben.

Die neue Internationale wird erstehen auf den Trümmern der alten; nur auf den Trümmern der alten kann sie erstehen, auf neuen, festeren Fundamenten. Ihr Freunde, Sozialisten aus allen Ländern habt den Grundstein heute für den Zukunftsbau zu legen. Haltet unversöhnlich Gericht über die falschen Sozialisten! Peitscht die Wankenden und Zögernden in allen Ländern, auch und besonders die in Deutschland, rücksichtslos voran!

Die Größe des Ziels wird Euch über die Enge und Kleinheit des Tages, über das Elend dieser entsetzlichen Tage hinausheben.

Es lebe der Völkerfriede der Zukunft! Es lebe der Antimilitarismus! Es lebe der internationale, der völkerbefreiende, der revolutionäre Sozialismus!

Proletarier aller Länder – vereinigt euch wieder!

Karl Liebknecht

Vermerk im Protokoll der Konferenz: „(Verlesung durch Grimm ruft große Begeisterung hervor)“.

Rosa Luxemburg über die Zimmerwalder Konferenz von Siegfried Ransch

Vor Zimmerwald

Rosa Luxemburg war im Gefängnis und nicht in die Vorbereitung der Internationalen Sozialistischen Konferenz in Zimmerwald einbezogen.

Im April 1915 hatte Rosa Luxemburg „Die Krise der Sozialdemokratie“ (unter dem Pseudonym Junius) verfasst; erschienen 1916. Diese Schrift enthält ihre Grundpositionen zum imperialistischen Krieg, zur SPD als Kriegspartei, zum Zusammenbruch der II. Internationale und zu den künftigen Aufgaben von revolutionären Sozialisten¹.

Von Lenin wurde Juni/Juli 1915 eine Analyse „Der Zusammenbruch der II. Internationale“ veröffentlicht².

Beide Schriften zeigen eindeutig, dass Lenin und Luxemburg bei der Beurteilung des Zusammenbruchs der II. Internationale übereinstimmten. Ohne jeden Zweifel gilt: Hätte Rosa Luxemburg Gelegenheit gehabt, mit Karl Liebknecht gemeinsam einen Brief nach Zimmerwald zu richten, er wäre sicher im Sinne des Liebknechtbriefes und der Junius-Schrift ausgefallen.

Nach Zimmerwald

Gerade weil Rosa Luxemburg bei der Beurteilung von Zimmerwald von den Grundpositionen der revolutionären Linken **ausging, die im „Manifest“ nicht dominierten**, gerade deshalb schätzte sie die Ergebnisse von Zimmerwald zunächst gering.

Wahrscheinlich kannte sie zu diesem Zeitpunkt noch nicht die beiden (am 11. Oktober 1915 veröffentlichten) Artikel von Lenin zu Zimmerwald:

„Ein erster Schritt“ und

„Die revolutionären Marxisten auf der Internationalen Sozialistischen Konferenz vom 5.-8. September 1915“.

Aus „Ein erster Schritt“ hier ein Zitat:

„Langsam zwar schreitet in der Epoche der durch den Krieg verursachten unerhört schweren Krise die Entwicklung der internationalen sozialistischen Bewegung voran, doch immerhin bewegt sie sich unverkennbar in Richtung auf den Bruch mit dem Opportunismus und Sozialchauvinismus. Die Internationale Sozialistische Konferenz in Zimmerwald (Schweiz)... hat das deutlich gezeigt.“³

¹ Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke, Bd.4, S. 49-164, Dietz Verlag Berlin (DDR) 1974

² Lenin Werke, Bd. 21, S. 197-256, Dietz Verlag Berlin (DDR) 1960

³ ebenda S.389

Und weiter: „...dass auf der ersten Internationalen Sozialistischen Konferenz die protestierenden Elemente der Minderheit (in Deutschland, Frankreich, Schweden, Norwegen) vertreten waren, die entgegen den Beschlüssen der offiziellen Parteien handeln, also faktisch auf die Spaltung hinwirken.“⁴

Die Konferenz lehnte zwar mit 19 gegen 12 Stimmen den Resolutionsentwurf der revolutionären Linken ab, aber ihr Entwurf eines Manifestes wurde zusammen mit zwei anderen Entwürfen der Kommission zur Ausarbeitung eines gemeinsamen Manifests überwiesen. Das angenommene Manifest „zeigt klar, dass es gelungen ist, eine Reihe grundlegender Gedanken des revolutionären Marxismus durchzusetzen. ...Das angenommene Manifest bedeutet faktisch einen Schritt vorwärts zum ideologischen und praktischen Bruch mit dem Opportunismus und Sozialchauvinismus. Zugleich aber leidet dieses Manifest...an Inkonsequenz und Halbheit.“⁵



Nun folgt bei Lenin die Analyse der Halbheiten: „Sollte unser Zentralkomitee das an Inkonsequenz und Ängstlichkeit leidende Manifest unterschreiben? Wir glauben, ja. Unsere abweichende Meinung – die abweichende Meinung nicht nur des Zentralkomitees, sondern des gesamten

linken, internationalen, revolutionär-marxistischen Teils der Konferenz – wird offen bekundet... Wir haben aus unseren Auffassungen, unseren Losungen und unserer Taktik nicht den geringsten Hehl gemacht... Dass dieses Manifest einen Schritt vorwärts macht zum wirklichen Kampf gegen den Opportunismus, zur Spaltung und zum Bruch mit dem Opportunismus, ist eine Tatsache. Es wäre Sektierertum,

⁴ ebenda S.389

⁵ ebenda S.390

wollte man darauf verzichten, gemeinsam mit der Minderheit der Deutschen, Franzosen, Schweden, Norweger und Schweizer diesen Schritt vorwärts zu machen, solange wir uns die volle Freiheit und die volle Möglichkeit wahren, die Inkonsistenz zu kritisieren und mehr anzustreben.“⁶

Im anderen Artikel zur Konferenz erwähnt Lenin noch einen wichtigen Vorgang während ihrer Vorbereitung: „Die Ironie der Geschichte fügte es so, dass gerade Kautsky und seine Freunde, die direkt versucht hatten, Grimm die Einberufung der Konferenz aus den Händen zu nehmen, die direkt versucht hatten, die Konferenz der Linken zu sprengen (Kautskys nächste Freunde machten sogar Reisen zu diesem Zweck, was von Grimm dann auf der Konferenz enthüllt wurde), dass gerade sie die Konferenz nach links drängten.“⁷

Waren Rosa Luxemburg gegen Ende 1915 die anderen Materialien bekannt, die von der Gruppe um Lenin in Zimmerwald vorgelegt wurden? Kannte sie den von Lenin, Sinowjew, Radek, Rakowski u.a. eingebrachten Resolutionsentwurf und den Entwurf eines Manifestes? Zu den Konferenzmaterialien gehörte auch die Broschüre von Lenin und Sinowjew „Sozialismus und Krieg“; sie lag sogar in deutscher Sprache vor.

Wahrscheinlich kannte Rosa Luxemburg die oben genannten Dokumente kurz nach Abschluss der Konferenz nicht. Ihre ablehnende Haltung hält bis Ende 1915 an. Anfang Dezember 1915 „hört“ Rosa Luxemburg, noch im Gefängnis, von der Vorbereitung der Reichskonferenz der Gruppe Internationale, die dann am 1. Januar 1916 in Berlin stattfand. Dort sprach Karl Liebknecht und die Leitsätze der internationalen Sozialdemokratie wurden gebilligt.

Sie schreibt: „Unsere Taktik auf dieser Konferenz müsste dahin gehen, nicht etwa die ganze Opposition unter einen Hut zu bringen, sondern umgekehrt aus diesem Brei den kleinen, festen und aktionsfähigen Kern herauszuschälen, den wir um unsere Plattform [eben jene Leitsätze, die auf der Reichskonferenz gebilligt wurden. S.R.] gruppieren können. Mit organisatorischer Zusammenfassung hingegen ist große Vorsicht geboten. Denn alle Zusammenschlüsse der „Linken“ führen nach meiner bitteren langjährigen Parteierfahrung nur dazu, den paar aktionsfähigen Leuten die Hände zu binden...“⁸

Offensichtlich ist: Die „Parteierfahrungen“ von Rosa Luxemburg und Lenin sind die gleichen.

⁶ ebenda S. 393f

⁷ ebenda S. 400

⁸ Rosa Luxemburg, Gesammelte Briefe, Dietz Verlag Berlin (DDR) 1987, S. 93

Den Leitsätzen lag ein Entwurf zu den Junius-Thesen von Rosa Luxemburg zugrunde. In der These 3 nennt sie die Länder, „wo die Parteiführer ihren Pflichten treu geblieben sind: in Russland, Serbien und Italien.“⁹

Spätere Äußerungen von Rosa Luxemburg zeigen, dass sie ihr erstes Urteil über die Zimmerwalder Konferenz veränderte. Bereits im März 1916, vor der Fortsetzung von Zimmerwald in Kiental, hielt sie für die Gruppe "Internationale" fest: „Die russische Fraktion hält sich vorbildlich.“

Ihre Empfehlung lautet nun: „Wir sollen daran teilnehmen, aber unsere Position in schärfster und klarster Weise zum Ausdruck bringen..., dass die L(edebour) und H(offmann) über die Klippe springen" müssen... Die Aufgabe für unsere Delegation: anmelden, dass eine wirkliche Opposition in Deutschland besteht.“¹⁰

Das heißt, hier ist sie ganz auf dem nichtsektiererischen Standpunkt von Lenin.

Grundsätzlich kann man feststellen: Rosa Luxemburg hätte den Brief von Karl Liebknecht an die Zimmerwalder Konferenz gebilligt, vielleicht noch schärfer gefasst. Jedenfalls waren ihre "Thesen" für die Gruppe "Internationale" mit Karl Liebknecht abgestimmt und die zeigen gänzliche Übereinstimmung mit den Positionen der Zimmerwalder Linken um Lenin.

In ihrem Text zur russischen Revolution, kurz vor ihrer Ermordung verfasst und fragmentarisch geblieben, heißt es eindeutig:

„In dieser Situation gebührt denn der bolschewistischen Richtung das geschichtliche Verdienst, von Anfang an diejenige Taktik proklamiert und mit eiserner Konsequenz verfolgt zu haben, die allein die Demokratie retten und die Revolution vorwärtstreiben konnte.“¹¹

⁹ Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke, Bd.4, S. 44

¹⁰ Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke, Bd. 4, S. 168

¹¹ ebenda S. 338

100 Jahre Berner internationale sozialistische Frauenkonferenz für den Frieden 26. bis 28. März 1915¹

von Marga Voigt

Ich möchte den Referaten vom Podium noch ein Wort zu der Berner Frauenfriedenskonferenz im März 1915 hinzufügen. Ich sag es frei heraus: Ich freue mich über jede Zeile, die zu der Berner Konferenz geschrieben wird und über jeden Satz, der in der Öffentlichkeit über sie gesagt wird.

Ich meine, die Berner internationale sozialistische Frauenkonferenz steht zu Unrecht im Schatten der Zimmerwalder Konferenz. Ihre Ergebnisse sind nicht weniger bedeutend als die der Zimmerwalder Linken. Ich freue mich daher, Sie heute auf eine schmale und besondere Spur der Sozialistinnen in der Geschichte des Kampfes um die Beendigung des Krieges aufmerksam machen zu können.

Ihr internationaler Friedenskampf wurde in den sozialdemokratischen Burgfriedens-Parteien der kriegführenden Länder gering geschätzt, ausgegrenzt, unterdrückt und verfolgt. Er gelangte – wenn überhaupt – nur an die Ränder von Geschichts(be)schreibungen.

Für mich war alles neu, als ich vor mehr als vier Jahren begann, mich dem Studium der Briefe Clara Zetkins während des 1. Weltkrieges zu widmen. Mein Forschungsthema sind die Briefe Clara Zetkins – sie sind ein ausführliches und deutlich schönes Zeugnis für den Friedenskampf der Frauen, der Genossinnen der Sozialistischen Fraueninternationale. Sie wurde 1907 gegründet, als der Internationale Sozialistenkongress nach Stuttgart einberufen wurde.

Stuttgart war der politische Wirkungskreis von Clara Zetkin, nachdem sie sich – nach dem Fall des Sozialistengesetzes (1878–1890) – aus dem Pariser Exil wieder in Deutschland ansiedelte. Sie wählte die Hauptstadt des liberaleren Königreiches Württemberg zu ihrem Wohn- und Arbeitssitz, und reiste dorthin – alleinerziehend mit ihren zwei Söhnen, dem siebenjährigen Maxim und dem fünfjährigen Kostja. In Stuttgart war sie Aktivistin der starken Stuttgarter Linken um Friedrich Westmeyer. **Sie war Mitglied der Presskommission bei der „Schwäbischen Tagwacht“, der führenden Zeitung der Württemberger Sozialdemokratie, und redigierte seit 1892 die Frauenzeitschrift „Die Gleichheit“ der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands,** die im Verlag von Johann Heinrich Wilhelm Dietz in Stuttgart, dem Parteiverlag der SPD, gedruckt wurde.

¹ Diese erweiterte Fassung des Beitrages von Marga Voigt entstand in Anlehnung an ihr Referat auf dem Symposium "Erst wenn wir wieder Frieden haben ..." – Die zwei internationalen sozialistischen Frauenkonferenzen Bern 1915 und Stockholm 1917, veranstaltet von der Hellen Panke, 26. September 2015, in Berlin.

Auf der Gründungsversammlung der Sozialistischen Fraueninternationale wurde Clara Zetkin zur vorsitzenden Sekretärin gewählt und die Frauen beschlossen, die Zeitung *Gleichheit* zum Zentralorgan ihrer Internationale zu machen. Sie beriefen die ausländischen Genossinnen zu deren internationalen Korrespondentinnen. In allen Ländern gab es sozialdemokratische Frauenblätter und in den Archiven der europäischen Parteien und sozialen Bewegungen schöpfen wir in den Jahrgängen 1914–1918 Material und Quellen auf den Spuren der sozialistischen Frauenbewegung und ihrer Friedensbewegung während des 1. Weltkrieges, besonders in den neutralen Ländern.

Denn bei aller Forschung und Debatte zur historischen sozialistischen Frauenfriedensbewegung müssen wir uns ins Bewusstsein rufen, dass sie unter den Bedingungen des Burgfriedens, des Belagerungszustandes und der Pressezensur – also illegal – erfolgen musste. Nicht selten, wie im Falle Clara Zetkins, kam zu allem noch die Briefzensur hinzu. Insofern ist – damals wie heute – jeder Fund von klaren Aussagen gegen den Krieg ein Pfund ihrer Kühnheit und ihres Einfallsreichtums, ein Pfund ihrer Klugheit in der Hand der Friedenskämpferinnen von damals und heute.

Eine umfassende Analyse all dessen steht noch aus. Wir werden ihr heute einen Baustein hinzufügen. Clara Zetkins Anteil für die Friedensbewegung der deutschen und europäischen Sozialistinnen war ein Meilenstein, von den europäischen Sozialistinnen geehrt und gewertschätzt. Ihnen allen ging es mit ihren bekannten und weniger bekannten Schriften, Zirkularen, Kundgebungen und ihrem persönlichen Einsatz, immer darum, Friedens-Aktionen auszulösen, immer darum, wie Clara Zetkin es sich zu eigen machte, den jeweiligen Führungen der Sozialdemokratie **„die Verpflichtung einzuschärfen, für den Frieden kräftige Propaganda zu entfalten“**.

Deshalb wurde Clara Zetkin nicht müde, aufzuzeigen, was in anderen Ländern von ihren Genossinnen Sozialistinnen in dieser Beziehung bereits geschehen ist und geschehen wird. Immer wieder legte sie dar, dass die Gründe nicht stichhaltig seien, **auf die sich die deutsche Sozialdemokratie „offiziell beruft, um eine Friedensagitation zu unterlassen“**.

Ihre Schlussfolgerung war, wenn die Sozialdemokratie nichts für den Frieden tut, die Männer im Felde nichts für den Frieden tun können, dann müssen und sollen die Frauen ihre Stimme für den Frieden erheben.

Was nun die Möglichkeiten anbetrifft, mit denen Frauen Friedensagitation betreiben sollen, so kämen für sie **„die verfassungsgemäß zustehenden Rechte und Mittel“ in Betracht. Clara Zetkin dachte in erster Linie daran, dass der Wille des Volkes zum Frieden in Presse und Versammlungen der Regierung zur Kenntnis gebracht werden soll.**

Dass sie persönlich mit ihrem Treiben „zum Ungehorsam gegen Gesetze und zu tätlicher Widersetzlichkeit“ aufgefordert haben soll, hat Clara Zetkin immer entschieden bestritten: auf den beiden Gerichtsvernehmungen im Jahr 1915, die ihr strafbares Verhalten untersuchten und deren Anklageverfahren auf versuchten Landesverrat bis zum Ende des Krieges über ihr „schwebten“.

Erstmals am 16. Juli 1915, wegen ihres Artikels „Für den Frieden“ in der Zeitschrift *Internationale*. Vor dem Untersuchungsrichter brachte sie ihre Einstellung auf folgenden Punkt: „Mein ganzer Artikel ist in der Hauptsache nichts anderes als eine Polemik gegen die Leitung der deutschen Sozialdemokratie, die nicht energisch genug für den Frieden eintritt.“

Und ein zweites Mal, in der Zeit vom 30. Juli – 25. September 1915, vor dem Untersuchungsrichter in Karlsruhe, als sie wegen des Berner Frauen-Friedensmanifestes vom März 1915 vor dem Untersuchungsrichter stand. Da übernahm sie die Verantwortung für den Inhalt und die Drucklegung des Manifestes und sagte deutlich: „Das Flugblatt bezeichnet den Krieg mit Recht als einen kapitalistischen imperialistischen Eroberungskrieg. Er ist es auch.“

Clara Zetkin wurde auf Grund einer Denunziation des sozialdemokratischen Blattes „Volksfreund“ verhaftet. Das berichtete am 17. Juli 1915 von einem Flugblatt an die Frauen, das „in unverantwortlichen Redensarten, mit denen nicht das geringste bezweckt wird und nur die Gemüter erregt werden ... gestern Abend und in der Nacht hier verbreitet worden ist“. Auch in Berlin wären aus dem gleichen Grunde „mehrere Frauen verhaftet worden, die schwer bestraft werden können“, machte der Schreiber Angst.

Das Ergebnis der Denunziation war, dass in den nächsten Tagen 18 Genossinnen und Genossen verhaftet wurden, darunter Clara Zetkin am 29. Juli. Im Bericht über die Verhaftungsumstände, von einem Herrn Klaiber von der Königlich Württembergischen Landespolizeizentralstelle – nach Ersuchen des Untersuchungsrichters des Reichsgerichts – am 11. August 1915 **ausgestellt, geht die Rede von „der bekannten eifrigen und temperamentvollen Führerin des radikalsten Flügels der deutschen Sozialdemokratie“. Sie sei nach einer Hausdurchsuchung in Stuttgart – samt ihrer Redaktionsmitarbeiterin Hanna Buchheim – verhaftet und „mit Schnellzug II. Klasse nach Karlsruhe überführt“ und ins Amtsgerichtsgefängnis verbracht worden.**

Clara Zetkin benutzte den deutschen Gerichtssaal als Bühne zur Aufklärung und Aufrüttelung gegen den Krieg und erklärte unverblümt, dass sie an alle in der gegenwärtigen Situation möglichen Mittel zur Äußerung des Friedenswillens dachte: „in Versammlungen, Sitzungen, in der Presse und in der Agitation von Person zu

Person und in der breitesten Öffentlichkeit“. Sie habe dabei an friedliche Kundgebungen der Frauen auf der Straße „durch Umzüge mit Vorantragung von Fahnen mit Friedensaufschriften“ gedacht. Die Friedensbewegung der Sozialistinnen in Bern war nur auf die Frauen gemünzt, sagte sie vor Gericht:

„Keine Regierung wird jetzt wagen, gegen sie sofort mit blutigen Gewaltmaßregeln vorzugehen. Alle Regierungen müssen deswegen die Erbitterung und Empörung im Lande und draußen im Felde fürchten.“ Aber die Sozialistinnen hätten selbstverständlich die Unterstützung der Männer dabei nicht abgelehnt.

Clara Zetkin schwebte vor, dass die Regierungen aller Länder die Massenkundgebungen der Frauen nicht unbeachtet lassen könnten und zeigte sich überzeugt, **die Regierungen würden dann „ihre Kriegsziele, ihre Geneigtheit zum Frieden“** und ihre Bedingungen für den Frieden kundtun und es könne dann endlich zu Verhandlungen der Regierungen untereinander kommen.

Clara Zetkin ging davon aus, dass die Arbeit der Frauen in der Familie und in der Gesellschaft während des Krieges eine derart erhöhte Bedeutung erlangt hat, dass **der Wille der Frauen zu einem „politischen Faktor“ wird. Und sie erklärte freimütig und ungeschminkt, dass ohne die Mitwirkung der Frauen „der ganze soziale Mechanismus“ längst still gestanden hätte.**

Aus dem hohen tätigen Anteil der Frauen am Funktionieren der Kriegs- und Volkswirtschaft leitete sie die Rechte der Frauen ab, künftig an allen gesellschaftlichen Entscheidungen auch Anteil und Mitwirkung zu haben. Eben auch an künftigen Entscheidungen über Krieg und Frieden. Und deshalb ihre so unermüdliche Willenskundgebung zum Friedensschluss. Sie unterlag, der Krieg dauerte länger als vier Jahre.

Zum Schluss noch einmal die deutliche Ansage von Clara Zetkin als These: Der Kampf für den Frieden muss grundsätzlich vom sozialistischen Standpunkt aus geführt werden.

Was bedeutete das damals? Können die Sozialistinnen von vor einhundert Jahren uns heute Friedensfreundinnen und Ratgeberinnen sein?

Darüber wollen wir in einem Symposium debattieren und uns einen Vormittag und einen Nachmittag Zeit nehmen, ihre Friedens-Kämpfe zu würdigen.

Mit klarem Blick müssen wir aber auch hinsehen, dass sie – die Sozialistinnen-Friedenskämpferinnen – unterlagen! Der Krieg war die bittere Wahrheit. Der Frieden unterlag! Warum?

Und dennoch! Das Ringen der Sozialistinnen gilt es herauszustellen: ihre Klarheit der Erkenntnis über die Ursachen des Krieges, ihren Mut bei der Überwindung übergroßer Schwierigkeiten, ihr Unerschrockensein, über Burgfrieden und Schlachtfelder hinweg; ja, ihren TÄTIGEN Willen zum Frieden überhaupt!

Wer sagt, dass Leidenschaft nur eine emotionale Seite hat. Hat sie nicht ebenso eine geistige, ethische und sittliche Seite? Sind Leidenschaft wie Wissenschaft nicht beide gleichermaßen unentbehrlich für gesellschaftlichen Zusammenhalt? Wenn auseinander driftet, was zusammengehört? – Mann und Frau, Heim und Straße, Stadt und Land, die Güter, Geschichten und Kulturen der Welt?

Clara Zetkin stieg an der Spitze einer sozialistischen Fraueninternationale „in den Ring“ um die Veränderung der Welt zu einem Besseren hin, mit dem Ruf nach der Beteiligung der Frauen daran. Eine ihrer klaren Aussagen im Krieg steht dafür bildhaft, als sie 1917 an Anna Lindhagen in Schweden schrieb:

„Wir verlangen grundsätzlich das Recht zur Mitwirkung an dem Friedenswerk für die Vertretung aller Frauen von allen Regierungen. Da müssen wir das gleiche Recht auch in den eigenen Reihen grundsätzlich fordern und praktisch geltend und wirksam machen.“

Und: **„Gerade weil wir Frauen weibliche Menschen“ sind, schrieb sie, „nicht mißratene, verpfuschte Kopien der Männer“ und „unsere eigenen geistigen und sittlichen Werte für die Betrachtung und Lösung der vorliegenden Probleme“ mitbringen.**

Mir wäre es recht, wenn wir den Impuls der Berner Tagung zu 100 Jahre Zimmerwald Anfang September 2015 wie einen Staffelstab aufnehmen würden, nämlich den Gedanken nach einer zweiten internationalen Zimmerwalder Friedens-Bewegung heute!

Mir wäre – in diesem Berner Sinne – recht, dass wir uns eben nicht nur mit Debatten über Konferenzen zufrieden geben würden, sondern dass wir mit Fragen und **neuen Denkansätzen auseinandergehen, um zusammen „im Ring“ zu bleiben.**

Ich meine: Wir sind längst nicht am Ende der Debatte zur sozialistischen Frauenfriedensbewegung in Geschichte, Gegenwart und Zukunft.

Frauen- und Friedensbewegung sind vielmehr und weiter ein im Gehen zu erkundender Weg.

Grußbotschaft der Robert-Grimm-Gesellschaft¹ an die Tagung „100 Jahre nach der Zimmerwalder Konferenz...“

von Monika Wicki

Sehr geehrte Organisatorinnen und Organisatoren, geschätzte Teilnehmerinnen und Teilnehmer,

die Robert-Grimm-Gesellschaft gratuliert Ihnen herzlich zu dieser beeindruckenden Tagung. Nicht dabei sein zu können ist äußerst bedauerlich.

Sie haben sich für die Tagung eine große Aufgabe vorgenommen: Die Differenzen zu verstehen und die Spaltungen zu überwinden.

Diese Aufgabe hat auch uns am 4./5. September 2015 in Bern beschäftigt. Anlässlich der Tagung **„Gemeinsam für den Frieden: Die Internationale Bewegung der Arbeiterinnen und Arbeiter gegen den Krieg - gestern - heute - morgen“** wurde die historische Bedeutung dieser internationalen Bewegung für den Frieden diskutiert. Ziel war es auch, diese Bewegung zu einen. Im Vorfeld der Tagung wurde darum **der Text „Gegen Krieg und Gewalt – für Frieden und menschliche Sicherheit“** verfasst, der dann in einem Workshop diskutiert wurde.

Mit der heutigen Tagung gehen Sie mit zahlreichen interessanten Beiträgen einen großen Schritt vorwärts auf diesem Weg und ich wünsche Ihnen dabei viel Erfolg. Ich bin überzeugt, die internationale Bewegung der Arbeiterinnen und Arbeiter für den Frieden wird dadurch Kraft gewinnen und starke Veränderungen erzeugen können.

Im April 2016 findet die 100 Jahr Feier zur Konferenz in Kiental statt. Es würde uns sehr freuen, wenn auch zu diesem Anlass Kräfte verbunden und gestärkt werden können. Lassen Sie uns in Kontakt bleiben und so einen Faden der internationalen Friedensbewegung spannen und aufrechterhalten.

Mit sehr herzlichen und solidarischen Grüßen

Monika Wicki

Präsidentin der Robert-Grimm-Gesellschaft

¹ Die Robert-Grimm-Gesellschaft wurde am 16. April 2010 in Wald/Schweiz gegründet, um u.a. das Andenken an den Initiator der Zimmerwalder Konferenz 1915 zu bewahren (<http://www.robertgrimm.ch/icc.asp>). Die Robert-Grimm-Gesellschaft war Mitorganisator der „Friedenskonferenz der europäischen Linken - Die Internationale Bewegung der Arbeiter und Arbeiterinnen gegen den Krieg“ am 4./5.9.2015 in Bern und Zimmerwald (<http://www.zimmerwald1915.ch/index.html>).

Im September 1915 waren die Illusionen der politischen und militärischen Eliten des deutschen Imperialismus vom August 1914, denen zufolge kein lang andauernder Krieg, sondern ein nur wenige Monate währender Feldzug bevorstünde, endgültig zerplatzt. Die realitätsfremden Annahmen, man werde bald den »siegreichen Einzug« der eigenen Truppen in Paris feiern, die europäische Landkarte nach eigenem Belieben neu gestalten sowie ein groß dimensioniertes Kolonialreich in Afrika aufbauen können, hatten lediglich die dem deutschen Imperialismus wesenseigene, maßlose Überschätzung der eigenen Ressourcen dokumentiert¹. Während an der Westfront bereits seit dem Herbst 1914 der Stellungskrieg zur Realität geworden war, ging es seit Mitte September 1915 für die deutsche Armee und die mit ihr verbündeten Truppen der österreichisch-ungarischen Monarchie nach einigen erfolgreichen Offensiven auch im Osten nicht mehr voran. Die bisherige Bilanz des Krieges war erschreckend. Nicht nur Millionen Tote und Verwundete mussten beklagt werden, sondern der Krieg führte auch an den »Heimatfronten« zu Entbehnungen und Hunger. In Deutschland unterdrückte das Militär alle Bekundungen von Kritik und Ablehnung des Mordens an den Fronten sowie jegliche Forderungen nach einem schnellen Friedensschluss. Kurzum: Im Spätsommer 1915 wies alles darauf hin, dass der vor mehr als einem Jahr entfesselte Krieg noch längere Zeit andauert.

Eine der entscheidenden Fragen lautete, wie sich die Führungen der Sozialdemokratie positionierten, die im August 1914 dem Kriegskurs ihrer Regierungen zugestimmt hatten, anstatt, gemäß den Resolutionen der Internationalen Sozialistenkongresse von Stuttgart (1907) und Basel (1912), alles zu tun, um den drohenden Krieg zu verhindern.

Die II. Internationale hatte im Sommer 1914 faktisch aufgehört zu existieren. Eine gemeinsame Politik auf europäischer Ebene war unmöglich geworden, da sich drei Gruppierungen gebildet hatten, die exakt die Frontstellungen der Kriegsparteien widerspiegeln: die sozialistischen Parteien der Entente und der Mittelmächte

¹ Siehe Eckhard Müller: »Jetzt oder nie!« Zum 100. Jahrestag der Entfesselung des Ersten Weltkrieges im Sommer 1914, in: www.fabgab.de/downloads/e.muellerentfesselung1.wk.pdf; Reiner Zilkenat: »Vaterlandsverteidigung« oder »Diesem System keinen Mann und keinen Groschen«? Gedanken zur Vorgeschichte des Ersten Weltkrieges, in: Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der Partei DIE LINKE, Heft 7/2014, S. 1ff.; Stefan Bollinger: Weltbrand, »Urkatastrophe« und linke Scheidewege. Fragen an den »Großen Krieg«, Berlin 2014, S. 37ff.

standen sich unversöhnlich gegenüber. Das Büro der Sozialistischen Internationale, das im Oktober 1914 von Brüssel nach Den Haag verlegt worden war, führte ein Schattendasein.

Innerhalb der SPD-Reichstagsfraktion hatten sich die Auffassungen zur Bewilligung immer neuer Kriegskredite differenziert. Zwar votierte die große Mehrheit der Abgeordneten nach wie vor zugunsten entsprechender Gesetzesvorlagen. Karl Liebknecht hatte allerdings mit seiner Weigerung, im Dezember 1914 und im März 1915 der Regierung erneut die Gelder für die Fortsetzung des Krieges zu gewähren, eine Initialzündung ausgelöst. Otto Rühle stimmte am 20. März 1915 ebenfalls gegen die Kriegskredite, dreißig Abgeordnete nahmen aus Protest nicht an der Abstimmung teil. Im gleichen Monat kam es zu insgesamt drei Treffen in den Wohnungen Wilhelm Piecks und Rosa Luxemburgs in Berlin, an denen u.a. Franz Mehring, Käthe und Hermann Duncker, Arthur Crispian und Otto Rühle teilnahmen. Hier berieten die oppositionellen Kräfte innerhalb der SPD ihr weiteres Vorgehen gegen den Kurs der Parteiführung und beschlossen eine eigene Zeitschrift, »Die Internationale«, herauszugeben, von der allerdings nur eine Ausgabe erscheinen konnte. Zugleich sammelte Clara Zetkin einen Kreis von Genossinnen um sich, die Aktionen gegen den Krieg und seine Befürworter in den eigenen Reihen planten²: »Wenn die Männer töten, so ist es an uns Frauen, für die Erhaltung des Lebens zu kämpfen. Wenn die Männer schweigen, so ist es unsere Pflicht, erfüllt von unseren Idealen die Stimme zu erheben.«³

Clara Zetkin, gegen die im April 1915 von den Militärbehörden die Briefzensur verhängt und die vom 29. Juli bis zum 10. Oktober inhaftiert worden war, hatte durch die von ihr mitinitiierte »Internationale Sozialistische Frauenkonferenz« in Bern, die vom 26. bis 28. März 1915 stattgefunden hatte, allen oppositionellen Sozialisten signalisiert, dass es ungeachtet der chauvinistischen Stimmungen innerhalb der Führungen ihrer Parteien möglich war, ein unübersehbares Zeichen gegen den Krieg zu setzen. Zwar war der Kreis der teilnehmenden Genossinnen mit 25 Delegierten klein. Aber entscheidend war, dass Frauen aus den wichtigsten kriegführenden Ländern, darunter aus Frankreich, Großbritannien, Deutschland und Russland, gemeinsam berieten, auf welche Weise der Kampf gegen das Morden an den Fronten und die imperialistische Politik ihrer Regierungen geführt werden könnte. In der Resolution wurden die Frauen aufgerufen, mit Massenkundgebungen gegen den Krieg zu protestieren. In dem verabschiedeten »Manifest an die werktätigen Frauen« hieß es: »Wem nützt der Krieg? Nur einer kleinen Minderheit in jeder Nation. Zunächst den Fabrikanten von Flinten und Kanonen, von Panzer-

² Siehe Marga Voigt: Clara Zetkin und ihr Wirken gegen den Krieg im Spiegel ihrer Briefe, in: Bernd Hüttner, Hrsg.: Verzögerter Widerstand. Die Arbeiterbewegung und der Erste Weltkrieg, Berlin 2015, S. 59ff.

³ Zitiert nach ebenda, S. 63.

platten und Torpedobooten, den Werftbesitzern und den Lieferanten des Heeresbedarfs. Im Interesse ihres Profits haben sie den Hass unter den Völkern geschürt **und so zum Ausbruch des Krieges beigetragen. (...) Nicht die Verteidigung des Vaterlandes, seine Vergrößerung ist der Zweck dieses Krieges. So will es die kapitalistische Ordnung, denn ohne die Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen durch den Menschen kann sie nicht bestehen. Die Arbeiter haben durch diesen Krieg nichts zu gewinnen, wohl aber alles zu verlieren, was ihnen lieb und teuer ist.**⁴

Die Aktionen oppositioneller Sozialisten gegen den Krieg wurden im Sommer 1915 immer dringlicher.

Im August 1915 erschien in hoher Auflage unter dem Titel »Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland« ein umfangreiches Buch, das gemeinsam vom Vorsitzenden der Generalkommission der Gewerkschaften, Carl Legien, und dem renommierten Historiker Friedrich Thimme herausgegeben wurde⁵. Darin entwarfen führende Sozialdemokraten, wie zum Beispiel Gustav Noske und Philipp Scheidemann, das Bild einer Nachkriegsgesellschaft, in die die Arbeiterklasse mit ihren Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei vollständig integriert sein sollten. Nicht mehr vom Klassenantagonismus und vom Klassenkampf war die Rede, sondern von der positiven Rolle des Krieges, eine scheinbar klassenneutrale »Volksgemeinschaft« herbeizuführen. Noske versicherte in seinem Beitrag, dass die Zustimmung zu den Kriegskrediten am 4. August 1914 »aus ehrlichster Überzeugung« erfolgt sei. Es ginge im Krieg auch für die Sozialdemokraten darum, »mit restloser Hingabe von Kraft, Gut und Blut nach Möglichkeit Volk und Vaterland vor Schaden zu bewahren«. Auch Scheidemann sei zitiert: Als »neue« Definition des Sozialismus formuliert er Folgendes:

»Die gesamte Arbeitsleistung des Volkes mit ordnender, geistiger Kraft zu durchdringen und ihren Ertrag so zum Wohle der Gesamtheit zum höchsten Grade zu steigern – **das ist der Grundgedanke des Sozialismus. (...) Wenn der Krieg eines der gegen uns gerichteten Vorurteile – das Vorurteil der Vaterlandslosigkeit – weggeräumt hat, so wird der Frieden hoffentlich auch noch zwei andere beseitigen: das Vorurteil, dass wir den Hass gegen die Reichen predigen und das Vorurteil, dass wir nur zerstören wollen. Es liegt uns nichts daran – etwa aus Neid oder Missgunst – Personen, die auf einer höheren Stufe der Lebenshaltung stehen, in die Tiefen herunter zu ziehen.**« Angesichts dieser in den Ohren der Herrschenden erfreulich

⁴ Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe III, Bd. 1: Juli 1914 – Oktober 1917, Berlin 1958, Nr. 55, S. 126.

⁵ Siehe: Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland. Hrsg. von Friedrich Thimme u. Carl Legien, Leipzig 1915.

klingenden Aussagen erscheint Scheidemanns Schlussfolgerung durchaus verständlich: »Ich kann mir vorstellen, dass auch ein geistig hochstehender, im besten Sinne des Wortes patriotischer Unternehmer, ein begeisterter Sozialist sein kann.«⁶

Im Lichte derartiger Anschauungen ergab sich zwangsläufig die Frage, ob die in der Arbeiterbewegung traditionell geübte Solidarität der Mitglieder mit den Führungen von Partei und Gewerkschaften zur inhaltslosen Farce zu werden droht. Offenkundig ist die auf den Parteitag und den Internationalen Sozialistenkongressen vor 1914 beschlossene Politik, einschließlich ihrer weltanschaulichen Grundlagen, für Scheidemann, Noske und Co. zur Makulatur verkommen. Der 4. August signalisierte weitaus mehr als das Einschwenken auf den Kriegskurs der Regierung. Es ging, wie sich in den Monaten danach immer deutlicher zeigte, um die Verwandlung der Sozialdemokratischen Partei in eine »nationale«, sozialreformerische, letztlich bürgerliche Organisation, die fortan nur noch innerhalb der bestehenden Gesellschaftsordnung gewisse Verbesserungen für die Arbeitenden durchzusetzen bestrebt war. Dies konnte von den revolutionären Kräften innerhalb der Partei nicht unbeantwortet bleiben. Deshalb unterstützten sie auch die Vorbereitungen einer Internationalen Konferenz, die in der Schweiz stattfinden und die oppositionellen Kräfte aus den europäischen sozialistischen Parteien zusammenführen sollte.

Die vom 5. bis 8. September 1915 in Zimmerwald in der Nähe von Bern durchgeführte Konferenz oppositioneller Sozialdemokraten, an deren Vorbereitung vor allem der Schweizer Sozialdemokrat Robert Grimm großen Anteil hatte, bearbeitete zwei Themenstellungen⁷. Zum einen stand der Kampf für die Beendigung des Krieges im Mittelpunkt. Zum anderen ging es auch darum, ob die Trennung von der Sozialistischen Internationale und eine neue Internationale vorzubereiten sei, die sich von der Politik der Führungen der sozialdemokratischen Parteien klar distanzierte, stattdessen wieder an die Traditionen des Internationalismus und des Klassenkampfes anknüpfte und sie angesichts der durch den imperialistischen Weltkrieg entstandenen Lage weiter entwickelte.

Während bei der Frage von Aktionen gegen den Krieg eine weitgehende Übereinstimmung herrschte, bot sich bei der Diskussion um die Konstituierung einer neuen, einer revolutionären Internationale, ein anderes Bild. Von Anfang an vertraten die Bolschewiki um W. I. Lenin und G. J. Sinowjew die Position, dass letztlich die Herstellung einer III. Internationale die zwingende Konsequenz der sozialchauvinis-

⁶ Die vorstehenden Zitate nach ebenda, S. 15, 37 und 65f.

⁷ Zur Zimmerwalder Konferenz, zu ihrer Vorgeschichte und ihren Folgen existiert eine umfangreiche Dokumentensammlung: Die Zimmerwalder Bewegung. Protokolle und Korrespondenzen. Hrsg. von Horst Lademacher, Den Haag und Paris 1967, 2 Bde. Die Einleitung behandelt ausführlich die Vorgeschichte der Konferenz (S. XXI-LXI). Siehe auch: Reiner Tosstorff: Die Zimmerwalder Bewegung, in: Bernd Hüttner, Hrsg.: Verzögerter Widerstand, S. 46ff.

tischen Politik der Parteiführungen in den kriegführenden Ländern sei und unverzüglich vorbereitet werden müsste. Auch Julian Borchardt, Mitglied der deutschen Delegation, Herausgeber der Zeitschrift »Lichtstrahlen – Zeitschrift für internationalen Kommunismus«, unterstützte neben anderen, die fortan die »Zimmerwalder Linken« genannt wurden, diese Auffassung.

Andererseits war die Mehrheit der Delegierten noch nicht bereit, sich organisatorisch von den Parteien der II. Internationale zu lösen. Sie waren der Meinung, es ginge jetzt primär darum, die Forderung nach der Beendigung des Weltkrieges in das Zentrum der Konferenz und der hier zu verabschiedenden Dokumente zu stellen. Zu denen, die diese Meinung vertraten, gehörten die Reichstagsabgeordneten der SPD Georg Ledebour und Adolph Hoffmann. Nach einem komplizierten Prozess der Meinungsbildung verabschiedeten schließlich die Delegierten ein »Manifest an die Proletarier Europas«: »Nun gilt es, für die eigene Sache, für die heiligen Ziele des Sozialismus, für die Erlösung der unterdrückten Völker wie der geknechteten Klassen einzutreten durch den unversöhnlichen proletarischen Klassenkampf. Aufgabe und Pflicht der Sozialisten der kriegführenden Länder ist es, diesen **Kampf mit voller Wucht aufzunehmen ...**«⁸

Die Linken auf der Zimmerwalder Konferenz hatten den alternativen Entwurf eines Manifestes vorgelegt, der von der Mehrheit der Delegierten allerdings nicht angenommen wurde. Hier waren die Formulierungen zur Notwendigkeit des Kampfes gegen den Krieg konkreter und zugespitzter formuliert worden: »Alle eure Organisationen und eure ganze Presse müsst ihr ausnutzen, um in den breiten Massen, die unter der Last des Krieges stöhnen, die Empörung gegen den Krieg zu wecken. Ihr müsst auf die Straße gehen und den herrschenden Klassen den Ruf ins Gesicht **schleudern: Genug des Gemetzels! (...) Sturz der kapitalistischen Regierungen** – das ist das Ziel, das sich die Arbeiterklasse aller kriegführenden Länder setzen muss, denn erst dann, wenn dem Kapital die Macht entrissen ist, über Leben und Tod der Völker zu bestimmen, wird der Ausbeutung der einen Völker durch die anderen, erst dann wird den Kriegen ein Ende gemacht werden. Friedliche Druckmittel werden nicht genügen, um den Feind niederzuzwingen ...«⁹

In diesem Dokument war auch die Perspektive, eine neue »machtvolle Internationale« auf revolutionärer Grundlage zu konstituieren, »die dem Krieg und dem Kapitalismus ein Ende bereiten wird«, deutlich angesprochen worden.¹⁰

Wie auch immer man die auf der Zimmerwalder Konferenz verabschiedeten bzw. zur Abstimmung gestellten Dokumente interpretieren mag, eines stand von jetzt an fest: Länderübergreifend hatten sich Genossinnen und Genossen zusammenge-

⁸ Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Nr. 79, S. 228f.

⁹ Ebenda, Nr. 80, S. 231f.

¹⁰ Ebenda, S. 232.

funden, um dem chauvinistischen Taumel auch in den sozialdemokratischen Parteiführungen Paroli zu bieten und Aktionen gegen den Krieg zu vereinbaren. In diesem Zusammenhang war das gemeinsam von den deutschen und französischen Delegierten verabschiedete Dokument von großer Bedeutung, das sich gegen die nationalistische Hetze in ihren Ländern wandte.

Wie Lenin es formulierte, stellten die Zimmerwalder Konferenz und ihre Ergebnisse »einen ersten Schritt« dar: »Langsam schreitet in der Epoche der durch den Krieg verursachten unerhört schweren Krise die Entwicklung der internationalen sozialistischen Bewegung voran, doch immerhin bewegt sie sich unverkennbar in Richtung auf den Bruch mit dem Opportunismus und Sozialchauvinismus.«¹¹ Lenin kritisierte bei aller Anerkennung der in Zimmerwald erzielten Fortschritte, dass im verabschiedeten Manifest, das er mit unterzeichnet hatte, die sozialchauvinistische Politik der sozialdemokratischen Parteiführungen nicht in Verbindung gebracht werde »mit der langjährigen Geschichte von Entstehung, Wachstum, Reife und Überreife der gesamteuropäischen, opportunistischen Richtung, die tiefe ökonomische Wurzeln hat«. Ferner bemängelt er, dass »von den revolutionären Kampfmitteln«, die im Kampf für den Frieden notwendig seien, »mit keinem Wort gesprochen werde«. Insgesamt analysiert Lenin, dass der Text des Manifestes in wichtigen Passagen »Halbheit, Inkonsequenz und Ängstlichkeit« beinhalte. Trotz alledem: Eine Ablehnung dieses Dokumentes »wäre Sektierertum gewesen«. Denn man hätte darauf verzichtet, »gemeinsam mit der Minderheit der Deutschen, Franzosen, Schweden, Norweger und Schweizer diesen Schritt vorwärts zu machen«, der »zum wirklichen Kampf gegen den Opportunismus, zum Bruch und zur Spaltung mit dem Opportunismus« bedeute.

Das Signal von Zimmerwald bedeutete letztlich, trotz aller unübersehbaren politischen Differenzen, eine große Ermutigung für alle oppositionellen Kräfte innerhalb der europäischen Sozialdemokratie. Als Widerpart des wirkungslos dahin siehenden Büros der Sozialistischen Internationale in Den Haag wurde eine alternative Internationale Sozialistische Kommission (ISK) gebildet. Die Zeiten, in denen die sozialchauvinistischen Parteiführungen ohne spürbaren Gegenwind agieren konnten, waren endgültig vorüber.¹²

¹¹ Ebenda, W. I. Lenin: Ein erster Schritt, in: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Nr. 82, S. 235. Die folgenden Zitate: ebenda, S. 238 und 239.

¹² Siehe zum größeren Zusammenhang die Darstellung von Heinz Karl: Notwendigkeit und Dringlichkeit der Gründung der III. Internationale, in: Geschichtskorrespondenz, Juni 2015, S. 3ff (www.die-linke.de/fileadmin/download/geschichtskorrespondenz2015/geschichtskorrespondenz_Juni2015.pdf).

**100 Jahre nach der
Zimmerwalder Konferenz:
Linke und die Friedensfrage**

*Imperialismus heute – Differenzen
verstehen – Spaltungen überwinden*



04. Oktober 2015 | 10-17 Uhr

Haus der Demokratie und Menschenrechte

Greifswalder Straße 4 | 10405 Berlin

Einführung

Die politische Linke, ob in- oder außerhalb von Parteien, war und ist eine entschlossene Friedenskraft. War und ist? Immer? Zu Beginn des 1. Weltkriegs war die erdrückende Mehrheit der einst stolzen deutschen Sozialdemokratie bereit, die Auseinandersetzung mit Reaktion und Kaiserreich bis zum Ende des Krieges zurückzustellen. Ähnliche Strömungen gab es in allen europäischen Linksparteien. Diese Burgfriedenpolitik besiegelte das Scheitern der II. Internationale. Vom 05.-06. September 1915 aber fanden sich im Schweizerischen Zimmerwald Linkssozialistinnen und -sozialisten unterschiedlicher Richtungen im Kampf gegen den imperialistischen Krieg zusammen - trotz und in Kenntnis ihrer Differenzen.

An diese Erfahrung soll bei der Konferenz angeknüpft und ein Beitrag von links geleistet werden zur Stärkung von Friedensbewegungen und zu einem tieferen Verständnis der aktuellen Kriegsgründe und der Gegenkräfte.

Es laden u.a. ein:

Klaus Bartl (Mdl. Sachsen), **Judith Benda** (ParteiVorstand Europäische Linkspartei),
Ellen Brombacher (Kommunistische Plattform), **Dr. Diether Dehm** (MdB),
Wolfgang Dockhorn (RotFuchs Förderverein), **Wolfgang Gehrcke** (MdB),
Klaus Hartmann (Bundesvorsitzender Friedenler-Verband), **Heidrun Hegewald**
(bildende Künstlerin), **Inge Höger** (MdB), **Andrej Hunko** (MdB), **Dr. Sabine Kebir**
(Autorin) **Ralf Krämer** (Sozialistische Linke), **Dr. Volker Kellow** (Historiker),
Sabine Leidig (MdB), **Dr. habil. Marianne Linke** (Sozialministerin a.D.), **Walter Listl**
(marxistische linke), **Bernd Mewes** (Friedensglockengesellschaft Berlin e.V.),
Dr. Alexander Neu (MdB), **Prof. Dr. Norman Paech** (Völkerrechtler), **Gina Pietsch**
(Sängerin und Schauspielerin), **Dr. Siegfried Ransch** (Ökonom, Soziologe),
Christiane Reymann (Autorin), **Prof. Dr. Werner Ruf** (Friedensforscher), **Rainer Rupp**
(Journalist), **Dr. Klaus Steiniger** (Chefredakteur RotFuchs), **Hannelore Töke** (DFG-VK
NRW), **Bernhard Trautvetter** (Berufsschullehrer Essen), **Kathrin Vogler** (MdB),
Andreas Wehr (Marx-Engels-Zentrum Berlin), **Sabine Wils** (Landessprecherin DIE LINKE
Hamburg), **Laura v. Wimmersperg** (Berlin), **Dr. Reiner Zilkenat** (Historiker),
Sabine Zimmermann (MdB)

Weitere Mitwirkende:

Reiner Braun (IALANA), **Dr. Erhard Crome** (Rosa-Luxemburg-Stiftung),
Willi Hoffmeister (Gewerkschafter, Ostermarschierer),
Bärbel Holzheuer-Rothensteiner (Delegierte Europäische Linkspartei), **Kristine Karch**
(No to war - no to NATO), **Prof. Dr. Kurt Pätzold** (Historiker), **Tobias Pfüger**
(Stellvertretender Vorsitzender DIE LINKE), **Dr. Andrej Roder** (AK Frieden der VVN/BDA
Berlin), **Heidemarie Scheuch-Paschkewitz** (Landessprecherin DIE LINKE Hessen),
Pedram Shayer (Blogger), **Peter Wahl** (Publizist, Attac),
Gunda Weidmüller (Hamburger Forum/AGORA Hamburg)

Programm

- 10.00 **Eröffnung und Begrüßung**
Christiane Reymann
- Friedenslieder durch die Zeiten**
Gina und Frauke Pietsch
- 10.20 **Referat: 100 Jahre Zimmerwald: Sozialistinnen, Sozialisten und Frieden heute**
Kurt Pätzold
- Kommentar: Kriegsgeschehen damals**
Reiner Zilkenat
- Kommentar: Abwesend und doch dabei - Liebknecht, Luxemburg, Gramsci**
Sabine Kebir
- Anschließend Diskussion**
- Referat: Imperialismus heute. Trägt der Kapitalismus den Krieg in sich wie die Wolke den Regen?**
Erhard Crome
- Kommentar: Lenins Imperialismusschrift neu gelesen**
Volker Külöw
- Kommentar: Neue imperiale Kräftekonstellationen**
Werner Ruf
- Anschließend Diskussion**
- Moderation: *Marianne Linke***
- 13.00 **Mittagspause**
- 14.00 **Arbeitsgruppen:**
- AG 1: Die Friedenspolitik der Partei DIE LINKE, Kontroversen in der Friedensbewegung: Nebelkerzen, Alltagsbewusstsein, Aufklärung**
Ellen Brombacher, Diether Dehm, Wolfgang Dockhorn, Rainer Rupp
- Moderation: *Bernhard Trautvetter***

AG 2: Statt Zäunen und Zwietracht: Dass kein Mensch mehr vor Krieg fliehen muss

Sabine Kebir, Marianne Linke, Werner Ruf,

Moderation: *Bärbel Holzheuer-Rothensteiner*

AG 3: Gewerkschaften, soziale Bewegungen und Frieden: Wo liegen die Probleme?

Klaus Hartmann, Willi Hoffmeister, Sabine Leidig

Moderation: *Hannelore Tölke*

AG 4: Antifaschismus und Frieden: Wie kann zusammen kommen, was zusammen gehört?

Bernd Mewes, Andrej Reder, Gunda Weidmüller

Moderation: *Kristine Karch*

AG 5: Die EU stiftet Unfrieden – politisch, militärisch, wirtschaftlich: Ist das reformierbar?

Tobias Pflüger, Peter Wahl, Andreas Wehr

Moderation: *Christiane Reymann*

15.30 **Pause**

15.45 **Abschlussplenum**

Es droht über uns der blutende Mond

Heidrun Hegewald

Moderierte Gesprächsrunde

100 Jahre nach Zimmerwald: Welche Friedensbewegung brauchen wir?

Reiner Braun, Wolfgang Gehrcke, Sabine Leidig,

Tobias Pflüger, Pedram Shayar

Moderation: *Judith Benda*

Anmeldung und Kontakt

Um uns die Planung der Veranstaltung zu erleichtern, bitten wir um

Anmeldung: anmeldung@zimmerwald-frieden.eu

Kontakt: info@zimmerwald-frieden.eu

Webseite: www.wolfgang-gehrcke.de/zimmerwald-frieden

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

- Reiner Braun (IALANA)
- Ellen Brombacher (Bundessprecherin der Kommunistischen Plattform der Partei DIE LINKE)
- Dr. Erhard Crome (Rosa-Luxemburg-Stiftung)
- Dr. Diether Dehm (MdB DIE LINKE)
- Wolfgang Gehrcke (MdB DIE LINKE)
- Klaus Hartmann (Bundesvorsitzender Freidenker-Verband)
- Heidrun Hegewald (bildende Künstlerin, Autorin)
- Dr. Sabine Kebir (Autorin)
- Dr. Volker Külow (Historiker)
- Dr. habil. Marianne Linke (Sozialministerin a.D.)
- Prof. Dr. Kurt Pätzold (Historiker)
- Tobias Pflüger (Stellvertretender Vorsitzender der Partei DIE LINKE)
- Dr. Siegfried Ransch (Ökonom, Soziologe)
- Christiane Reymann (Publizistin, Aktivistin)
- Rainer Rupp (Journalist)
- Dr. Klaus Steiniger (Chefredakteur *RotFuchs*)
- Marga Voigt (Autorin)
- Peter Wahl (Publizist, Attac)
- Andreas Wehr (Marx-Engels-Zentrum Berlin)
- Monika Wicki (Präsidentin der schweizerischen Robert-Grimm-Gesellschaft)
- Dr. Reiner Zilkenat (Historiker)

Impressum

Herausgeber: Wolfgang Gehrcke, Stellvertretender Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin,
Tel: 030 / 22773184, E-Mail: wolfgang.gehrcke@bundestag.de

Mitarbeit: Pascal Luig, Marius van der Meer, Christiane Reymann

Fotos: Siegfried Ransch, Lucas Wirl

Abdruck: Verwendung mit Quellenangabe und Belegexemplar/Beleglink erwünscht.

Preis: 2 Euro

Bestellungen: bitte über das Büro Wolfgang Gehrcke (Adresse s.o. Hg.)

